



23. Januar 1928

JULIUS KALISKI · DER NEUBAU DES REICHS

IM 10. Jahr nach Kriegsende ist die Frage der Neugestaltung des Deutschen Reichs aktuell geworden. Plötzlich drängen alle Stellen des Reichs und der Länder nach einer Lösung, als ob die Erkenntnis der Notwendigkeit eines Um- und Aufbaus der Beziehungen der Länder zum Reich seit vorgestern erwachsen wäre. Dabei erweisen sich als treibende Kraft nicht die inneren sachlichen Gründe für das, was man jetzt Reichsreform nennt, sondern allein die Geldnöte, die zu Ersparnissen zwingen und daher zum Abbau des alten kostspieligen Reichsapparats drängen. Wird dieser Abbau, wenn man ihn vornimmt, nun endlich zu einem Neubau führen?

Wir haben also jetzt eine Reichsfrage, wie wir um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Deutsche Frage hatten. Besonders überraschend ist diese Entwicklung nicht. Sie zeigt sich in Deutschland auf allen Gebieten, und was zu richtiger Zeit sich der Neugestaltung darbot, aber umgangen und unterlassen wurde, hat dann später Formen schier unüberwindlicher Schwierigkeiten angenommen, vor denen man hilflos dasteht. Nach dem Novemberzusammenbruch von 1918 hatte die Sozialdemokratie beider Richtungen ein fast unbegrenztes Maß an Vertrauen im Volk, so daß einer Schöpfung des Einheitsstaats kaum nennenswerte Gegenkräfte hindernd sich hätten entgegenstellen können. Die sich hier aufdrängenden Aufgaben blieben indessen offiziell unbekannt. Man schritt zur Konservierung der staatlichen Formen in so großer Hast, daß man in Preußen sogar die überlieferten Ministerien nicht nur unbesehen übernahm sondern gleich doppelt besetzte. Überschäumend lebte sich der Partikularismus aus: Preußen, Bayern, Braunschweig, die Regierungen dieser Länder erglühten in der Versicherung, daß die Grenzen ihrer Freistaaten unverrückbar und unantastbar wären. So nahm das Schicksal seinen Lauf, da vor allem Preußen vergessen hatte, daß es seine Pflicht war in Deutschland aufzugehen, um nach dem Verschwinden der dynastischen Gegensätze den Boden für die Konstituierung des deutschen Einheitsstaats freizumachen. Preußen verstand jedoch unter dem Einheitsstaat die Bildung einer Art Großpreußen, in der recht naiven Anschauung, daß eine so mechanisierte unitarische Form den einfachsten und dazu auch billigsten Betrieb darstellte.

Auf diesem Weg ist der Einheitsstaat natürlich nicht zu erreichen. Denn die Weiterbildung der preußischen Vorherrschaft zur preußischen Alleinherrschaft ließ allen Widerstand bei den anderen deutschen Ländern hervorbrechen, und die bloße Vorstellung eines solchen Gangs der Entwicklung bewirkt eine Ablehnung schon der Erörterung, geschweige der Verhandlung. Aber selbst wenn ein Einheitsstaat durch Bildung eines Großpreußens Aussicht auf Verwirklichung hätte, würde er außerordentliche Gefahren in sich bergen; keine der Erwartungen, die man mit Recht an die Kräfte eines deutschen Einheitsstaats stellt, könnte sich erfüllen. Um zu dieser Einsicht zu gelangen, brauchte man keineswegs erst auf die Erfahrungen der letzten 10 Jahre zu warten. Der Verlauf des Krieges zwang die Idee des deutschen Einheitsstaats dem deutschen Volk auf. Wenn auch in der Ära Bismarck die Idee des Einheitsstaats geruht hatte, die Neubelebung war offenbar geworden, nachdem das Kaiserreich von der Katastrophe erfaßt worden war. Das zeigte jetzt, am 15. Januar, ein wertvoller historischer Rückblick der Kölnischen Zeitung, besonders lehrreich für die bei uns zahlreichen Leute, die sich gern die Begabung historischen Sinnes attestieren, um aus Ahnungslosigkeit und parteipolitischer Bequemlichkeit die Unantastbarkeit längst brüchiger Zustände zu proklamieren. »Der große Gedanke, der einmal Wurzel geschlagen hat, lebt fort. Ihm ist nur ein Ziel gesetzt: seine Verwirklichung. Auch die Kölnische Zeitung von 1868 hat alte, aber keineswegs veraltete Ideen wieder aufgenommen, und das Bekenntnis des Abgeordneten Miquel war nichts anderes als eine Erneuerung des deutschen Programms, das weitere 60 Jahre früher der Freiherr vom Stein und seine Zeitgenossen unter anderen Umständen und mit entsprechenden Abweichungen aufgestellt hatten. Seit dem Niedergang des friderizianischen Staats und dem Untergang des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation gibt es in Deutschland nur eine nationale Idee: die Aufrichtung des deutschen Nationalstaats. In den 50 Jahren des Bismarckschen Reichs hat die Idee geschlummert, aber seit 10 Jahren ist sie zu neuem Leben erwacht. Der Geist, der sie trägt, ist 1928 der selbe wie 1868 und 1808.« So die Kölnische Zeitung, die »als Ziel alles nationalen Strebens den deutschen Einheitsstaat fordert«.

Im Oktober des Jahres 1918 erging in den Sozialistischen Monatsheften die Aufforderung zur Einberufung einer allgemeinen Deutschen Nationalversammlung, die all den Stämmen und Ländern offenstand, die durch ihren Eintritt ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation dokumentieren wollten, wobei diejenigen Landes- und Bevölkerungsteile, deren Selbstbestimmungswille sie zu einem andern Staatswesen zog, von selbst ausscheiden sollten. »Es wird«, wurde damals hier gesagt, »Sache einer aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden Konstituierenden Nationalversammlung sein der deutschen Nation ihre staatliche Einheit zu geben, die Grenzen des Reichs zu bestimmen und so eine wirklich deutsche Demokratie zu schaffen.« Hätte man im November 1918 den Mut gehabt eine solche Nationalversammlung sofort auszuschreiben, so hätte keine Macht der Welt damals Deutsch Österreich hindern können sich sofort, eben dadurch, daß es zu dieser Konstituante mitwählte, dem Deutschen Reich anzuschließen. Wir hätten dann nicht auf diesen Anschluß nunmehr schon 10 Jahre, und wer weiß noch wie lange, zu warten brauchen, um ihn dann später einmal als Beloh-

nung für besonderes Wohlverhalten zu bekommen. Er wäre 1918 überall als unaufhaltsame Konsequenz des eben für Europa proklamierten Selbstbestimmungsrechts aller Nationen erschienen. Eben dieses Selbstbestimmungsrechts, auf Grund dessen das Elsaß und Lothringen von selber aus dem Reich ausschieden, da der Wille der Bevölkerung sich unzweifelhaft für die Zugehörigkeit zu Frankreich entschied: was jetzt, am 7. Januar 1928, die Nationalrepublikanische Volkspartei, die größte Partei des Elsaß, in einer besondern Resolution mit diesen Worten erneut feststellte: »Das Elsaß hat im Augenblick des Waffenstillstands sich mit Begeisterung in die Arme Frankreichs geworfen. Es hat seither aus Anlaß zweier Wahlen, zur Kammer und zum Senat, seinen feierlichen Willen bekundet für immer dem französischen Staat anzugehören. Das Elsaß ist französisch und soll französisch bleiben.« Deutschland hätte es also nicht nötig gehabt im Vertrag von Locarno noch ausdrücklich auf das Elsaß zu verzichten. Es hätte vielmehr schon im November 1918 durch jene Wahl das Selbstbestimmungsrecht anerkannt, das beim Elsaß gegen, bei Österreich aber für Deutschland entschied. Zwei europäische Konfliktsstoffe dieser 10 Jahre hätten dann gar nicht existiert. Doch diese hier erhobene Forderung blieb damals unerfüllt. Sie wurde zwar von einer großen Berliner Tageszeitung aufgenommen. Aber die politische Führung des Reichs, wenn man damals von einer solchen überhaupt sprechen konnte, war zu zaghaft, und so blieb jene Konstituante uneinberufen: nicht, weil die versinkende alte Staatsgewalt sich dagegen auflehnte, sondern weil die Linke in der Revolution, die ihr über den Kopf kam, das Gebot des Tages nicht begriff.

Eine Neugliederung des Deutschen Reichs aus eigenem Entschluß des deutschen Volks und der sich zu ihm zählenden Länder hätte zunächst einmal die Konstituierung der einheitlichen deutschen Nation bedeutet. Wer hätte sich damals solcher Schöpfung entgegengestellt? Weder Bayern noch Württemberg oder Baden, am allerwenigsten Preußen, das jedoch hätte begreifen müssen, daß der neue Aufbau des Reichs vor dem preußischen Bestand nicht haltmachen könne. Grundlage der Neugliederung waren die Gaue, die kulturelle Einheiten bilden und im wesentlichen auch nach ihrer produktiven Eigenart zusammengehören. So selbstverständlich der Verzicht der so gebildeten Länder auf Eigenstaatlichkeit sein mußte, so weitreichend konnte und sollte ihre kulturelle Autonomie, ihr freigestaltendes Verwaltungsrecht sein. Was dort, wo Eigenstaatlichkeit bei gleichzeitig unbeirrbarem Willen der Zugehörigkeit zum Reich gefordert wird, in der Vorstellung lebt, ist die kulturelle und Verwaltungsautonomie, die eine kräftige Entfaltung der Eigenart sichert, und zwar in dem Wettbewerb mit den anderen Gliedern der Nation, die dann die gemeinsamen Aufgaben mit erhöhter Geschlossenheit durchzuführen vermag.

Von allem, was vor 10 Jahren zur Reichsbildung hier vorgeschlagen wurde, hat die Weimarer Verfassung nur eins verwirklicht: Sie hat den Namen Land, an Stelle von Staat, übernommen. Aber eben nur den Namen. Denn diese neuen Länder führen das Leben der alten Staaten ohne den frühern Inhalt und Zweck dynastischer Interessen mit den richtigen Staatsallüren weiter. Wirkliche Verbundenheit unter einander fehlt vielfach, und kein Finanzausgleich vermag sie zu ersetzen. Bis auf Preußen wären die Grenzen der Einzelländer mit wenigen Korrekturen so zu gestalten, daß sie die

Basis zum Einheitsstaat der äußern Abgrenzung nach zu bilden imstande wären. Die allgemeine prinzipielle Neugliederung 1918 versäumt, ist 1928 spontan nicht zu erreichen. Heute geht der Weg über eine Umgestaltung der preußischen Provinzen, die in gewissem Maß sich dem Ländercharakter annähern müßten, während gleichzeitig die anderen Länder von ihrer staatlichen "Souveränität" abließen, wodurch eine Homogenität der Glieder zustande käme. Dadurch könnte man heute die innen- und außenpolitische Wirkung nachholen, die durch die Einberufung jener Konstituante im Jahr 1918 zu erzielen gewesen wäre: die Sicherung der anderen Länder gegen eine Majorisierung durch Preußen und die Gewißheit der Nachbarvölker, daß ein neues Deutschland, neuen Geistes und mit neuen Zielen, marschiert.

Unter der Parole des Einkammersystems und der damit verbundenen reinen Demokratie und höchsten Vereinfachung ist im Reich in Wahrheit ein Dreikammersystem geschaffen worden: Reichstag, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat. Nebenan stehen in Berlin die Preußische Landesversammlung und der Preußische Staatsrat, dazu 22 Bürgermeister mit den dazu gehörenden Bezirksämtern. Das ist das Bild, das Berlin als Spitze des Reichs und als Ruferin im Streit um die Verwaltungsvereinfachung bietet. Von einem Einkammersystem kann in Deutschland keine Rede sein. Es ist auch keineswegs erstrebenswert und wesentlich nur ein überliefertes Postulat liberal-demokratischer Parteien, das nirgends auf der Welt zum Leben erwacht ist. An das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht soll selbstverständlich nicht gerührt werden. Diese Grundlage der politischen Vertretung der Nation wird sich um so fruchtbarer offenbaren, wenn zugleich die Institutionen geschaffen werden, die als Instrument des Willensausdrucks einer Nation in unserer Zeit ihre notwendige Ergänzung bilden. Schlechterdings unvereinbar mit dem Geist des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist die Form, die dem Wahlrecht zum Reichstag gegeben worden ist. Die ihr eigene Entpersönlichung in den Beziehungen des Wählers zum Kandidaten durch Listenwahl und Ergänzung durch die Reichsliste ist zu einem technisch durchgebildeten Apparat der Bureaucratie aller Parteien geworden, in der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Absicht den Zuzug selbständiger Geister mit allen Kräften fernzuhalten. Hier eine Änderung zu schaffen gehört auch zu den Voraussetzungen der Reichsreform, und diese Spezialreform wäre besonders leicht durch die Wiederherstellung der alten Reichstagswahlkreise durchzuführen. Der Kandidat träte wieder in direkte Beziehung zum Wähler. Und das ist die Hauptsache. Wie auf diesem Kreiswahlrecht ein wahres Proportionalwahlrecht (nicht die Karikatur der Proportionalität, wie sie die Listenwahl darstellt) aufgebaut werden kann, ohne daß für den Wähler sich an dem Wahlakt auch nur das geringste ändert, ist hier schon vor langen Jahren durch Aufstellung eines solchen Systems gezeigt worden. Aber als erste Notmaßregel genügt die Wiedereinführung der Einzelwahl, wobei man auch ruhig die Vorkriegswahlkreise wieder nehmen könnte. Bei der später vorzunehmenden Ausgestaltung der Einzelwahl zur Proportionalwahl ist die Wahlkreisgeometrie ohnehin nicht mehr von irgendwie entscheidender Bedeutung. Damit soll einer neuen Abgrenzung der Reichstagswahlkreise selbstverständlich nicht Tor und Tür verschlossen sein, der angedeutete Weg auch nur deshalb beschritten werden, um nicht unter dem Vorwand endlos langwieriger Vorbereitungen die Einführung eines politisch wieder

lebendigen und gerechten Wahlsystems zu verhindern; denn das notwendige Material über die Abgrenzung der einzelnen Reichstagswahlkreise wird sicherlich noch vorhanden sein. Sowenig eine Einteilung des Reichs mit den Mitteln des Lineals und des Zirkels möglich und erträglich wäre, so wenig geht es an geistige Bedingungen des Aufbaus zu unterbinden. Das müßte in allererster Reihe von den Personen und Parteien anerkannt werden, die den Einheitsstaat als nationale Lebensnotwendigkeit erkennen und fordern.

Unverfälscht muß also das persönliche Wahlrecht gelten und sich auswirken. Aber daraus allein kann sich die wahre Repräsentanz der Nation nicht ergeben, weil das Wahlrecht des Individuums wohl die geistigen Strebungen der Gesamtheit, nicht aber die produktiven Kräfte des nationalen Körpers hervortreten läßt. Als notwendige Ergänzung der Persönlichkeitsvertretung erweist sich die Vertretung des Schaffens und der Leistung. Über die Erkenntnis dieser Zusammenhänge täuscht sich heute wohl niemand mehr. Nur hat diese Einsicht nicht immer zu einer offenen Bekundung und noch weniger zu einer systematischen Änderung der offensichtlich wankenden Fundamente des wirtschaftlichen und politischen Baus geführt. Aus dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte entstammt der in seinen Voraussetzungen und Zwecken verkannte Reichswirtschaftsrat, dessen Grundlage nach den hier vertretenen Forderungen die Zusammenfassung aller an der Produktion beteiligten Schichten bilden und so zunächst eine Vereinigung der Gesamtheit der Träger allen Schaffens der Nation sein sollte. Dazu war es in erster Reihe notwendig alle Wirtschaftszweige zusammenzufassen, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gleichermaßen die Verantwortung für die Führung ihrer Gewerbe übernehmen zu lassen. Das war wirtschaftlich nicht nur in den Tagen des Chaos nach dem Zusammenbruch der einzig wahre Ausweg, diese Entwicklung ist heute nach wiedererreichter äußerer Ordnung absolut nicht weniger notwendig als damals. Den Rahmen dieses wirtschaftlichen Aufbaus bietet in vollkommener Weise das Gebilde der Gliederung, wie es der Aufbau des Einheitsstaats erfordert. Gemeinde, Gemeindeverband und Land sind die Glieder der Länder, deren Zusammenfassung das Reich bildet. Alle Glieder des Reichs und das Reich selbst erhalten Verwaltungen, die hervorgehen aus einer Vertretung, gewählt durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, und einer andern, die aus den Wirtschaftskörpern eben der Gemeinde, der Gemeindeverbände, der Länder und des Reichs delegiert oder gewählt wird. Beide Vertretungen sind gleichen Rechts, alle Beschlüsse der Vertretungen in Gemeinden, Gemeindeverbänden, Ländern und Reich können rechtsgültig nur von beiden Vertretungen gefaßt werden. Sehr wohl ist eine gemeinsame Tagung beider Vertretungen möglich; sie wird bei den kleineren Körpern wohl die Regel bilden. Getrennt muß nur die Abstimmung sein. Dieses Zweikammersystem wird gegenüber den heutigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsverhältnissen eine ganz außerordentliche Vereinfachung des Geschäftsgangs schaffen, es wird die Kräfte umfassen, die das Schicksal der Nation bestimmen, aber nun in vollem Licht und unter der Kontrolle der Nation ihre Entscheidungen zu fällen haben. Zweifach ist die Aufgabe der aus den einzelnen Gewerben hervorgehenden Wirtschaftsverbände. Einmal haben sie die unmittelbare oberste Entscheidung über alle Fragen ihrer Gewerbe zu treffen, sie sind nicht beratende Organe, ihre Mitglieder empfangen ihre Mandate von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern der Betriebe ihrer Gewerbe; sie

haben im Rahmen der ihnen vom Reich zuerkannten Aufgaben souverän über die Gestaltung des Gesamtgewerbes und der zu ihm gehörenden Einzelbetriebe zu entscheiden, und zugleich können sie Träger der Steuerverwaltung sein. Dann aber sind sie Wahlkörperschaften für die Vertretungen, die gleichberechtigt mit den Parlamenten des allgemeinen Wahlrechts in Gemeinde, Gemeindeverband, Land und Reich die Gesetze geben.

Als die natürliche Grundlage der Neugliederung des Reichs erweist sich die regionale Einteilung, die Abgrenzung in Regionen, die weitgehende Übereinstimmung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Wesensart aufweisen. »Es muß einleuchten«, wurde vor 2 Monaten hier ausgeführt, »daß Ackerland und Waldland, die einer Region ihr besonderes Gepräge geben, zweckmäßigerweise für sich zusammengefaßt werden, natürlich nur, wo sich das leicht machen läßt. Andererseits ist ein Industrieland, wie zum Beispiel das Ruhrgebiet, auch als besondere Region zusammenzufassen.« Berlin, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, bildet eine Region für sich, denn mit Brandenburg verbunden würde die Provinz Brandenburg sich nicht selbst verwalten sondern durch Berlin verwaltet werden. Diese Andeutungen dürften genügen, um den speziellen Charakter der regionalen Einteilung in diesem Zusammenhang zu erhellen. Die regionale Idee schreitet unaufhaltsam vor, sie hat einen richtunggebenden Einfluß in Frankreich gewonnen, sie wird auch bei uns durchdringen. Das Verlangen nach nationaler Einheit unter Wahrung kultureller Eigenart der einzelnen Teile der Nation führt, wenn auch auf verschiedenen Wegen, zu den selben Formen der Verwirklichung.

In einem so neugeschaffenen Deutschland wird die Nation, frei in der Entfaltung eigenkultureller Art, unter Selbstverantwortung und Selbsttätigkeit aller Glieder des Reichs zur höchsten produktiven Leistung gelangen. Das Deutsche Reich, unter Führung wirklicher Vertretungen aller schaffenden Kreise des deutschen Volks, wird unseren Nachbarvölkern als Träger und Vollstrecker des Willens einer Politik erscheinen, die eine unerschütterliche Grundlage für eine kontinentaleuropäische Gemeinschaft bietet: zur Sicherung jeder nationalen Freiheit, bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit, die die Befriedung unseres Erdteils bedeutet.

LUDWIG QUESSEL · IM 10. JAHR DES FRIEDENS



S ist in der deutschen Presse zur Jahreswende darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir am 28. Juni dieses Jahres unsern Einzug in das 10. Jahr des Friedens vollziehen und am 11. November den 10. Jahrestag des Waffenstillstands von Compiègne begehen können, der sich dem Gedächtnis der leidenden Menschheit jener Tage unauslöschlich eingepreßt hat. Jetzt aber müsse sich für uns daraus die Erkenntnis ergeben, daß eine neue Generation unter uns lebt, für die der Weltkrieg kein bewußtes Erlebnis mehr sondern nur noch blasse Kindheitserinnerung sei. In der Tat ist es für die ältere Generation, die noch stark im Vergangenen lebt, sehr nützlich sich daran zu erinnern, daß seit dem Tag von Compiègne ein Geschlecht unter uns zu geistiger Reife gelangt ist, für das Europas neue Grenzen, die Eigenstaatlichkeit aller seiner Völker, nichts Fremdes und Unerhörtes, vielmehr etwas schon ganz Vertrautes und Selbstverständliches ist. Das alte Europa

der Romanows, Hohenzollern und Habsburger ging schon zugrunde, als diese jetzt reife Generation noch sorglos in der Traumwelt frühesten Jugend lebte. Das neue, nicht dynastisch sondern ethnisch geordnete Europa wird im letzten Jahrzehnt von der zum politischen Leben erwachenden Jugend wahrscheinlich ebenso sehr als das Gegebene angesehen werden, wie wir in unseren Jünglingsjahren das alte, dynastisch geordnete Europa als das Naturgemäße ansahen, obwohl wir aus dem Geschichtsunterricht sehr wohl wußten, daß die dynastische Ordnung des Kontinents sich nicht auf den Willen der Völker sondern auf Krieg und Eroberung gründete, und daß im besondern die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich und die Existenz von 3 polnischen Teilungsgebieten Dinge waren, die das Gemüt unserer Väter und Großväter als neue historische Erscheinungen leidenschaftlich bewegt hatten.

Was die neue Generation, die noch zur Schule ging, als Deutschlands Männer und Jünglinge in den Schützengräben bluteten, als bewußtes Erlebnis des Weltkriegs allenfalls noch in sich tragen wird, ist die Erinnerung an das Hungerdasein der Blockadezeit, der berechnende angelsächsische Politik erst 9 Monate nach dem Waffenstillstand und genau 2 Tage vor der Ratifizierung des Friedensvertrags ein Ende setzte. Der Zweck dieser Maßnahme, die uns einst als kalte Grausamkeit erschien, war: Deutschland die ungeheure Macht des Angelsachsentums unauslöschlich einzuprägen. Deshalb wurde die Blockade noch zu einer Zeit aufrechterhalten, als das vom Fieber des Hungers geschüttelte deutsche Volk schon lange völlig unfähig geworden war angelsächsischen Machtgeboten irgendwelchen Widerstand zu leisten. Andererseits aber ist das neue Geschlecht, das den Weltkrieg als eigenes Erlebnis nicht mehr kennt, unter der von Deutschlands Presse willig aufgenommenen Suggestion der britischen Publizistik herangewachsen, daß alles, was dem Deutschen am Versailler Vertrag auch heute noch hart und ungerecht erscheint, das Werk der Franzosen sei. Es ist zu einem Glaubenssatz der alten und neuen Generation geworden, daß das ausgeblutete, zu einem Teil in ein Trümmerfeld verwandelte, Amerika tief verschuldete Frankreich am Ende des Krieges wie durch ein Wunder, plötzlich und überraschend, so stark wurde, daß es seinen Willen gegenüber der weltbeherrschenden Macht der beiden angelsächsischen Weltreiche leicht durchzusetzen vermochte. Gegenüber dieser britischen Suggestion vermag die historische Wahrheit nicht aufzukommen, daß der Vertrag von Versailles in allen seinen wesentlichen Teilen von den Angelsachsen, wie ihre Kriegsliteratur klar beweist, von langer Hand vorbereitet war. England und Amerika wollten an die Stelle des dynastisch geordneten, auf Krieg und Eroberung gegründeten alten Europas ein nach ethnischen Gesichtspunkten gegliedertes neues Europa setzen, das die Romanowschen, Hohenzollerschen und Habsburgischen Eroberungen restlos liquidieren sollte, und sie haben in Versailles ihr Ziel auch erreicht. Merkwürdig, und für die große Macht britischer Suggestion auf das deutsche Gemüt zeugend, ist der Umstand, daß diese Erkenntnis, die außerhalb Deutschlands überall vorherrscht, bei uns immer noch ein Schattendasein führt. Eine spätere Zeit wird, wenn die in Versailles geführten Verhandlungen an der Hand der jetzt noch geheimgehaltenen Dokumente nachgeprüft werden können, leicht genug den Beweis zu führen imstande sein, daß der Versailler Friedensvertrag in allem Entscheidenden unverkennbar angelsächsisches Ge-

präge trägt, und daß die für die deutsche Seele so erbaulichen Geschichten von den armen schwachen Führern der beiden angelsächsischen Weltreiche, den Lloyd George und Wilson, die von dem willensstarken Clemenceau niedergezwungen wurden, zu den politischen Märchen angelsächsischen Ursprungs gehören, erzählt, um Abgründe zwischen Völkern zu öffnen, deren Einigung der angelsächsischen Weltherrschaft Abbruch tun könnte.

An der Schwelle des 10. Jahres seit dem Ende des Weltkriegs ist es nicht schwer den Grund anzugeben, warum England, entgegen allen seinen den Frieden Europas gefährdenden Quertreibereien, schließlich an der ethnischen Neuordnung des Kontinents seit Compiègne nur ganz wenig hat rütteln lassen. Im Grunde weiß jeder Engländer, daß ethnische Gegensätze schwerer zu überbrücken sind als dynastische, so daß England völkischer Hader mehr Sicherheit vor einer Einigung des Kontinents zu bieten scheint als dynastischer Zwist. In englischen Augen hat sich die ethnische Neuordnung des Kontinents im großen und ganzen bewährt, weil sie die Gefahr eines kontinentalen Zusammenschlusses noch weit hinausgeschoben hat. Allerdings hat sie die Entstehung eines Sechsmächteblocks unter französischer Führung nicht verhindern können. Doch stellt dieser eine eigentliche Gefahr für das Angelsachsentum noch nicht dar, da England die Einigung des ganzen Kontinents durch Deutschland, Ungarn und Italien noch auf längere Zeit leicht hintertreiben zu können glaubt. Deshalb liegt 1928 kein Grund für die Angelsachsen vor ihr Werk von 1918, dem Deutschland im Frieden von Brest Litowsk ja tatkräftig vorgearbeitet hatte, zu bereuen.

Dem völkischen Charakter der Neuordnung Europas entsprach es, daß Deutschland aus einem Nationalitätenstaat mit französischen, polnischen und dänischen Volksteilen zu einem reinen Nationalstaat ausgebildet wurde. Man darf übrigens auch nicht übersehen, daß, nachdem in Brest Litowsk von deutscher Seite der Osten nach ethnischen Grundsätzen, denen man allerdings dynastische und imperialistische aufzupropfen gedachte, umgestaltet worden war, eine Neuordnung Mitteleuropas nach dynastischen Grundsätzen kaum mehr möglich war. Als man in Versailles zusammentrat, waren die Dynastien Romanow, Hohenzollern und Habsburg entthront, und es entsprach angelsächsischer Logik, daß mit den 3 Fürstenhäusern auch die fremd- oder gemischtsprachigen Gebiete, die sie sich zusammenerobert oder zusammengeheiratet (»Tu, felix Austria, nubes!«) hatten, von der Bildfläche verschwanden. Es lag für Wilson und Lloyd George kein Grund vor die ethnischen Grundsätze, die Hohenzollern und Habsburg für die Neuordnung Osteuropas gegen Rußland proklamiert hatten, nicht auf Mitteleuropa anzuwenden. Und wer heute, 10 Jahre nach Compiègne, die neue Landkarte des Kontinents mit einer Sprachenkarte Europas aus der Vorkriegszeit vergleicht, erkennt, daß die beiden angelsächsischen Staatsmänner sich in Versailles von der ethnischen Wirklichkeit Europas nicht weiter entfernten als es ihnen die besonderen Umstände des Jahres 1919 geboten.

Man hat die Neuordnung Europas nach völkischen Grundsätzen die Balkanisierung Europas genannt. Wer näher zusieht, wird eingestehen müssen, daß dies nicht mehr als ein Schlagwort ist. Auf dem Balkan finden wir 3 südslawische Dialekte (Serbisch, Mazedonisch, Bulgarisch), die sich leicht, indem man einen von ihnen zur allgemeinen Schul- und Bildungssprache erhebt, zu einer Einheitssprache gestalten ließen. Serben, Mazedonier, Bul-

garen sind Stämme eines und des selben südslawischen Volks, die nach dem Dialekt nicht weiter von einander entfernt sind als es Schwaben, Franken, Bajuwaren und Pommern noch zu Beginn der Neuzeit waren. Mit Recht ist von deutschen Historikern gesagt worden, daß am Ausgang des Mittelalters der Dialekt eines pommerschen Bauern von einem schwäbischen Bauern nur schwer verstanden werden konnte. Erst die allgemeine Volksschule mit der Sprache der deutschen Klassik hat ein allen deutschen Stämmen und Ständen verständliches Bildungsdeutsch und damit die Voraussetzung einer großen deutschen Nation geschaffen. Die Neuordnung Europas ist nun von den Angelsachsen nur auf dem Balkan nach Stammesunterschieden, im übrigen aber in ganz Europa nach dem völkischen Prinzip vorgenommen worden. Man wird auch anerkennen müssen, daß die Friedensverträge von Versailles und Trianon allen Völkern des Kontinents die Eigenstaatlichkeit gebracht haben. (Das Bestehen nationaler Minderheiten in einer Reihe von Staaten, das bei der Durcheinanderschachtelung der Nationen namentlich im Osten und Südosten unseres Erdteils unvermeidlich ist, hebt das Prinzip nicht auf. Hier eine Lösung zu finden wird Sache des kommenden Vereinigten Europäischen Kontinents sein: dies um so mehr, als die Minderheitenpolitik mancher Staaten, wie die Rumäniens, zu unhaltbaren und Europa gefährdenden Verhältnissen führt.) Daß infolge der Durchführung des völkischen Prinzips die Anzahl der Staaten vergrößert und die Grenzen verlängert worden sind, ist allerdings richtig. Aber man übersieht dabei oft, daß nichts die kleinen Völker zu hindern vermag mit ihren Nachbarn Zoll-, Münz- und Verkehrsunionen abzuschließen, wodurch jener Übelstand leicht beseitigt werden kann. Völkische Differenzierung im Sinn von Eigenstaatlichkeit schließt ökonomische Integrierung im Sinn der Bildung ökonomischer Staatenbünde nicht aus. Einstweilen ist von einer ökonomischen Integrierung auf unserm Kontinent allerdings noch wenig zu spüren, weil die meisten Völker durch sie eine Einbuße an ihrer Eigenstaatlichkeit zu erleiden fürchten. Ein Hindernis der ökonomischen Integrierung ist die durch die Friedensverträge geschaffene ethnische Differenzierung jedoch nicht. Das sollten alle diejenigen nicht übersehen, die der Neuordnung Europas ein schnelles Ende prophezeiten. Dabei muß betont werden, daß der Instinkt für Realitäten die Angelsachsen zumeist davor schützt völkische Gegensätze in ihre Rechnung zu stellen, die gar nicht vorhanden sind. Aus Groß- und Kleinrussen 2 sprachlich getrennte Nationen zu machen blieb deutscher Einbildungskraft vorbehalten. Dem angelsächsischen Tatsachensinn sind derartige Konstruktionen fremd. Der Engländer weiß, daß jede Politik, die sich nicht an der Wirklichkeit orientiert, zum Mißerfolg verurteilt ist.

Welches ist nun die Wirklichkeit des neuen Europas?

Es gab im alten Europa 3 polnische Teilungsgebiete, deren Bevölkerung sich über 2 Jahrhunderte hinweg ein polnisches Staatsbewußtsein erhalten hatte. Dieser Tatsache trug Wilson Rechnung, als er in Punkt 13 seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 als angelsächsisches Kriegsziel die Errichtung eines »unabhängigen polnischen Staates« ankündigte, der »alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind,« umfassen und einen »gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See« erhalten sollte. Dieses feierliche Versprechen haben Wilson und Lloyd George durch

die Wiedervereinigung der 3 polnischen Teilungsgebiete, durch die Errichtung des Korridors und des Freistaats Danzig eingelöst. Gewiß nicht selbstlos. Zunächst wurden dadurch Deutschland und Rußland geschwächt. Außerdem geriet der Freistaat Danzig, der keine Festungsanlagen zum Schutz gegen einen Angriff von der Seeseite her errichten darf, de facto unter britische Oberherrschaft, weil sein ganzes Gebiet in der Reichweite britischer Schiffskanonen liegt. Der englische Tatsachensinn ging auch nicht fehl, als er Estland, Lettland, Litauen und Finnland als Kleinstaaten aufrichtete. Es gab 1918 viele Deutsche, die diesen Kleinstaaten sofort die Lebensfähigkeit absprachen, als die Aussicht schwand sie unter deutsche Oberhoheit zu bringen. Aber das Jahr 1928 trifft sie noch am Leben an. Das erste Jahrzehnt des neuen Europas hat die britische These, daß die 3 Kleinstaaten an der Ostsee sich als nicht weniger lebensfähig erweisen werden als die 3 Kleinstaaten an der Nordsee (Belgien, Holland, Dänemark) zunächst nicht ad absurdum geführt. Auch die Tschechoslowakei, Großrumänien, Jugoslawien haben sich lebenskräftig gezeigt. Für sie alle ist das erste Jahrzehnt des neuen Europas eine Zeit des Aufstiegs gewesen. Im großen und ganzen kann man daher sagen, daß das nach dem völkischen Prinzip neugeordnete Europa von 1918 bis 1928 seine Feuerprobe bestanden hat. Und was schließlich die Friedenssicherung im neuen Europa betrifft, so scheint auch darin das dynastische Prinzip dem völkischen nicht überlegen zu sein. Man denke an das in den letzten Friedensjahren geprägte Wort, daß Europa einer Mörderhöhle gleiche, in der man sich nur, bis zu den Zähnen bewaffnet, zum Schlaf hinlegen könne. Sehr friedlich sieht es in dem ethnisch geordneten Europa ja auch nicht aus. Aber man darf wohl behaupten, daß, solange der Sechsmächteblock unter französischer Führung treu zusammenhält, ein hinreichendes Gegengewicht gegen jeden britischen Versuch einer Friedensstörung im neuen Europa vorhanden ist.

Ein für die deutsche Seele immer noch sehr schwieriges Kapitel ist die Stellung Deutschlands im neuen Europa. Preußen hat sein polnisches Teilungsgebiet für die Wiedererrichtung Polens und den Korridor dazu sowie einen Teil Oberschlesiens hergeben müssen. Für Preußen war der Punkt 13 der Wilsonschen Botschaft in Wahrheit ein Unglückspunkt. Aber es muß heute, 10 Jahre nach Compiègne, doch auch gesagt werden, daß bei der Reichstagswahl von 1912 in 18 östlichen Wahlkreisen die national-polnischen Kandidaten, die unzweifelhaft separatistisch gesinnt waren, den Sieg über die deutschen Kandidaten davongetragen hatten. Posen eroberten 1912 die polnischen Separatisten fast ganz, im heutigen Korridor und in Oberschlesien errangen sie starke Minderheiten. Schon vor länger als einem Jahr konnte die Frankfurter Zeitung feststellen, daß Posen, das 1912 fast nur Separatisten in den Reichstag entsandte, durch den Wegzug von fast 1 Million Deutscher den Polen völlig anheimgefallen sei. Mit Posen hat Deutschland ein polnisches Teilungsgebiet verloren, nicht mehr. Dynastische Grenzziehung mußte hier völkischer weichen, deren Prinzip ja vorher schon von den Hohenzollern gegen die Eroberungen der Romanows in Brest Litowsk zur Geltung gebracht worden war. Daß Preußen außer Posen auch noch den Korridor verlor, war allerdings ein Politikum. Dieser Verlust hätte vermieden werden können, wenn das besiegte Kaiserreich so einsichtig gewesen wäre den Frieden, statt in Washington, das sich für die Weichsel als polnischen Strom feierlich festgelegt hatte, rechtzeitig in Paris zu suchen.

Eine besondere Betrachtung erfordert im kommenden 10. Jahr des Versailler Friedens der Verlust Elsaß-Lothringens. Bis 1887 hat das im Jahr 1870 gegen den ausdrücklichen Protest der Sozialdemokratie annektierte Land ununterbrochen bei jeder Reichstagswahl 15 Separatisten in den Reichstag geschickt. Mit dem Vordringen der Sozialdemokratie und der altdeutschen Einwanderung schwächte sich die separatistische Bewegung in Elsaß-Lothringen allmählich zu einer autonomistischen ab. Vorherrschend blieb trotzdem die französische Staatsgesinnung. Man weiß, daß selbst 2 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Jacques Peirotes und Georges Weill, gleich nach Ausbruch des Krieges, den beide als ein großes Unglück für Europa ansahen, keine Unklarheit darüber bestehen ließen, daß sie den Sieg Frankreichs und die Lostrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland, die Rückkehr nach Frankreich wünschten. Man darf wohl annehmen, daß so wie Weill und Peirotes auch die überwältigende Mehrheit der eingeborenen elsässischen Sozialdemokraten dachte und empfand.

Wenn man nun nach 10 Friedensjahren auf alle die Gebiete blickt, die Deutschland im Versailler Frieden verloren hat, so wird man Otto von Bismarck, der in ihnen im Grunde kaum mehr als von Preußen militärisch besetztes Land sah, in seiner Auffassung recht geben müssen. Nicht nur die Sprachenkarten der Vorkriegszeit, auch die Reichstagswahlkarten lehren uns, daß die sprachliche, kulturelle und staatspolitische Verschmelzung der 1919 verlorenen Gebiete mit Deutschland entweder, wie in Posen, gänzlich mißlungen, oder, wie im Korridor, in Oberschlesien und Elsaß-Lothringen, nur teilweise geglückt war. Die polnischen Gebiete, die unter Friedrich II und Friedrich Wilhelm II im 18. Jahrhundert mit Preußen vereinigt wurden, waren, wenn man von dem durch Trockenlegung urbar gemachten und mit deutschen Bauern besiedelten Netzgebiet absieht, nach dem Urteil Lloyd Georges und Wilsons polnisches Land, auf das Deutschland keinen Anspruch hatte. Auch das Unrecht, das Frankreich, wie Wilson in Punkt 8 seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 sagte, von Preußen im Jahr 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, ist in Versailles dem angelsächsischen Gelöbnis gemäß wieder gutgemacht worden. Nur bei Punkt 5 der Wilsonbotschaft haben die Angelsachsen ihr der Welt gegebenes Wort gebrochen. Die »unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche« ist in Versailles nicht erfolgt. Im übrigen ist das, was von Wilsons Botschaft in Versailles nicht vollbracht werden konnte, im Frieden von Trianon zur Ausführung gelangt: Die »Berichtigung der italienischen Grenze« ist durchgeführt, und den Völkern Österreich-Ungarns ist »die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben« worden.

Niemand vermag heute zu sagen, ob die Neuordnung Europas, die vor 10 Jahren in Versailles und Trianon ausgeführt wurde, ein Werk für Jahrzehnte oder Jahrhunderte ist. Sicher ist, daß die neuen Grenzen Europas trotz ihren zahlreichen, zum Teil recht schweren Mängeln eine bessere Grundlage für eine kontinentale Einigung abgeben als die frühere dynastische Ordnung, die, weil jedes Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtend, zum Ausgangspunkt eines wahren Friedens unbrauchbar war. Alles Unrecht, das das angelsächsische Werk in sich schließt, kann durch kontinentalen Zusammenschluß friedlich überwunden werden, sobald die Völker des Kontinents hierzu den guten Willen einmal gewonnen haben werden.



KARL RENNER · DIE POLITIK DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE NACH DEM 15. JULI



ÖSTERREICH'S innere Politik bestimmten Monate hindurch die spontane Massendemonstration der Wiener Arbeiterschaft am 15. Juli 1927, der Brand des Justizpalasts und die nachfolgende blutige Repression durch die Wiener Polizei, die bis heute 90 Todesopfer gefordert hat.¹ Der Ausbruch des beleidigten Rechtsgefühls der Massen über den Freispruch der Schattendorfer Mörder wurde von der bürgerlichen Öffentlichkeit in unerhörter Weise gegen die Sozialdemokratie und gegen den Republikanischen Schutzbund (das ist die österreichische Bruderorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold) auszunutzen versucht. Die großdeutsch-christlichsoziale Regierung des Prälaten Seipel behandelte die Bewältigung waffenloser Demonstranten durch die schießenden Polizisten als ihren Sieg, als Triumph der Staatsgewalt über die Macht des Umsturzes. Die Presse aller bürgerlichen Parteien bemühte sich die spontane Demonstration von Arbeitern, die ihrer Partei nicht Disziplin gehalten hatten, als einen vorbedachten Versuch der Sozialdemokratischen Partei, oder wenigstens eines angenommenen linken Flügels dieser Partei, hinzustellen durch einen bewaffneten Aufstand die Regierung oder gar die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu stürzen. Die radikale Rechtspresse glaubte gar, der Ausbruch sei ein Werk Moskaus und ein "kommunistischer" Putsch. Die Wiener Polizeidirektion, die in der ganzen Angelegenheit eine klägliche Rolle gespielt, die vor dem Ausbruch keinerlei Voraussicht bewiesen, keinerlei Vorkehrungen getroffen und während der Demonstration durch hilflose Versuche der Ordnungsmacherei allein das Übel vergrößert hatte, und die hinterher in der Repression unverantwortliche Maßlosigkeit verriet, wobei der Polizeipräsident weder seine hohen noch seine nachgeordneten Beamten in der Hand hatte, diese Wiener Polizeidirektion spielte sich als Gesellschaftsretter auf und kassierte die Rettungsprämien in der Form von Milliardenpenden der besitzenden Klassen ein. Die Heimwehren auf dem Land bewaffneten sich und drohten mit der Besetzung der Bahnlinien und mit einem Marsch auf Wien. Während die Arbeiterschaft selbst einen Augenblick über die vollzogenen Tatsachen stutzte und in entschlußloser Starrheit verharrte, fühlte sich das Bürgertum mit einemmal übermächtig und kampfbereit. Es war ein Augenblick, in dem wir uns an einen Ausspruch Victor Adlers erinnerten: »Der Spießbürger ist nie mächtiger, als wenn er beginnt Angst zu bekommen.« So waren wir einen Augenblick lang bis nahe an den Rand einer Rechtsdiktatur geraten.

Das politische Geschehen eines Landes ist im allgemeinen durch Tatsachen bestimmt, das ist durch die realen Machtverhältnisse der Klassen und Gruppen der Gesellschaft und durch die realen Gewaltmittel des Staates. Um zu wirken, müssen diese realen Machtverhältnisse von den handelnden Menschen erkannt sein. Aber es gehört zum Fatum der Menschengeschichte, daß die erkannten Realitäten nur die eine, die verkannten Realitäten die andere Hälfte der Geschichte machen. Der 15. Juli hätte durch seine psychischen Folgen zu tragischen Ergebnissen führen können. Denn er löste bei den besitzenden Klassen sofort einen wahren Rache- und Macht-

1) Siehe Renner Die Wiener Justiztragödie, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 603 und folgende.

rausch, bei der Arbeiterklasse aber nach der Überwindung der augenblicklichen Erstarrung bald die wildeste Empörung über das sinnlose Blutvergießen und die starke Entschlossenheit zur Abwehr aus. In dieser Lage schon mußte es jedem Einsichtigen als die nächste Aufgabe gelten keinen Teil in der Täuschung über die realen Machtverhältnisse zu lassen, mit einem Wort: Erkenntnis an die Stelle der Verkennung der Tatsachen zu setzen. Nichts wäre leichter gewesen als die Leidenschaften erst recht aufzupeitschen und die Arbeiterklasse aus falschem Anlaß und zu unrechter Zeit in einen Kampf zu führen, dessen Ausgang nur eine Gewißheit gebracht hätte: den vollständigen Ruin aller. Diese Politik der kalten klaren Einsicht in die Dinge wie sie sind, sowohl im proletarischen wie im bürgerlichen Lager, hat die österreichische Sozialdemokratie in den letzten Monaten gemacht, und sie hat dadurch den Alpdruck des 15. Juli von allen Seelen genommen. Er ist überwunden, und das natürliche Gleichgewicht ist wiederhergestellt.

Zunächst übernahm die Arbeiterzeitung die Funktion die Arbeiterschaft in den ersten Tagen der Erstarrung moralisch aufrechtzuerhalten und vor jedem Kleinmut zu bewahren. Sie hat diesen Dienst getan, wenn sie dabei auch über das Ziel geschossen haben mag. Jedenfalls hat sie mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit die Kriegsgreuellegende, die die Polizeipresse über den 15. Juli verbreitet hat, zerrissen. Die Wiener Polizeidirektion birgt unter der Führung ihres bekannten Präsidenten Schober, von dem erst hinterher offenbar geworden ist, wie wenig er sein Amt beherrscht, und wie viel er durch eitle Schwäche verfehlt hat, einen Stab monarchistischer und reaktionärer Unterorgane, die am 15. und 16. Juli zügellos losgegangen waren und sich nun bemühten durch unerhörte Entstellungen und Erfindungen ihre Untaten zu rechtfertigen. Dank diesen Legenden hatte der Spießbürger wirklich geglaubt, es sei ein verbrecherischer Linksputsch versucht worden, und Haus, Herd, Eigentum und Leben des guten Bürgers seien dauernd bedroht. Den politischen Drahtziehern des Bürgertums wäre es nun sehr recht gewesen die auf Jahrhunderte berechneten gewaltigen Schöpfungen der Sozialdemokratie in der Gemeinde Wien und in allen Gemeinden, wo sie herrschen, dieses ganze imposante Aufbauwerk der Partei auslöschen zu können, mit der einfachen Geste: Da seht, es sind doch nur Plünderer und Mordbrenner! Und diese Drahtzieher waren doppelt und dreifach erbittert über die Arbeiterzeitung, die diese bequeme Legende zerstörte.

Aber diese Berichtigung durch die Presse genügte nicht. Der Parteitag vollzog die große Aufgabe in einer nicht wegzudeutenden, allen Widerspruch erstickenden Weise klarzulegen, was die österreichische Arbeiterschaft, und was die österreichische Sozialdemokratie wirklich will.

Zeitungsmeldungen, Zeitungsartikel und Reden einzelner führender Personen hätten das nie vermocht. Der Parteitag stellte alle anderen Gegenstände der Beratung völlig zurück und gab einer 3tägigen Debatte Raum, in der nun nach einander die Vertrauensmänner aller Länder und Bezirke aufmarschierten und gleichsam in einer einzigen Expertise kundtaten: Wir verurteilen die Disziplinlosigkeit derjenigen Gruppen, die ohne Auftrag und wider Willen der Partei ungeordnete Demonstrationen veranstalten. Wir wünschen nicht, daß die Methode der Gewalt den politischen Kampf verfälscht. Wir bekennen uns zur Demokratie. Wir wollen (wie es Otto Bauer selbst in einer parlamentarischen Rede unzweifelhaft ausgedrückt hat) die

Idee der Gewalt durch die Gewalt der Idee ersetzen. Wir verwerfen den Bürgerkrieg, dessen einziges Ergebnis der Ruin dieses Staates sein könnte. Wir wollen die Demokratie, und wir sind bereit auch die Verantwortungen, die sie uns auferlegt, zu übernehmen. Wie wir selbst in Land und Stadt Wien, in den Industriegemeinden, das ist in dem wertvollern Teil Österreichs, regieren, so sind wir auch bereit an einer Regierung teilzunehmen, die die bewaffneten Formationen (und darunter sind keineswegs die Ordner verstanden) zu entwaffnen gewillt ist. Wir fordern als Vertreter von 43 % des Volkes ebenso unsern Anteil an der Staatsgewalt, wie wir bereit sind, wenn wir mehr als 50 % der Stimmen auf uns vereinigen, jeder großen Minorität den gleichen Anteil zu gewähren.

Man hat in diesen Parteitagebschlüssen den Sieg der "Rechten" über die "Linke" innerhalb der Partei oder gar einen Sieg Renners über Bauer erkennen zu müssen geglaubt. Ich lehne für meine Person jede derartige Erklärung ab. Die Arbeiterklasse hat in jeder geschichtlichen Situation das zu tun, was diese Situation vorschreibt, und nicht das, was man aus alten oder neuen Büchern und ihren Lehren deduziert. Jede politische Situation in jedem Land und an jedem Tag ist einzig. Wer sie nicht als das ansieht und sie nach Rezepten der Vergangenheit oder eines andern Landes bewältigen will, muß die Situation verfehlen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterbewegung völlig klar darüber wird, daß die Theorie unermesslichen Wert hat, indem sie uns zum praktischen Handeln vorschult und für alle Möglichkeiten die Freiheit des Urteils schafft, daß sie uns aber zum Verhängnis wird, wenn sie unsere praktischen Handlungen in Schablonen einschnürt und uns die Erkenntnis des Niedergewesenen, Beispiellosen eines jeden empirischen Tatbestands geradezu verbaut. Die soziale Theorie hat an den neuen Tatbeständen zu lernen, denn alle soziale Wissenschaft ist nur die geordnete Summe der Empirie. Wir leiden darunter, daß der schulmeisterliche, rein geistige, rasch angelernte Redner und Schreiber das natürliche Verhältnis zwischen Wissenschaft und Erfahrung auf den Kopf stellt. Der empirische Sozialismus muß in der Bewegung den Primat über den deduktiven Sozialismus behaupten. Das gilt insbesondere in der Frage der Revolution. Zweifellos gibt es für die Arbeiterklasse seltene und einzigartige Situationen, die ihr eine revolutionäre Taktik aufzwingen. Revolutionen sind Festtage der Geschichte. Aber ebenso zweifellos ist, daß der Alltag der Entwicklung eine wohlbedachte, kluge und maßvolle Taktik gebietet. So haben die Monate nach dem Juli jedem von uns klagemacht, daß die Arbeiterklasse Österreichs nichts anderes will und nichts anderes wollen kann als was sie auf dem Parteitag erklärt hat. Wenn und insoweit in Bauers und meiner Rede Gegensätze vorliegen, bewegen sie sich viel mehr auf dem Gebiet der psychologischen Behandlung als der Richtung unserer Taktik. Jedenfalls konnten wir uns beiderseits ohne das Opfer des Intellekts auf eine einheitliche Resolution vereinigen.

Der Parteitag hat eine ungeheure Wirkung auf Bürgertum und Bauernschaft in Österreich gehabt. Er hat die Lügengewebe über die Partei zerstört und die Reaktion zunächst geistig entwaffnet. Das war fürs erste die Hauptsache. Und nun begann der Einzelkampf, die zähe Arbeit der Entschleierung der Tatsachen. Es galt den blutigen Lorbeer, den sich Seipel nach dem 15. Juli auf das Haupt gesetzt hatte, zu zerpflücken.

Die Reaktion erklärte gegenüber den Amnestieforderungen unserer Partei jede Milde für ausgeschlossen. Sie suchte die Weltgeschichte im Gerichtssaal abzutun. Gerade, weil der unerwartete Ausbruch die Polizei ganz ungerüstet traf, fand die Polizei just diejenigen nicht, die die erste Hand angelegt hatten. Sie etablierte ein ausgebreitetes Spitzelsystem und fing mehr als 1000 Leute zusammen, die sie den Gerichten ausliefern wollte. Durch Monate beschäftigten nun schon die Juliprozesse unsere Öffentlichkeit. Aber von den 1000 Leuten mußten alle bis auf ein paar Dutzend nach wochen- und monatelanger Untersuchungshaft wieder heimgeschickt werden. Schon dadurch setzte sich die Polizei gebührenderweise ins Unrecht. Eine Reihe von Angeklagten kam vor die Schöffen: Zum großen Leidwesen der Reaktion wurde die größere Anzahl freigesprochen. Die Justizverwaltung korrigierte nun in absolut gesetzwidriger Weise die Schöffensliste, um sichere Schöffen zu haben. Auch sie setzte sich ins Unrecht. Je weiter die Prozeßführung fortschritt, um so offenkundiger wurden die hinterlistigen und gewalttätigen Manöver der Polizeiorgane, und um so mehr Freisprüche erfolgten auch bei den Schöffen. Endlich kam die Saison der Hauptprozesse, die vor die Geschworenen gebracht wurden. Diese Schwurgerichtsprozesse brachten den völligen Zusammenbruch der Greuellegenden der Polizei. Fast alle Angeklagten wurden freigesprochen, und zwar zumeist mit 10 oder 11 von 12 Stimmen. Wenn eine Verurteilung erfolgte, so nur wegen Nebendelikte. Mitten während dieser Verfahren unternahm die Polizeidirektion im Auftrag des Kanzlers noch einen neuen Vorstoß, indem sie in Gestalt eines Weißbuchs die Juliereignisse in ihrem Licht darstellte, während die von dem Genossen Braunthal verfaßte sozialdemokratische Darstellung konfisziert wurde. Auch dieses Heldenstück versagte. Die Konfiskation unserer Darstellung wurde durch parlamentarische Interpellation immunisiert, das Weißbuch der Polizei aber in einer vieltägigen Debatte im Budgetausschuß und im Nationalrat nicht nur widerlegt sondern geradezu als oberflächliche, tendenziöse und verlogene Mache entlarvt. Noch schlimmer kam es: Dieses Weißbuch hatte inmitten des laufenden Prozesses gegen einzelne Personen Beschuldigungen erhoben und sich in Erörterungen über die Schuldfrage eingelassen, die im Interesse eines geordneten Rechtsgangs strafgesetzlich verboten sind. Die Polizeiorgane, die das Weißbuch verfaßt haben, stehen nunmehr als unbekannte Täter selbst unter der Drohung der Strafklage. Die Katastrophe vom 15. Juli sollte als Grundlage einer Haupt- und Staatsaktion der Regierung Seipel dienen, und diese Aktion endet für sie nunmehr wie das Hornberger Schießen.

Die mutige Haltung des Parteitag, mutig nach 2 Fronten hin, wurde so aufs wirksamste durch die Selbstbloßstellung der staatlichen Autorität ergänzt. Die öffentliche Meinung Österreichs ist nach wenigen Monaten von allen Greuellegenden gereinigt, und insoweit wäre der 15. Juli liquidiert.

Fort aber wirkt die große Erfahrung in den Reihen der Arbeiter. Es ist schwer, selbst bei der besten Organisation und Presse unendlich schwer, die Masse über weitreichende taktische Probleme durch das bloße Wort aufzuklären. Phantasie und Leidenschaft, die Vorstellungswelt der Arbeiterschaft, die seit dem Krieg und der Revolution und durch den Bolschewismus von unendlichen Scheinmöglichkeiten umgaukelt ist, und die Energie der Massen, die durch Hunger und Arbeitslosigkeit zur höchsten Tatbereitschaft

aufgestachelt ist, schaffen jene unbeherrschte und unbeherrschbare Disposition zu undisziplinierten Ausbrüchen und jene Neigung zu gewagten Experimenten, die allzeit den Anstoß für die reaktionäre Diktatur bieten. Alle diese dunklen Mächte haben sich am 15. Juli durch das praktische Geschehen und seine Folgen entladen, haben sich ad absurdum geführt und das Denken der Arbeiter berichtigt. Dem leidenschaftlichsten Temperament ist es klar geworden, daß die Arbeiterklasse durch nichts so sehr gefährdet werden kann wie durch Unüberlegtheit und Undiszipliniertheit. Die wenigen Proletarier, die noch auf die Ratschläge der "Kommunisten" gehört haben, sind nunmehr gewiß geheilt, und die Unverantwortlichen, die alle Männer in verantwortlicher Stellung als Bonzen zu verlästern gewohnt waren, haben wenigstens in effigie die Last der Verantwortung richtig zu schätzen gelernt. Es gibt Schmerzen, die vernichten, und Schmerzen, die heilen. Das Leiden des 15. Juli hat dank der Taktik der Partei eher eine heilende als eine vernichtende Wirkung ausgeübt: Die Partei ist innerlich geschlossener und zielklarer geworden als sie vor dem 15. Juli war. Da sich auf der andern Seite das verängstigte Spießbürgertum durch die in langweiligem Einerlei abrollenden Prozesse selbst überzeugt hat, daß auch damals kein Aufstand geplant, und das Unglück durch die Behörden nicht behoben, auch nicht verkleinert sondern vergrößert worden war, so haben alle Dinge wieder das selbe Gewicht bekommen wie vor dem 15. Juli, und damit ist der große Plan der Regierung Seipel: durch eine Art Hottentottenwahlen die Sozialdemokratie niederzurennen, endgültig vereitelt.

So viel ist gesichert: Die Reaktion hat keinen Gewinn. Je klarer aber die Politik der Partei herausgearbeitet wird, die seit jeher eine Politik der republikanischen Demokratie war (und alle jene, die insbesondere Otto Bauer eine andere Richtung imputieren, tun unrecht), um so mehr arbeiten die anderen sich hinein in das Unrecht. Schon heute wird bei ihnen die verzweifelte Stimmung merkbar, die Friedrich Engels mit dem charakteristischen Zitat bezeichnete: »La légalité nous tue.« Wir sind es, die auf der Basis der gegenwärtigen Verfassung die gesetzliche Ordnung und die friedliche soziale Entwicklung wollen, während die anderen zum Bandenkrieg rüsten. Das Attentat auf den Bürgermeister Seitz war eine mächtige Manifestation dieses Sachverhalts. Da es zum Glück ohne Schaden ablief, hat die Freude über die Unverletztheit unseres Bürgermeisters die sonst unvermeidbaren Rekrimationen der Arbeiterschaft zurückgedrängt. Dank dem Mißerfolg der Tat hat die Arbeiterklasse dem Missetäter verziehen. Alle moralischen Faktoren sprechen zu unseren Gunsten. Die Reaktion hat eine Schlacht verloren.

MAX SCHIPPEL · KOLONIALTHEORETISCHES BEI MARX



BWOHL über weit auseinanderliegende Schriften und Briefe zerstreut und nirgends systematisch ausgebaut, finden sich bei Marx vielfach Äußerungen zum Kolonialproblem, die ganz überraschend von den gewöhnlichen, man darf sagen fast ausnahmslosen Auffassungen unserer heutigen staatswissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Lehrbücher und vollends unserer parteipolitischen Agitations- und Aufklärungsschriften abweichen. Aber anstatt, wie das doch das Nächstliegende wäre, Aufsehen zu erregen und wenigstens den Versuch

eines Widerspruchs zu wecken, bleiben diese Marxschen Beiträge zur Kolonialtheoretik so gut wie ganz unbeachtet beiseite liegen. Einesteils unterschätzt man offenbar ihre Tragweite und die hinter ihnen steckende ernste Denkarbeit. Andererseits haben unsere parteigenössischen Kolonialauguren nur Verlegenheiten und noch Schlimmeres zu befürchten, wenn ihnen, den vermeintlichen Trägern marxistischer Erkenntnis, der wirkliche Marx entgegentritt und entgegengehalten wird. Sie meiden deshalb klügllich diese Gefahrenzone für ihr Ansehen. Um so mehr scheint es für unbefangene Vertreter der marxistischen Gedankenwelt geboten Klarheit über die Marxschen Auffassungen zu schaffen, die logisch geradlinig aus einem wichtigen gemeinsamen Grundgedanken entsprossen sind. Deshalb sei heute auf sie, wenn möglich, stets unter Wiedergabe von Marxens eigenen Worten, ausführlicher zurückgekommen als es bisher an dieser Stelle geschah.¹

MARX versucht, was an sich die Auslegung seiner bald in diesem bald in jenem Zusammenhang auftauchenden und doch innerlich einheitlichen Äußerungen von vornherein zu erleichtern verspricht, eine Definition der »wirklichen Kolonie« zu geben. Aber er will dabei, wie er ausdrücklich vermerkt, »ökonomisch gesprochen« sehen. Den Sinn und die Bedeutung des Kolonialen werden wir demnach eher aus so charakteristischen fundamentalen Tatsachenkomplexen und Bezeichnungen wie Kolonialproduktion und Kolonialwirtschaft, koloniale Bodenpolitik, koloniale Arbeitsverfassung und ähnlichem zu entnehmen haben und weniger aus staats- und völkerrechtlichen und verwaltungspolitischen Besonderheiten, die mit manchen kolonialen Beziehungen, allerdings sehr auffällig und für unsere Staatspraxis sehr beachtlich, verknüpft sind.

Schon im naiven, von keiner vorgefaßten Meinung beeinflussten Sprachgebrauch, der nur aus allgemeinen praktischen Bedürfnissen heraus entstand und durch Auslese festgehalten wurde, prägt sich diese Unterscheidung des Ökonomischen von dem im engsten Sinn Politischen aus. Niemand wird beispielsweise den besonders hervorstechenden Vorgängen, die sich seit den Tagen der Stanley-Leopoldinischen Vorstöße und Gründungen in den entsprechenden afrikanischen Erdstrichen abspielten, jemals die Bezeichnung koloniale Entwicklung, koloniale Wirtschaft und Produktion, koloniale Bodeneigentumsumwälzung, koloniale Eingeborenen- und Arbeitsgesetzgebung verweigern. Aber zu einer Kolonie im Sinn unserer Staatsverträge und unserer Völkerrechtslehrer gehört, daß irgendein Mutterland, ein Vormundschaftsstaat über sie verfügen kann und für sie gegebenenfalls verantwortlich zu machen ist. Da das Kongogebiet lange Jahre von keinem europäischen oder völkerrechtlich anerkannten Einzelstaatsgebilde abhing, da es sich bei ihm zunächst nur um eine mit international anerkannter Souveränität ausgestattete große Kapitalgesellschaft nach dem Zuschnitt der alten chartered companies, aber auf breitester internationaler Grundlage handelte, so gab es hier "rechtlich" gesprochen (und unsere Staatswissenschaftler denken und reden fast nur rechtlich) überhaupt keine Kolonie: bis sich im Jahr 1907-1908 dann doch ein Mutterland in dem die Leopoldinische Erbschaft antretenden Belgien fand. Gab es deshalb, als die zivilisierte Welt mit Entsetzen von den Jahre hindurch systematisch betriebenen Barbareien gegen die Kongoneger hörte, im Kongobecken wirklich keine "Kolonialgreuel"?

¹) Am ausführlichsten bisher Schippel Die wirtschaftliche (marxistische) und die formalpolitische Auffassung der Kolonialpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1916 II Seite 783 und folgende.

Der allgemeine Sprachgebrauch wird dies unbedingt ablehnen. Für die "Kolonialpolitiker", wenn sie konsequent bleiben wollten, lag die Sache umgekehrt; denn was gegen die Kongoverwaltung vor allem von England in den heftigsten Anklagen ausgespielt wurde, fiel samt und sonders in die Jahre, während deren ein Mutterland dafür nicht verantwortlich gemacht werden konnte, eine "Kolonie" auf der überseeischen und eine "Kolonialpolitik" auf der europäisch zentralen Seite nicht existierte.

Sprechen wir, statt mit Marx ökonomisch, mehr mit den romanischen Rechtslehrern verwaltungspolitisch und staatsrechtlich, so zieht sich für alle kolonialen Betrachtungen die ausschlaggebende Grenzlinie zwischen eigentlichen *voll- und gleichberechtigten Landesteilen* und den sonstigen Reichs- und Staatsgebieten, den *Nebeländern mindern Rechts*: eben den Kolonien, wie diese Richtung sie auffaßt. Ökonomisch gesprochen mögen also Algier und andere Erwerbungen Frankreichs unbestritten als koloniale Gebiete eingruppiert werden müssen: mit kolonialer Entwicklung, Produktion und Wirtschaft, mit kolonialgearteter Boden- und Eingeborenenpolitik. Der Verwaltungspolitiker lächelt über dieses ganz unmotivierte Absondern und Andersbenennen von staatsrechtlich vollkommen Gleichartigem. Wie kann etwas noch eine Kolonie sein, das, der Stufe minderer staatsrechtlicher Stellung seit geraumer Zeit entwachsen, einem Departement in Frankreich oder einer provincia in Spanien und Portugal vollständig gleichsteht, das in den allgemeinen Staatsorganismus genau wie sonst ein eigentlicher Landesteil im engeren Sinn des Worts eingegliedert, mit den Befugnissen eines solchen Landesteils betraut ist, das seine Abgeordneten zu dem Parlament entsendet usw.?

Vor knapp einem Jahr veröffentlichte ich in Salomons Jahrbuch für Soziologie eine wissenschaftliche Skizze Zur Soziologie kolonialer Arbeitsverhältnisse. Damals kam ich vielfach auf das ehemals deutsche heutige Ostafrika, Togo und Kamerun mit ihren Arbeitssystemen zu sprechen, weil deren unbedingte Gleichartigkeit mit anderen kolonialen Arbeitsverfassungen und wiederum ihre vollkommene Andersartigkeit gegenüber den europäischen Arbeitsverfassungen, die autochthon, organisch emporgewachsen sind, auf der Hand liegt. Sofort erhob sich, von durchaus befreundeter, von mir sehr hochgeschätzter Seite, der Einwand: die Arbeitsbeziehungen in den erwähnten Gebieten seien seit der Mandatsvergebung durch den Völkerbund gar keine kolonialen Vorgänge mehr. Denn mit Deutschlands Ausschaltung sei jedes Mutterland verloren gegangen, und der Völkerbund sei kein Staat, der in den Mandatsgebieten »seine« »auswärtigen Verwaltungsbezirke« überantwortet bekommen habe. Es gebe wohl Mandatsterritorien, aber keine Mandatskolonien. Und, füge ich, um diese Denkweise ad absurdum zu führen, hinzu: auf allen sich folgenden Stufen, erst der deutschen Verwaltung, nunmehr der Mandatarverwaltung, und etwa später wiederum der deutschen Verwaltung, blieb und bleibt das jederzeit europäisch geleitete ökonomische und soziale Leben dieser afrikanischen Erdstriche von ganz dem gleichen Zuschnitt, wie er seit jeher als koloniale Entwicklung sich von europäisch autochthoner Entwicklung und europäischen Wirtschafts- und Sozialzuständen schlagend und unbestritten abhebt. Aber kolonial im Sinn unserer Formalisten war zwar die 1. Stufe; Kolonialpolitik würde man eventuell auch wieder auf der 3. Stufe treiben. Dagegen bei der zwischenliegenden, unter Umständen sehr kurzen 2. Stufe, obwohl sie nach den Hauptlinien der sozialwirt-

schaftlichen Gruppengliederung gar nichts Neues und Abweichendes bietet, sprechen nur unerfahrene reine Toren von Kolonien und Kolonialpolitik. Die mehrfachen staats- und völkerrechtlichen und verwaltungspraktischen Wandlungen und Differenzierungen bestreitet natürlich kein Mensch. Aber können sie für eine tiefere wissenschaftliche Auffassung, für die sozialwirtschaftliche Gruppengliederung und Typenaufstellung maßgebend sein?

Halten wir uns nunmehr mit Marx an das Ökonomische als das wissenschaftlich Ausschlaggebende: was bleibt alsdann, im Gegensatz zur europäisch-autochthonen Wirtschafts- und Sozialentwicklung das Hauptmerkmal der spezifisch kolonialen Entwicklung, der kolonialen Wirtschaft und Produktion? Wenigstens für das eine Gebiet der kolonialen Vorgänge, für die Siedlungskolonisation ist Marxens Antwort ganz klar und durchgreifend:

»Es handelt sich hier von wirklichen Kolonien: jungfräulichem *Boden*, der durch freie Einwanderer kolonisiert wird.«²

»Das Wesen einer freien Kolonie besteht . . . darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den spätern Ansiedler an der selben Operation zu verhindern . . . Dies ist das Geheimnis . . . der Kolonien.« In der Note 262 wird dort noch auf Wakefield hingewiesen: »Land, um Element der Kolonisation zu werden, muß nicht nur *unangebaut* sein sondern *öffentliches Eigentum*, welches in Privateigentum verwandelt werden kann.«³

Diese Hinweise, die, wie gesagt, bei Marx aus Anlaß ganz anderer Erörterungen nur nebenher, zum Teil rein anmerkungsweise erfolgen, heben in der Tat mit echt Marxischer Treffsicherheit 2 Grundmerkmale einer Wirtschafts- und Sozialentwicklung heraus, die um ihrer Andersartigkeit willen niemals mit der zentralen heimischen Volkswirtschaftsentwicklung der Gebiete des Kapitalismus und seiner Vorstufen unterschiedslos zusammengeworfen werden kann, die vielmehr als Kolonialwirtschaft und Kolonialproduktion wegen ihrer wesentlich anderen Sozialgrundlagen auch wesentlich andere, wissenschaftlich zu beobachtende und darzustellende Bewegungsgesetze aufweist. Im 3. Band des Kapitals kommt auch diese Frage, mehr der Forschungsteilung und Forschungsabgrenzung, gelegentlich, aber bedeutungsvoll zur Sprache. Wiederholt wird hier zunächst: Was die »eigentlichen ackerbauenden Kolonien« überhaupt zur Kolonie, also zu einem andersartigen abgesonderten, wirtschaftlich-sozialen Typus, mache, sei nicht nur die »Masse der in Naturzustand befindlichen fruchtbaren Ländereien«, sondern viel mehr der Umstand, daß diese Ländereien noch ihrer (ihre ganze koloniale Sozialgeschichte zunächst im wesentlichen ausmachenden) fortschreitenden Verbindung mit der »Aneignung« entgegenharren: sei es Aneignung durch Kapital sei es solche durch Arbeit (von altweltlichen Bauern oder von altweltlichen Lohnarbeitern, die durch Verbindung mit Freiland als Produktionsmittel zu Neubauern werden). Dieser eigenartige, altweltlich heute ganz unvorstellbare und unnachahmbare Prozeß des fortschreitenden Inverbindungtretens von der Erschließung entgegenharrenden Bodenvorratsmassen mit von auswärts herbeiströmenden, nicht aus dem eigenen Bevölkerungsüberschuß wie von selber sich ergebenden Bevölkerungsmassen, das heißt mit einer grundlegenden Einwanderung, wie sie der altweltlichen Produktionssphäre längst ganz fremd und unmöglich geworden ist, macht den »ungeheuren Unterschied« zwischen den »alten Ländern« und »Kolonien« aus:

2) Siehe Marx *Das Kapital I* /Hamburg 1890/ Seite 729.

3) Siehe Marx an dem in Note 2 erwähnten Ort Seite 733.

»Es ist hier ganz gleichgültig, ob die Kolonisten ohne weiteres den Boden sich aneignen, oder ob sie dem Staat unter dem Titel eines nominellen Bodenpreises in der Tat nur eine Gebühr für einen gültigen Rechtstitel auf den Boden zahlen. Es ist auch gleichgültig, daß schon angesiedelte Kolonisten juristische Eigentümer von Grund und Boden sind. Tatsächlich bildet hier das Grundeigentum keine Schranke für die Anlage von Kapital oder auch von Arbeit ohne Kapital; die Beschlagnahme des einen Bodenteils durch die bereits ansässigen Kolonisten schließt die neuen Ankömmlinge nicht von der Möglichkeit aus *neuen Boden* zum Anwendungsfeld ihres Kapitals oder ihrer Arbeit zu machen . . . Was die Kolonie zur Kolonie macht (wir sprechen hier nur von eigentlichen ackerbauenden [Siedlungs-] Kolonien) ist nicht nur die *Masse* der im Naturzustand befindlichen fruchtbaren Ländereien. Es ist vielmehr der Umstand, daß diese Ländereien *nicht angeeignet*, nicht unter das Grundeigentum subsumiert sind.«⁴

Aus diesen weitverschiedenen Grundlagen leitet dann Marx sofort beispielsweise weitverschiedene Gesetze der *Bevölkerung*, der *Preise* der Bodenprodukte und der *Grundrente* ab. An noch anderer Stelle hebt Marx, und ihm folgend Engels, die wegen der weitabweichenden kolonialen Sondergrundlagen weitabweichenden Bewegungsgesetze des *Arbeitsmarkts* und der *Lohnbildung*, die vollkommen eigene Wege gehenden Klassenschicksale des *Bauerntums* hervor. Ricardos Grundrententheorie, lesen wir da dem Sinn nach, versuche die Wirkung des vollentfalteten Grundeigentums auf die Preise der Bodenprodukte und auf die Grundrente festzustellen; um so abgeschmackter sei es dann zur Illustration dieser Beziehungen die Kolonien zu verwenden, wo die sonst bei Ricardo und den altweltlichen Volkswirten vorausgesetzte »Form des Grundeigentums« und Grundeigentum überhaupt als in europäischer Art durchschlagender Faktor der Kapitals- und Arbeitsanwendung »faktisch nicht existiert«. Altweltlich (englisch) würden vom Bodeneigentümer Ländereien erst dann in Pacht hergegeben, »sobald ihm ein Pachtgeld gezahlt werden kann«:

»Der Marktpreis muß also über den Produktionspreis gestiegen sein . . ., so daß dem Grundeigentümer eine Rente gezahlt werden kann.«⁵

In den Kolonien moderner Länder wird dagegen bei Marx als »annähernd richtige« Darstellung des Prozesses auf die folgende andere Ausführung, wiederum Ricardos selber, bezuggenommen:

»Es wird keine Grundrente in einem Lande geben, das neu besiedelt wird, in dem Überfluß an reichem und fruchtbarem Boden herrscht.«⁶

Selbst die schon moderneren Siedler, die weniger »ihren eigenen Unterhalt, ihre Lebensmittel« sondern mehr für den Verkauf und Markt und Gewinn produzieren, verkaufen »zu jedem Preise, der ihnen mehr als Arbeitslohn abwirft . . ., und halten so den Marktpreis des Agrikulturprodukts beständig unter seinem Werte«.⁷

Über die besondere Entwicklung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft respektive des agrarischen Großbetriebs in Siedlungskolonien, solange das public domain noch nicht erschöpft ist, lesen wir ferner wörtlich:

»In altzivilisierten Ländern ist der Arbeiter, obgleich frei, naturgesetzlich abhängig vom Kapitalisten . . . Aber in den Kolonien . . . Die absolute Bevölkerung wächst hier viel rascher als im Mutterland, indem viele Arbeiter erwachsen auf die Welt kommen [als Einwanderer], und dennoch ist der Arbeitsmarkt stets untermüllt. Das Gesetz der Arbeitsnachfrage und -zufuhr [wie altweltlich-daheim] gerät in die Brüche . . . Und nun gar die Produktion von überzähligen Lohnarbeitern im Verhältnis zur Akkumulation des Kapitals! Der Lohnarbeiter von heute wird morgen

4) Siehe Marx Das Kapital III 2 /Hamburg 1894/ Seite 289.

5) Siehe Marx an dem in Note 4 erwähnten Ort Seite 290.

6) Siehe Marx Theorien über den Mehrwert II 2 /Stuttgart 1905/ Seite 79.

7) Siehe Marx an dem in Note 6 erwähnten Ort Seite 71.

unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker. Er verschwindet vom Arbeitsmarkt, aber — nicht ins Workhouse. Diese beständige Verwandlung der Lohnarbeiter in unabhängige Produzenten, die statt für das Kapital für sich selbst arbeiten und statt den Herrn Kapitalisten sich selbst bereichern, wirkt ihrerseits . . . auf die Zustände des Arbeitsmarkts zurück. Nicht nur bleibt der Exploitationsgrad des Lohnarbeiters unanständig niedrig. Der letztere verliert obendrein mit dem Abhängigkeitsverhältnis auch das Abhängigkeitsgefühl.⁸

»In Nordamerika ist bei weitem der größte Teil des Landes durch Arbeit freier Bauern der Kultur erschlossen worden . . . In Australien und Neuseeland sind alle Versuche der englischen Regierung eine Bodenaristokratie künstlich herzustellen gescheitert.«⁹
 »Es handelt sich um eigentliche [Siedlungs-] Kolonien . . . Hier ist die Masse der ackerbauenden Kolonisten, obgleich sie mehr oder minder großes Kapital vom Mutterland mitbringen, keine Kapitalistenklasse, und ebensowenig ist ihre Produktion die kapitalistische. Es sind mehr oder weniger selbstarbeitende Bauern.«¹⁰
 Wenngleich nach dieser letzten Stelle ein paar Worte so verstanden werden könnten, als beginne kapitalistische Agrarproduktion mit entscheidendem marktmäßigen Produktenverkauf und entsprechendem Gewinnstreben, also bereits bei der jüngern Siedlungsfarmgeneration, etwa bei den Präriefarmern im Unterschied von den Altfarmern der Waldzone, so steht dies mit später sorgfältiger gefaßten Marxschen Äußerungen keineswegs in Einklang, entspricht also nicht der richtig zu verstehenden Ansicht Marxens. Und Werner Sombart verfährt deshalb, in seinem Werk über den Hochkapitalismus, durchaus marxisch, wenn er die heutige Riesenmasse der Siedlungsfarmer aller Erdstriche, die seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts erstand, ohne Zögern den »außerkapitalistischen« Wirtschaftssystemen zuweist, obwohl »der größte Teil« dieser Bauernwirtschaften »von vornherein auf den Verkauf gestellt« sei, und wenn er, weltwirtschaftlich gesehen, den Hochkapitalismus der zentralen europäischen und nordamerikanischen Kerngebiete begleitet sieht von einer überraschenden Zunahme von Bauern, das heißt, um wieder marxisch zu reden, von jener Art von »Arbeiter« (nicht Lohnarbeiter, Proletarier), der »freier Privateigentümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist: der Bauer des Ackers, der Handwerker des Instrumentes, worauf er als Virtuose spielt«.¹¹

8) Siehe Marx an dem in Note 2 erwähnten Ort Seite 735 und 734.

9) Siehe Engels Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft /Zürich 1886/ Seite 169 und 170.

10) Siehe Marx an dem in Note 6 erwähnten Ort Seite 70 und folgende.

11) Siehe Sombart Der moderne Kapitalismus III /München 1927/ Seite 950 und 984. In dem hervorragend verdienstvollen Lebenswerk Sombarts, das ich jetzt erst, auf einem Krankenlager, in voller Ausdehnung lesen konnte, bildet es eine der größten Lücken und Schwächen, daß Sombart nirgends zu einer klaren Scheidung der beiden großen Wirtschaftssphären gelangt: der kolonialwirtschaftlichen und kolonialproduktiven und der europäisch-zentralen, die aus sich selber, aus eigener Vergangenheit und Grundlage heraus, autochthon organisch emporwuchs und ausreifte. Bei allen regelmäßig wiederkehrenden Hinweisen auf die »peripheren«, die »Anbau«, die »neuweltlichen« Wirtschaftsvorgänge (auch das Wort kolonial fällt dabei oft, freilich ohne jede nähere Bestimmtheit und Abgrenzung) kommt nirgends die oben angedeutete einschneidende Zweiteilung des modernen Wirtschaftslebens zur Geltung (>die, unnötig näher darzulegen, etwas vollkommen anderes ist als die Harmasche Gegenüberstellung von »Volkswirtschaft« und »Weltwirtschaft«, bei der ziemlich gleichgültige Äußerlichkeiten, wie Überspringen der nationalen Grenze und der formalen Rechts- und Staatseinheit eine die Wirklichkeit beherrschende Rolle spielen sollen). Wie aus differenten Wirtschafts- und Sozialgrundlagen differente ökonomische Tendenzen emporsprießen müssen, wie eine Tier- und Pflanzenwelt aus anderer Erdoberflächenzusammensetzung und -gestaltung und anderer klimatischer Umwelt, kann man infolge des noch größern Abstands natürlich bei der Tropenkolonisation noch besser sehen als bei der Siedlungskolonisation. Ich komme deshalb auf die ganze Grundfrage der sozialökonomischen Zweiteilung nochmals bei Gelegenheit eines ergänzenden Artikels über die Tropenkolonien zurück. Der bisher beliebte Ausweg, das besondere Koloniale jedesmal als »Ausnahme« von der europäischen Grundregel wenigstens anhangsweise (beim Arbeitsmarkt und Lohn, bei der Grundrente usw.) obenhin zu erwähnen, versagt mehr und mehr, je mehr die Kolonialproduktion, wenigstens territorial, in Siedlungs- und Tropenländern, die gesatete europäisch-zentrale Produktion zu überholen sich anbahnt. Für die Differenzierung der Arbeitsverfassungen siehe einstweilen Schippel Zur Soziologie kolonialer Arbeitsverhältnisse, in Salomons Jahrbuch für Soziologie III /Karlsruhe 1927/, für die Differenzierung der Einwanderungs- und Bevölkerungspolitik Schippel Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder, Denkschrift für den Stuttgarter Internationalen Kongreß /Stuttgart 1907/.



UF die etwaige Ergänzungsbedürftigkeit dieser, wie man sieht, rein ökonomischen Theoretik der Siedlungskolonisation soll erst eingegangen werden, wenn in einer gelegentlichen besondern Untersuchung die Eigenheiten der Tropenkolonisation, abermals möglichst an der Hand Marxens, erörtert sind. Denn das gleiche, oben in der Stellungnahme Marxens vielleicht vom Leser vermißte Problem taucht da gleichfalls auf, wenigstens bis zu einem gewissen Grad; die erstmalige Schaffung des »Volkseigentums« der sich ausbreitenden Weißen durch, zunächst recht farblos oder selbst beschönigend gesagt, Überwindung des Volkseigentums der Eingeborenen, durch die große Eigentumsrevolution zwischen zusammenstoßender höherer und niederer Wirtschaftsordnung.

Heute sei nur noch eine, manchen parteigenössischen "Marxisten" wahrscheinlich arg verblüffende Konsequenz der ganzen rein ökonomischen Auffassung betont. Wenn der koloniale oder nichtkoloniale Charakter irgendeines Gebiets durch die Art seiner Wirtschaft und Produktion bestimmt wird, ist es für die Abgrenzung des Kolonialbegriffs offenbar ganz gleichgültig, ob und wie weit eine *mutterländische* Gesetzgebung und Verwaltung sich in die Ausgestaltung dieser Produktion und Wirtschaft hineinmischt, ob sie diese Gebiete als Nebenländer mindern Staatsrechts oder als gleiche vollberechtigte "assimilierte" Landesteile behandelt, oder ob sie, wie im Fall des ursprünglichen Kongostaats, überhaupt gar nicht vorhanden ist. Vollends verbietet es sich alsdann mit den üblichen staatswissenschaftlichen Lehrbüchern gar nur die "Kolonialpolitik" hauptsächlich in der Art der Begründung, der Zielsetzung dieser Einmischung und dem sonstigen Drum und Dran zu erblicken.

Dann sind aber andererseits die jungen *Innenstaaten* eines Staatenbunds wie der Vereinigten Staaten *kolonial*, Kolonialgebiete zu nennen: Kolonialland allerdings nur des europäischen Wirtschaftskreises und seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts nicht mehr dieses oder jenes europäischen Einzelstaats wie Englands oder Frankreichs oder Spaniens, die alle einmal hier Mutterland spielen konnten. Und so heißt denn auch die eigentlich definitiv grundlegende Stelle am Eingang des den 1. Band des Kapitals abschließenden Kapitels über die moderne Kolonisationstheorie:

»Es handelt sich hier von wirklichen Kolonien: jungfräulichem Boden, der durch freie Einwanderer kolonisiert wird. Die Vereinigten Staaten sind, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas.«¹²

Das Totschweigen einer so markanten Auffassung durch unsere Agitations-"marxisten" ist um so charakteristischer, als Marx und mit ihm Engels geradezu geflissentlich bei jeder sich nur darbietenden Gelegenheit diese, seit ihrer Bekanntschaft mit Wakefield errungene Auffassung auffällig unterstreichen. Im 1. Band des Kapitals stoßen wir nochmals auf den Hinweis: »In ihrer jetzigen Gestalt (1866) müssen sie [die Vereinigten Staaten] stets noch als Kolonialland von Europa betrachtet werden.«¹³

12) Siehe Marx an dem in Note 2 erwähnten Ort Seite 729. Eine Bemerkung sei hier gestattet: Wenn man das vorletzte (24.) und das letzte (25.) Kapitel des 1. Bandes des Kapitals liest, so tritt ganz klar hervor, daß tatsächlich das 24. Kapitel als krönender Schluß des Ganzen niedergeschrieben war; es türmt förmlich alle Marxschen Grundanschauungen bis zur Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse aufeinander und ist mit Recht für sozialdemokratische Programmbegründungen viel benutzt und oft einfach abgeschrieben worden. Wer und was veranlaßte das zwar sehr interessante, aber vom Gesamtaufbau sich an dieser Stelle vollständig loslösende 25. Kapitel? Marx hat auf den äußerlichen Eindruck seines Buches offenbar keinen Wert gelegt. Meines Erachtens würde es sich aber doch empfehlen bei Neudrucken den Abschluß mit dem 24. Kapitel klar und deutlich hervortreten zu lassen, das 25. Kapitel also nur wie einen Anhang in Kleinschrift anzufügen. Die Symmetrie und der Eindruck des Ganzen würden dadurch ungeheuer gewinnen.

13) Siehe Marx an dem in Note 2 erwähnten Ort Seite 417.

Und Engels sieht sich als Herausgeber an dieser Stelle bewogen 1890 den obwohl schwächern Fortbestand dieses ökonomischen Grundzugs den Leser der 4. Auflage nur ja nicht übersehen zu lassen:

»Seitdem haben sie sich zum zweiten Industrieland der Welt entwickelt, ohne darum ihren Kolonialcharakter ganz eingebüßt zu haben.«

Als Engels in der Vorrede zur Neuausgabe seiner Lage der arbeitenden Klasse in England 1892 den früher von den Verfassern des Kommunistischen Manifests niemals für denkbar gehaltenen Wiederaufschwung Europas nach den Zusammenbruchsjahren 1847-1848 zugesteht und schildert, schreibt er dem »Riesenfortschritt« Amerikas die Haupttriebkraft zu, und er fügt abermals, obwohl keine wirkliche Veranlassung dazu vorlag, mit erhobener Stimme bei: »Und Amerika, vergessen wir es nicht, war damals eben nur ein Kolonialmarkt.«¹⁴ Im Briefwechsel Engels' mit Sorge taucht öfter der Hinweis auf, erst mit der Erschöpfung seines Vorrats an öffentlichen Ländereien werde Amerika altweltlicheren Verhältnissen, Klassen- und Parteienbildungen zusteuern.

So fast pedantisch aufdringlich und schulmeisterlich verfährt man nur, wenn man einer einmal gewonnenen tiefen Einsicht eine ganz *außerordentliche Bedeutung* beimißt. Wir als Schüler Marxens haben aber in der Gegenwart eher Anlaß zu noch höherer Wertung. Denn die ganze Marxsche koloniale Grundauffassung ist in letzter Linie nichts anderes als was, in weitester Abweichung von unseren Staatswissenschaftlern und Volkswirten, bei unseren *Wirtschafts- und Kulturgeographen* gleichfalls, aus der Logik der beobachteten und verarbeiteten Tatsachen heraus, unterdes mehr und mehr zum Durchbruch gelangt ist. Was Friedrich Ratzel in seinem prachtvollen Amerikabuch mehrfach zu der Bemerkung veranlaßte, die Vereinigten Staaten seien »noch heute in wesentlichen Merkmalen Kolonien«. Oder was Alexander Supan zu der drastisch zusammenfassenden Äußerung drängte, die Union, »auch nachdem sie selbständig geworden war«, sei »für Europa das Kolonialland «ατ' εφοχήν» geblieben«. Oder was Alfred Hettner zu dem Schluß veranlaßte, Ostrubland mit seinen finnischen und tatarischen Völkerschaften sei »auch heute noch ausgesprochenes Kolonialland; Sibirien kann nur als eine Siedlungskolonie verstanden werden, die etwa mit Canada zu vergleichen ist«.

Man sieht, es wird nachgerade über alle Maßen seltsam, daß man sich in Parteilagen so gar nicht mit der Marxschen Kolonialtheoretik beschäftigen will.

MARK WISCHNIAK · UNTER RUMÄNISCHER DIKTATUR

HERZEN prägte, vom Russischen Reich zur Zeit Nikolaus' I sprechend, das Wort: in Rußland werde die Autokratie nur durch die Bestechlichkeit beschränkt. Von Großrumänien aber kann eher das Gegenteil gelten. Dort werden der Autokratie der Bestechlichkeit nur durch Eigenmacht und Willkür Grenzen gesetzt. Das gegenwärtige Rumänien ist das Land des universellen, von der Türkenherrschaft ererbten Backschisch und der unumschränkten Willkür, die Strafen und Gnaden nach eigenem Gutdünken verteilt. Solche Verwaltungsmethoden lasten natürlich schwer auf der gesamten Bevölkerung. Und einzelne Klassen und Bevölkerungsschichten empfinden sie um so schmerzlicher, je größer ihre Schwäche ist, das heißt, je ärmer, unwissender

14) Siehe Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England / Stuttgart 1892/ Seite IX.

und rechtloser sie sind. Diese Bevölkerungsschichten bestehen in Rumänien nicht nur aus den sozial benachteiligten minderbemittelten Elementen in Stadt und Land sondern auch aus der Masse der nationalen und konfessionellen Minoritäten, der Russen, Juden, Bulgaren, Deutschen und Madjaren, die seit 1918 zu Großrumänien gehören. Die Lage der Minoritäten bestimmt zurzeit die allgemeine Lage und die Politik Rumäniens. Besonders aber bestimmt sie das ganze Leben in den an das alte Königreich Rumänien angeschlossenen Provinzen, in der Bukowina, der Dobrudscha und Beßarabien. Namentlich gilt dies von Beßarabien und für die allerschwächste und rechtloseste Minorität: die Russen. Im Vergleich zu der Lage der Russen im orthodoxen und von jeher antisemitischen Rumänien erscheint die Lage der Juden, die von Zeit zu Zeit, zuletzt im Dezember 1927, von Pogromen heimgesucht werden, doch auf Grund ihres festern Zusammenhaltens und ihrer Aktivität verhältnismäßig noch günstig.

Unter dem Wahrzeichen des Nationalismus verwirklicht das heutige Rumänien den Gedanken der Dostojewskijschen Helden Schigaljow und Pjotr Werchowenskij, den die sogenannte Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unter einem sozialen Wahrzeichen realisiert. Ebenso wie die "Menschheit" in der bolschewistischen Union, dem Plan der Dämonen gemäß, in »2 ungleiche Teile zerfällt«, von denen der eine »individuelle Freiheit und unumschränkte Rechte den anderen gegenüber« besitzt, während die anderen »ihre Individualität verlieren« und »dem Vieh gleichkommen«, zerfällt auch die rumänische "Menschheit" in 2 Teile mit ungleichen Rechten: diejenigen Kasten, die im Besitz der »individuellen Freiheit« sind, und die, die diese Freiheit entbehren und »dem Vieh gleichkommen« sollen. Zu den erstgenannten gehören, laut den gesetzlichen Bestimmungen, die sogenannten Români de origina, das heißt die "rasseureinen" Rumänen, von dakorömischer Abstammung und orthodoxer Konfession. Zu den anderen gehört alles, was auch nur ein einziges der oben genannten Merkmale nicht besitzt. Die rumänischen Bürgerrechte genügen nicht, um in die Kaste der Privilegierten Eintritt zu erlangen. Dafür aber ist selbst die Existenz derjenigen, die dieser Bürgerrechte entbehren, von jedem Zufall abhängig. Sie befinden sich im Zustand vollkommener Rechtlosigkeit. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit entscheidet über Leben und Tod der Millionen, die die neuen rumänischen Provinzen bevölkern.

Rumänien, genau wie das bolschewistische Rußland, bestreitet nicht die Tatsache der Gewalt, die die herrschende Nationalität den anderen gegenüber ausübt. Nur gibt man, hier wie dort, vor, daß die Macht, hier der rumänischen Nationalliberalen oder Volkspartei, dort die der sogenannten Kommunistischen Partei, sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stütze. Bei dem "beinahe" allgemeinen Stimmrecht werden die Wahlen in den beiden Ländern nicht von der Bevölkerung sondern von der Regierung durchgeführt. Als im Jahr 1920 Averescu die Regierungsgewalt innehatte, wurden 215 Parteigänger des Generals und nur 3 Anhänger Bratianus gewählt. Als aber 2 Jahre später Bratianu an die Spitze der Regierung trat, gingen aus dem Wahlkampf 250 seiner Freunde und nur 10 Parteigänger Averescus siegreich hervor. Bei den Wahlen von 1926 war schon das neue Wahlgesetz in Kraft getreten. Es gab der Benachteiligung der Besiegten bei der Verteilung der Abgeordnetensitze eine rechtliche Grundlage; die Averescuaner, die wieder

einmal an der Spitze der Regierung standen, verfügten bei der offiziellen Zählung über 54 % der abgegebenen Stimmen; nach einer Reihe von Übergriffen und dunklen Machenschaften erhielten sie jedoch 292 Mandate (75 %). Aus den Juliwahlen 1927, die wiederum von Bratianu durchgeführt wurden, ging die Partei Averescus vollkommen zerschlagen hervor, indem Bratianu 328 Abgeordnetensitze erhielt, während auf die Bauernpartei 46, auf die Nationalen Minderheiten 13 Sitze fielen.

Die Eigentümlichkeit des rumänischen Verwaltungssystems besteht nicht darin, daß Rumänien, nachdem es sich 3mal schriftlich verpflichtet hat die Minoritätenrechte zu wahren (im Vertrag mit den Alliierten vom 9. Dezember 1919, in den Übereinkommen mit dem Völkerbund vom 30. August 1921 und in dem Beßarabischen Traktat vom 26. Oktober 1920, laut dem es die Pflicht auf sich nahm »Beßarabien eine Verwaltung zu sichern, die den nationalen, konfessionellen oder sprachlichen Minoritäten den Schutz gewährt, auf den sie volles Anrecht haben«), immer wieder das gegebene Wort gebrochen hat. Rumänien tat dies, als am 23. März 1923 die neue Verfassung angenommen wurde, worin weder der Rechte der Minoritäten auf Schule und Sprache noch der nationalen Gleichberechtigung Erwähnung getan wird. Überhaupt spricht diese Verfassung nicht von rumänischen Staatsangehörigen sondern von Rumänen, als Rassen- und nicht als Rechtskategorie. Sie tat es auch, als sie ein besonderes Gesetz über Erwerb und Verlust der rumänischen Staatsangehörigkeit annahm. Die Eigentümlichkeit der rumänischen Verwaltung besteht in ihrer äußern Wohlanständigkeit und tatsächlichen Unanständigkeit. Das rumänische System, das das Recht der Form nach anerkennt, macht es in Wirklichkeit im Prozeß seiner Anwendung zur Rechtlosigkeit. Dieses System vermeidet es die Mißbräuche der Regierung oder ihre Übertretungen in bestimmter Weise festzulegen. Das rumänische Regierungssystem hat die Kunst das Gesetz auszulegen und zu kommentieren, viel häufiger aber noch es gänzlich zu umgehen, zu einer hohen Stufe der Vollkommenheit gebracht. Es ist ein großer Irrtum sich die rumänischen Machthaber als schlaue, aber einfältige Dummköpfe vorzustellen. Nein, sie sind große Meister der Schikanen, seltene Künstler der bürokratischen Rechtsverdrehung und der scholastischen Gerissenheit.

Ein jedes Gesetz besitzt in Rumänien sein Reglement. Was aber durch das Reglement nicht im Sinn der Beschränkung ausgelegt und auf prozessuellem Weg beschränkt werden konnte, wird zum Gegenstand nachträglicher administrativer Vorschriften über die Anwendung des Reglements. Alle Rechte kommen aus diesem 3fachen Sieb in zusammengefallenem, eingeschrumpftem Zustand und verwandeln sich in ihr direktes Gegenteil, in die Notwendigkeit für den einzelnen sich auf dem Weg des allmächtigen Backschisch oder persönlicher Beziehungen eine wohlwollende Anwendung der Vorschriften oder Auslegung des Gesetzes und des Reglements zu sichern. Das um so mehr, als der Text der Gesetze, Reglements und Vorschriften für die Bevölkerung des öfters nicht nur dem Sinn nach sondern auch tatsächlich unzugänglich ist. Ich fragte in allen Buchhandlungen Bukarests nach den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Staatsangehörigkeit, es war aber nicht möglich auch nur ein einziges Exemplar aufzutreiben. Auf meine Bestellung hin fragte eine rumänische Buchhandlung bei der Staatsdruckerei an, in deren Verlag der *Monitur Official* erscheint, der die Vorschrift ge-

druckt, sowie beim Innenministerium, das sie als Einzelausgabe verlegt hatte. Überall jedoch war die Ausgabe vergriffen. Ein Mitglied der Stadtverwaltung, in dessen Händen ich ein Exemplar der Vorschriften sah, erklärte mir, er habe sich dieses Exemplar bei der Verwaltung geliehen, da es ihm unmöglich war sich sonst eins zu beschaffen.

Die internationalen Verträge verpflichten Rumänien alle diejenigen Personen als rumänische Staatsangehörige anzuerkennen, die zu einer gewissen Zeit innerhalb der neuen Grenzen Rumäniens wohnten, und zwar »mit vollem Recht und ohne jegliche Formalitäten (de plein droit et sans aucune formalité)«. Eine solche Anerkennung ergibt sich von selbst aus den Grundlagen des neuen internationalen Rechts: Die menschliche Gesellschaft duldet nicht den Zustand des Nichtvorhandenseins einer Staatsangehörigkeit, und der Erwerb der Souveränität über ein Landesgebiet bedingt die Anerkennung seiner Bevölkerung als Bürger des Landes, das die Souveränität erworben hat. Das rumänische Gesetz über die Staatsangehörigkeit vom 17. Februar 1924 ist ein direktes Verleugnen dieser Verpflichtung. Es erkennt die rumänische Staatsangehörigkeit nur denjenigen zu, die imstande sind gemäß der ehemaligen russischen Gesetzgebung formelle Beweise dafür beizubringen, daß sie ihren ständigen Wohnsitz in Besarabien hatten oder aber von Eltern abstammen, die vor dem 9. April 1918, das heißt vor der Annexion Besarabiens durch Rumänien, ihren ständigen Wohnsitz dort hatten. Das Reglement verschlimmert noch die durch das Gesetz geschaffene Lage. Ich war selber Zeuge, wie das Gericht einem Antragsteller deshalb die Bitte um Anerkennung seiner rumänischen Staatsangehörigkeit ablehnte, weil er nicht *beweisen* konnte, daß er an einem bestimmten Datum seinen ständigen oder administrativen Wohnsitz in Besarabien hatte. Tausende von Besarabiern, Bukowinern, Transsylvaniern, Dobrudschaniern befinden sich bis jetzt noch in einem "natürlichen" außerbürgerlichen Zustand, sei es, weil sie keine Beweise für ihre Seßhaftigkeit aufbringen können, oder weil sie für kein anderes Land optieren wollten, oder aber, weil sie die für die Erklärung ihrer rumänischen Nationalität festgesetzten Fristen verstreichen ließen. Nach der Entscheidung des Gerichts kann innerhalb 20 Tage Berufung eingelegt werden. Laut gerichtlicher Bestimmung läuft diese Frist aber vom Tag der Gerichtsentscheidung. Das Gesetz bestimmt nicht, daß eine solche Entscheidung im Beisein der Interessenten gefällt werden muß. Deshalb wird sie auch in deren Abwesenheit gefällt, und die Interessenten werden oft nicht einmal nachträglich benachrichtigt. Nur vermögende Leute können mit Hilfe eines Rechtsanwalts und mit Anwendung von Bakschisch den Verlauf ihres Prozesses erfahren. Minderbemittelte erhalten bloß von der Berufungsinstanz im voraus gedruckte Formulare, die sie davon in Kenntnis setzen, daß ihre Beschwerde abgewiesen worden ist, da sie die gesetzmäßig festgesetzte Frist hätten verstreichen lassen. Sogar diejenigen, die die rumänische Staatsangehörigkeit bereits erworben haben, müssen jeden Augenblick darauf gefaßt sein, daß sie ihnen wieder genommen wird. Das rumänische Gesetz enthält eine Bestimmung, die es erlaubt gegen die anerkannten Bürgerrechte einer Person Protest einzulegen. Das Reglement verleiht einem jeden, sogar jeder beliebigen Privatperson, die sich durch die Anerkennung der Staatsangehörigkeit einer andern Person geschädigt glaubt, das Recht gegen diese Anerkennung Berufung einzulegen. Unter den zurzeit in Rumänien herrschenden Verhältnissen verleiht diese

Klausel nicht nur der Staatsanwaltschaft sondern auch der Siguranza, der christlich-antisemitischen Liga des Professors Cusa, und jedem einzelnen Erpresser das Recht gegen die Anerkennung der Staatsbürgerrechte eines jeden "Fremdstämmigen" zu protestieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß zum Beispiel in Cluj /Transsylvanien/ und in den 5 angrenzenden Komitaten von 19 500 Familien, deren rumänische Staatsangehörigkeit anerkannt war, gegen 8311, das heißt über 40 %, Berufung eingelegt wurde.

Die Umstände, unter denen die Bevölkerung der von Rumänien annektierten Landesgebiete, ob Juden oder Hellenen, Deutsche oder Madjaren, die rumänische Staatsangehörigkeit erwerben muß, schreien nicht nur zum Himmel sondern auch zum menschlichen Gewissen. Sie können auch politische Folgen haben. 6 Länder, deren territoriale Grenzen noch bei weitem nicht endgültig festgelegt worden sind, umgeben Rumänien. Ihre kulturell-nationalen Bestrebungen verbinden sie mit den viele Millionen zählenden Minoritäten, die sich nun innerhalb Großrumäniens befinden. Was insbesondere die Stimmungen der Bevölkerung Bebarabiens betrifft, so wurde mir versichert, daß, hätte die Regierung vor 3 Jahren eine Volksabstimmung veranstaltet, sie eines günstigen Resultats sicher sein konnte. Jetzt haben sich Lage und Gemütszustand verändert. Die Mehrheit der Bevölkerung kann sich die bolschewistische Herrschaft nur noch schwer vorstellen, die Herrschaft der Rumänen aber kennt sie zur Genüge. Bebarabien hat, glücklicherweise, keinen Sieg des Bolschewismus erlebt. Seine Propaganda aber treibt der Bolschewismus in Rumänien mit Hilfe der ihm fremden demokratischen Stichworte. In dem vom sogenannten Block der Arbeiter- und Bauerndemokratie (Deckmantel der Bolschewisten für die Parlamentswahlen) veröffentlichten Aufruf findet man folgende antibolschewistische Forderungen: »Kampf dem Terror . . ., Kampf dem Belagerungszustand, den Kriegsgerichten, der Gendarmerie und der Siguranza . . ., Amnestie, Redefreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit der Werktätigen in Stadt und Dorf und der nationalen Minderheiten.«

Der rumänische Staat, der die Ohnmacht seiner eigenen Kultur im Vergleich zur Kultur der ihn umgebenden Völker, der Deutschen, Madjaren, Russen, erkennt, versucht es mit Hilfe der rein äußerlichen mechanischen Kraft zu erwerben, was die geschichtliche Entwicklung Rumäniens nicht gebracht hat. Und statt des berechtigten Wettbewerbs der Kulturen oder sogar des Schutzes der eigenen Kultur proklamiert er als Ausfluß der Staatsweisheit den Grundsatz der Rumanisierung, das heißt den Ersatz, die Unterdrückung und gegebenenfalls sogar die Ausrottung der fremden Kultur durch die staatliche rumänische Kultur. Diese Rumanisierung ist nicht nur als subjektive Gewalt, die die Herrscher Rumäniens ihren Untertanen gegenüber ausüben, verwerflich. Sie ist auch objektiv unannehmbar, als organisierte Herabsetzung der Kultur, die selbe Herabsetzung, die die bolschewistische Regierung Rußlands nach ihrem eigenen Bekenntnis bewußt erstrebt hatte. Die Rumanisierung der Schule ist aber die abstoßendste von allen, auch deshalb, weil sie zu ihrem Gegenstand wehrlose Kinder macht.

Rumänien hat obligatorischen Schulunterricht. Der Artikel 24 der Verfassung proklamiert dessen Unentgeltlichkeit. Das Gesetz ordnet den Gebrauch der Muttersprache nicht nur in den Privatschulen (Artikel 35 des Gesetzes vom 17. Dezember 1925) sondern auch in den Staatsschulen

(Artikel 7 des Gesetzes vom 26. Juli 1924) an. Jedoch sogar in den Privatschulen ist die Muttersprache der Schüler der Rumanisierung vollkommen zum Opfer gefallen. Selbst die Möglichkeit diese Sprache zu verwenden hängt von einer Reihe von Umständen ab, die durch die Willkür der Machthaber bestimmt werden. Die privaten Unterrichtsanstalten müssen jedes Jahr ein neues Gesuch einreichen, um die Unterrichtserlaubnis nicht nur für sich selber sondern auch für jeden einzelnen ihrer Lehrer erneuern zu können. Sie dürfen ihr Lehrpersonal nicht höher bezahlen als die Staatsschulen, um die Lehrer nicht zum Verlassen des Staatsdienstes zu verleiten. Es ist aber ebenfalls verboten diesen Lehrern ein niedrigeres Gehalt als das der staatlichen Anstalten zu geben. Damit haben die Behörden jeder Möglichkeit einer uneigennütigen, nur vom Idealismus beseelten Arbeit im Dienst der nichtrumänischen Schule vorzubeugen gesucht. Die Existenz der nichtrumänischen, wenn auch nur privaten Schule wird aber vollends dadurch unmöglich gemacht, daß die Gründung von privaten pädagogischen Lehranstalten oder nur von Hochschulen universitärer Art untersagt ist. Infolge dieser Vorschrift sind die deutschen und madjarischen Schulen genötigt sich nunmehr nur mit denjenigen Lehrkräften zu begnügen, die die wenigen alten, noch vor dem Gesetz vom 17. Dezember 1925 gegründeten Lehrerseminare ausbilden können. Was gar die russischen und jüdischen Minoritäten betrifft, so ist ihnen für immer die Möglichkeit genommen das gegenwärtige Kontingent ihrer Lehrkräfte zu erneuern oder zu vervollkommen: das einzige russische Lehrerseminar in Kischinew sowie die einzige jüdische pädagogische Lehranstalt in Jassy sind schon vor langer Zeit von den rumänischen Behörden geschlossen worden. Es werden keine neuen Lehrkräfte ausgebildet. Die Schule muß sich mit dem vorhandenen Lehrpersonal begnügen, das nur noch immer kleiner an Zahl werden kann. Das Gesetz fordert auf kategorische Art die Beobachtung des festgelegten Analytischen Programms. Laut diesem Programm sind die allgemeinen und speziell rumänischen Unterrichtsgegenstände durchgearbeitet, natürlich auf rumänische Art. Die Gegenstände, die die Minoritäten interessieren würden, finden natürlich in diesem Programm keine Aufnahme. Dabei besteht für die Schulen die ständige Gefahr der Nichtbeobachtung des Programms beschuldigt und geschlossen zu werden. Das Gesetz verbietet die Anzahl der Unterrichtsstunden für die im Programm bezeichneten Gegenstände zu vermindern. Und unter dem Vorwand sanitär-hygienischer Forderungen oder des humanen Wunsches die Schüler vor allzu großer Belastung zu schützen lassen die Behörden den Weg offen für alle Forderungen der Verminderung der Unterrichtsstunden für die nichtstaatliche Sprache, Literatur und Geschichte. Laut dem Gesetz sind nur gedruckte Lehrbücher zulässig. Alle Bücher, Geographiekarten und sonstigen Lehrmittel müssen dem Ständigen Ausschuss des Bildungsministeriums in Bukarest zur Gutheißung vorgelegt werden. Für diese Gutheißung ist keine bestimmte zeitliche Frist festgesetzt worden. Ich kenne keinen einzigen Fall einer solchen Gutheißung, weiß aber, daß von 35 Lehrbüchern, die vor vielen Monaten dem Ausschuss vorgelegt wurden, bis jetzt noch keines auch nur geprüft worden ist. Welche Einwendungen aber von den Ausschussmitgliedern erhoben werden, kann man sich denken, wenn man gehört hat, daß rumänische Pädagogen in ihren Privatgesprächen behaupten, es wäre von Nutzen auch in den Rechenbüchern von der rumänischen Fahne zu sprechen. Jedes von dem Ausschuss gut-

geheißene Buch für den Elementarunterricht muß mit 800 Lei bezahlt werden, die Höheren Schulen bezahlen 1200 Lei für ihre Bücher. Überhaupt wird in Rumänien das System der unmäßigen Besteuerung zugleich mit dem der Gewalt, das den Kern der Rumanisierung bildet, allgemein angewendet.

Ein besonderes Kapitel bilden die Prüfungen. Sie werden zu einem wahren moralischen Martyrium für die Schüler. Im Oktober 1926 wurde, im Zusammenhang mit dem sensationellen Beleidigungsprozeß der jüdischen Abiturienten von Tschernowitz, die sich gegen ihre pädagogischen Peiniger erhoben hatten, eine Statistik der Reifeprüfungen dort veröffentlicht. Es ergab sich dabei folgendes: Von 8 Abiturienten des Lyzeums I (rumänisch) bestanden alle 8, von 14 des Lyzeums II (deutsch) 4, von 68 des Lyzeums III (jüdisch) 17, von 29 des Lyzeums IV (ruthenisch) 3. Diese Zahlen bestätigen, daß die rumänischen Behörden, die formell keinen numerus clausus für die Nichtrumänen in ihren Hochschulen kennen, ihn de facto statuieren.

Die Schulen der Minoritäten läßt Rumänien kaum bestehen. Die Privatschulen, und nicht nur die Mittel-, sondern auch die Elementarschulen, fristen ein kärgliches Dasein. Die Schule der russischen Minorität aber wird, das darf man ruhig sagen, überhaupt nicht geduldet. In einer Denkschrift, die von Rumänien dem Völkerbund eingereicht und von diesem in seinem Bulletin im September 1925 zum Abdruck gebracht wurde, behauptet die rumänische Regierung, daß sie, den von ihr übernommenen internationalen Verpflichtungen entsprechend, bis zu 100 Millionen Lei aus dem Staatsfonds für die Unterstützung der Minoritätenschule ausgegeben hätte. Es erübrigt sich zu erwähnen, daß die russische Schule keinen Pfennig von dieser Summe bekommen hat. Das selbe gilt für die Schule der jüdischen Minorität.

Die rumänische Minoritätenpolitik hat sich öfter von polnischen Mustern beeinflussen lassen. Es genügt in der Schulpolitik auf das Verbot hinzuweisen andersgläubige Schüler in die Schule einer religiösen Minorität aufzunehmen. Diese Maßregel ist, ebenso wie in Polen, gegen die russische Minorität sowie die russifizierten Juden gerichtet, die ihre Nöte und Mittel, ihr lebendes und totes pädagogisches Inventar, zusammenfügten, um gemeinsam die russische Schule zu organisieren und zu unterhalten. In Polen aber hat man in letzter Zeit die schädlichen Folgen solcher Polonisierung erkannt, und man kommt von solcher Methode ab. Das Niveau der rumänischen Staatlichkeit ist dadurch gekennzeichnet, daß diese Erkenntnis, die dem offiziellen Polen, dem selben Polen, das früher als Beispiel aggressiver Politik gegen Minoritäten gelten konnte, jetzt aufgegangen ist, in Rumänien noch immer als Landesverrat und Aufruhr betrachtet wird. Von den Rumänen sagen die Feinde Rumäniens, sie seien keine Nation sondern eine Profession. Das ist natürlich nicht wahr. Die Rumänen sind schon eine Nation, aber eine Nation besonderer Art, die aus Vaterlandsliebe und nationalem Stolz ein Gewerbe macht, und zwar ein ziemlich lukratives Gewerbe, nicht nur im elementaren, grob materiellen sondern auch im "geistigen", politischen Sinn. Die Rumänen (es ist natürlich nicht vom Volk in seinem Ganzen sondern von seinen herrschenden Klassen und Parteien die Rede) sind eine Nation besonderer Art, weil sie, die eine in ethnischer, geschichtlicher und kulturell-psychischer Hinsicht abgesonderte, genau charakterisierte Nationalität darstellen, sogar nach der Erlangung ihrer seit jeher angestrebten "geschichtlichen" Grenzen und Ziele sich

nicht bis zum Niveau einer Nation im eigentlichen, rechtlichen Sinn dieses Worts erheben konnten. Die regierenden Oberschichten des rumänischen Volks haben nach Großrumänien die allerkrassesten Formen des internationalen Nationalismus eingeführt. Der Nationalismus dient in Rumänien als ideologischer und redensartlicher Vorhang für Europa. Hinter diesem Vorhang spielen sich wilde Szenen einer organisierten Gewalt ab, die von der herrschenden Nationalität denen gegenüber ausgeübt wird, die in der Minderheit geblieben sind. Das gegenwärtige Regime Großrumäniens ist eine Schmach für Europa, die es in die vorrechtliche Ära der geschichtlichen Entwicklung zurückwirft. Es lösen sich hier wohl Regierungen ab, aber der Belagerungszustand bleibt. Pogrome mit Blutvergießen und Vernichtung von Hab und Gut werden durch stille, verlangsamte, verschleierte Pogrome mittels Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung ersetzt. Neben den permanenten Opfern, den Juden, werden auch die anderen, heute Russen in Bessarabien, morgen Madjaren in Transsylvanien, getroffen, wie dies vor ganz kurzer Zeit der Fall war. Die Minderheiten verschiedener Nationalitäten, Kulturen und Konfessionen werden auf diese Weise durch gemeinsame Rechtlosigkeit an einander gekettet und sind alle gleichmäßig an dem Niedergang der Diktatur Rumäniens interessiert.

Was jetzt in Rumänien vor sich geht, ist von mehr als einem Standpunkt äußerst wichtig und lehrreich. Es ist bedeutungsvoll als ein verzweifelter Kampf zwischen dem Wort, das die Form eines Gesetzes angenommen hat, und dem Leben, den realen, Fleisch und Blut besitzenden Interessen, als ein Kampf zwischen dem Staat, der durch den Willen Dritter zum Großstaat geworden ist und sich auf seine Macht stützt, und dem Willen von Menschen und Gemeinschaften, die die Größe Rumäniens schaffen sollen und sich lediglich auf ihr Rechtsgefühl und das menschliche Gewissen stützen.

WALTHER KOCH · UNIVERSALISMUS UND NATIONALISMUS IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG

JEDE Wissenschaft ist einem Wandel unterworfen, hat in sich die Tendenz zu stetiger Vervollkommnung ihrer Methoden und Erkenntnisse. Die Geschichtswissenschaft aber ist noch in einem viel umfassendern Sinn in das geschichtliche Leben selbst verflochten. Sie ist selbst Ausdruck geschichtlicher Zeittendenzen, die ihrerseits wieder mit der Wandlung der politisch-sozialen Struktur der Gesellschaft zusammenhängen. Hat es doch Geschichte, im Gegensatz zu der zeitlosen Naturwissenschaft mit ihrem Streben nach ewig gültigen Naturgesetzen, mit menschlichen Werten und Ideen zu tun. Alle Geschichte bezieht sich auf irgendwelche zu verwirklichenden Werte, alle Geschichtsschreibung ist, mag sie sich auch noch so bemühen objektiv zu sein, von einer bestimmten Haltung und Wertung getragen. Eine wirklich objektive Geschichtsschreibung wäre nur möglich, wenn es einen objektiven, allgemein anerkannten Wertmaßstab zur Beurteilung historischen Geschehens gäbe, um den die heutige Geschichtsphilosophie ständig, ohne endgültige Lösung, ringt. Gehen wir von keinerlei Dogmatik aus, sondern suchen wir die Wirklichkeit unserer geschichtlichen Lage ins Auge zu fassen, so muß uns das

eine klar sein: daß heute eben keine allgemein verbindliche Grundlage vorhanden ist, sondern daß wir es mit einer Reihe verschiedenartiger, ja einander entgegengesetzter Wertsysteme zu tun haben, auf die auch alles geschichtliche Leben bezogen wird. Weltanschauung, politische und soziale Auffassung, Temperament trennen die Historiker in verschiedene Lager, haben sie von jeher getrennt. Politische Geschichte wird natürlich ganz verschieden gesehen, je nach der Stellung, die der Geschichtsschreiber zu Wesen und Aufgaben der Politik, des Staats, der Gesellschaft nimmt. Krieg und Nachkriegszeit haben als politisch bewegte Zeiten die verschiedenen Auffassungen aufs neue scharf hervortreten lassen, etwa im Kampf um die Kriegsziele, um die Kriegsschuldfrage, die Dolchstoßlegende, die europäische Verständigung. Aber die Fragestellungen reichen weiter zurück ins 19. Jahrhundert. Die Gegensätze der Geschichtsanschauung sind nicht erst mit der Kriegs- und Nachkriegszeit aufgetaucht, sie sind die Frucht langer geschichtlicher Entwicklungen und nur aus ihnen heraus zu verstehen.

Weil jede geschichtliche Schau von der idealbildenden Kraft des Wollens, jede politische Geschichte von einem bestimmten Staatsbild, jede soziale Geschichte von einer bestimmten Gesellschaftsauffassung getragen wird, ist auch heute wieder in jeder geschichtlichen Anschauung ein Stück allgemeiner Weltanschauung und politisch-sozialer Geltung gegeben. So hat es seinen Sinn, wenn wir an die Geschichtsschreibung die Frage richten, wie weit sie die Ziele, um die heute gerungen wird, erkennt, weil von dieser Erkenntnis die Fruchtbarkeit auch ihres rückwärts gewandten Geschichtsbilds abhängt. Wir fragen also, wie die Geschichtsschreibung die Eingliederung der nationalen Geschichte in die europäischen Zusammenhänge universaler Art gesehen hat. Wir stellen diese Frage nicht an einzelne Historiker und glauben sie nicht durch die Anführung dieses oder jenes Zitats beantwortet, sondern wir wollen uns zu dem Zweck der Klärung unserer Gegenwartslage und Zukunftsaufgabe die großen Linien der Entwicklung der Geschichtsschreibung der letzten 100 Jahre in ihren Gegensätzen und Spannungen vor Augen führen, weil auch unsere Gegenwart noch von ihr bestimmt ist.

Friedrich Meinecke hat in seinem hervorragenden Werk über Weltbürgertum und Nationalstaat die Entwicklung des Nationalstaatsgedankens aus dem universalistischen Denken des 18. Jahrhunderts heraus gezeigt. Ziel seiner Betrachtung war die Bismarcksche Reichsgründung, die in der Rankeschen Geschichtsbetrachtung schon vorbereitet wurde. Zwar gehen die universalen Elemente nicht restlos unter, sie verbinden sich vielmehr mit den nationalen zu einer Synthese, aber der entscheidende Nachdruck liegt doch auf den nationalen. Wir werden heute demgegenüber fragen: Wo sind Ansätze vorhanden, unter Wahrung der nationalen Besonderheit und Eigenart, zu universaler Verbindung der Völker und Staaten Europas in einem übernationalen Gebilde zu kommen, worum heute die gesamte äußere Politik geht? So gesehen werden wir heute in einem positiven Sinn auf eine Geschichtsschreibung wie die Rankes zurückgreifen, die über die Grenzen der nationalen Bildungen hinaus nie den europäischen Horizont aus dem Auge verlor. Schon in Herder war ja eine einzigartige Verbindung nationalen Eigenlebens, wie es in seinen Stimmen der Völker in Liedern zur Geltung kam, mit universalen Humanitätsideen, wie sie in seinen Briefen zur Beförderung der Humanität ihren Niederschlag fanden, zur Wirklichkeit geworden. Während das 18. Jahrhundert im großen und ganzen nur die allgemeine Menschen-

vernunft und eine allgemeine Universalgeschichte als Entwicklung dieser allgemeinen Menschenvernunft sah, wurden nun erst die geschichtlichen Besonderheiten der Völker erkannt und in Verbindung mit dem Gedanken des allgemeinen Menschentums gesetzt. Die Französische Revolution brachte zugleich mit dem demokratischen Gedanken der allgemeinen Menschenrechte den nationalen Gedanken der Selbstbestimmung der Nation nach innen und außen zur Geltung. Und Napoléon verband als Erbe der Revolution diese neuen Tendenzen mit der Idee eines europäischen Reichs größter Dimension und entband gerade dadurch die Gegenkräfte der nationalen Erhebungen, in Spanien, in Tirol, schließlich in Norddeutschland. Von nun an stehen sich in Europa 2 europäische Geistesrichtungen gegenüber, die beide mit nationaler Färbung ein gesamteuropäisches Programm verbanden: die liberaldemokratische Richtung, die den nationalen Gedanken mit dem internationalen des Bundes der Völker verband, und die konservativ-legitimistische Richtung der Romantik, die in der Heiligen Allianz die autoritären Staaten Europas zu einer gemeinsamen Abwehr des revolutionären Elements zusammenführen wollte. Jedenfalls, die Zeit nach 1815, nach dem Sturz Napoléons, war eine Zeit europäischer Zusammenhänge, geistig wie politisch. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts verdrängte die Tendenz zur Nationalstaatsbildung diese universalen Tendenzen der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Ein Ausdruck dieser Zeit der Heiligen Allianz ist die Geschichtsschreibung Rankes, der selber noch ein Kind des ausgehenden 18. Jahrhunderts ist. Vom universalen Geist der Romantik beeinflusst, sah er, wie etwa Novalis in seinem berühmten Aufsatz Die Christenheit oder Europa, die germanisch-romanischen Völker noch als eine Einheit, der er 1824 sein Erstlingswerk Die Geschichte der romanischen und germanischen Völker von 1454 bis 1514 widmete. Seine ganze weitere Geschichtsschreibung gilt der Erfassung dieser universalen Zusammenhänge. Jede nationale Geschichte war ihm nur ein Glied in der Kette dieser universalen Verflochtenheit des Abendlands. In diesem Sinn schrieb er sowohl seine Französische wie seine Englische Geschichte. Seine Geschichte der Päpste hat ebenso wie seine den Völkern Südeuropas gewidmeten Werke den großen Gang der allgemeinen Entwicklung der neuern europäischen Geschichte zum Ziel gehabt. Auch in den mehr biographischen Werken Rankes, wie in seiner Geschichte Wallensteins und in seinem Hardenberg, ist das individuelle Element ganz und gar in die allgemeinen Begebenheiten des Staats- und Völkerlebens einbezogen. Schließlich brachte das Werk seines Alters, seine Weltgeschichte, den Plan seiner Jugend zur Reife: »die Mär der Weltgeschichte aufzufinden, jenen Gang der Begebenheiten und Entwicklungen unseres Geschlechts, der als ihr eigentlicher Inhalt, als ihre Mitte und ihr Wesen anzusehen ist«. So hat Ranke, mit den universalen Tendenzen seiner Zeit übereinstimmend, in kontemplativer Leidenschaftslosigkeit die Völkergeschichte Europas erforscht und in seiner kühlen feinen Weise dargestellt. Er wollte sein Selbst möglichst auslöschen und lediglich erforschen, wie es eigentlich gewesen ist. Aber dieses Streben nach möglichster Objektivität, das wir am ehesten mit der aristokratischen Altersweisheit eines Goethe vergleichen können, war selbst wieder nur möglich in einer verhältnismäßig so befriedeten Zeit, wie sie den Napoléonischen Kriegen gefolgt war.

Eine neue Generation von Historikern erwuchs, die, nach dem Sturz Napoléons geboren, in ihren entscheidenden Jugendjahren lebhaftesten Anteil an

den Kämpfen um die Einigung Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage nahmen. Sie alle, die um Ramm, die Sybel, Mommsen, Häusser, Freytag und andere, erlebten das Revolutionsjahr 1848 etwa als Dreißigjährige, griffen selbst schon in jugendlicher Begeisterung ein in die Geschicke des Volkes und konnten nun nicht mehr wie die Generation Rankes in leidenschaftsloser Beschaulichkeit die europäische Welt an sich vorüberziehen lassen. Diese Historiker waren alle mehr oder weniger zugleich Politiker, und zwar in einem ganz bestimmten Sinn. Sie alle traten für eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, also für die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage, ein. Die meisten unter ihnen huldigten einem gemäßigten Liberalismus, nur Mommsen war radikaler, Droysen konservativer orientiert, während die anderen später zumeist in der Nationalliberalen Partei standen. Diese sogenannten kleindeutschen politischen Historiker wollten in ihrer Geschichtsschreibung zugleich ein Stück nationalpolitischer Erziehungsarbeit leisten. Sie wollten in der Geschichte nachweisen, was sie als politisches Programm verfochten; so Droysen in seiner Geschichte der preußischen Politik den deutschen Beruf Preußens, Sybel in seiner Geschichte der Revolutionszeit 1789 bis 1800 die seiner Meinung nach zersetzenden Wirkungen der demokratischen und sozialistischen Ideen. So sind diese politischen Historiker auch in ihren Geschichtswerken Kämpfer für bestimmte politische Zielsetzungen und wollen das auch in keiner Weise verhüllen. Die preußisch-kleindeutsche Auffassung trat der österreichisch-großdeutschen auch in der Geschichtsanschauung gegenüber. Während Sybel von seinem kleindeutschen Standpunkt aus die mittelalterlich italienische Kaiserpolitik als für die deutsche Reichseinigung schädlich nachzuweisen suchte, verfocht der großdeutsche Historiker Ficker demgegenüber die universale Aufgabe des Römischen Reiches deutscher Nation. In diesem geschichtswissenschaftlichen Streit traten sich noch vor 1866 die streitenden Ideologien Preußens und Österreichs in ihrem Ringen um die Führung gegenüber. So trat nun an die Stelle der kontemplativen Geschichtsschau Rankes eine aktive Stellungnahme des Historikers zu den politischen Fragen seiner Zeit, die sich auf Schritt und Tritt auch in der Vergangenheit bemerkbar machte. Diese veränderte Zeitsituation kam am entschiedensten in einer programmatischen Rede zum Ausdruck, die Sybel 1856 in Marburg über den Stand der neuern deutschen Geschichtsschreibung hielt. Sybel, der ehemalige Schüler Rankes, umschreibt hier die neue Wendung zur politischen Geschichtsschreibung also: »Mit der erhabenen weltbürgerlichen Ruhe, welche einst Joh. von Müller in der deutschen Geschichtsschreibung zur Mode gemacht, war es vorbei auf immer. Jeder Historiker, der in unserer Literatur etwas bedeutete, hatte seitdem seine Farbe: Es gab religiöse und atheistische, protestantische und katholische, liberale und konservative, es gab Geschichtsschreiber von allen Parteien, aber es gab keine objektiven, unparteiischen, blut- und nervenlosen Historiker mehr. Ein höchst erheblicher Fortschritt. Denn so gewiß der echte Historiker nicht ohne sittliche Gesinnung heranreifen kann, so gewiß gibt es keine rechte Gesinnung ohne ein bestimmtes Verhältnis zu den großen weltbewegenden Fragen der Religion, der Politik, der Nationalität. Der Historiker, der sich hier in vornehme Neutralität zu ziehen sucht, wird ohne Rettung entweder seelenlos oder affektiert. Er wird nicht sittlich begeistern, er wird vergebens nach Stil und Schönheit trachten. Daß unsere Geschichtsschreibung sich zur Vaterlandsliebe und politischer Überzeugung bekennt, hat ihr erst die Möglichkeit

zu erziehender Kraft und zu fester Kunstform gegeben.« So gewinnt nun die politische Geschichtsschreibung gerade in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine Bedeutung, wie sie früher nur die Philosophie und klassische Dichtung besessen hatten. Sie bereitet geistig die Reichsgründung von 1871 vor und steht, wenigstens nach 1866, ganz im Bann der Persönlichkeit Bismarcks. Wie Bismarck etwa Anfang der fünfziger Jahre den Bruch mit seiner, in seinen Freunden, den Brüdern Gerlach, personifizierten romantischen Vergangenheit vollzog, so zog sich nun auch die Geschichtsschreibung aus der universalen Weite Rankescher Geschichtsauffassung zu einer alleinigen Betonung des nationalen Staatsgedankens zurück.

Die italienische und die deutsche Einigung wie das Erwachen der kleinen Nationen lenken nun die Blicke auch der Historiker auf sich. Vollends zur konsequenten Ausprägung kommt der absolute nationale Machtstaatsgedanke bei Treitschke, dem eigentlichen Herold des neuen Reichs, der einer spätern Generation angehörte und in seinen entscheidenden ersten Mannesjahren die Kämpfe um die deutsche Einigung erlebte und schriftstellerisch mit ausfechten half. Das liberale Element, das in Sybel noch mit dem nationalen Gedanken aufs engste verschmolzen war, trat nun völlig hinter der Idee des nationalen Machtstaats zurück. Mit rücksichtsloser Leidenschaftlichkeit verfocht Treitschke diese Idee, er wollte damit ein Deutsches Reich mit schaffen, das mit dem Britischen Imperium wetteifern könne. Der europäische Gedanke, der allein ein wirkliches Gegengewicht gegen den englischen Imperialismus hätte geben können, versank ihm ganz vor der Betonung des neuen Deutschen Reichs als Machtstaat. Wie alle internationalen Bindungen lehnte er auch, und mit gleicher Schärfe, jede soziale Staatsauffassung ab, wie sie etwa die Kathedersozialisten in dem 1873 gegründeten Verein für Sozialpolitik vertraten. Darüber geriet er mit Schmoller in eine heftige Fehde, ebenso wegen seines radikalen Antisemitismus mit Mommsen. Treitschke hat im neuen Reich als äußerst wirkungsvoller Redner ein gut Teil der Mentalität der Akademiker des alten Deutschlands geprägt, wie sie sich in nationaler und sozialer Beziehung in und nach dem Krieg oft so verhängnisvoll verständnislos gegenüber allen neuen politischen und sozialen Aufgaben erwies. Treitschkes Politik ist der Ausdruck dieser politischen Haltung, die in ihren Konsequenzen zu dem sogenannten Alldeutschum und dem überhitzten Nationalismus der Kriegs- und Nachkriegszeit führte. Darüber sei aber nicht die in der Tat äußerst lebendige und eindrucksvolle Kunst Treitschkescher geschichtlicher Darstellung vergessen, die seine Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert heute noch lesenswert macht. Seine großen schriftstellerischen Gaben konnten sich am glänzendsten in seinen Historischen und politischen Aufsätzen entfalten. Die Schönheit der Form und die Kunst der Darstellung dürfen freilich nicht über die verhängnisvolle Wirkung hinwegtäuschen, die Treitschke gerade als blendender Essayist und Journalist auf weite Kreise ausgeübt hat, eine Wirkung im nationalistischen Sinn, die nur langsam innerlich durch eine Erweiterung des geschichtlichen Horizonts überwunden werden kann. Als Essayschreiber ähnlich hervorragend, aber im Unterschied zu Treitschke von einem humanistisch-europäischen Geist erfüllt, kann hier Karl Hillebrand genannt werden, der, in Deutschland aufgewachsen, lange Zeit in Frankreich wirkte, dann nach 1871 den Mittelpunkt der deutschen Künstlerkolonie in Florenz bildete und dort eine Engländerin heiratete. So haben an dem Aufbau seiner Geschichts-

schreibung, die in seiner Essaysammlung Völker, Zeiten und Menschen vorliegt, 4 Nationen mitgewirkt. Er betrachtete als sein Amt den geistigen Austausch und die geistige Verständigung zwischen den europäischen Kulturen. Also eine Vorarbeit zur Zusammenfassung unseres Kontinents.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erst begann Deutschland in seiner Politik über die Grenzen Europas hinauszugehen. Die Bismarcksche Kontinentalpolitik erweiterte sich zur Weltpolitik, wie das bei den Weststaaten schon viel länger der Fall war. Während die Rankesche Geschichtsauffassung sich noch wesentlich auf die abendländisch-christliche Welt beschränkte, weitet sich nun der Gesichtskreis der Historiker über Europa hinaus auf das Weltganze. Rankes Weltgeschichte gibt noch die Geschichte dieser abendländisch-europäischen Welt in ihrem Zusammenhang mit der orientalischen Welt. Neuere Weltgeschichten, etwa die von Helmolt, Pflugk-Hartung, Breysig oder Rachel, sprengen grundsätzlich diesen Rahmen und wollen, in verschiedener Weise, Geschichte der Menschheit geben. Osteuropäische und ostasiatische Geschichte werden immer mehr ausgebaut. Afrika wird von Leo Frobenius durchforscht. Eine Durchbrechung des europäischen Horizonts bedeutete in einem gewissen Sinn schon die Kolonialgeschichte, die besonders von dem alldeutschen Historiker Dietrich Schäfer gepflegt worden ist; so ist seine Weltgeschichte der Neuzeit nicht zum wenigsten der Eroberung der außereuropäischen Erdteile durch die europäischen Staaten gewidmet. Die eigentliche Geschichte des Zeitalters des Imperialismus schrieb der österreichische Historiker Friedjung, der, von seiner Darstellung des Kampfs um die Vormacht in Deutschland ausgehend, den Rahmen der Geschichte über die ganze Welt ausspannte. Überall also können wir schon in der Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte ein Vorstoßen in neue universale Zusammenhänge beobachten, die gegenüber dem Rankeschen Weltbild doch unendlich erweitert sind. Wir stehen am Anfang einer planetarischen Geschichtsschreibung.

Diese Durchdringung der Welt kann in verschiedenem Sinn erfolgen, entweder als Versuch von einem europäischen Machtstaat aus möglichst viel von der Erde zu erobern und zu beherrschen, oder als Lösung des großen Problems eines Völkerbunds auf der Grundlage der natürlichen ökonomischen Einheiten. Hier kann die Geopolitik noch fruchtbar für die Geschichte werden. Weltpolitik und Weltwirtschaft können nur auf der festen Grundlage einer Gliederung der Welt in großen Imperien, wie sie sich teilweise in der geschichtlichen Entwicklung bereits herausgebildet haben, gedeihen. Ein Überspringen dieser natur- und schicksalsgegebenen Grundlagen kann nur zu einer illusionären Entfernung von der wirklichen Struktur der Welt führen. So wird auch Europa immer, auch in neuen planetarischen Zusammenhängen, seine innere geschichtliche Verbundenheit behalten, ebenso wie Deutschland als politisches und geistiges Gebilde niemals seine besondere Funktion auch in den größeren europäischen Zusammenhängen einbüßen wird. Nur eine gliedhafte Erfassung der Bezogenheit des Besondern zu dem Allgemeinen kann auch die Entwicklung eines neuen Universalismus der Geschichtsschreibung fördern, der nicht denkbar ist ohne den großen europäischen Hintergrund, den seinerzeit die Rankesche Geschichtsschreibung hatte, der aber nur allzusehr in der weitem politischen Geschichtsschreibung verloren ging.



RICHARD KLEINEIBST · ENGLISCH STATT FRANZÖSISCH?



LS im Ruhrkrieg (made in England) ein blinder, die deutsche Nation schädigender Nationalismus Orgien feierte, da blühte nicht nur die materielle Sabotage, nein auch die ideologische. Damals konnte man wieder das Schlagwort vom "Erbfeind" rollen lassen, als welcher bei allen Patrioten wieder der Franzose zu gelten hatte. Und da zu den Erbpächtern solcher Art Patriotismus, allen anderen voran, die Mehrzahl der höheren Lehrer gehört, so glaubten sie natürlich auch ihr Scherflein auf dem Altar des Vaterlands darzubringen, wenn sie die Sprache des genannten Erbfeindes in Verruf brachten, sie zwar nicht ganz vom Lehrplan absetzten (das ging nicht so einfach), wohl aber in den Hintergrund drängten. Und dies natürlich zugunsten der englischen Sprache. Denn daß Deutschland, politisch wie geistig, ein Protektorat Großbritanniens werden sollte, daran fand das Nationalgefühl jener Schicht offenbar nichts auszusetzen. Der größte Teil der Berliner Realschulen optierte damals für das Englische als die Grundlage des fremdsprachlichen Unterrichts, mit der Rückwirkung völliger Ausschaltung des Französischen auf den humanistischen Gymnasien.

Die Ruhrkriegspsychose ging schließlich vorüber. Waren auch die Folgen katastrophal, so doch nicht so greifbar wie die des Weltkriegs, zumal man die wichtigsten Tatsachen andauernd verschwieg, die neuen (diesmal in erster Linie wirtschaftlichen) Verlustlisten verheimlichte, ihnen allenfalls ein ehrenvolles Begräbnis unter Ausschluß der Öffentlichkeit in sicher sehr interessanten Untersuchungsausschüssen bereitete. Einzig die Industrieführer gingen bald, ohne Rücksicht auf früheres Geschrei, zur Tagesordnung über und verständigten sich wirtschaftlich mit dem "Erbfeind". So kam der Eisenpakt als der (in seiner zukünftigen Endwirkung) erste Baustein eines neuen Europas zustande. Es wälzte sich aber, um mit Marx zu reden, der ökonomische Unterbau schneller um als der ideologische Überbau, mit dem Effekt, daß dieser heute noch nicht nachgekommen ist. Nicht zum Besten, nicht zum Gedeihen der deutschen "Belange" wird die Kontinuität dieser Ideologie gewahrt, soll, soweit man aus mehr oder weniger dunklen Andeutungen erschließen kann, die zeitgebundene Psychose zu einer leitenden richtunggebenden Idee stabilisiert werden.

Es soll nämlich, wie verlautet, in den Berliner Schulen nun endgültig und durchgehend Englisch als Grundlage des fremdsprachlichen Unterrichts festgelegt, aus dem Provisorium, gültig für einzelne Schulen, ein allgemeiner und Dauerzustand gemacht werden. Man wird, wir zweifeln nicht daran, "gute" Gründe dafür ins Feld führen, die Notwendigkeit der Einrichtung aus der Verwaltungspraxis und -ökonomie herleiten, die unter dem unregelmäßigen Zustand leidet; wird die Bedürfnisse der Schüler in den Vordergrund rücken, denen ansonsten der Wechsel der Schulen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde; und wird nur das eine nicht erklären, warum man die Regelung zugunsten des Provisoriums trifft und nicht die durch Geist und langjährige Erfahrung gestützte Kontinuität wahrt, mit anderen Worten: die französische Sprache wieder als Grundlage des neu-sprachlichen Unterrichts in den Höheren Schulen nimmt. Das heißt, man

wird auch auf diesen Einwand eine Antwort parat haben. Man wird auf die leichtere Erlernbarkeit der dem deutschen Sprachgefühl und der deutschen Sprachpraxis näherliegenden englischen Sprache hinweisen, und man wird sicher nicht verfehlen mit der größern wirtschaftlichen Bedeutung der Weltsprache Englisch aufzutumpfen. Es ist hier nun nicht der Platz die rein pädagogische Frage aufzurollen, ob die scheinbar oder wirklich leichtere Erlernbarkeit ein Vorzug für Erziehung und Bildung im Kindesalter ist. Wichtig aber ist es die Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Umstellung und ihre Tendenzen, seien sie bewußt oder nicht bewußt, zu beleuchten.

Sieht man von dem kleinen Kreis der Ununterrichteten ab, die deutsch und germanisch ohne Bedenken und ohne Kenntnis der Tatsachen gleichsetzen, so wird unter historisch Gebildeten über den Begriff deutsche Kultur insoweit Einigkeit herrschen, als darunter eine aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzte Geisteshaltung, ein aus den verschiedensten Bausteinen aufgetürmtes Gewordenes zu verstehen ist, nicht eine sozusagen einzellige Wesenheit. Dabei sind außer der natürlichen Grundlage von Raum und Abstammung in erster Linie die romanisch-lateinischen Strömungen und Einflüsse wirksam geworden, der romanisch-lateinische Kulturkreis. Lateinisch war die Sprache der Mönche; in lateinischer Sprache kam die himmlische Botschaft, das Evangelium zu den Germanen; Lateinisch war die Sprache der Wissenschaft bis weit ins 19. Jahrhundert hinein; auf dem Boden der lateinischen Sprache entwickelten sich die wissenschaftlichen Denkmethode; römisch-lateinischer Geist fand Eingang in Herz und Hirn des deutschen Menschen durch die Gelehrten, Schriftsteller und Dichter der *Vita Romana*. War es auch nur die Oberschicht, die sich dieser Umgangssprache der Gebildeten bediente, affiziert wurde auch die Masse von dieser Art des geistigen Lebens, was am besten in Religion und Kunst zu erkennen ist. Die frühen literarischen Denkmäler deutscher Zunge tragen noch Spuren davon; ist doch zum Beispiel der Einfluß der christlichen Welt, die lateinisch dachte, schrieb und sang, in der "germanischen Bibel" des Nibelungenlieds nachzuweisen und zu erkennen. Und dann die höfische Zeit. Es hieß Eulen nach Athen tragen, wollte man hier im einzelnen die dominierende Rolle des französischen Geistes aufzählen. Die mittelalterliche Kultur Deutschlands ist fast in jeder Phase, fast in jeder Lebensäußerung an die französisch-romanische gebunden. Die Sprache, das Material des Denkens, weist es nach, bis ins Militärische, bis in die Börse, ja auch der modernste Zweig unseres Lebens, die Technik: dieser Gott unserer Zeit, läßt durch mancherlei Ausdrücke erkennen (wer weiß, daß Antenne auf deutsch Fühlhorn heißt?), wie sehr deutsches Leben, bei allem internationalen Ausgleich, gerade dem französischen Geist verpflichtet ist, von den Fremd- und Lehnwörtern aus diesem Sprachgebiet ganz abgesehen. Das alles ist kein Zufall, so wenig es ein Zufall ist, daß neueste französische Baukunst normgebend auf deutsche Baukunst einwirkt, daß die deutsche Malerei in den Fußtapfen der großen Franzosen des letzten und des gegenwärtigen Jahrhunderts wandelt. Nicht nur römisches Recht hat dem deutschen unverwischbar (den Stempel aufgedrückt, auch der Code Napoléon bestimmt noch viele Seiten unserer Gesetzesbücher. Und wenn man im Westen Deutschlands lebt, so findet man noch tief im Volksleben, im ungeschriebenen Volksrecht Spuren dieses Code. Und kein Rheinländer wird deutsche Kultur von französischem Geist feindlich trennen wollen, jeder ist

sich ihrer gemeinsamen Wurzel und ihrer Schicksalsverbundenheit bewußt. Man weiß und fühlt es dort, daß unserm Sein ein ganz Wesentliches genommen würde, wenn man eine Amputation auch nur versuchen wollte, die zwar heute allein aus ökonomischen Gründen schon weniger möglich ist als je, eine vorgezeichnete Entwicklung aber sinnlos hemmen könnte. Wir brauchen die französische Art als notwendige Ergänzung; wir brauchen, um mit Bismarck zu reden, diesen Schuß Champagner im Blut, die klare, sich selbst immer wieder prüfende Denkweise, die Freude an der Selbstironie, die unsentimentale Tapferkeit des Franzosen, wir brauchen sie dringend zur Auflockerung einer Tiefe, die sonst trübe Dumpfheit werden kann. Es läßt sich beim bösesten Willen einfach nicht bestreiten, daß seit Jahrhunderten die Franzosen den Europäern, ja der Welt, aber in erster Linie den Deutschen, Lehrmeister waren: sie vielfach die Initiatoren, wir die bedächtigen, gründlichen Vervollständiger, die Ausbauenden.

Einseitig? Gewiß, so einseitig wie die Betrachtung der Kehrseite eben sein muß. Übertrieben, tant, trop de bruit pour une omelette? Es handelt sich doch wirklich nicht um so große, so weltbewegende Dinge, nur um eine "Verwaltungsmaßnahme"? Aber man vergißt, daß die geistige Richtungslinie durch die Kenntnis, durch die Erlernung einer Sprache mit, ja wesentlich bestimmt und nach der einen oder andern Richtung gebogen wird. Man vergißt, daß jede neue Sprache, wie Goethe so unzweideutig es ausdrückte, uns eine neue Seele gibt, und es ist wahrlich nicht gleichgültig, wohin diese neue Seele tendiert, wie sie in uns dichtet und denkt.

Was wir an Kulturwerten aus den Vereinigten Staaten für uns holen können, das lehren uns die amerikanischen Schriftsteller und Dichter, wenn es uns die Erfahrung nicht schon gelehrt hat. Aber England, das doch als die eigentliche Verkörperung des angelsächsischen Kulturkreises anzusehen ist, das uns Shakespeare und die Philosophen des 18. Jahrhunderts geschenkt hat, um von allem andern zu schweigen? Man täusche sich nicht, lasse sich nicht durch sprachstammliche Zusammenhänge verblüffen. England, das ist der Kopf des British Empire, England ist keine europäische Macht, ist fern europäischem Denken und Fühlen, trotz seiner germanischen Sprache, die "Weltsprache", nämlich die Sprache der britischen Welt ist. Wie fern, das empfand in diesen Tagen der Londoner Korrespondent des doch durchaus nicht kontinentaleuropäisch, viel eher, nach alter Tradition aller Linken, anglophil eingestellten Vorwärts, als er unter dem Titel Der ewig fremde Kontinent am 20. Dezember über die Debatte und Abstimmung des Unterhauses zum Prayer Book berichtete. Da stehen am Schluß die an dieser Stelle, von dieser Seite erstaunlichen Worte: »Mögen die gleichen wirtschaftlichen Probleme England und den Kontinent beschäftigten, Klassenkämpfe dies Land wie die anderen europäischen erschüttern, Not und Elend an die Häuser der Reichen wie anderswo pochen: plötzlich ereignet sich hier etwas Unerwartetes, schon wenige Meilen über dem Kanal völlig Undenkbares, das beweist, wie unendlich nah die kontinentalen Nationen seelisch und geistig zu einander stehen, verglichen mit England, dem ewig fremden Kontinent.« Eine leider isolierte Erkenntnis, wie so viele ähnliche, ohne Fortspinnung, ohne Konsequenz. Schade, daß die strenge Logik der französischen Sprache nicht hier die Denkmethode beeinflußt hat. Noch schlimmer, wenn diese logische Schulung einer heranwachsenden Generation,

die zum größten Teil das "unpraktische" Latein nicht kennen lernt, zwecks Aufhellung des Bewußtseins nicht mehr zugute kommen sollte. Das "Leben" wird nicht lehren, was hier versäumt wird, denn es geht ja nicht um die "Begabten" allein, es geht um den Durchschnitt, der das Gesamtniveau bestimmt. Das ist keine Übertreibung. So schwere Folgen knüpfen sich an die geplante "Verwaltungsmaßnahme".

Dazu aber ist sie von eminenter politischer Bedeutung. Die sie planen und betreiben, folgen, und sei es ihnen auch gänzlich unbewußt, ganz bestimmten politischen Tendenzen. Hinter dieser scheinbar so harmlosen Optierung für das Englische steht die Optierung für das Angelsächsische als politisch-ökonomisches System. Amerikas Finanzkraft, seine industrielle Blüte, seine Mammutbauten erdrücken bei vielen Deutschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa, der wirtschaftlichen, politischen und geistigen, befehlen fatalistisch bequeme Unterordnung unter das als arbiter mundi eingeschätzte Amerikanertum, lassen eine europäisch-deutsche Schattenzukunft unter einer pax britannica als erstrebenswert erscheinen. Jawohl, einer pax britannica. Denn an dem Reichtum des Emporkömmlings United States läßt solche politische Haltung, und nicht zu Unrecht, die Mutter Großbritannien partizipieren, begreift, wenn auch vielleicht ohne Denklarheit, daß zwischen den beiden Imperien die Bindungen stärker sind als die Rivalitäten, ahnt mehr als sie weiß, daß der Einfluß der Weltmarkt-geldgeber auf Europa über den Geldmarkt der Londoner City läuft.

Solche Betrachtung verkennt jedoch nicht nur die Vergangenheit, übersieht nicht nur die Zukunft und die Entwicklungslinien und -keime, sie unterschätzt auch den gegenwärtigen Einflußfaktor des französischen Staates auf das Europa der Jetztzeit. Kein Wunder bei der Information, die sich die meisten Zeitungen und Nachrichtenbureaus der deutschen Leserschaft gegenüber erlauben dürfen. Jede englisch-amerikanische Aktion, jede noch so belanglose Äußerung eines der angelsächsischen Geschäftswelt zugehörigen Staats-, Partei- oder Wirtschaftsmanns wird mit kapitalen Lettern registriert, jede Londoner "Inspiration" eines andern Landes, zum Beispiel Italiens (mag sie noch so kurzlebig sein), ausführlich kommentiert; es muß schon eine damit in Zusammenhang stehende Tat Frankreichs, wie etwa der französisch-jugoslawische Vertrag sein, damit in deutschen Blättern die der Bedeutung entsprechende Notiz davon genommen wird. Man muß schon die deutschen Zeitungen der Rechten lesen, will man sich über die französische Politik in Europa, über Frankreichs Stärke und sein Einflußgebiet besonders im Osten unseres Erdteils einigermaßen Klarheit verschaffen. Die Ablenkung von den lebensnotwendigen Erfordernissen, von den Erhaltungsbedingungen des europäischen Kontinents und damit von der Existenzbedingung der deutschen Wirtschaft (um nur von dieser zu reden) fördert in ungeahntem, vielleicht unbeabsichtigtem Maß die geplante Regelung des neusprachlichen Unterrichts. Der Blick kommender Generationen wird mehr noch als heute auf die angelsächsische Welt gelenkt; das Naheliegende: die Verbindung, das Angewiesensein auf Frankreich, auf das Nachbarland, das den Schlüssel des kontinentalen Europas in der Hand hat, wird verdrängt oder verdeckt. Ein Blick auf die Handelsstatistik, auf das Verhältnis zwischen europäischem und außereuropäischem Export der europäischen Staaten, würde schnell die Gedankenlosigkeit zeigen, das falsche Urteil

korrigieren; für Deutschland findet man neuestens interessante Aufschlüsse in der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik*. Aber je mehr durch solche "Kleinigkeiten", wie deren eine die Zurückdrängung des französischen Unterrichts ist, die Größenverhältnisse verschoben werden, um so schwerer wird solche Korrektur, um so opferreicher der Kampf um das Wesentliche.

Daß dieses Wesentliche der Zusammenschluß Europas ist, den es bei Strafe des Untergangs vollziehen muß, warum es so ist, welchen Zwecken er dient, warum gerade England ihn mit allen Mitteln so lange verhindern wird wie es kann, all das ist seit Jahrzehnten in diesen Blättern unermüdlich auseinandergesetzt worden, braucht in diesem Zusammenhang also nicht wiederholt zu werden. Daß ein vorzugsweise durch die Beschäftigung mit der englischen Sprache, bei Fremdworden der französischen, beeinflusster Teil einer Generation, der durch seine Stellung in der Gesellschaft besonders maßgebenden Einfluß hat, zwangsläufig von der Vortrefflichkeit der englischen Sprache nicht nur sondern auch von der Überlegenheit des angelsächsischen Wesens, der Notwendigkeit angelsächsischer Vormachtstellung a limine überzeugt sein wird, wird jedem Psychologen, jedem Pädagogen klar sein. Der Politiker kann nichts anderes daraus schließen, als daß das englische Spiel des "Divide et impera!" dadurch bedeutend gefördert, die Verständigung, die Einigung des Kontinents beträchtlich gehindert wird.

Kulturelle, ökonomische und politische Gründe sind es, die gegen die geplante "Angleichung" der Berliner Schulen, so wie sie beabsichtigt ist, sprechen. Diese im europäischen Sinn wie im deutschen Interesse verkehrte Maßnahme ist noch nicht geschehen. Man Sorge dafür, daß sie nicht geschehe.

ADOLF BEHNE · DAS MODERNE MUSEUM



ES gibt 3 Museumstypen: das Museum der auserlesenen Meisterwerke, das Museum als Lehrsammlung mit gutem, einwandfreiem Material und das Museum, in dem außer den willkürlich verliehenen großen Namen nichts bedeutend ist. Zur 1. Art gehören etwa der Louvre von Paris, die Eremitage in Petersburg, in Deutschland am ehesten die Gallerieen in Dresden und München und in Holland die kleine, aber wunderbar gesiebte Sammlung des Mauritshuis in Haag. Es war Wilhelm Bodes Ehrgeiz auch Berlins Museum, das jüngste der europäischen Museen, zu einer Prachtgalerie zu machen. Aber ganz gelingen konnte der Plan nicht, einfach weil die Raffaels, die Vincis, die Grünewalds, die Holbeins meist schon in festen Händen waren. Aber Berlin wurde doch eine ausgezeichnet reichhaltige, im Durchschnitt hochstehende Lehrsammlung, also ein Museum der 2. Art. Museen der 3. Art finden wir in Ländern mit starkem Fremdenverkehr nicht selten, besonders in den Provinzstädten. Aber natürlich gibt es auch sehr wertvolle Provinzmuseen.

Die Meinung der Museumsleute geht wohl im allgemeinen dahin, daß der Wert einer Sammlung vorwiegend oder ausschließlich von der Zahl der großen Nummern abhängt. Aber das ist nicht unbedingt richtig. Mit einer Musterkollektion minderwertiger Pinseleien läßt sich allerdings nichts anfangen, und Hochhaltung des künstlerischen Niveaus ist unbedingt wichtig. Dennoch ziehe ich einer exklusiven Renommiersammlung die Lehrsammlung von gutem Durchschnitt vor, wenn sie von einem Verstand und einem Willen aktiv und fruchtbar gemacht wird.

Bisher haben alle Museen stets nur immer zusammengetragen, gespeichert, geschluckt, ihre produktive Leistung war gering. Ungeheure Werte kamen hinein, was an Wirkung herauskam, stand in gar keinem Verhältnis dazu. (Nach manchen Mitteilungen soll es in Amerika Ausnahmen geben, Ansätze wenigstens zu einer großzügigen Nutzung der gesammelten Schätze.) Man müßte, scheint mir, mit dem bisherigen Museumsbegriff vollständig brechen. Das Sammeln von Originalen der Kunst ist zum Selbstzweck geworden. Aber es ist doch nur ein Mittel zum Zweck. Der Zweck ist immer die Wirkung. Thesaurierung ist noch keine Kulturleistung. Die Museen in allen Ländern fühlen sich als Konkurrenten: Je mehr Tizians ich habe, um so weniger kannst du haben. Sind nun Museen wirklich nichts anderes als neidische Raffer von Originalen mit großen Namen, oder sind sie, dem Sinn und auch dem Wort nach, Zentren lebendiger Kunstpflege?

Wenn sie Zentren lebendiger Kunstpflege sind, dann müßten für sie die Begriffe Original und Besitz eine andere Bedeutung und Einschätzung annehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Sammlung zugreifen soll, wenn sie ein wichtiges bedeutendes Originalstück erwerben kann, zu einem Preis, der zu anderen lebenswichtigen Ausgaben des Staates in vernünftigem Verhältnis steht. Aber völlig absurd ist doch der Gedanke, daß irgendeine Sammlung der Welt jemals zur Vollständigkeit gelangen könnte. Wenn sich ein Museum auf Originale beschränkt, muß es auf Vollständigkeit von vornherein verzichten. Nun, Vollständigkeit ist hier nicht das höchste Ziel. Schlimm ist nur Systemlosigkeit. Was aber heute der Kunsthandel an Originalen anbieten kann, ist doch immer Zufallssache.

Nehmen wir das Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin: Es hat keinen Greco. Bode mochte Greco nicht. Er hätte ihn geschenkt haben können, aber er wollte ihn nicht. Diese katastrophale Lücke ist vielleicht noch irgendeinmal mit erheblichen Opfern auszufüllen. Aber das Kaiser-Friedrich-Museum hat keinen Grünewald. Und niemals wird es nach menschlichem Ermessen einen Grünewald erwerben können. Das bedeutet aber nichts Geringeres, als daß selbst in seiner Deutschen Abteilung der größte Künstler für immer fehlt. (Man wird zwar in diesem Dürerjahr immer wieder Dürer als den "Größten" feiern, aber zu Unrecht.) Wir wollen nicht alle Lücken aufzählen. Sie sind zahlreich und schmerzlich genug. Auch die Hauptmeister der italienischen Hochrenaissance können ja niemals vollständig vertreten sein. Eine Sammlung deutscher Malerei, in der man auf Grünewald verzichten muß, ist ein Torso. Wenn es nun zu den Grundbegriffen eines Museums gehört nur Originale (und Originalfälschungen) zu zeigen, so ist da nichts zu machen. Wenn es aber die Hauptsache ist einen zuverlässigen, brauchbaren Begriff des Allerwichtigsten in der künstlerischen Entwicklung zu geben, so sind solche Lücken unverantwortlich, und zur Überwindung dieser Lücken muß dann alles irgendwie Mögliche geschehen.

Bleiben wir bei dem sehr instruktiven Fall Grünewald. Das größte Werk Grünewalds, der Isenheimer Altar, gehört einem privaten Museumsverein in Colmar, ist also seit 1918 auf französischem Boden. Wie viele können nach Colmar fahren, um es anzusehen? Wer es aber nicht gesehen hat, weiß kaum, was deutsche Malerei ist. Konsequenz: Der Isenheimer Altar müßte mehrmals kopiert werden. Das ist den Museumsleuten natürlich ein abscheulicher Gedanke: Kopieen unter die Originale! (300 bis 400 Jahre alte Kopieen

nehmen sie allerdings; Alter verwischt die Grenzen.) Sie kommen von dem feudalen Museumsbegriff nicht los, von der Sammlung kostbarster Dinge, zusammengetragen teils zum Vergnügen, zum künstlerischen Genuß des Potentaten, teils zur repräsentierenden Schaustellung seines Reichtums, seiner Macht. Hier waren die Begriffe Original und Besitz sinnvoll. In ein Raritätenkabinett gehören nur Originale, Genuß wird durch Systemlosigkeit nicht beeinträchtigt, und Kopieen zu besitzen wirkt nicht repräsentativ.

Das moderne Museum, das Museum als demokratische Institution, darf und sollte über diese Dinge und Begriffe ganz anders urteilen. Wir wissen wohl, daß jede Kopie dem Original vieles schuldig bleiben muß. Aber es ist keineswegs außerhalb der Möglichkeiten eine denkbar gute, eine durchaus brauchbare Kopie zu erhalten. Das, was diese Kopie kosten sollte, auch wenn die Summe mit Berechnung mißglückter Versuche sehr hoch angesetzt wird, ist nützlicher angelegt, als wenn die gleiche Summe für Erwerbung von 50 Originalen entbehrlicher Meister ausgegeben wird; und deren erwerben wir immer weiter und weiter mehr als genug. Es sei hier an das russische Beispiel erinnert, an die auch in Berlin ausgestellten Kopieen altrussischer Wandmalereien, die das Russische Institut für Kunstwissenschaft inaugurirt hat. Eine Schule zuverlässiger Kopisten für unzugängliche, dabei grundlegend wichtige Dokumente der russischen Malerei wird hier systematisch erzogen. Welche entscheidende Rolle das Wandbild in der italienischen Kunst spielt, und welche nicht minder wichtige Rolle der Wandelaltar in der nordischen Malerei, das muß unbedingt in jedem Museum deutlich werden, und da das mit Originalen nicht angeht, muß die Kopie und die Photographie, am besten wohl als Diaphanie, herangezogen werden.

Natürlich muß in jedem Fall klar erkennbar sein, daß es sich um eine Kopie handelt, und es müßte sogar zur Vorsicht bei ihrer Benutzung ausdrücklich gemahnt werden. Natürlich sollen auch die Kopieen auf das allernotwendigste beschränkt werden. In minder wichtigen Fällen sind gute Farblichtdrucke heranzuziehen. Ich will gleich sagen, weshalb selbst Photographieen ganz unentbehrlich sind. Wir haben im Kaiser-Friedrich-Museum frühe Florentiner, frühe Sienesen. Aber die Art, wie sie gezeigt werden, macht die Bilder, obwohl sie unzweifelhaft Originale sind, für die Erkenntnis dieser Kunst nutzloser, bedenklicher, gefährlicher als eine intelligente Photographie. Diese Malereien sind nämlich gerahmt, wie man eben seit dem 17. Jahrhundert Bilder rahmt. Jeder Besucher, der nicht Fachmann ist, muß glauben, daß eben dieses gerahmte Stück Malerei das "Bild" des alten Florentiners oder Sienesen sei. Aber das ist es keineswegs. Es ist in den meisten Fällen nichts anderes als ein Splitterchen von einem riesigen, vierteiligen Gemäldeaufbau, etwa ein Splitterchen vom Sockel, ein Stückchen aus der seitlichen Rahmung. Für den Museumsverwalter ist das gleich, wenn es nur "Original" ist. Und hier zeigt sich eben, wie das garantiert echtste Original ganz falsch sein kann, irreführend, täuschend, eine Fälschung der Wahrheit, weil nicht die volle Wahrheit. Eine nur materielle, stückhafte Originalität bedeutet noch nicht allzu viel. Nicht ist dem Museum vorzuwerfen, daß es nur diese Splitter hat, aber wohl, daß es diesen wichtigen Umstand durch seine Gleichmacherei vertuscht, da es das Porträt des Gainsborough genau so rahmt und ausstellt wie das Predellbruchstück des Duccio. In diesen Saal gehörten große Photographieen, die dem Betrachter den Zusammenhang verdeutlichen. Derartige Hilfsmittel der Erkenntnis

Noch am Tag vor seinem Tod machte er sich ernste Gewissensbisse, daß ihn vielleicht sein einsetzendes schweres Augenleiden hindern könnte an der auf den nächsten Tag festgesetzten Sitzung des Parteivorstands teilzunehmen. Vor ihm erhob sich vielleicht die herzbeklemmende Angst vor einer vollständigen Erblindung. Aber das erlöschende Augenlicht kündete schon an, daß auch sein Lebenslicht völlig niedergebrannt war.

Hermann Molkenbuhrs Parteitätigkeit umspannt fast das Leben dreier ernst um den Sozialismus ringender Generationen der deutschen Sozialdemokratie: das Geschlecht des Sektensozialismus, das der agitierenden und Machtposten um Machtposten erobernden Sozialdemokratie und schließlich das einer führenden, ein neues demokratisches und soziales Deutschland aufbauenden Massenpartei. Das Zeitalter dieser Massenpartei ist allerdings erst angebrochen, aber Molkenbuhr hat ihm noch die wertvollsten Dienste leisten können. Er erkannte auf dem Görlitzer Parteitag 1921 klar, daß die Partei nun die Pforte einer ganz neuen Zukunft geöffnet und mit neuen Augen ihre völlig neuen Aufgaben zur Gestaltung dieser Germinalzeit anzuschauen habe. Er sprach damals die bezeichnenden Worte: »Wir müssen ein anderes Programm schaffen als wir in früheren Zeiten gehabt haben. Der Hauptgrund war früher ein Agitationsprogramm zu haben, weil wir an Durchsetzung unserer Forderungen in der nächsten Zeit überhaupt nicht denken konnten.« Mit diesen Worten hat Molkenbuhr die neuen programmatischen Forderungen der Partei fest umrissen, und er hatte ein feines Ohr für den Ruf der Zeit nach positiver, den alten Obrigkeitsstaat und die alte kapitalistische Wirtschaftsverfassung umschaffender Arbeit. Diese Arbeit lag von Anfang an unserm Genossen tief im Blut. In allen Phasen der Partei ist er immer ein positiver Former der sozialen Demokratie gewesen, ein Gestalter, der aber in eine sonnige Zukunftsferne sah. Ein vom sozialistischen Ideal beseelter Praktiker.

Molkenbuhr ist wohl einer der wenigen Jünger Ferdinand Lassalles gewesen, die ihren Meister richtig verstanden haben. Er verknüpfte das große revolutionäre Zukunftsziel mit einer weitschauenden Gegenwartsarbeit im und am Bestehenden. Das Arbeiterprogramm Lassalles brachte ihm eine innere Erleuchtung, war für ihn eine Wiedergeburt aus dem Feuer und Geist einer sich ankündenden neuen Kulturepoche. Er tat alles, was an dem Arbeiter seiner Zeit klein und nichtig, gedankenlos und spielerisch war, von sich ab und erfüllte sich ganz mit der »Idee des Arbeiterstandes«. Unter der tatenweckenden ethischen Predigt Ferdinand Lassalles wurde der Zigarrenarbeiter Hermann Molkenbuhr ein von Wissenschaft und Kunst erfüllter Kulturmensch, der den Sozialismus nicht als eine bloße Magenfrage sondern als eine, den Proletarier total umwälzende Kulturfrage betrachtete. Diesen neuen Arbeiter Molkenbuhr hat Otto Ernst, wie Otto Wels in seiner stimmungsvollen Gedächtnisrede auf unsern toten Genossen hervorhob, mitten in seinen Roman Asmus Sempers Jugendland gestellt. Unbeschadet aller Nöte und Sorgen des Tages steigt dieser Zigarrenarbeiter zum Goethekenner auf, und er gibt lieber seine kargen Groschen für eine Goetheaufführung aus als für des Tages Notdurft. »In seinem Kopf brennt das reinste Feuer, das die Kunst jemals entzündet hat«, sagt Otto Ernst von Hermann Molkenbuhr. »Die Kunst war für Hermann Molkenbuhr das Herrlichste, sie war ihm etwas Festliches, das sein ganzes Leben umspannen hat.« So Otto Wels in seiner Gedächtnisrede.

Der Sozialismus Lassalles wirkte in Molkenbuhr wie eine bergeversetzende religiöse Kraft, sie durchsittlichte und durchheiligte seine ganze Persönlichkeit. Mit den Augen eines wiedergeborenen Menschen schaute er auf seine Tagesarbeit, er verrichtete sie mit religiöser Weihe. Das Sonnenlicht der Zukunft durchflutete diese Arbeit. Gegenwart und Zukunft standen für ihn in engster Lebensgemeinschaft.

Es ist für den sozialen Realismus dieses Idealisten bezeichnend, daß er als junger sozialistischer Reiseprediger unter die Landarbeiter geht, unter diese Arbeiter, die noch bis zum Hals in den Nöten und Ängsten des Tages stecken und die Augen kaum dem aufsteigenden Morgenrot eines neuen Tags zuwenden können. Er betritt die verfallenen Wohnstätten der Häusler und Insten, und er hilft 1874 einen durchaus ländlichen Wahlkreis Schleswig-Holsteins für die Sozialdemokratie erobern. Mit Knüppeln fallen protzige Gutsherren und verhetzte Bauern über ihn her, und die Flensburger liberale Zeitung schreibt höhrend, Molkenbuhr sei »gewissermaßen schon Märtyrer für die sozialistische Sache geworden, indem er zweimal gewürdigt wurde von den Bauern der umliegenden Dörfer mit einer Tracht Prügel heimgeschickt zu werden«. Etwa 20 Jahre später sitzt er mit der hohen Polizei, mit dem Dichter und Kirchspielsvogt Detlev von Liliencron zusammen und spricht sich mit ihm über kulturelle und künstlerische Probleme aus. Und dieser eigenartige "Polizist" Liliencron muß eingestehen, daß er weit und breit keinen Menschen finden kann, in dem sich eine so vertiefte innere Kultur auswirkt.

In Molkenbuhr hatte die Partei der Lassalleaner den richtigen "Agitator" gefunden, der Kopf und Herz der Landarbeiter zu treffen wußte. 16 Jahre später, 1890, vertrat er den ländlichen Wahlkreis Elmshorn-Glückstadt, der 328 Dörfer umfaßte. Für die tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse jener Volksklasse hatte eben Molkenbuhr ein feines Fingerspitzengefühl, und deshalb war er auch in so hohem Grad für die positive politische Arbeit der Sozialdemokratie berufen. Wir haben hier den Ereignissen etwas vorgegriffen, um zu zeigen, welche Früchte später die praktische Wirksamkeit Molkenbuhrs trug, die bereits unter der Herrschaft eines sektiererisch engen Lassalleanismus begann. Molkenbuhr wußte diesen Lassalleanismus in eine weiträumige Form zu bringen, daß dieser selbst seine überzeugende Kraft an zurückgebliebenen ländlichen Arbeitern erproben konnte. Er überwand den einseitigen Handwerkersozialismus, der zuerst der Lassalleschen Bewegung anhaftete.

Ein Mann, der wie Molkenbuhr den Sektencharakter des Lassalleanismus zu sprengen verstand, gehörte selbstverständlich zu den führenden Bauleuten, die 1875 auf dem Gothaer Einigungskongreß die getrennten sozialdemokratischen Parteien zu einer einheitlichen Massenpartei ausgestalteten. In Gotha wandte er sich gegen die damals gegründeten vielen unbedeutenden Blätter, weil sie ja gar nicht die große Politik pflegen könnten. Die politische Presse der Sozialdemokratie sollte eben nach seiner Ansicht auf einem hohen politischen Kulturniveau stehen.

Das fluchwürdige Ausnahmegesetz untergräbt die wirtschaftliche Existenz Molkenbuhrs und treibt ihn nach Amerika hinüber. Aber gerade als der Kampfesboden in Deutschland nach kurzer "milder" Handhabung des So-

zialistengesetzes anfängt brennend heiß für die Partei zu werden, betritt er wieder sein Vaterland. Er wird 1887 in einen Geheimbundprozeß verstrickt, entgeht der Schlinge des Gesetzes nur, weil ihm eine geheimbündlerische Tätigkeit nicht direkt nachgewiesen werden kann. So mitten in dieser Tätigkeit stehend vernachlässigt er keineswegs die gesetzliche Wirksamkeit der Partei. Auch hier wieder ist er ganz sozialdemokratischer Praktiker, der da weiß, daß der Sozialismus nicht in den Geheimbünden wirklich leben kann sondern nur in den breiten Massen des Volkes, die mit der legalen, die Bedürfnisse des Tages befriedigenden Zeitungs- und Broschürenliteratur gespeist werden müssen. Er bemüht sich die 1887 gegründete Nordwacht in die Höhe zu bringen, die dann auch in ihrer Blütezeit über 40- bis 50 000 Abonnenten zählte.

Das Ausnahmegesetz fällt am 1. Oktober 1890. Die Sozialdemokratie stellt sich nun auf die Eroberung der breiten Volksmassen ein, und die Arbeiterschutzgesetzgebung gewinnt an Bedeutung in der Taktik der Partei. Und in dieser politischen Lage ist Molkenbuhr seiner ganzen sozialpolitischen Auffassung nach der berufene Mann diese Taktik der Partei zu vertreten. Er ist daher auf dem Erfurter Parteitag 1891 der Referent über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Im Reichstag selbst vertieft er sich in das umfassende und höchst komplizierte Gebiet der Sozialpolitik. Hier wird er eine selbst von seinen Gegnern anerkannte und geschätzte Autorität. Er bahnt in den Parteikreisen eine andere, vertiefte Wertung der Sozialgesetzgebung an. Er will hier neue Wege zu einer erhöhten Tätigkeit der sozialdemokratischen Massen in den Körperschaften der sozialen Versicherung weisen. Die große sozialhygienische Bewegung der Krankenkassen hat direkt und indirekt die größte Förderung durch Molkenbuhr erfahren.

Der Münchener Parteitag 1902 gestaltet sich dann zu einem Triumph des Sozialpolitikers Molkenbuhr. Eine positivere Stellung zur deutschen sozialen Gesetzgebung ist von ihm erstritten. Nach ihm ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, »daß mit der Versicherung allgemeine Übelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können«. Er entwickelt den großzügigen Plan einer vereinheitlichten und erweiterten sozialen Versicherung, die auf voller Selbstverwaltung der Versicherten emporstrebt. Die vorbeugende Wirksamkeit der Versicherung: die Unfallverhütung, erhält in diesem Projekt einen gebührenden Platz. Und dann rennt Molkenbuhr sieghaft gegen die Widerstände an, die sich damals noch in den Köpfen der sozialdemokratischen Führer und Massen gegen eine staatliche Arbeitslosenversicherung erhoben. Molkenbuhr greift in München weit über das Erfurter Programm hinaus und läuft auf die Forderung des Heidelberger Programms los: Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge, Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

In der internationalen sozialistischen Welt galt Hermann Molkenbuhr nun als der unumstritten beste Kenner der Sozialversicherung. Der Wiener Internationale Arbeiterkongreß übertrug ihm daher 1914 das Referat über die Arbeitslosenversicherung. Bald nach der Festsetzung der Tagesordnung dieses Kongresses strich die Feuerwolke des Weltkriegs über Europa dahin und verbrannte die Bande, die das Proletariat verknüpften.

Molkenbuhr leitete noch die neue Ära des Sozialismus mit der Feststellung ein, daß dieser nun in die Phase der schöpferischen praktischen Arbeit eingetreten und über ein bloßes Agitationsprogramm hinausgewachsen sei. Der idealistische Anhänger des Lassalleschen Arbeiterprogramms konnte mit dem Gedanken in die ewige Ruhe eingehen, daß er für die Verwirklichung der Idee des Arbeiterstandes einer der zielstrebigsten Praktiker gewesen ist.



ARNO NADEL • WER IST REVOLUTIONÄR?



WER ist revolutionär?

Wer ist radikal?

Nicht der Träumer,

Nicht der Träumer,

Der die kommende Welt

Austräumt

Und alles

Aus Haß

Geschehen läßt.

Sondern der,

Der das große Ziel vor Augen

Und im warmen Herzen

Ohne Haß,

Ohne Haß,

Stück um Stück

Das Neue vollzieht.

Machtgewinn,

Klarheit,

Wahrhaftigkeit:

Das ist die Tagesnot.

Schaut, Brüder großer Gesinnung,

Nicht über den Tag hinweg!

Wer den Tag verachtet,

Verachtet die Zukunft.

Alles setzt sich aus Macht zusammen,

Macht für das Edelste:

Nur das ist der Traum,

Nur das: das Wachen.

Klarheit,

Wahrhaftigkeit,

Freiheit, Mut, Offenheit,

Kampf des Augenblicks

Gegen den Augenblick: /

Das ist

Revolution.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Walther Pahl

Öffentliche und private Wirtschaft Die Feinde der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand stellen es immer so dar, als ob die öffentliche Hand sich durch solche Betätigung auf ein ihr von Natur durchaus fremdes Gebiet begäbe. Wirtschaft sei heute Privatwirtschaft, und die öffentliche Hand unterliege in ihrer wirtschaftlichen Betätigung der Marktgesetzlichkeit dieses privatkapitalistischen Wirtschaftssystems. Die wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit eines öffentlichen Wirtschaftssystems wird durchaus bestritten. Den eigentlichen Unterschied zwischen privatkapitalistischer Marktwirtschaft und öffentlicher Wirtschaft erblickt man lediglich in dem Machtmittel, das der öffentlichen Hand als gesetzlichem Träger der Herrschaftsgewalt zur Verfügung steht. Die Wirtschaft der öffentlichen Hand sei demnach lediglich auf einem Mißbrauch der Hoheitsgewalt begründet. Das ist aber eine ganz verkehrte Auffassung. Die öffentliche Wirtschaft ist ein durchaus eigengesetzliches Wirtschaftssystem. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand stellt kein Eindringen in ein ihr wesensfremdes Gebiet dar. Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen privater und öffentlicher Wirtschaftsorganisation liegen in den Gesichtspunkten, die die Ziele der wirtschaftlichen Leistungen bestimmen. Im System der privaten Marktwirtschaft wird für den Markt, das heißt für die am höchsten mit Kaufkraft ausgestattete Nachfrage, produziert. Für die wirtschaftlichen Leistungen in der öffentlichen Wirtschaft ist dagegen der Gesichtspunkt der Befriedigung der Bedürfnisse entsprechend ihrer Dringlichkeit maßgebend. Es ist fernerhin falsch den Unterschied zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft darin zu sehen, daß hier vorwiegend "kollektive" und dort hauptsächlich "individuelle" Bedürfnisse befriedigt werden. Eine solche Unterscheidung widerspricht dem wirklichen organischen Zusammenhang aller Arten menschlicher Versorgung. Alle wirtschaftlichen Bedürfnisse sind kollektiver und gleichzeitig individueller Art. Dementsprechend ist diese Unterscheidung auch nicht geeignet die Arbeitsgebiete von öffentlicher und privater Wirtschaft gegeneinander abzugrenzen.

Häufig hört man sagen, daß das Was, die Inhalte der Leistungen von öffentlicher und privater Wirtschaft grundverschieden seien. Danach soll der öffentlichen Hand lediglich diejenige wirtschaftliche Betätigung vorbehalten sein, durch deren Erfüllung die Bedingungen für den Ablauf der privaten Marktwirtschaft geschaffen werden. Die öffentliche Wirtschaft habe sich darauf zu beschränken der Privatwirtschaft die Wege zu ebnen. Das Verkehrswesen, sanitäre Anstalten usw. seien deshalb der öffentlichen Hand vorzubehalten. Das ist an sich natürlich richtig. Aber es wäre durchaus falsch damit ihrer Betätigung eine Grenze zu ziehen. Eine Beschränkung der öffentlichen Wirtschaft auf ganz bestimmte wirtschaftliche Leistungen gibt es im Grunde nicht, wenn sich auch heute eine gewisse Arbeitsteilung herausgebildet hat. Eine Begrenzung im Was der Leistungen kann es aber darum für die öffentliche Wirtschaft nicht geben, weil der grundlegende Unterschied zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft eben nicht im Was sondern im Wie der wirtschaftlichen Zielsetzung besteht. Für das Was der Leistung kann jeder Gesichtspunkt maßgebend sein. Die Privatwirtschaft ist dagegen in dem Inhalt ihrer wirtschaftlichen Leistung an den Willen der Kaufkraft auf seiten der Nachfrage gebunden. Weil diese Bindung für die öffentliche Wirtschaft nicht besteht, ist für sie eine Grenze der Zuständigkeit viel weniger vorhanden als in der Privatwirtschaft. Einer weiteren Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand in Gebiete, die bisher der marktwirtschaftlichen Versorgung überantwortet waren, sind darum keine Grenzen gesetzt.

Unter den öffentlichen wirtschaftlichen Leistungen, wie sie gegenwärtig vorhanden sind, kann man diejenigen, die die Marktwirtschaft recht eigentlich ermöglichen (Verkehr) und ergänzen, von solchen unterscheiden, die den marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozeß verändern wollen. Diesen gerade scheint die größte Bedeutung zuzukommen. Es handelt sich hier um alle diejenigen öffentlichen "Eingriffe" in Wirtschaftsgebiete, die bisher ausschließlich von privaten Unternehmern bewirtschaftet wurden.

Die öffentliche Wirtschaft der Gegenwart ist nicht zufällig entstanden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß be-

sondere Umstände der Kriegs- und Nachkriegszeit ihr zu einem ungeahnten Aufschwung verhalfen, so wird doch eine Liquidierung dieser besonderen Umstände nicht zu einem Rückgang der öffentlichen Wirtschaft führen; denn mit der öffentlichen Wirtschaft bildet sich ein gänzlich neues Wirtschaftssystem heraus. Unter dieser Perspektive muß die öffentliche Wirtschaft betrachtet werden. Der bürgerliche Freund der öffentlichen Wirtschaft kann ihr gegenüber keine planmäßige und zielgerichtete Haltung finden. Er nimmt sie als eine gegenwärtige Tatsache hin; er will das wirtschaftliche Betätigungsgebiet der öffentlichen Hand auf die und die Gebiete beschränkt wissen und im übrigen der Privatwirtschaft nicht zu nahe treten. Zwischen dem, was der marktwirtschaftliche Prozeß leistet, und dem, was die volkswirtschaftliche Idee der Bedarfsdeckung fordert, klafft eine tiefe Lücke. Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem widerspricht deshalb dem Wesen jeder wirtschaftlichen Aufgabe, weil es die Bedürfnisse nicht in der Reihe ihrer allgemeinen Dringlichkeit sondern in der Reihe ihrer Ausstattung mit Kaufkraft befriedigt. Die Öffentliche Hand muß demgegenüber der Träger eines Wirtschaftssystems werden, das die Wirtschaft wieder ihrer Funktion zuführt für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unmittelbar zu sorgen.

Ökonomische Notwendigkeiten, nicht außerwirtschaftlich bedingte Zusammenhänge, verlangen die öffentliche Wirtschaft. Sie ist der Träger eines eigenständigen Wirtschaftssystems. Sie verdankt ihre Entstehung nicht irgendwelchen Zufällen sondern ökonomisch-systematischen Notwendigkeiten. Das wird auch von einsichtigen bürgerlichen Wirtschaftspolitikern erkannt. So erklärt Gustav Stolper, der in einem lehrreichen Artikel über öffentliche und private Wirtschaft im Deutschen Volkswirt die Gründe für die Verlegung des Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Wirtschaft untersuchte, die Wirtschaft der Öffentlichen Hand für die stärkste Antriebskraft in der Gesamtwirtschaft. Die öffentliche Wirtschaft sei heute das Kernproblem aller Wirtschaftspolitik, und jede Beeinträchtigung dieser Wirtschaftsform müsse zur Lebensgefahr für die Gesamtwirtschaft werden. Und im Berliner Tageblatt vom 3. Dezember 1927 spricht sich Felix Pinner äußerst ablehnend über die Bestrebungen zu einer "kalten Privatisierung" der kommunalen Betriebe aus. Er widerlegt vor

allem auch die oft wiederholte Behauptung der Privatwirtschaft, in den Werkstariften der durch die Öffentliche Hand bewirtschafteten Werke liege eine zusätzliche indirekte Steuer. Dies könnte nur dann der Fall sein, wenn von den öffentlichen Werken höhere Tarife gefordert würden als von den privaten. Im übrigen entginge den Steuerzahlern ja auch der von den öffentlichen Werken erzielte Gewinn, sobald diese wieder an die Privatwirtschaft ausgeliefert würden.

Beamtentum Am 16. Dezember 1927 verabschiedete der Reichstag das Beamtenbesoldungsgesetz für *Deutschland*. In den letzten Jahren hatte sich das Geldeinkommen der Beamten, wie ja auch aller anderen Gehalts- und Lohnempfänger, nicht entsprechend der Lebensverteilung gehoben. Bei Reich, Ländern und Kommunen wird diese Beamtenbesoldung einen Mehraufwand von mehr als 1 Milliarde Mark auslösen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, wie die direkten Lasten der Besoldungserhöhung in der Finanzwirtschaft der Länder und Kommunen aus den ordentlichen Einnahmen ohne erhöhten Steuerdruck aufgebracht werden können. Der Reichsfinanzminister will zwar die auf das Reich entfallenden Kosten aus vorhandenen Mitteln aufbringen und glaubt auch für die Zukunft eine Steuererhöhung für diesen Zweck nicht nötig zu haben. Die Länder und Gemeinden sehen dagegen zum großen Teil im Augenblick keine Möglichkeit die neuen Ausgaben zu decken. Sozialpolitisch und volkswirtschaftlich fruchtbar sind nur solche Einkommenssteigerungen, die nicht durch Erhöhung des Preisniveaus ganz oder teilweise ausgeglichen werden, so daß der zunächst begünstigten Gruppe der Vorteil ganz oder zum großen Teil wieder verloren geht. So richtig das Prinzip von der volkswirtschaftlichen Produktivität hoher Löhne prinzipiell ist, so kann doch nicht bestritten werden, daß die preissteigernde Wirkung von Lohn- und Gehaltserhöhungen bei einem bestimmten Punkt eintreten muß. Es läßt sich aber darüber streiten, ob wir diesen Punkt noch nicht erreicht, oder ob wir ihn schon überschritten haben. Die aus der Einkommenserhöhung der Beamtenschaft sich ergebende Nachfrage müßte dann zu Preissteigerungen führen, wenn die Produktion diese erhöhte Nachfrage nicht in vollem Umfang befriedigen könnte. Diese Frage läßt sich eindeutig nur beurteilen, wenn man weiß, auf wel-

che Güter sich der dem Konsum zugewandte Teil der Besoldungserhöhungen richten wird. Das wird sich herausstellen. Die hierin liegenden Gefahren können aber nicht verkannt werden.

Ludwig Quessel wies hier in seinem Artikel *Wohin steuert die deutsche Finanzwirtschaft?* (1927 II Seite 962 und folgende) auf die Gefahr hin, die die Konsumsteigerung eines Teils der Bevölkerung in einem Augenblick mit sich bringen kann, in dem das Problem des Wohnungselends von einer Lösung noch weit entfernt ist. Er argumentiert, daß zwei Drittel der für die Beamtenbesoldungserhöhung aufzubringenden Mittel ausreichen würden, um die Wohnungsfrage in großzügiger Weise zu lösen. Jedenfalls ist es klar, daß bei einer Verwendung dieser Summe für den Wohnungsbau die volkswirtschaftliche Produktivität der Mehrausgaben von vornherein gesichert worden wäre.

Daß die Erhöhung der Bezüge der Beamtenschaft notwendig eine Rationalisierung des Verwaltungssystems fordert, wird heute immer mehr erkannt. Hier werden die Mehrausgaben zum Teil wenigstens wieder eingespart werden müssen. Es ist zu hoffen, daß sich im Zusammenhang mit dem Besoldungsreformgesetz die Erkenntnis durchsetzt, daß die Verwaltungsreform nicht länger mehr aufgeschoben werden darf.

Der preußische Minister des Innern hat sich entschlossen an einer Polizeiverwaltung zu erproben, ob und inwieweit durch eine Verbesserung des Geschäftsbetriebs, durch Modernisierung der Bureaurichtungen und durch technische Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Gesetze und bestehenden Behördenorganisationen eine Verbesserung und Verbilligung der Verwaltung herbeigeführt werden kann. Mit der Leitung des Versuchs wurde die Polizeiabteilung des Ministeriums beauftragt. Für seine Durchführung ist das Polizeipräsidium in Magdeburg ausersehen, das zu einer Musterverwaltung vom Standpunkt der Ausnutzung der Kräfte durch technische Hilfsmittel gemacht werden soll. Dabei ist festzustellen, ob technische Hilfsmittel Arbeitskräfte ersparen, und ob die jetzige Bewirtschaftung der Arbeitskräfte unserer Beamten die im Interesse der Finanzlage des Staats gebotene Höchstleistung ergibt. Es soll ferner die Frage geklärt werden, ob nicht durch technische Hilfsmittel oder stärkere Verwendung von Angestellten, insbesondere weiblichen, die Anzahl der Beamten wesentlich herabgesetzt werden kann.

Italien

Die italienische Regierung fördert mit allen Mitteln den Ausbau der *Wasserkraft* des Landes für die Elektrizitätsversorgung. In den Wasserkraftinstallationen steht Italien heute schon an 3. Stelle in der Welt. Die zurzeit vorhandenen Anlagen geben zirka 2,5 Millionen Kilowatt ab (von 27 Millionen Kilowatt ausgenutzten Wasserkraften in der Welt überhaupt). Nach früher chaotischen Zuständen sieht das neue Wasserwirtschaftsgesetz das Staatseigentum an den Wasserkraften vor. Nach Ablauf der Konzession der privaten Konzerne wird der Staat Eigentümer des hydraulischen Teils der Anlage. Infolge preisbeschränkender Verordnungen rangieren die Strompreise unter den niedrigsten der Welt. Der Staat gewährt Subventionen in Höhe von 40 Lire je installierte Pferdekraft für den weitem Ausbau der Elektrizitätsversorgung.

Die *Kleinhandelspreise* unterstehen in Italien einer strengen staatlichen Kontrolle. Das Wirtschaftsministerium errichtete ein besonderes Höchstpreispureau. Wenn in den paritätischen Ausschüssen keine Übereinstimmung über die Preise bestimmter Waren erzielt werden kann, können die Präfekten die Preise durch Verordnung festsetzen.

Nach einem Dekret vom 3. November 1927 wird die Gründung neuer *industrieller Anlagen* mit einer Belegschaft von über 100 Arbeitern in den Städten mit einer Bevölkerung von über 100 000 Einwohnern von der vorherigen Zustimmung des Wirtschaftsministers abhängig gemacht. Dieser entscheidet nach Fühlungnahme mit dem Innen- und Wirtschaftsministerium über die Gesuche um Genehmigung neuer Fabrikgründungen in den Großstädten. Dadurch will man der weitem Ausdehnung der Großstädte eine Grenze setzen und eine allmähliche Dezentralisation der Industrie in die Wege leiten.

Unter der Leitung des Staates sind Verhandlungen über die Bildung eines Konsortiums zur Hebung und Kontrolle des *Exports* von Carraramarmor im Gang. Die toskanische Marmorindustrie gehört zu den wichtigsten Zweigen des italienischen Bergbaus. Durch Ausschaltung der Zwischenhändler soll eine größere Steigkeit und Einheitlichkeit der Verkaufspreise erreicht werden.

Der italienische Staat ist bereits zu weitgehenden Eingriffen in die privatwirtschaftliche *Importfreiheit* gelangt, die als Muster für jede Protektionspolitik dienen können. Mit dem Erlaß vom 7. Ja-

nuar 1926 wurde allen staatlichen, öffentlichen oder sonst vom Staat finanziell oder durch Spezialkonzessionen abhängigen Gesellschaften zur Pflicht gemacht beim Warenbezug das Inland zu bevorzugen. Die italienischen Geldinstitute wurden ferner verpflichtet denjenigen Unternehmen, die den Auslandswaren den Vorzug geben sollten, keine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ebenso wurden die italienischen Lieferfirmen durch Erlaß angewiesen bei ihren Auftragsvergaben ihrerseits das Inland zu bevorzugen und ihre ausländischen Bezüge der Kontrolle des Wirtschaftsministeriums zu unterwerfen. Unter dem Einfluß der fascistischen Regierung trat 1922 eine grundlegende Neuordnung des italienischen Eisenbahnwesens ein. Die parlamentarische Überwachungskommission wurde beseitigt. Einer besondern Kommission wurden die Befugnisse des Verwaltungsrats übertragen. Mit dem Ziel die Eisenbahn wieder rentabel zu gestalten wurde die Verwaltung stark konzentriert und ein rücksichtsloser Personalabbau vorgenommen. Die Anzahl der im Eisenbahndienst beschäftigten Personen, die sich in der ersten Nachkriegszeit auf rund 240 000 belaufen hatte, ist 1926 auf etwa 173 000 gesunken. Seit dem Jahr 1922 sind mehr als 25 % der Bureaubeamten abgebaut worden. Der finanzielle Erfolg der so durchgeführten Rationalisierung wird am deutlichsten darin erkennbar, daß die seit 1919 ständig mit einem hohen Fehlbetrag abschließende Staatseisenbahn im Jahr 1924-1925 zum erstenmal einen Überschuß von 175 Millionen Lire erzielte. Eine Reihe von Privatbahnen, unter anderen das gesamte Netz von Sardinien, wurde vom Staat übernommen. Von dem ungefähr 21 000 Kilometer umfassenden Eisenbahnnetz besaß der Staat 16 500 Kilometer.

Südslawien In Südslawien steht eine Neuorganisation der Eisenbahnen nach dem Muster der Deutschen Reichsbahngesellschaft und in verschiedenen Punkten nach dem der belgischen Bahnen bevor. Über die Finanzierung des Unternehmens ist vorläufig nur bekannt, daß vom Staat eine Anleihe von 500 Millionen Dinare zur Verfügung gestellt werden soll. Eine Beteiligung von privatem Kapital wurde bisher nicht vorgesehen. Ein Verordnungsentwurf für die Kommerzialisierung des staatlichen Bergbaus in Südslawien sieht die Umwandlung sämtlicher staatlicher Bergwerke in eine

öffentlichrechtliche Gesellschaft vor. Die Gesetze über Staatsrechnungsführung, Hauptkontrolle sowie das Beamtenengesetz werden auf die Staatsbergwerke nicht angewandt werden. Das Budget der Staatsbergwerke wird als Anhang zum Staatsbudget dem Parlament nur zu Informationszwecken vorgelegt. Die Gesellschaft kann, gleich einer privaten Gesellschaft, Schulden eingehen, Darlehen aufnehmen und Obligationen ausgeben. In Fragen der Finanzierung und Vermögensveräußerung entscheidet der Ministerrat.

Kurze Chronik Die Reichsregierung beschäftigt sich seit langem mit der Ausarbeitung eines Plans für einheitliche Bewirtschaftung der Elektrizität im Deutschen Reich. Der Wirtschaftsminister hat Oskar von Miller und Felix Block mit der Auswertung der von den einzelnen Wirtschaftsbezirken erstatteten Gutachten über die voraussichtliche Entwicklung des Elektrizitätsabsatzes beauftragt. ◊ In Preußen wurde die Notverordnung des Staatsministeriums über einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohle, Erdöl usw. in der Provinz Brandenburg und einigen anderen Provinzen am 14. Dezember 1927 vom Landtag gegen die Stimmen der Rechtsparteien und Kommunisten genehmigt. Das Ministerium sah sich zu dem Erlaß dieser Verordnung veranlaßt, weil die Gefahr vorlag, daß sich Private der neu aufgefundenen Kohlenschätze bemächtigen, die dadurch zu einem unverdienten Wertzuwachs gelangt wären. Der Staatsrat beschloß am 14. Dezember wegen dieser Notverordnung den Staatsgerichtshof anzurufen. Auf die Rechtsgültigkeit der Verordnung hat dieser Beschluß jedoch keinen Einfluß. ◊ In Schweden stellte die Spezialkommission des Parlaments vor kurzem ihren Bericht über die allgemeinen Richtlinien für ein neues Bergbaugesetz fertig. Danach sollen alle freien Erzvorkommen, auf die bisher von keiner Seite Ansprüche erhoben worden sind, als Staatseigentum erklärt werden. Dem Staat soll bei der Bewirtschaftung der neuen Bodenschätze eine 50prozentige Beteiligung vorbehalten werden. Bisher hatte der Grundeigentümer das Recht auf 50prozentige Beteiligung an der Ausbeute der unter seinem Grundstück liegenden Erzfelder. Dieses Recht soll durch eine Entschädigung abgegolten werden. Die Kommission schätzt die bereits vorhandenen Erzvorräte in Schweden auf 1,5 Milliarden Tonnen.

Literatur

Die Studie *Gerhard Colms* Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben / Tübingen, J. C. B. Mohr/ macht den dankenswerten Versuch die Finanzwirtschaft im Rahmen der volkswirtschaftlichen Theorie zu behandeln. Colm geht nicht von der Theorie der Marktwirtschaft aus an die theoretische Begründung der Staatswirtschaft heran und sieht deshalb auch nicht in der Staatswirtschaft einen im Grunde fremden Bestandteil unseres Wirtschaftssystems, sondern er erweist die wirtschaftssystematische Eigengesetzlichkeit der öffentlichen Wirtschaft des Staats gegenüber der Marktwirtschaft. Die Schrift stellt eine außerordentlich wichtige Vorarbeit für eine systematische Darstellung der Theorie der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft dar. Die einzelnen Kapitel behandeln die soziologische und ökonomisch-systematische Grundlage von Marktwirtschaft und öffentlicher Wirtschaft und ferner die Beziehungen der verschiedenen öffentlichen Leistungsbereiche und Leistungsarten zur Marktwirtschaft. Die Untersuchung entstand aus dem Bemühen die praktische Aufgabe der Einrichtung einer international vergleichenden Finanzstatistik theoretisch zu sichern. Das erste Ergebnis dieser Arbeit liegt vor, und zwar in der amtlichen Publikation des Statistischen Reichsamts über die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien in der Vor- und Nachkriegszeit /Berlin, Reimar Hobbing/. Das Werk enthält gute Zusammenfassungen über den Umfang staatssozialistischer Betätigung in den betreffenden Ländern. < Dagegen versucht *Ludwig Mises* in dem Buch *Liberalismus* /Jena, Gustav Fischer/ eine Ehrenrettung des liberalen Gedankens. Es ist dem Verfasser durchaus nicht gelungen die Überlegenheit des Liberalismus gegenüber den interventionistischen Bestrebungen zu erweisen, die Produktion und Eigentumsverteilung einer abgestuften Übersichtskontrolle und Lenkung durch gesellschaftliche Instanzen unterwerfen wollen. < Der Reichsbankdirektor *Robert Deumer* veröffentlichte seine von der Traver-Borgstroem-Stiftung in Bern gekrönte Preisschrift *Die Verstaatlichung des Kredits* /München, Duncker & Humblot/. Er ist für eine Überführung des gesamten Kredit- und Bankwesens in die öffentliche Hand in der Form des Mutualismus, das heißt einer Kollaboration zwischen dem gemeinwirtschaftlichen und dem privatwirtschaftlichen System.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Silberschmidt † Die Gewerkschaftssache hat durch den plötzlichen Tod Hermann Silberschmidts am 3. Dezember 1927 einen schweren Verlust erlitten. Silberschmidt, der am 9. Oktober 1866 in dem kleinen märkischen Ort Mühlbock bei Züllichau geboren ist, war Maurer. Als er nach Berlin kam, wurden dort in der gewerkschaftlichen Organisation seines Berufs gerade die Kämpfe zwischen Lokalisten und Zentralverbändlern ausgefochten. Silberschmidt, der frühzeitig die Notwendigkeit starker Reichsverbände erkannte, wurde bald der Führer der Berliner zentralistischen Maurer und schon 1898 als Sekretär des Verbands angestellt. Bald wurde er auch in den Vorstand seines Verbands gewählt. Und in dieser Stellung hat er dann bis zu seinem letzten Lebenstag im Deutschen Baugewerksverband mitgearbeitet. Als vor 25 Jahren der Sitz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von Hamburg nach Berlin verlegt wurde, und die Berliner Gewerkschaften ihre besten Kräfte zur Verfügung stellten, war unter ihnen auch Hermann Silberschmidt. Vom Stuttgarter Gewerkschaftskongreß gewählt, gehörte er ununterbrochen seit 25 Jahren der Generalkommission und später dem Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Für kurze Zeit hatte ihn Legien auch für den Posten eines 2. Vorsitzenden der Generalkommission gewonnen, den er jedoch schon sehr bald wieder aufgeben mußte, da der Maurerverband nicht auf seine Arbeitskraft verzichten wollte. Seit 1912 gehörte er dem Reichstag an, wo er besonders auf dem Gebiet der Wohnungsfrage als Sachverständiger von allen Parteien geschätzt wurde. Walther Rathenau wollte ihn an die Spitze eines Ministeriums gestellt sehen. Silberschmidt hielt es jedoch für wesentlicher in der Zeit der Revolution und in der schweren Inflationsperiode seinen Verband zu führen. Auch die Bauhüttenbewegung hat in Silberschmidt ihren Mitbegründer und eifrigsten Mitarbeiter gehabt. So verkörperte Silberschmidt den Typus des weiblickenden und sich seiner Arbeit bis zum letzten hingebenden Gewerkschaftsführers.

Arbeitskämpfe Die Revolution des Jahres 1918 hat den Arbeitern der deutschen *Großeisenindustrie* an Stelle des bisherigen Zweischichtensystems das System der 3schicht-

tigen 8stündigen Arbeitszeit gebracht. Als nach dem Abbruch des Ruhrkampfes die Demobilmachungsvorschrift über die Arbeitszeit nicht wieder erneuert und dafür die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 erlassen wurde, die eine gesetzliche Überschreitung des Achtstundentags vorsah, kehrte die Großeisenindustrie wieder zum alten Zweischichtensystem zurück. Man hat damals viel über die Notwendigkeit einer längeren Arbeitszeit gestritten, und es gab genug ernsthafte sozialdemokratische Kreise, in denen diese wirtschaftliche Notwendigkeit einer zeitweiligen Preisgabe des Achtstundentags eingesehen wurde. Inzwischen aber hat sich die Lage wesentlich verändert. Die Eisenindustrie ist jetzt innen und außen gefestigt. Die Produktionszahlen liegen über den Zahlen der Vorkriegszeit und sind gerade in den Monaten des letzten Jahres beträchtlich gestiegen. Bereits im Jahr 1925 sind wesentliche Arbeitergruppen der Hochöfenbetriebe dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt worden, der in bestimmten Fällen die 8stündige Arbeitszeit vorschreibt. Die Zahlen über die Kopfleistung der Hochöfenarbeiter, wie sie der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veröffentlicht, sprechen dafür, daß die Wiedereinführung des Achtstundentags für diese Arbeitergruppen auch wirtschaftlich getragen werden konnte; die Kopfleistung betrug danach von Januar bis März 1925 1355 Kilogramm täglich, nach der Verordnung vom 20. Januar 1925 fiel sie in den nächsten 12 Monaten auf 1245 Kilogramm, um dann im Jahr 1927 auf 1613 Kilogramm im Durchschnitt zu steigen. Die technischen Verbesserungen der Werke haben nach privaten Berechnungen in der Zeit vom September 1925 bis zum August 1926 eine Verminderung der Anzahl der Hochöfenarbeiter um ungefähr 4000, das heißt um zirka 19 % gebracht, dagegen eine Produktionssteigerung von zirka 37 %. Die Gewerkschaften aller 3 Richtungen verwiesen seit Beginn des Jahres 1927 darauf, daß die Atempause der Industrie lang genug zur Verbesserung und zum Ausbau ihrer Betriebe gewesen, und daß es an der Zeit sei einen allmählichen Abbau der bisherigen Arbeitszeit und eine Wiedereinführung des Achtstundentags für alle in der Großeisenindustrie beschäftigten Arbeiter vorzunehmen. Es wurde betont, daß allein die deutsche Großeisenindustrie noch am Zweischichtensystem festhalte, außer der polnischen in Ostoberschlesien, die aber gerade unter

Berufung auf die deutsche Westoberschlesiens sich gegen eine kürzere Arbeitszeit sträubt. Damit betreibe die deutsche Schwerindustrie, wie die Gewerkschaftszeitung am 17. Dezember 1927 schrieb, »ein soziales Dumping, das angesichts unseres technischen Vorsprungs unnötig und unseres kulturellen Hochstandes unwürdig ist«. Weiter wurde gerade von christlicher Seite auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß in kurzer Zeit die Abstimmung im Saargebiet stattfinden werde, und daß dann eine so reaktionäre Regelung der Arbeitszeit für große Kreise der Arbeiterschaft die Entscheidung für Deutschland ungünstig beeinflussen könne. Für die Möglichkeit einer verhältnismäßig schnellen Umstellung (die unmittelbare Durchführung eines schematischen Achtstundentags verlangte keine der 3 Gewerkschaftsrichtungen) spreche jetzt die außerordentlich gute Konjunktur, die noch dazu auf dem Inlandsabsatz mit verhältnismäßig hohen Preisen beruhe. Am 16. Juli 1927 verordnete nun der Reichsarbeitsminister, gestützt auf ein fast einstimmiges Gutachten des Reichswirtschaftsrats, daß für weitere Gruppen von Hochöfenarbeitern der Hüttenindustrie das Dreischichtensystem vom 1. Januar 1928 ab eingeführt werden solle. Daraufhin erklärten die Arbeitgeber, sie seien zwar grundsätzlich auch für das Dreischichtensystem, sie hielten aber die Fristen zur Durchführung für zu kurz. In einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Mitte November trugen sie ihr eigenes Umstellungsprogramm vor, dessen Durchführung 3 Perioden von unbegrenzter Länge vorsah. Für die Arbeiter würde die Durchführung der Verordnung einen beträchtlichen Lohnausfall mit sich bringen. Es war deshalb klar, daß die Gewerkschaften aller Richtungen geschlossen einen Lohnausgleich forderten, darüber hinaus eine Erhöhung des Stundenlohns überhaupt. Hier jedoch gingen Freie und Christliche Gewerkschaften nicht zusammen, ebenso verweigerten die Christlichen weitere Gefolgschaft in der Forderung weiterer Arbeitszeitregelungen, wie sie von den Freien gefordert wurden. Für die Großindustrie boten diese Lohnforderungen einen Anlaß die Arbeitszeitfrage unter die Lohnfrage zu stellen und damit die Undurchführbarkeit der Verordnung zu begründen. Während der Verhandlungen kündigte dann die Schwerindustrie die Stilllegung der Werke an. Am 12. Dezember brachte das Reichsarbeitsministerium die erste Entscheidung. Es

lehnte im wesentlichen den Standpunkt der Industriellen ab, machte allerdings für einzelne Betriebe recht weitgehende und in ihrer Auslegung weiten Spielraum gebende Konzessionen. Der Schiedsspruch, der am 15. Dezember gefällt wurde, brachte die weitere Klärung. In der Arbeitszeitreglung schloß er sich eng an die Verordnung an, in der Lohnfrage führte er zu einer Erhöhung der Stundenlöhne für Facharbeiter von 76 auf 78 Pfennig. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte 10 Pfennig Erhöhung gefordert und für die Hilfsarbeiter eine solche von 59 auf 60 Pfennig, außerdem höhere Zuschläge für Überstunden. Der durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Lohnausfall soll zu je 50 % vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden. Der Schiedsspruch wurde von allen 3 Arbeiterorganisationen und auch von den Unternehmern als völlig ungenügend abgelehnt, am 19. Dezember aber für verbindlich erklärt. Obwohl in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Neigung bestand trotz dieser Verbindlichkeitserklärung den Kampf aufzunehmen, lehnte am 22. Dezember eine Funktionärversammlung der am Tarifvertrag für die Metallindustrie Nordwest beteiligten Freien Gewerkschaften einen solchen Kampf mit 80 gegen 13 Stimmen ab. Das war sehr klug gehandelt. Denn einmal sind die Organisationsverhältnisse in der Schwerindustrie außerordentlich ungünstig; höchstens 25 % der Gesamtarbeiterschaft dieser Bezirke sind gewerkschaftlich organisiert, davon nur etwas mehr als die Hälfte in den Freien Gewerkschaften. Zum andern aber hatten sich die Schwerindustrie schon seit Monaten durch Schaffung einer besondern Streikkasse auf den Kampf vorbereitet. Im übrigen ging der Kampf, wie man aus manchen Kommentaren großindustrieller Blätter herauslesen konnte, gegen das ganze System staatlicher Wirtschaftsreglung. Ihn entfachen zu lassen hat die Arbeiterklasse zurzeit kein Interesse. So war es richtig sich mit dem nicht befriedigenden Ergebnis abzufinden und alle Kraft auf die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung zu konzentrieren.

Von sonstigen größeren Arbeitskämpfen beschäftigte die Öffentlichkeit Deutschlands Mitte Oktober 1927 der große Kampf in der Zigarrenindustrie. Einige unbewusste wilde Streiks in Leipzig und Breslau wurden vom Reichsverband der Zigarrenhersteller benutzt, um am 14. Oktober im Tarifgebiet Sachsen, am 22. Oktober im übrigen Vertragsgebiet den

Arbeitern und Arbeiterinnen mit 14tägiger Frist zu kündigen. Der genannte Reichsverband der Zigarrenhersteller wollte dadurch eine grundsätzliche Entscheidung auf Jahre hinaus erzwingen. Er kündigte deshalb auch den nichtorganisierten Arbeitern und den Mitgliedern des Christlichen Zentralverbands deutscher Tabakarbeiter. Die Arbeiter beantworteten den Vertragsbruch mit sofortiger Arbeitsniederlegung. Beide Verbände unterbreiteten dem Reichsverband der Zigarrenhersteller eine Lohnerhöhungsforderung in Höhe von 15 %. Dabei zeigte sich, daß weite Kreise der Unternehmer, vor allem die Bezirksgruppe Oberbader des Reichsverbands, mit der Haltung ihrer Verbandsleitung nicht einverstanden waren und die gewerkschaftlichen Forderungen bewilligten. Diese Tatsache mag dazu beigetragen haben, daß die Aussperrung, von der ungefähr 85 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen wurden, schon bald ihren Abschluß fand. Auf dem Verhandlungsweg über den Reichsarbeitsminister kamen die Parteien überein die beiderseitigen Kampfmaßnahmen sofort aufzuheben und keinerlei Maßreglungen stattfinden zu lassen. Der bisher geltende Reichstarifvertrag und die Bezirkstarifverträge gelten weiter bis zum 29. März 1929 und sind mit 2monatiger Frist erstmalig zu diesem Zeitpunkt kündbar. Weiter werden am 1. März 1928, also einen Monat vor Ablauf des alten vertragsmäßigen Abkommens, die Löhne allgemein um 12 %, in Hamburg und Bremen um 10 % erhöht. Auch soll am 1. Oktober 1928 eine Nachprüfung erfolgen, ob eine wesentliche Änderung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, die einen Lohnausgleich erfordert; die Entscheidung darüber sollen 3 Unparteiische vornehmen. Diese letzte Bestimmung hat prinzipielle Bedeutung. Während bisher Tarifverträge, die auf lange Zeitdauer geschlossen waren, oft infolge der geänderten Wirtschaftslage zerbrochen, ist jetzt eine Lösung gefunden Vertragsverhältnisse auf lange Dauer hin zu schaffen, die dabei doch die Möglichkeit einer Revidierung der Lohnsätze bieten. So stellt der Ausgang des Kampfs, vor allem wenn man die sehr kärglichen Löhne dieser Industrie in Betracht zieht, einen nicht allzu großen, doch grundsätzlich wichtigen Erfolg dar.

**Zusammen-
schluß**

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Breslau /1925/ wurde der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen

Gewerkschaftsbundes beauftragt den organischen Zusammenschluß der Verbände zu Industrieverbänden zu fördern. Man lehnte den Vorschlag einiger radikaler Gruppen die alten Verbände zu zerschlagen und neue gewaltsam zu gründen ab und sah in dem freiwilligen Zusammenschluß den einzig gangbaren Weg. Die Verhandlungen, die in den letzten Jahren zwischen den einzelnen Verbänden geführt sind, und die Abstimmungen einzelner Verbände zu Verschmelzungsfragen haben gezeigt, wie stark trotz allen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die zum Zusammenschluß drängen, doch die Widerstände weiter Mitgliederkreise sind, wie beharrlich der Wille zur Beibehaltung der Selbstständigkeit noch ist. Daran, daß der eine Verband bei einer Verschmelzung diese oder jene Unterstützungseinrichtung aufgeben, oder daß er eventuell höhere Mitgliedsbeiträge erheben soll usw., scheitern oft die Verhandlungen. Um so erfreulicher ist es, daß trotz allen Schwierigkeiten seit dem Breslauer Kongreß doch schon 2 große Einheitsverbände geschaffen sind. Der eine ist der *Keramische Bund*, der am 1. August 1926 durch den Zusammenschluß der Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter sowie der im Fabrikarbeiterverband organisierten keramischen Arbeiter als machtvolle Einheitsorganisation ins Leben trat. Den andern großen Zusammenschluß bildete die Gründung des *Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbands* Ende September 1927 in Leipzig. In ihm haben sich der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Deutsche Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband, der Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter in Deutschland und der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands zusammengeschlossen. Bei 2 Verbänden war eine verhältnismäßig starke Opposition gegen den Zusammenschluß vorhanden, und die Verhandlungen, die zum Teil dramatisch bewegten Charakter trugen, zeigten, wie schwer es einzelnen Mitgliedern wurde ihre alte Selbstständigkeit aufzugeben. Die genannten 3 Verbände zählten im Dezember 1926 zusammen rund 143 000 Mitglieder.

Schweiz Aus dem Bericht des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für die Jahre 1924 bis 1927 ist zu ersehen, daß auch die schweizerischen Gewerkschaften ihren Tiefpunkt im Jahr 1925 mit einer Mitgliederzahl von 149 997

wieder überschritten und im Jahr 1926 wieder eine Steigerung um 3800 neue Mitglieder aufzuweisen haben. Von den wichtigsten Fachgewerkschaften seien die Metall- und Uhrenarbeiter mit 44 424, die Eisenbahner mit 36 653, die Bau- und Holzarbeiter mit 18 278, das Personal öffentlicher Dienste mit 11 886 und die Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter mit 11 824 Mitgliedern genannt. Zwischen 5000 und 10 000 Mitglieder zählen noch die Textilfabrikarbeiter, die Post- und Telegraphenangestellten und die Typographen. Dagegen sind die übrigen Verbände beträchtlich schwächer. Das Vermögen des Gewerkschaftsbundes stieg von 12 766 000 Franken im Jahr 1925 auf zirka 14 399 000 Franken im Jahr 1926; 1914 betrug es zum Beispiel nur 2½ Millionen Franken. Die durchschnittliche Beitragsleistung stieg von 40,03 Franken pro Kopf im Jahr 1925 auf 43,25 pro Kopf im Jahr 1926, während sie 1913 nur 28 betragen hatte. Dem Bericht nach war die wirtschaftliche Lage in der Schweiz zu ungünstig, um größere Kämpfe um Verbesserungen der Arbeits- und Lohnbedingungen durchzuführen. Dennoch wurden von 329 Bewegungen im Jahr 1926 144 mit vollem und 116 mit teilweiseem Erfolg durchgeführt, während nur 43 ergebnislos abgebrochen werden mußten. Auch in der folgenden Zeit soll der vor 2 Jahren gegründete Solidaritäts- und Kampffonds, der bereits eine ansehnliche Höhe erreicht hat, weiter ausgebaut werden. So gewinnt man auch aus diesem Bericht das Bild, das einem aus der Lektüre der von Max Weber ausgezeichnet redigierten Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz gegeben ist: das Bild einer kleinen, aber sehr zielsicher und klar kämpfenden Gewerkschaftsbewegung.

Kurze Chronik Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtete zusammen mit dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Deutschen Gewerkschaftsring an die Landesparlamente und -regierungen, denen Universitäten unterstehen, eine Eingabe, in der eine stärkere *sozialhygienische Ausbildung* der Medizinstudierenden gewünscht wird. Zu diesem Zweck wird für jede Universität neben dem Lehrstuhl für Hygiene auch ein Ordinariat für soziale Hygiene gefordert, dem ein Seminar, eine Bibliothek und eine Assistentenstelle zur Verfügung gestellt ist. Ferner wird für die ärztliche Abschlussprüfung soziale Hygiene als Prüfungsfach und diese Disziplin als Pflichtkolleg gefordert. ◊ Der

Fabrikarbeiterverband eröffnete am 3. und 4. September 1927 in Wennigsen am Deister zur Schulung seiner Mitglieder und Funktionäre eine eigene Schule. ◊ Am 30. Oktober fand in Freidorf bei Basel die Konstituierende Generalversammlung der *Schweizerischen Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften* statt. An dieser Gründungsversammlung waren 132 Delegierte beteiligt, die 3391 Anteilscheine vertraten. Im ganzen waren bis Ende Oktober 3566 Anteilscheine zu 1000 Franken gezeichnet, von denen 3410 voll eingezahlt wurden, so daß die Bank mit einem Gesellschaftskapital von 3 410 000 Franken ins Leben treten kann. Der Geschäftsbetrieb der Bank wurde am 1. Januar aufgenommen.

Literatur

Es ist hier verschiedentlich die Auffassung vertreten worden, daß der *Fascismus* mit seinen Einrichtungen wie mit seiner ganzen Arbeiter- und Arbeitspolitik nicht ohne weiteres mit ein paar Bemerkungen abgetan werden kann sondern eines sehr eingehenden Studiums bedarf. Hierzu kann die Broschüre *Wirtschaftsauffassung und Gewerkschaftspolitik des Fascismus* von Robert Hönigsschmidt-Grossich und Adolf Dresler /München, Südostverlag/ gute Dienste leisten. Die kurze Darstellung der italienischen Wirtschaft ist hierbei nicht immer ganz glücklich. Der Abschnitt über die Handels- und Zahlungsbilanz ist vor allem in der Auslegung der Zahlen etwas problematisch. Dafür ist der Abschnitt über die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Fascismus aller Beachtung wert. Es wird gezeigt, wie die fascistische Auffassung das Bestehen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten erkennt und sie sogar im Staat verkörpern will. Es wäre freilich gut gewesen, wenn die Verfasser die dem zugrundeliegende Problematik schärfer herausgearbeitet hätten. Sehr sachlich ist die Gewerkschaftspolitik des Fascismus dargelegt, und der Aufbau der fascistischen Gewerkschaften wird durch einige charakteristische Zitate aus Reden Mussolinis verdeutlicht. Den Abschluß der kleinen Schrift bildet eine Wiedergabe der *Carta del Lavoro* vom 21. April 1927, die man genau kennen und prüfen sollte, ehe man ein Urteil über das fascistische Regime abgibt. ◊ Eine Broschüre des Mitglieds der 2. Arbeiterdelegation Arthur Koch Als Arbeiterdelegierter in Rußland /Hamburg, Auer & Co./ stellt einen Beitrag zur Kenntnis der Lage der Arbeiter unter dem Regime des *Bolschewismus* dar. Der Abschnitt

über die Lohnpolitik zeigt die klaffenden Unterschiede zwischen den Löhnen der ungelerten und der gelernten Arbeiter. Die Arbeiter der Betriebe sind in 17 verschiedene Klassen eingeteilt, und es entstehen Spannungen zwischen den einzelnen Klassen, die jedem Kommunismus Hohn sprechen. Der gelernte Arbeiter der höchsten Klasse verdient beispielsweise das 4fache des ungelerten in der niedrigsten Klasse und das Doppelte des ungelerten in der höchsten Klasse. Fast überall herrscht in den Betrieben Akkordarbeit mit einem Antreibersystem, wie es in den kapitalistischen Staaten nur selten zu finden ist. Auch in der Frage der Arbeitszeit hat Koch vielfach eine beträchtliche Überschreitung des Achtstündentags festgestellt. Die Erwerbslosenunterstützung ist erschreckend gering. Koch stellt fest, daß die russischen Erwerbslosen kaum ein Viertel dessen beziehen, was die deutschen Arbeitslosen bekommen. Auch die Invalidenversicherung ist höchst ungenügend entwickelt. Der Lohn des Arbeiters hat erst 80% des Friedenslohns erreicht, während die Kaufkraft des Rubels im Inland nur 50% der Friedenskaufkraft beträgt. ◊ In recht objektiver Weise behandelt *Wolf Dietrich von Witzleben* in einem Heft der Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände /Berlin, Fr. Zillessen/ den Tarifvertrag für die Angestellten der Berliner Metallindustrie unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung und Bedeutung von Tarifverträgen für Angestellte. Wir besitzen neben Emil Lederers allerdings nur für die Vorkriegszeit gültigem Werk *Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ wenig ausführliche Literatur über die soziale und wirtschaftliche Stellung der Angestelltenschaft. Witzleben hat hier die Wandlungen in der Angestelltenschaft unter dem Einfluß des Kriegs und der Revolution, die erst die Voraussetzungen zum Abschluß von Tarifverträgen herbeiführten, untersucht. Obwohl diese Untersuchung auf die Berliner Metallindustrie beschränkt bleibt, so kann sie doch als typisch für das ganze Reich gewertet werden. Die Meinungen der Gewerkschaften und der Unternehmer in der Beurteilung des Tarifvertrags sind sachlich gegenübergestellt, und in Anlagen wichtiges Zahlenmaterial beigelegt. So ist das Büchlein nicht nur eine Untersuchung des Tarifvertrags sondern auch eine sehr lezenswerte Studie über die Angestelltenbewegung überhaupt.

Gelaltige Bewegung / Herbert Kühnert

Couéismus Über den Couéismus als Richtung in der modernen Psychologie sind die Leser in der Rundschau Psychologie (1927 I Seite 230) unterrichtet worden. Dafür, wie die grundlegenden Fragestellungen, Begriffe und praktischen Folgerungen des Couéismus allmählich zu einer wichtigen geistigen Strömung der Gegenwart geworden sind und auf die verschiedensten Gebiete des modernen Lebens, vor allem auf die schöne Literatur, die Erziehung, Körperkultur und Therapie, ja sogar auf das religiöse Leben einzuwirken beginnen, ließen sich zahlreiche Beispiele anführen. Die Lehre Emile Coués entspricht einer allgemeinen Zeitströmung, die man insofern als religiöse Strömung bezeichnen könnte, als sie das Individuum wieder in Zusammenhang mit denjenigen schaffenden Lebenskräften zu bringen sucht, die unterhalb des individuellen Bewußtseins wirksam sind, und die dahin streben die Einbildungskraft und den kritischen Verstand wieder einzuordnen in ein System von Weltanschauung und Lebensgestaltung, das den Glauben über den Zweifel, die Hoffnung über die Erfahrung, die Erlösung über die Erkenntnis gesetzt sehen möchte. Die neue Religiosität, die sich anbahnen will, ist keineswegs grundsätzlich wissenschaftsfeindlich. Aber sie kennt die Wissenschaft, kennt ihre Grenzen, und vergottet sie nicht mehr. So sehr sie daher das Wesentliche aller Religiosität in sich trägt, so ist sie doch von den historischen Formen durch größern innern Reichtum, durch stärkere Spannungen, tiefere Innerlichkeit und umfassenderes Allgefühl unterschieden. Freilich haben die Gestaltungen, in denen sie sich gegenwärtig aufbauend auszuwirken sucht, noch durchweg den Charakter des Keimenden, des werdenden, des Unausgeprägten. Um so mehr gilt es bereits in diesen Ansätzen die Wirksamkeit einer neuen religiösen Idee zu erkennen und ins allgemeine menschliche Gefühl zu erheben. Im Bereich dieser Aufgabe aber verdient auch alles, was man heute in weiterm Sinn unter Couéismus verstehen kann, positive Würdigung. Wie der Genfer Universitätslehrer Charles Baudouin in seinem Emile Coué gewidmeten Buch Suggestion und Autosuggestion (übersetzt von Paul Amann/Dresden, Sibyllenverlag/) hervorhebt, zeigt die heutige Psychologie allgemein die Richtung auf das Erforschen von Fähigkeiten und Formen des seelischen Lebens, die,

unterhalb des Bewußtseins verborgen, tiefere Kräfte wirken lassen. Im Gebiet des Gefühlslebens betont die Freud'sche Psychoanalyse das Vorhandensein von Gefühlskomplexen, Gemütsbewegungen und Trieben, die sich dem Bewußtsein entziehen und uns beständig unmerklich leiten. Durch ihre Bloßlegung gibt die Psychoanalyse die Möglichkeit sie zu überwachen und sich ihrer Tyrannei zu entziehen. Für das Gebiet des Vorstellens hat andererseits Bergson seine Philosophie auf der Unterscheidung zwischen Intelligenz und Intuition aufgebaut. Die Intuition schlummert in der Tiefe unseres Wesens und ist ein Organ für Erkenntnisse, die dem Geheimnis des Lebens besonders nahekommen; indem wir sie befragen, können wir Probleme lösen, denen gegenüber die Intelligenz versagt. Die von der Schule von Nancy mehr praktisch geübte als theoretisch formulierte Suggestion respektive Autosuggestion nun verhält sich, wie Baudouin sagt, zum Willen wie der Komplex zum Gefühl, wie die Intuition zur Intelligenz. (Der Begriff Wille wird hier so genommen wie er konventionell bisher stets verstanden wird; also an das Subjekt gebunden. Eine neue philosophische Grundlegung, die von dem Primat des Schaffens ausgeht, wird freilich den Willen grundsätzlich anders, als Emanation der zu schaffenden Dinge objektiviert, erkennen müssen.) Diese 3 Lehren sind demnach Teile einer allgemeinen wissenschaftlichen Bewegung, die die Erkenntnis unseres Wesens in der Richtung auf das Unterbewußte erweitern und damit auch unser innerliches Vermögen steigern kann. Es bestehen zwischen der Suggestion und dem Willen nach dem Coué'schüler Baudouin Beziehungen der Art, daß der Wille die normale Form der Einwirkung auf die Materie, auf die Außenwelt, darstellt, während die Suggestion als die normale Einwirkung auf uns selbst in unserer Eigenschaft als Lebewesen angesehen werden kann. Im letzten Fall genügt es bloß den Zweck zu denken, und die Dinge gestalten sich so, als ob unser Unterbewußtes unsern physischen und psychischen Organismus in allen Einzelheiten kenne und aus dieser Kenntnis heraus die nötigen Mittel erschlosse, die zur Verwirklichung des vorgesetzten Ziels führen. Das suggestive Verfahren ist demnach nicht so sehr eine Therapeutik als vielmehr eine Erziehungsweise, man könnte auch sagen: eine erzieherische Wiedererweckung gewisser seelischer Verhaltensweisen und Gewöh-

nungen, die uns im Lauf der Zeiten, besonders in demjenigen Zeitalter und Kulturkreis, dem die Eroberung der materiellen Welt den Stempel aufgedrückt hat, fast verloren gegangen sind. So gewinnen die antike Mahnung des ἵψόθ οσαυτόν und die christliche Forderung der andächtigen Einkehr von diesen Strömungen der zeitgenössischen Philosophie und Psychologie her einen neuen Sinn, der sich eigentümlich mit der Erkenntnis von der wesentlichen Unzulänglichkeit des Bewußtseins, der menschlichen Intelligenz, der menschlichen Naturerkenntnis und Naturbeherrschung verbindet, und der die Menschen in ihrem Streben nach wesentlichem Wert und wesentlicher Wirkung wieder gleichsam zu längst vergessenen uralten Ausgangspunkten des geistigen Lebens zurückführt. Das eigentlich Neue an dieser großen Umkehr, die zugleich zu einem großen Durchbruch, zu einem gesteigerten, schönern und menschlicheren Leben werden kann, ist dies, daß hier zum erstenmal das Vitale, das Organische nicht von der Natur sondern von der Seele her seinen Wert und seine höhere Bestimmung erhält.

Es ist daher für jeden, der die geistige Bewegung unserer Zeit in ihrem Werden und in ihren Elementen verstehen will, richtig sich mit der Literatur des Couéismus zu beschäftigen. Außer dem bereits oben genannten Buch Baudouins über Suggestion und Autosuggestion erschien, ebenfalls von Amann aus dem Französischen übersetzt, unter dem Titel Die Macht in uns /Dresden, Sibyllenverlag/ eine Schrift des Genfer Gelehrten, die den Versuch macht auf der von der Schule von Nancy vertretenen Psychologie eine volkstümliche Lebenskunst zu begründen. Auch diese Schrift zeichnet sich wie die erstgenannte durch Klarheit, Eindringlichkeit und großen Reichtum an anregenden Gedanken aus und erfüllt die Anforderungen, die an volkstümliche Philosophie zu stellen sind, in ganz seltenem Maß. Aus den in dem Buch unter anderen behandelten Themen seien die folgenden besonders hervorgehoben: Persönlichkeit und ungehemmte Entfaltung, Innenleben und Individualismus, Konzentration, Kräfte des Herzens, Mut und Anstrengung, Vom persönlichen Einfluß. Eine deutsche, von Amann besorgte Einführung in Emile Coués Lehre von der Selbstbemeisterung durch bewußte Autosuggestion /Basel, Benno Schwabe & Co./ enthält unter anderem einen Vortrag Coués über seine Grundsätze und seine Wirksamkeit, fer-

ner einige Krankheitsgeschichten aus der großen Zahl der von Coué behandelten Leidenden, zahlreiche Briefe Coués, einige von Coué selbst geschriebene oder von seinen Schülern aufgezeichnete Grundsätze des Couéismus, eine Schilderung der Sprechstunde Coués, Aufzeichnungen über Coués Pariser Reise 1919 und anderes Material.

Die großen Möglichkeiten, die sich von dem Grundprinzip des Couéismus aus für Selbsterziehung, Führertum, Erziehung, Heilung ergeben, liegen auf der Hand. Religiöse Symbole und Ideen, die überholt schienen, erhalten nun auf einmal wieder einen neuen Sinn. Die geheimnisvollen Kräfte, die im Wort, im Blick, im Traum, im Wunsch, im Sinnbild, in der Kontemplation, im Instinkt, im Lebensrhythmus liegen, gewinnen auf neue Interesse und Bedeutung. Aber zugleich mit der Möglichkeit zu einem neuen Reich der Seligkeit öffnet sich auch der Abgrund einer neuen Unterwelt, der Weg einer neuen, in sie hinabführenden Magie. Sehr anschaulich wird uns diese neue Hölle in dem Roman Rudolf Schneiders Der Frauenzüchter /München, Musarionverlag/ vor Augen geführt. Der persönliche Einfluß, der dort auf einen Menschen ausgeübt wird, ist schlimmer magischer Mißbrauch einer Kraft, die sich für den Mißbrauch dadurch rächt, daß sie alles, was sich ihr nähert, in den Wirbelsturm der blind entfesselten, sinnlos zerstörenden Leidenschaften hinabzieht. Auch der Magier selbst fällt ihr zum Opfer. Sein Gegenspieler ist kein Held und darum auch keine tragische Gestalt. Da ihm die wirkliche Überlegenheit über den Magier fehlt, so kann sein und der anderen Schicksal nur dazu dienen ein typisches Bild von der Sackgasse, in der sich heute viele Intellektuelle befinden, eindrucksvoll abzurunden, ohne zugleich den Ausweg erkennen zu lassen.

Bei dir selbst mußt du beginnen, wenn du auf andere wirken, sie fördern, erziehen, heilen willst. Das ist der erste große Grundsatz der neuen Heilslehre. Und der andere ist dieser: Die seelische Kraft, die du gewinnen kannst, wird dich selbst schlagen, sobald du beginnst sie einem bloßen Machttrieb, einer niedern Eitelkeit oder überhaupt einem unsittlichen Prinzip unterzuordnen. Und daher führt der Couéismus in seiner weitern Konsequenz zu einer Überwindung oder vielmehr Neutralisierung jedes Egoismus und Egozentrismus, zu einer seelischen Haltung, die auf die Dinge, nicht auf das Selbst, gerichtet ist.

Völkerbunds-
institut Das Pariser Völkerbunds-
institut für geistige Zusammen-
arbeit ließ im Herbst
1927 in deutscher Sprache eine Broschüre
erscheinen, in der in übersichtlich knapper
Form die Entstehung des Instituts,
seine Organisation, seine Ziele und bis-
herigen Arbeitsgebiete sowie seine Ar-
beitsmethoden geschildert werden. Aus
der bisher geleisteten Arbeit werden
darin unter anderm die Gebiete Mate-
rialbeschaffung für internationale Orga-
nisationspläne, Veröffentlichungen und
Enqueten behandelt. Aus den Veröffent-
lichungen des Instituts sind besonders
die folgenden hervorzuheben; die Vier-
teljahrshefte Bulletin des Relations Uni-
versitaires, Bulletin des Relations Scien-
tifiques, Musaion (Organ des Interna-
tionalen Museumsamts) und das monat-
lich erscheinende Bulletin de la Section
d'Information et de Documentation, in
dem die Informationsabteilung ständig
über die laufende Tätigkeit des Instituts,
seiner Abteilungen und der zahlreichen,
mit ihm in engerer oder loserer Verbin-
dung stehenden Ämter, Institute, Ver-
bände, Kongresse usw. berichtet. Das
Novemberheft enthält unter anderm auch
die Nachricht von der Ernennung des
ehemaligen deutschen Gesandten in Bu-
karest Hans Freytag zum deutschen
Delegierten beim Pariser Institut. Auch
berichtet es über die Ansprachen, die
bei dem Empfang der Delegierten zur 24.
Interparlamentarischen Konferenz im
Pariser Institut am 26. August 1927 zwi-
schen Paul Painlevé, Walther Schücking
und dem französischen Abgeordneten
Marius Moutet gewechselt worden sind.
Unter den vom Institut bisher unter-
nommenen Enqueten sind diejenigen hervor-
zuheben, die sich auf Professorenaus-
tausch, Studium für Ausländer, Kurse
über fremde Länder, Forschungsstipen-
dien, Urheberrecht und Recht an wissen-
schaftlichen Erfindungen, Übersetzungen,
Identifizierung und Echtheit von Kunst-
werken, Hindernisse gegen Verbreitung
von Büchern beziehen. Ein weiteres Ka-
pitel handelt von denjenigen Einrichtun-
gen und Verbänden internationalen Cha-
racters, denen das Institut Bureau und
Sekretariatsdienst zur Verfügung stellt.
Dahin gehören die Internationale Aka-
demie für vergleichendes Recht, das In-
ternationale Komitee der Geschichts-
wissenschaft, der Internationale Verband
der Geistesarbeiter, das Internationale
Bureau der Verbände der Volksschul-
lehrer, das Comité d'Entente des Grandes
Associations Internationales, die In-
ternationale Vereinigung der Journa-

listenverbände, die Internationale Kom-
mission für Lehr- und Kulturfilme, die
Allgemeine Theatergesellschaft. Das In-
stitut hat seine Säle und seine Hilfe so-
wie seine Publikationsorgane ferner wich-
tigen internationalen Kongressen und
Zusammenkünften zur Verfügung gestellt.
Mehrfach hatten diese Zusammenkünfte
konstitutiven Charakter. Andererseits hat
das Institut bei einer großen Anzahl von
Kongressen außerhalb von Paris den
Völkerbund vertreten. Durch das Insti-
tut ist ferner in mehreren Ländern die
Bildung von nationalen Kommissionen
für geistige Zusammenarbeit angeregt
worden. Derartige Kommissionen bestan-
den bis zum Juli 1927 in 32 Ländern (in
Deutschland leider noch nicht). Sie
setzen sich aus Vertretern der wichtig-
sten Zweige des geistigen Lebens jedes
Landes zusammen und vermitteln den
Verkehr ihres Landes mit dem Pariser
Institut, bei dem jedes angeschlossene
Land einen besondern Delegierten hat.
»Das Beispiel einer sehr wohlhabenden
Kommission«, so heißt es in der Bro-
schüre des Instituts, »nämlich derjeni-
gen der Vereinigten Staaten, zeigt die
Rolle, die solche Gruppen spielen kön-
nen, denen ihre offizielle Völkerbunds-
eigenschaft ein großes moralisches An-
sehen in ihrem Lande verleiht.« Ein an-
derer wichtiger Zusammenschluß derje-
nigen Kräfte, die es sich zur Aufgabe
machen die Grundsätze des Völkerbunds
im Unterricht zu verbreiten, ist das vom
Pariser Institut gebildete Comité d'En-
tente des Grandes Associations Interna-
tionales, dem unter anderm der Welt-
verband der Christlichen Vereine jun-
ger Männer, das Internationale Pfad-
finderbureau, das Internationale Bureau
der Verbände der Lehrer an Höheren
Schulen, der Internationale Studenten-
verband, der Christliche Studentenwelt-
bund, die Internationale Vereinigung für
Studentische Völkerbundsarbeit, die
Weltkonferenz für Praktisches Christen-
tum, der Weltfrauenrat, der Weltrat der
Pfadfinderinnen, das Rote Kreuz der
Jugend, die Carnegiestiftung für Inter-
nationalen Frieden, das Internationale
Bureau der Verbände der Volksschul-
lehrer, der Weltverband der Akademie-
rinnen, der Weltverband Pädagogischer
Vereinigungen, das Internationale Erzie-
hungsamt, das Internationale Jugend-
sekretariat in Rom, die Katholische Ver-
einigung für Internationale Studien, die
Internationale Union der Jüdischen Ju-
gend angehören. Während es sich bei
diesem Komitee ebenso wie bei anderen
Gründungen, Veranstaltungen und An-

regungen des Instituts (zum Beispiel Internationaler Filmkongreß zu Paris im September und Oktober 1926, Internationale Kommission des Lehr- und Kulturfilms, Arbeitsgemeinschaft der Nationalen Mittelpunkte Politischer Bildung, Zusammenarbeit der Nationalen Universitätsämter, Kongreß für Volkskunst, Interföderales Zentralkomitee der Internationalen Studentenorganisationen) mehr um eine, vom Institut ausgehende diskrete Anregung bei Verbänden und Einrichtungen der Länder zu gemeinsamer Arbeit handelt, ist vom Völkerbundsinstitut eine Reihe von internationalen Organisationen rein technischer Natur begründet oder verbessert worden. Dahin gehören die Anregungen und Maßnahmen zur Verbesserung der bibliographischen Hilfsmittel in den physikalischen Wissenschaften, den Sozialwissenschaften, der klassischen Philologie und in den biologischen Wissenschaften, der Plan des Internationalen Komitees der Geschichtswissenschaften zu einem Internationalen Jahrbuch der historischen Bibliographie, die Internationale Organisation der Bibliotheken, das Internationale Museumsamt, internationale Gelehrten-, Literatur- und Kunstkalender und der Plan eines internationalen Wert's?, eines Verzeichnisses der bedeutendsten Männer und Frauen der ganzen Welt nebst kurzen Lebensbeschreibungen. Was die Mitarbeit des Instituts am Zustandekommen von internationalen Abkommen, die die geistige Arbeit betreffen, anlangt, so sind bisher zu nennen: die erneuerte Konvention von Brüssel über den internationalen Austausch amtlicher Drucksachen, der Plan eines internationalen Schemas der intellektuellen Statistik, der Entwurf einer internationalen Abmachung über die Benutzung der öffentlichen Archive, der Entwurf eines Mustergesetzes für den Schutz des wissenschaftlichen Eigentums und anderes. Das Institut verspricht sich von seiner Tätigkeit für die Zukunft hauptsächlich folgende Ergebnisse: Vervielfältigung und größere Regelmäßigkeit der Berührung zwischen geistigen Gruppen und Einrichtungen in allen Ländern, bessere Auswertung der Bemühungen der Völker und der Verbände auf allen Gebieten der Kultur, Entwicklung alter und neuer Formen internationaler Zusammenarbeit in Wissenschaft, Kunst und Unterricht.

Europaarbeit Der Internationale Verband für kulturelle Zusammenarbeit hielt am 20. Oktober 1927 unter dem Vorsitz des Heidelber-

ger Professors Ludwig Curtius seine Jahrestagung ab, auf der das Thema Die Rolle der Geschichte im Bewußtsein der Völker von Rednern verschiedener Nationalität kontradiktorisch behandelt wurde. Von französischer Seite sprach der Professor Thibaudet über die Geschichte im heutigen französischen Bewußtsein. Aus Anlaß der Rede des Wiener Philosophieprofessors Hans Eibl über Geschichte als Verwirklichung der Idee kam es zu Erörterungen darüber, inwieweit Darlegungen, die von der Voraussetzung eines am deutschen Volk durch den Versailler Frieden begangenen Unrechts ausgehen, aus einer derartigen Debatte zwischen prominenten europäischen Intellektuellen auszuschalten seien. Von deutscher Seite nahmen unter anderen Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Alfred Weber, Willy Hellpach an diesem Europäischen Gespräch teil.

In Erwidering des Besuchs, den vorher Thomas Mann dem polnischen Penklub in Warschau gemacht hatte, weilten nunmehr 2 Vertreter des modernen polnischen Geisteslebens, der Altphilologe Zielinski und Julius Kaden-Bandrowski, als Gäste des Deutschen Penklubs in Berlin. Der eine sprach über das Thema Der Bauer in der Literatur, der andere über die gegenwärtige Situation der polnischen Literatur. Der preußische Kultusminister widmete den polnischen Gästen eine Ansprache.

Zu den zahlreichen Bünden und Gruppen, die sich seit einigen Jahren in Deutschland im Sinn der Kontinentalpolitik der Sozialistischen Monatshefte die Propagierung der europäischen Verständigung auf der Grundlage der deutsch-französischen zur Aufgabe gemacht haben, gehört auch die Europäische Tribüne, die in diesem Zusammenhang als tapfere und erfolgreiche Mitstreiterin zu begrüßen ist. Durch zahlreiche Vortragsveranstaltungen hat sie sich schnell eine Stellung im geistigen Leben Berlins erworben. Bemerkenswerterweise steht hinter ihr keine Partei und keine Gruppe, sondern nur die Tatkraft einer Einzelperson, Mary Schneider-Braillard, die sich durch Blut und Erkenntnis zur Einigung des Kontinents getrieben fühlt. Ihr Erfolg zeigt wieder, in wieviel Macht sich jedes Wirken verwandelt, das von dem richtigen Wollen erfüllt ist. In der letzten Veranstaltung der Europäischen Tribüne am 17. Januar 1928 sprach Jules Romains über die deutsch-französische Verständigung. Zu einer Frage Stellung zu nehmen, die tiefes Verständnis für die innersten

Kräfte und Entwicklungen beider Parteien voraussetzt, ist der Dichter des Diktators (dem in Berlin, in vollkommener Verkennung der Sache, Mangel an politischem Charakter vorgeworfen wurde, während er gerade den tragischen Zusammenstoß wirklicher politischer Charaktere darstellt) besonders berufen. Romain beherrscht die Probleme deutsch-französischer Verständigung, er bot dem überfüllten Saal kein ad hoc formuliertes Programm sondern eine Darstellung, die in langer Erkenntnis gereift ist. Auch für Romain ist diese Verständigung ein Muß. Jede Wahl zwischen verschiedenen Lösungen ist ausgeschlossen. Gefährlich sind der Verständigung aber nicht nur die Nörgler, die abwarten wollen, wie sich die Völker so im Lauf von 20 Jahren entwickeln werden, sondern auch die oberflächlichen Mitmacher, denen das Ganze ein Flirt ist, also etwas Unverbindliches, das sie jederzeit wieder verlassen können. Notwendig für die Verständigung erscheint Romain auch, daß auf beiden Seiten mit voller Offenheit die Fragen behandelt werden, die heute noch zu den strittigen gehören. Dem deutschen Volk als Ganzem wünschte er eine Erklärung der französischen Geistigen, die die Beschuldigung, das ganze deutsche Volk sei schuld an dem Krieg, endgültig zurückweist. Für Frankreich forderte er aber, daß Deutschland wirklich leichten Herzens die französische Gemeinschaft mit Elsaß-Lothringen anerkennt. Um dieses von ihm gewünschte natürliche Verhältnis zu illustrieren, wandte er eine französische Anekdote, die sich auf die französische Pyrenäenprovinz bezieht, auf Elsaß-Lothringen an. Ein Spanier und ein Franzose reisen durch das Land, und mit Überraschung stellt der Spanier fest, wie kastilisch diese Provinz sei, die trotzdem französischen Charakter habe. Und so möge, fuhr Romain fort, in absehbarer Zeit ein Franzose und ein Deutscher auf gemeinsamer Reise nach dem Elsaß kommen, und der Franzose den Deutschen freundlich darauf aufmerksam machen, wie deutsch das Land schon werde, je weiter man nach Osten komme, und der Deutsche sich freundschaftlich wundern, wie französisch es trotzdem sei. Von einer deutsch-französischen Verständigung muß, das wollte Romain damit sagen, jeder Streit, um Elsaß-Lothringen ausgeschlossen bleiben, weil die Frage politisch gelöst ist; wenn die Deutschen diese Lösung ohne Groll betrachten, wird das Elsaß die beiden Nachbarvölker mit einander verbinden.

Der Verlag Emile Paul in Paris gibt eine neue Monatsschrift *Revue d'Allemagne* heraus, die sich der Erkenntnis deutscher Kulturbesonderheit und Geistigkeit widmet. Ihr Leiter ist Maurice Boucher, der von Maurice Betz, dem Übersetzer Rilkes, unterstützt wird. Die Zeitschrift will solides Wissen vermitteln; alle prominenten Vertreter deutsch-französischer Verständigung haben ihre Mitarbeit zugesagt. Ein Parallelunternehmen beginnt auch in Deutschland. Im Verlag Walther Rothschild in Berlin kommt jetzt eine Deutsch-Französische Rundschau heraus, die sich die gleichen Ziele steckt. Sie wird von Otto Grautoff geleitet, der seine Eignung für diese Aufgabe durch sein Wirken in diesen Jahren längst erwiesen hat.

Kurze Chronik Die Internationale Presseausstellung Köln 1928 erließ ein *Preis Ausschreiben* für ein Schauspiel, das die geistige Arbeit des Verlags und der Redaktion im Zeitungswesen sketchartig, fesselnd, aber auch streng sachlich vor Augen führen soll. Das gestellte Thema lautet: »Eine Stunde Tageszeitung.« Es sollen Preise zu 2500, 2000 und 1500 Mark verteilt werden. Der Zentralausschuß für Innere Mission setzte Preise von 1000 und 300 Mark für eine gute Erzählung aus, die den Selbstmord bekämpft. ◊ Der *Friedensnobelpreis* für 1926 ist dem Franzosen Ferdinand Buisson und dem Deutschen Ludwig Quidde verliehen worden. Damit wollte die Stiftungsverwaltung zum Ausdruck bringen, daß nichts zur Sicherung des Weltfriedens geeigneter sei als die Zusammenarbeit französischer und deutscher Friedensfreunde. Der Name des jetzt 86jährigen Ferdinand Buisson (des Vaters Etienne Buissons, den die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus seiner langjährigen Mitarbeit hier kennen) ist außer mit dem Pazifismus besonders mit dem Gedanken der französischen konfessionslosen Staatsschule unlöslich verbunden. Auch in der Französischen Liga für Menschenrechte hat Buisson, einer der edelsten Geister Frankreichs und Europas, lange eine führende Rolle gespielt. ◊ Der ehemalige französische Unterrichtsminister Anatole de Monzie hielt im Dezember in Berlin als Gast der Universität einen Vortrag über den *Geist des Friedens*. In einem Berliner Interview wandte sich de Monzie unter anderem gegen das deutsche Dogma vom guten Briand und vom bösen Poincaré. Als die für die deutsch-französischen Beziehungen akuteste Fra-

ge betrachtet de Monzie die elsaß-lothringische. Man glaube in Frankreich, die sogenannte Autonomistenbewegung hätte ohne heimliche Unterstützung von deutscher Seite nie jene Formen annehmen können, die den Willen der Bevölkerung Elsaß-Lothringens entstellt haben. Der Vortrag fand unter dem Vorsitz des Berliner Romanisten Eduard Wechßler statt, er wurde in französischer Sprache gehalten und gab vorwiegend klassische Belege für Äußerungen eines Friedensgeistes in der französischen Literatur. ◊ In einer von Ludwig Quidde unterzeichneten Erklärung des Friedenskartells wird aus rechtlichen und außenpolitischen Gründen die Aufhebung der Verhaftung Fritz Röttchers (siehe die Rundschau Außenpolitik, 1927 II Seite 1000) gefordert. Röttcher sitzt aber immer noch im Untersuchungsgefängnis, und es scheint nicht, als ob man das Verfahren gegen ihn zu beschleunigen und damit seine Haft abzukürzen gedenkt. Der Fall Röttcher wird so zu einem neuen Fall der deutschen Justiz und des deutschen moralischen Bewußtseins.

Literatur Eine Auswahl aus den Schriften *Ralph Waldo Emersons* bringt Paul Sakmann unter dem Titel *Die Weisheit des Lebensmuts* /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Die Stücke sind im wesentlichen Emersons Schriften *Nature, Essays, Conduct of Life, Society and Solitude, Letters and Social Aims* entnommen. Doch entstammen einige in der deutschen Emersonliteratur bisher weniger bekannte auch der 12bändigen englischen Jahrgangsausgabe von Emersons Werken. So die Gedanken über den »Krieg und wie er allein zu überwinden ist«. Wie alles, was Emerson geschrieben hat, sind auch seine Gedanken über den Krieg und seine Überwindung geistvoll, kühn und edel gedacht, wenn es auch fraglich erscheint, ob bei der Überwindung des Krieges in Zukunft gerade Amerika diejenige entscheidende Rolle spielen wird, die sich der amerikanische Philosoph von diesem »Lande Gottes und des Menschen, wo der Urwald eben fällt oder noch nicht gefallen ist, und wo die grüne Erde sich den Auswandererscharen öffnet, die aus allen Bereichen der Tyrannei und des Unrechts heranfluten«, in einem heute naiver denn je anmutenden Optimismus erhofft hat. Das hindert nicht, daß Emerson Gedanken über Krieg und Frieden ausgesprochen hat, die für alle Zukunft klassischen Wert behalten werden.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Neuer Frauentypus Vor einigen Jahren wurde in dieser Rundschau (1922 I Seite 531 und folgende) versucht die Wandlungen, die in der Stellung und in der Seele der Frau in unserer Zeit vorgehen, in der erzählenden Literatur aufzuspüren. Diese Untersuchung soll jetzt wieder angestellt werden. Bestimmte Züge, die sich bei der Beobachtung der Wirklichkeit leicht verwischen oder verschieben, treten hier deutlicher hervor, besonders wenn man eine genügend große Anzahl literarisch gestalteter Frauenschicksale betrachtet; und wo man es mit wirklicher Dichtung zu tun hat, können Wahrheiten offenbart werden, die bloßer Tatsachenuntersuchung überhaupt nicht zugänglich sind. Wir wollen uns hier aber nicht auf künstlerisch wertvolle Literatur beschränken sondern auch den Unterhaltungsroman heranziehen, soweit sein Inhalt für unsere Frage von Bedeutung ist. Was damals in dem modernen Frauenroman als wesentlicher Zug hervortrat, war das Streben der Frau nach Freiheit, nach Lösung von den Fesseln, in die Überlieferung und Sitte sie eingengt hatten, vor allem nach Gleichstellung mit dem Mann auch in ihrem Liebesleben. Man erinnere sich der Bücher *Agnes Henningsens* und *Magdeleine Marx'*, die sogar die Doppelliebe und -ehe als eine der Frau innerlich gemäße Lebensform darstellten. Überblickt man die Frauenliteratur der letzten Jahre, so fällt sofort auf, daß dieses Freiheitsstreben heute für die Frau nicht mehr durchweg im Mittelpunkt steht. Allerdings ist es nicht so, als ob die Frau des modernen Romans wieder in die alte Abhängigkeit vom Mann und von der Familie zurückgekehrt wäre, daß sie, wie die Frauengestalten der früheren Zeit, da die Frau hauptsächlich vom Mann aus gesehen wurde, in vorwiegend passiver Stellung verharrte. Denn jene, wenn sie persönlich auch aktiven Temperaments waren (man denke etwa an *Toni Buddenbrook*), ließen sich von ihrem Schicksal tragen, fühlten sich als Glied der Familie oder bedingungslos zum Mann gehörig. Diese Rolle spielt die Frau jetzt fast nirgends mehr. Wenn sie doch noch einmal darin erscheint, so wird ihre Stellung nicht als natürlich und angemessen sondern als Unterdrückung empfunden, und die Darstellung bedeutet einen Protest. So ist es in dem wohl stark autobiographischen Roman *Anna Meyenbergs* Von Stufe zu

Stufe /Berlin, Malikverlag/. Er schildert den Leidensweg einer proletarischen Frau, die zuerst von einem reichen Verführer um ihre besten Jahre betrogen, dann von einem habgierigen Gatten ausgebeutet wird, und die alles über sich ergehen läßt, weil sie sich nicht gegen ihr unantastbar scheinende Bindungen aufzulehnen wagt. In noch krasserer Form beschreibt Johann Pestritzki in seinem Roman Phryne, Tagebuch einer Ehefrau /Berlin, Olga Diakow & Co./ die Qualen, die eine rein empfindende Frau durch einen brutalen und zügellosen Gatten erleidet. Ein Opfer, wenn auch nicht männlicher Herrschaft, wird auch die Heldin in Paul Bourgets Mädchen von heute /Interterritorialer Verlag Renaissance/, eine Frau aus der "höhern" Gesellschaft, die durch den Zwang gesellschaftlicher Verhältnisse und enger Anschauungen an der Verbindung mit einem Mann aus dem Arbeiterstand, den sie liebt, gehindert und so um ihren eigentlichen Lebensinhalt gebracht wird. Auch Irmgard Spangenberg schildert ihre Tränenmamsell /Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/ vorwiegend als Eingeeugte, leidend unter äußerer Armut und hoffnungsloser Liebe; aber sie läßt sie zuletzt die Schwäche überwinden und sich selbst ihr Lebensglück erkämpfen. So gehört dieser Roman bereits in die Reihe derjenigen, deren Ziel es ist die innere Kraft der Frau im Kampf mit ihrem Schicksal darzustellen. Mit etwas primitiven Mitteln geschieht das in den Büchern Johanna Siebels Des Lebens Lehrling /Zürich, Rascher & Cie./ und Caroline Deutsch' Ein edles Frauenleben /Berlin, Globusverlag/, deren Heldinnen durch ihr Übermaß von Edelmut und Reinheit reichlich ungläubwürdig wirken. Eine ähnliche Tendenz, aber gefühlsmäßig und gedanklich vertieft und durch den religiösen Hintergrund erweitert, haben die katholisch französischen Romane, deren Übersetzungen im Verlag J. P. Bachem in Köln erschienen sind, so Der Roman der Arbeiterin von Charles de Vitis und Schwester Alexandrine von Champol (Graf de Lagreze). Hier handelt es sich nicht nur, wie in den beiden vorher genannten Büchern, um Liebe und Ehe, sondern das Schwergewicht liegt auf der karitativen Tätigkeit der Frau; sie erscheint, im Kampf mit einer verständnislosen Umwelt, als Verkünderin der erbarmenden Liebe. Die Frauengestalt, die Grete von Urbanitzky in ihrem Roman Maria Alborg /Leipzig, H. Haessel/ zeichnet,

durchbricht durch einen ganz ungewöhnlichen Schritt plötzlich ihr Schicksal: Als sie fühlt, daß sich die Liebe ihres Mannes von ihr wendet, bricht sie, damit er nicht an ihr schuldig werden soll, selbst die Ehe und gibt so sich und ihm die Freiheit zurück. Seelische Stärke und dadurch seelische Überlegenheit verleiht die Colette (de Jouvenel) (die jetzt in der vordersten Reihe nicht nur der französischen sondern der europäischen Literatur steht) dem kleinen Revuemädchen Mitsou /Wien, Paul Zsolnay/, deren Liebesgeschichte in sehr zarten Farben geschildert ist: ein Buch, dessen scheinbar an der Oberfläche liegende, rührend bewegende Anmut in die Tiefe ungebrochenen Gefühls führt. Eine Frauengestalt von dämonischer Härte läßt Martha Ostenso, eine Norwegerin, die in Nordamerika aufwuchs, in ihrem Roman Erwachen im Dunkel /Wien, F. G. Speidel/ erstehen. Es ist eine Frau, die eine von ihrem Vater ererbte Farm erweitern und dadurch eine einflußreiche Stellung erringen will, die sich einen Mann erwählt und unter ihren Willen zwingt, der ihre Erben zeugen soll. Es gelingt ihr eine Zeitlang für andere Schicksal zu werden, Männer zu zerbrechen. Aber zuletzt zerbricht sie selbst, »stirbt an Vergeblichkeit«. Der Verfasserin, die über starke künstlerische Mittel verfügt, ist diese Frauengestalt jedoch lange nicht so gut gelungen wie die in Schicksal und Charakter parallele Figur eines Mannes, die sie in ihrem Roman Der Ruf der Wildgänse /Wien, F. G. Speidel/ darstellte. Die zuletzt genannten Romane betonen die Kraft und Selbständigkeit der Frau in der Liebe und Ehe oder auch anderen Lebensfragen gegenüber. Wichtiger für unsere Fragestellung jedoch sind die Werke, in denen das Freiheits- und Unabhängigkeitsstreben der Frau eine Rolle spielt. Hier wird der Unterschied gegenüber den Romanen der vorhergehenden Periode erkennbar. Während früher das Problem in der Auseinandersetzung mit äußeren Widerständen lag, während es darauf hinauskam, daß sich die Frau eine neue Freiheit, ein eigenes Leben erkämpfte, wird jetzt dieser Kampf selbst problematisch. Das kann in äußerlicher Weise zum Ausdruck kommen; indem der Kampf negativ endet. Das ist der Fall in dem Buch Clément Vautels Madame wünscht keine Kinder /Berlin, Kurt Ehrlich/, das übrigens mehr eine Tendenzschrift gegen den Geburtenrückgang darstellt und als ernsthafte Behandlung unseres Problems eigentlich

nicht angesprochen werden kann. Dagegen behandelt der Roman Arthur Stuart Menteth Hutchinsons *Das Kartenhaus* /München, Dreimaskenverlag/ geradezu die Frage, ob eine Frau ein selbständiges, auf eigene Arbeit gegründetes Leben mit Ehe und Mutterschaft vereinigen kann. Das »Kartenhaus« ist eben dies ihr Leben, das Leben einer berufstätigen Mutter von 3 Kindern, das schließlich einstürzt, weil die Kinder in dem Einküchenhaus, in dem sie aufwachsen, kein "Heim" haben, den Eltern entfremdet werden und schließlich während des Krieges auf abschüssige Bahn geraten. Vor den Leichen ihrer Kinder gibt dann die Mutter den Beruf auf, um wenigstens ein Enkelkind nach alter Weise zu erziehen. Das Buch ist nicht ohne Geist geschrieben und enthält manche feine Beobachtung, löst aber den Konflikt doch in äußerlicher Art. Daß das Glück der Frau nicht in einem auf sich allein Stehen, einem selbständigen Lebenskampf, sondern in der Liebe zum Mann begründet ist, ist die Schlußweisheit des Romans Kämpferinnen von Maria Regina Jünemann /Köln, J. P. Bachem/: der mühevollen Entwicklungsgang eines jungen Mädchens aus guter Familie, das gegen den Willen der Eltern Schauspielerin wird. Der tapfer geführte Kampf wird zwar durchaus als wertvoll bejaht, aber er endet eben schließlich doch bei dem Mann, der von nun an für sie die Welt bedeutet. Wie eine offene Frage klingt der Roman Carry Brachvogels *Das Glück der Erde* /Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/ aus. Eine Frau schließt aus Rücksicht auf ihre Familie eine Ehe mit einem geistesschwachen Mann und erleidet das Schicksal ein Jahr ums andere ein Kind zu gebären, von denen die meisten sterben. 3 Töchter, die heranwachsen, tragen in sich die Sehnsucht nach einem freien, höhern Leben, über das Glück der Erde hinaus. Aber die eine, die studiert und einen Studienkameraden heiraten will, nimmt sich, in der Erinnerung an das Schicksal der Mutter, in der Hochzeitsnacht das Leben, die andere gerät an einen Dichter, der mehr Bohemien als begabt ist, und kehrt schließlich in die Bürgerlichkeit zurück, der sie im Grunde angehört, die letzte, die die meiste innere Stärke hat, erlebt in einer großen Liebe eine Enttäuschung und bewahrt schließlich in stolzem Verzicht nur ihre Sehnsucht. Die Bücher Victor Marguerittes *Le compagnon* (übersetzt von Hans Adler /Wien, Carl Schusdek/) und *Le couple*

(übersetzt von Victor Auburtin /Berlin, Kurt Ehrlich/) scheinen auf den ersten Blick noch in die frühere Periode zu gehören; denn in ihnen wird fraglos für die Befreiung der Frau, für ihre völlige Gleichstellung mit dem Mann gekämpft. Aber bei näherem Zusehen zeigt es sich, daß hier nicht die selbe Freiheit wie früher gemeint ist, insbesondere nicht eine erotische Freiheit der Frau, sondern mehr eine formale, gesetzliche Freiheit und Gleichheit, vor allem ökonomische Unabhängigkeit und Verfügungsrecht über die Kinder. Die Frau kämpft in diesen Romanen mit viel Energie und Pathos für die freie Ehe, aber nicht, um sich für neue Verbindungen freizuhalten, sondern um freiwillig dem Mann, den sie gewählt hat, treu zu bleiben. Diese Treue für das ganze Leben gilt bei Margueritte ebenso als Forderung für den Mann.

Der Kern der Frage enthüllt sich erst da, wo der Kampf um die Freiheit zu einem Konflikt in der Seele der Frau selbst wird. Das geschieht in einem andern Roman der Colette, *Renée Nérée* /Wien, Paul Zsolnay/. Es ist die fein getönte und psychologisch sehr differenzierte Geschichte einer Variétéschauspielerin. Sie gerät durch die Liebe zu einem reichen Mann, der sie aus ihrer Umwelt herausheben will, in einen innern Zwiespalt. Ihr Stolz steht auf gegen den Mann, der »nichts zu tun hat«, der sie bemitleidet, und sie sagt sich, obwohl sie ihn liebt, von ihm los. Aber es ist doch nicht nur dieser Stolz, der sie dazu treibt. Sie ist schon einmal verheiratet gewesen, hat schon einmal einem Mann, der es nicht wert war, alle ihre Liebe geschenkt, und sie weiß, daß ihre Kraft nicht mehr für eine neue Liebe reicht. Sie wendet sich zwar erhabenen Hauptes, aber doch voller Sehnsucht und Müdigkeit von ihm. Suzanne de Callias' Roman *Jerry* und die Pariserin /Leipzig, C. Weller & Co./ ist die mit Anmut und Witz erzählte Geschichte einer Künstlerin, die ein Kind haben, aber ohne den Mann unabhängig weiterleben will. Hier gelingt es der Frau sich zu befreien. Aber trotz aller Überlegenheit, die sie gegenüber dem ihr geistig nicht gleichen Mann, einem Amerikaner, empfindet, hat sich zwischen ihnen ein starkes inneres Band gesponnen, und nach der Trennung bleibt, wenn das auch nur leise angedeutet wird, ein Riß in ihrem Leben. Eine noch verwickeltere Problematik von Liebe und Freiheit entfaltet Karin Michaelis in ihren Büchern *Die 7 Schwestern* und

Mette Trap /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/. Auch hier ist die Frau frei. Sie läßt sich durch keinerlei Gesetz und Sitte hindern ihren eigenen Weg zu gehen. Die Helden des einen Romans, in dem 7 verschiedene und doch verwandte Frauen scharf und geistreich charakterisiert werden, taugt nicht zur Ehe. Sie versucht es bald mit dem einen, bald mit dem andern, aber ihre Liebe gehört nur einem Mann. Als sie diesen nach dem Tod seiner Frau schließlich heiraten kann, hält auch diese Ehe nur ganz kurze Zeit. Sie erkennt, daß sie nur in Freiheit leben kann, und als sie frei ist, weiß sie auch wieder, daß sie nur diesen einen Mann liebt. Ihr gegenübergestellt ist eine andere Schwester, die Kunsthistorikerin und nicht, wie die anderen alle, verheiratet ist, die nur einmal, ohne Erwidern, einen Mann geliebt hat. Von ihr heißt es, sie sei die stärkste von allen. Auch Mette Trap bindet sich nicht an einen Mann. Sie hat 3 Töchter von 3 verschiedenen Männern. Aber sie ist, wenn sie keine Gattin ist, eine um so bessere Mutter. Als sie in Schulden gerät, Wechsel fälscht und ins Gefängnis kommt, halten ihre Kinder unbeirrt zu ihr; ihre Mütterlichkeit wiegt alles auf, was ihr fehlt. Und auch sie trägt, trotz ihrer Unbeständigkeit in der Ehe, eine wirkliche Liebe im Herzen. Aber der Mann, den sie liebt, gehört, wie auch ihre älteste Tochter Ilsebill, zu den Menschen, die »nach dem Gesetz denken«. So verzichtet sie auf ihn, für ihre Töchter, als sie mit gebrochener Lebenskraft aus dem Gefängnis zurückkehrt. Ilsebill selbst aber nennt die Mutter reich und strahlend, sich selbst ganz arm. Sie sagt, daß die, die nicht nach dem Gesetz denken, im tiefsten Innern recht haben. Karin Michaelis zeigt die Probleme, sie gibt keine Antwort. Aber es wird klar, daß auch, wo die Frau sich ganz frei gemacht hat, für ihr Wesen andere Gesetze gelten als für den Mann. Auch Agnes Henningsen stellt in einem Roman Das vollkommene Weib /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ die Treue und die Nichttreue, die Gattin und Mutter und die ewig nach neuer Liebe Suchende, einander gegenüber. Und es ist sehr interessant, daß sie, die früher den zweiten Typus mit so viel Einfühlung und Verständnis schilderte, sich jetzt für den ersten entscheidet, in ihm das vollkommene Weib sieht. In einem Buch von feinem und eigenartigem Reiz, Der wandernde Traum genannt /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, er-

zählt Juliane Karwath die Geschichte einer Frau, die, das Kind eines abenteuerten Vaters, aufgewachsen in einer Atmosphäre von Leichtsinne und Schwüle, doch all ihr Lebensverlangen in die Erwartung, die ein einziger erfüllen soll, zusammengedrängt. Aber ein Irrtum trennt sie, und er, auch ein Mann, der nach dem Gesetz denkt, findet, da er sich inzwischen gebunden hat, nicht zu ihr zurück. Sie heiratet in Verzweiflung einen andern, wieder einen Suchenden, Irrenden, und Unrast und Sehnsucht pflanzen sich weiter fort. Eine Tochter aus dieser Ehe, Marie Buchanin, deren Lebensweg ein anderer Roman der Dichterin darstellt /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, findet, von einer tief begründeten, romantisch gefärbten Sehnsucht nach Erkenntnis der Welt und von der im Grunde des Herzens bewahrten Erinnerung an eine frühe Liebe geleitet, den Weg zu schöpferischer Tätigkeit. Die ganze Problemfülle des modernen Frauenlebens rollt grundsätzlich der Roman der Holländerin Jo van Ammers-Küller Die Frauen der Coornvelts /Leipzig, Grethlein & Co./ auf. Hier wird geradezu die Geschichte der Frauenbewegung geschrieben, wie sie sich in 4 Generationen einer Familie darstellt. Der 1. Teil des Romans spielt um 1840. Mit großer dichterischer Anschaulichkeit ist die Atmosphäre des Familienkreises wiedergegeben, in dem noch der Vater der unumschränkte Herrscher ist, und die Auflehnung der kleinen Nichte, die als arme Waise in das Haus aufgenommen wurde, geschildert. Sie flieht heimlich, um auf eigenen Füßen zu stehen, und wird zur Vorkämpferin der Frauenbewegung. In dem 2. Teil, der um 1872 spielt, erstehen ihr in den Töchtern ihrer Cousinen und Cousins die ersten Nachfolgerinnen. Im Mittelpunkt steht eine junge Kämpferin, die Tochter eines Arztes, die sich gegen den Willen der Eltern den Weg zum ärztlichen Studium erzwingt. Im 3. Teil, der in die Gegenwart führt, steht sie am Ende ihres arbeitsreichen Lebens. In dem Haus ihrer Nichte, in das sie sich zurückzieht, tritt sie in einen Kreis moderner Jugend. Und nun wird mit großer Wirklichkeitstreue der Gegensatz zwischen dieser Generation junger Frauen, der 4., und der alten Frauenbewegung herausgearbeitet. Zwischen ihnen steht die 3. Generation, die die Mutter der Mädchen verkörpert, die Frau, die, selbst berufstätig, Parlamentarierin, mit einem ähnlich denkenden Mann eine Ehe auf der Grundlage vollständiger Gleichheit geschlossen hat

und die Kinder ihre Wege gehen läßt. Und wenn nun schon die Mutter zu zweifeln beginnt, ob diese Freiheit und Gleichheit ein Glück ist, wenn schon bei ihr die alte Ärztin die innere Überzeugtheit vermißt, mit der sie selbst in den Kampf zog und ihn weitergeführt sehen möchte, so stößt sie bei der Jugend auf eine vollkommene Verständnislosigkeit. Da ist Elly, die sich des von der Mutter vernachlässigten Haushalts annimmt und keine größere Sehnsucht hat als eine ganz einfache Hausfrau zu werden, die immer für die Kinder da ist. Da ist Kitty, die das Studium verachtet, die Tänzerin werden will und in der Kultur ihres Körpers aufgeht. Da ist schließlich Elisabeth, die Juristin mit einer glänzenden Stellung, der die ganze Welt offen steht, und die bitter und mutlos fragt: Was hat man eigentlich davon? Sie alle, Mutter und Töchter, werden von ganz anderen Fragen bewegt, Freiheit und Arbeit füllen ihr Leben nicht aus. Die alte Ärztin gibt den Plan die Erinnerungen aus ihren eigenen Kämpfen niederzuschreiben auf, da sie sieht, daß sich niemand mehr dafür interessiert. Und so sehr sie sich ihrerseits bemüht die Jugend zu verstehen, es gelingt ihr nicht, sie ermattet an ihren »ungelösten Lebensfragen«. Als sich Elisabeth plötzlich mit einem Jugendfreund verlobt und kommt, um ihr zu sagen, daß es nicht so schlimm sei mit den Lebensfragen, daß die Frauen im Grund ihres Herzens nicht viel anders seien als früher, lebt sie nicht mehr. Man ginge aber fehl, wollte man, wie es schon in der Kritik seitens der Frauenbewegung geschehen ist, den Sinn dieses Schlußsatzes und damit den Sinn des ganzen Buches dahin verstehen, als habe die ganze Befreiungsbewegung nur erwiesen, daß die Frau heiraten müsse. Wenn die modernen Mädchen sagen, daß doch wohl früher die Frauen viel glücklicher gewesen seien, so weiß die alte Kämpferin, daß, sollte einmal die Frau in die alte Abhängigkeit zurückkehren, die Konflikte und Kämpfe von neuem beginnen würden. In diesem Buch, dessen Reichtum an menschlichen Gestalten und Schicksalen viel größer ist als sich hier in Kürze sagen läßt, werden mit sehr feinem Gerechtigkeitsempfinden die verschiedenen Generationen, auch die der Männer, jede in dem, was ihren Wert und ihre Stärke ausmacht, gegen einander abgewogen. Und auf den tiefern Sinn des Buches deutet vielleicht am stärksten die Tatsache, daß die vollendetste, mit der

größten Liebe gezeichnete Gestalt, der reifste und am weitesten schauende Mensch, die, der alle, auch wenn sie sie nicht verstehen, Liebe und Hochachtung zollen, eben doch die Ärztin, die Führerin der 2. Generation, ist. Das dichterisch Bedeutendste, was in letzter Zeit über die Frau gesagt ist, umfaßt das Werk der Norwegerin Sigrud Undset. Stellt man ihre Romane Jenny /Berlin, Universitas/ und Kristin Lavranstochter, der in 3 Bänden erschien /Frankfurt, Rütten & Loening/, einander gegenüber, so könnten sie fast wie ein Lehrsatz wirken. Der eine verfolgt die Entwicklung einer modernen Künstlerin, die an ihrer Einsamkeit zugrunde geht; ihre unerfüllte Sehnsucht nach Liebe führt sie auf Irrwege, aus denen sie schließlich nur ein freiwilliger Tod rettet. Der andere schildert eine Frau, die als Geliebte, Gattin und Mutter ein reiches, innerlich erfülltes Leben lebt. Aber dieses Buch, ein gewaltiges Epos von quellender Ursprünglichkeit und fast verwirrender Gestaltfülle, sagt doch noch mehr und Tieferes über das Wesen der Frau. Es spielt unter Bauern des nordischen Mittelalters. So ist es der unmittelbaren Aktualität entrückt. Die Menschen gehören, obwohl sie mit den feinsten Mitteln moderner Psychologie ergründet werden, durchaus ihrer Zeit an. Aber der Kern ihres Wesens ist von zeitloser Gültigkeit. Kristin Lavranstochter, deren Leben von der Kindheit bis zum Tod in bunter Fülle ausgebreitet, in der Tiefe des innern Werdens durchleuchtet wird, ist, obwohl sie ihr Leben an der Seite eines Mannes verlebt, alles andere als eine passive, sich anschmiegende Natur. Sie zerbricht ein von der Familie beschlossenes Verlöbniß, sie gibt sich, allen auch von ihr selbst als heilig empfundenen Gesetzen zum Trotz, dem Mann, den sie wählt, schon vor der Hochzeit zu eigen, und sie bleibt dann, als sie durch Glück und Gefahr und Not und zeitweilige Entfremdung mit ihm durchs Leben geht, auch ihm gegenüber ganz sie selbst. Sie bewahrt ihre eigene Art, ja eine gewisse Überlegenheit gegenüber seinem reichen und glänzenden, aber innerlich ungefestigten Wesen. Als Herrin seines Hofes, als Mutter ihrer 7 Söhne lebt sie ihr eigenes Leben. Und als ihr Gatte im Kampf gefallen ist, die Söhne ihre eigenen Wege gehen, als ihre Aufgabe als Gattin und Mutter erfüllt ist, wendet sie sich, in ungebrochener Kraft, der Fürsorge für die Leidenden zu, sie pflegt Pestkranke und stirbt an einer An-

steckung, in einsamer Größe. In dieser Dichtung ist eine Frau gestaltet, die ganz auf sich selbst steht, und die ihr Wesen in der Liebe vollendet, in der Liebe zu den Ihrigen und in der Liebe zu allen Menschen, in einer Liebe, die auf religiösem Grund ruht. Und etwas Ähnliches ist auch wohl, wenn auch weniger vollkommen ausgedrückt oder vielleicht auch überhaupt nicht Form geworden, der Sinn der anderen Bücher, die heute von der Frau reden.

Sozialistische Konferenzen Vom 27. bis zum 29. Mai 1927 fand in Kiel im Anschluß an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei eine Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands statt. Der 1. Teil des Kongresses war Organisationsfragen gewidmet. Es wurde festgestellt, daß die Frauenbewegung im vorigen Jahr lebendiger geworden, daß der zahlenmäßige Anteil der Frauen an der sozialistischen Bewegung gestiegen sei. Eine Vertreterin der Sozialistischen Arbeiterjugend überbrachte das Bekenntnis der Jugend zur Mitarbeit an der Frauenbewegung. Stärkeres Eindringen der Frauen in die Parteiorganisationen wurde gefordert, der Kampf um die Stellung und Geltung der Frau wurde als noch nicht beendet erkannt. Als besonders wichtige Zukunftsaufgabe wurde die Erfassung der erwerbstätigen Frauen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, bezeichnet. Es fiel dabei das Wort, daß die bürgerliche Frauenbewegung im wesentlichen eine Bewegung der unverheirateten Frau, die sozialistische eine Bewegung der verheirateten Frau gewesen sei; es komme aber darauf an die sozialistische Frauenbewegung jetzt auch auf die unverheiratete Frau auszudehnen. In diesem Zusammenhang wurde die gegenwärtige Ehekrise gestreift. Eine lebhafte Debatte entspann sich um die Zeitschrift Die Frauenwelt, deren Haltung fast allgemein als zu wenig sozialistisch verurteilt wurde. Man war der Meinung, daß in dem Streben unvorbereitete Frauen zu gewinnen zu viel Konzessionen in der Annäherung an bürgerliche Familienblätter gemacht wurden. Hertha Kraus referierte über Wohnungsnot und Wohnungsreform. Sie deutete vorsichtig an, wie mancherlei Schwierigkeiten durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, etwa durch Zusammenlegung der Schlafstätten erwachsener Jugendlicher aus verschiedenen Familien, durch Schaffung gemeinsamer Kinderstuben, gemeinsamer Waschküchen

abgeholfen werden könnte. Zu der Frage der vollständigen Zentralisierung der Hauswirtschaft nahm sie nicht Stellung. Auch in der Debatte wurde die Frage der Vergemeinschaftlichung des Hauswesens, die vom sozialistischen Standpunkt, insbesondere vom sozialistischen Frauenstandpunkt die wichtigste ist, nur vereinzelt berührt, das Bekenntnis zum Gemeinschaftsgeist auf diesem Gebiet klang nur zaghaft durch.

Am 25. Juni fand dann in Oldesloe eine Frauenkonferenz des Bezirksverbands Schleswig-Holstein der Sozialdemokratischen Partei statt. In einem Referat Louise Schröders über Fragen der Bevölkerungspolitik und der anschließenden Aussprache wurde das Problem der unehelichen Mutterschaft und der Ehekrise und damit die grundsätzliche Frage, wie sich die Beziehungen der Geschlechter in Zukunft gestalten sollen, eingehender als es sonst auf sozialistischen Frauenkonferenzen geschieht, wenn auch mit Zurückhaltung, erörtert.

In Linz trat am 29. und 30. Mai die Reichskonferenz der sozialistischen Frauen Österreichs zusammen. In einer Resolution wurde die zum Studium der Frauenfrage eingesetzte Kommission, die der Konferenz einen Bericht über ihre Arbeit vorlegte, beauftragt diese Arbeit fortzusetzen, da die Gleichberechtigung der Frau bisher weder im öffentlichen Dienst noch im Wirtschaftsleben, auch nicht in den von der Arbeiterschaft verwalteten öffentlichen Körperschaften und in den von ihr geleiteten Instituten, verwirklicht sei. Der Anteil der Frauen an der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beträgt 170 000, das ist ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft.

Gewerkschaftliche Organisation Am 29. und 30. Juli 1927 tagte in Paris die Internationale Gewerkschaftliche Frauenkonferenz, zu der 14 Länder Delegierte entsandt hatten (siehe den Artikel Hannas Die erste Internationale Gewerkschaftliche Frauenkonferenz, 1927 II Seite 717 und folgende). Aus Deutschland und Frankreich waren je 10 Vertreterinnen anwesend, aus Österreich 8, aus Belgien 4, aus Dänemark 3, je 2 aus England, Schweden, Polen und Palästina, je 1 aus Spanien, Holland, Ungarn, Lettland und der Tschechoslowakei. Beraten wurde zunächst über den Arbeiterinnenschutz; der Standpunkt der skandinavischen Delegierten, die gegen einen besondern Arbeiterinnenschutz waren, wurde einmütig abgelehnt und Durchführung der

Schutzbestimmungen gefordert. Gertrud Hanna sprach über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit, über ihr ständiges Anwachsen und dessen Wirkungen auf die Frauen und die Gesamtheit der Wirtschaft. Die Konferenz appellierte im Anschluß an das Referat an die arbeitenden Frauen aller Länder sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, der sich mit der Lage der Heimarbeiterinnen beschäftigte. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz wurden von dem Internationalen Gewerkschaftskongreß, der sich an die Konferenz anschloß, angenommen.

Am Ende des Jahres 1926 hatten die Freien Gewerkschaften Deutschlands 627 451 weibliche Mitglieder, gegen 751 585 im Jahresdurchschnitt 1925. Der Prozentsatz, den die Frauen in den Gewerkschaften bilden, ist von 18 auf 16,7 gesunken. Aus dem Jahrbuch der Berufsverbände für 1927 geht hervor, daß im Jahr 1925 die Anzahl der Frauen in den Gewerkschaften aller Richtungen 881 622 betrug, 17,9 % der Gesamtmitgliederzahl.

In England wird die Anzahl der Industriearbeiterinnen auf 4 150 000 geschätzt. Von diesen Arbeiterinnen sind zurzeit 471 000 gewerkschaftlich organisiert.

Kurze Chronik Das Preußische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat den Regierungen einen Beschluß des Landtags bekannt gegeben, daß an den Oberklassen der Volksschulen geeigneten Lehrerinnen Gelegenheit gegeben werden soll Versuche durchzuführen, die in der Richtung einer stärkern Herausarbeitung der Aufgabe *weiblicher Bildung* liegen (siehe dazu diese Rundschau, 1927 II Seite 570 und folgende). ◊ Es wächst in Deutschland die Anzahl der Frauen, die *leitende Stellen im Wirtschaftsleben* einnehmen. 1926 wurde an 589 Frauen Prokura erteilt, im 1. Halbjahr 1927 an 297. Zum Geschäftsführer wurden 1926 344 Frauen ernannt, 1927 105, als Liquidatoren wurden 1926 107 Frauen beauftragt, 1927 27. ◊ Eine Statistik über die Anzahl der *Hausangestellten* in den verschiedenen Ländern stellte fest, daß die meisten Hausangestellten Dänemark hat, 120 auf 1000 Köpfe der Bevölkerung. An vorletzter Stelle steht Deutschland, an letzter Amerika. In Deutschland ist die Zahl jetzt von 46 in früheren Jahren auf 32 gesunken. ◊ Die Anzahl der *weiblichen Studierenden* betrug in Deutschland im Wintersemester 1926-

1927 8000, sie stieg gegenüber 1925-1926 um rund 500. ◊ Unter dem Vorsitz Rhoda Erdmanns hat sich eine *Vereinigung deutscher Hochschuldozentinnen* gebildet. Zurzeit lesen an den deutschen Universitäten 44 Dozentinnen. ◊ Der *Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine* vergrößerte sich um 21 Vereine, die in Süd- und Mitteldeutschland sowie in Schlesien gegründet wurden. ◊ In *Mexico* wurden den Frauen durch einen Erlaß des Präsidenten Calles die Bürgerrechte zuerkannt, die bisher nur die Männer genossen. ◊ In einer in London erscheinenden indischen Zeitschrift veröffentlichte Mahatma Gandhi einen Aufruf für die Emanzipation der *indischen Frau*. Er wendet sich gegen das sogenannte Purdahsystem, das Leben der Frauen hinter dem Vorhang in der Abgeschlossenheit. Die Reinheit könne nicht durch Abschließung geschützt werden, sie müsse von innen heraus wachsen. ◊ An der Universität Oxford wurde ein *numerus clausus* für Frauen eingeführt; es darf dort an den Frauencolleges nach Maßgabe des Durchschnitts der letzten 3 akademischen Jahre nur ein Viertel der Gesamtzahl der männlichen Studierenden aufgenommen werden. In Ungarn stehen den weiblichen Hörerinnen an den Volkswirtschaftlichen Fakultäten nur die landwirtschaftlichen und kommerziellen Fächer offen, die Theologischen wie die Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten sind ihnen verschlossen; an der Technischen Hochschule sind in den Abteilungen für Architektur und Volkswirtschaft Frauen nur bis zu 5 % der männlichen Studierenden, in der Ingenieur-, der Maschineningenieur- und der Chemischen Abteilung sind sie überhaupt nicht zugelassen.

Literatur Das Jahrbuch des *Bundes Deutscher Frauenvereine*, das 1921 zuletzt herauskam, ist 1927 wieder erschienen (Mannheim, J. Bensheimer). Else Ulich-Beil gibt einen Überblick über die Arbeit des Bundes in den Jahren 1921 bis 1927. Er berichtet über die Tätigkeit der Frauen in der Politik, das Verhältnis des Bundes zu den Parteien, über die Kämpfe um die Gleichberechtigung, die Zulassung der Frau zum Schöffenamt und zum Richterberuf, über die (vielfach vergeblichen) Bemühungen die Stellung der Frau im Berufsleben, vor allem im Beamtenberuf, zu wahren, über die Stellungnahme zu den Fragen der Ehereform und den Problemen des sexuellen Le-

bens. Marie Elisabeth Lüders bringt in einem Aufsatz über die Frauen im Verwaltungsdienst interessante Angaben über die im Reich wie in den Ländern sichtbaren Bestrebungen die Frauen im öffentlichen Dienst so wenig wie möglich zu beschäftigen, ihren Aufstieg in leitende Stellen möglichst zu versperren und sie aus den anderen durch den Abbau der verheirateten Beamtinnen, über dessen radikale Handhabung auch Zahlen gegeben werden, herauszudrängen. Zur Frage der Wohnungsnot weist Marie Baum auf das Beispiel Englands hin, wo die Regierung und die freie Wohlfahrtspflege mit größerem Zielbewußtsein als es bei uns geschehen ist den Neubau und die Verbesserung der Wohnungen in Angriff genommen haben. Gertrud Bäumer behandelt die internationale Arbeit der Frauen. Sie skizziert die Geschichte des Internationalen Frauenbundes und kennzeichnet die Art und Bedeutung seiner Arbeit, die weniger in fachlicher Gründlichkeit als im Austausch von Anregungen und in der Herausarbeitung der großen Linien liegt; sie weist insbesondere darauf hin, daß diese Arbeit dadurch, daß die Frauen in verschiedenen Ländern die politische Gleichberechtigung erlangt haben, verantwortungsvoller geworden sei und ein größeres Schwergewicht bekommen habe. Dann werden kurz die anderen internationalen Frauenorganisationen, von denen der Weltbund für Frauenstimmrecht und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit die wichtigsten sind, charakterisiert und das Verhältnis der Frauen zum Völkerbund beleuchtet. Ein Anhang bringt unter anderm die Resolution des Bundes, die Eingaben, die er an den Reichstag und die Ministerien gerichtet hat, und in genauer Aufzählung die 77 dem Bund angeschlossenen Fachverbände und Landesvereine. ◊ In der Sammlung Religiöse Quellschriften /Düsseldorf, L. Schwann/ hat Norbert Peters eine Reihe von Abschnitten über die Frau im Alten Testament zusammengestellt. Sie zeigen, daß die Stellung der Frau bei den alten Israeliten, entgegen der konventionellen, aus Unkenntnis immer wieder nachgesprochenen Auffassung, weit entfernt unwürdig zu sein, im Gegenteil von einer außerordentlichen Wertschätzung zeugte, wie sie in der Antike nicht nur sondern auch in den nachfolgenden Zeiten bis in die neueste hinein selten sonst erreicht wurde. Insbesondere wurde der Frau für den Bestand und das Gedeihen der Familie die entscheidende Bedeutung beigemessen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Wirklichkeit
und Wert

Es gibt kein philosophisches Problem, das für sich behandelt werden kann. Jede nur mögliche philosophische Fragestellung hängt mit jeder andern zusammen, und alle werden von einer bestimmten philosophischen Geisteshaltung getragen, die als Systemidee der Behandlung des einzelnen Problems erst Blut und Leben gibt. So ist jede philosophische Untersuchung systematisch, nur innerhalb eines Systems gültig, und die Kritik muß daher auf den Sinn und Einheit stiftenden Untergrund blicken und daran die Behandlung des einzelnen Problems messen. Das gilt auch von der Frage nach dem Verhältnis zwischen Wirklichkeit und ethischem Wert, die grundsätzlich in 2 sich scharf entgegentretenden Theorien beantwortet werden kann.

Der eine Lösungsversuch wird die Wirklichkeit als das an sich Wertfreie hinstellen, jede Wertsetzung als Tat des handelnden Subjekts zu begreifen suchen und danach trachten zu ermitteln, in welchen subjektiven, historischen oder soziologischen Bedingungen eine Erklärung für die tatsächliche Vielfältigkeit der Wertungen begründet ist. Der allgemeine philosophische Hintergrund dieses Standpunkts ist als subjektiver Idealismus, als Positivismus oder als irgendeine andere Art von Naturalismus ausgebildet, kurzum als Theorie, die die Wirklichkeit nach logischen Kategorien gestaltet sieht, sei dies nun in der Weise, wie sich dies der transzendente Idealismus vorstellt, oder so, daß die realistisch gedachte Wirklichkeitswelt nur Erkenntnisbedeutung hat. Einen ganz andern Weg als jene naturalistischen Theorien gehen diejenigen, denen die Wirklichkeit werterfüllt ist. Die Werthaltigkeit der Wirklichkeit besteht zum Teil, ist zum Teil noch zu erstreben, wobei die nähere Untersuchung dann feststellen muß, wie im einzelnen die Werte in der Wirklichkeit verteilt sind. Die Grundthese dieser Theorien ist: Die Werte sind objektive Gegebenheiten; zwischen ihnen gibt es eine reich gestufte Rangordnung. Es ist bemerkenswert, daß sich heute die Philosophie auf den verschiedensten Wegen einer solchen objektiven Werttheorie nähert. Man braucht nur an Denker wie Hans Driesch, Max Scheler, Bertrand Russell, Nicolai Hartmann zu erinnern, von einigen älteren wie Franz Brentano und Oswald Külpe abgesehen,

um die Auffassung berechtigt zu finden, daß sich die gegenwärtige Philosophie in ihren kräftigsten Vertretern einer objektiven Werttheorie zuneigt. Bemerkenswert ist dabei die Rolle der Phänomenologie und der Neuscholastik, die einander nahe stehen. Die Neuscholastik, die man außerhalb des katholischen Lagers lange überhaupt nicht beachtete, steht heute fast im Vordergrund des philosophischen Interesses. Denn hier werden die modernsten Methoden gehandhabt, die aktuellsten Probleme werden hier diskutiert, und dies alles mit einer Aufgeschlossenheit für alle Seiten des modernen Geisteslebens, die den, der an der Neuscholastik nur die Verbundenheit mit Thomas von Aquino sieht, verwundern muß. Was sich heute als Neuscholastik und als katholische Philosophie darstellt, sind 2 ziemlich verschiedene Gruppen. Die eine, konservativere, dargestellt zum Beispiel durch das 4-bändige Lehrbuch der Philosophie des Jesuiten Alfons Lehmann /Freiburg, Herder & Co./ folgt streng den Bahnen, die der Aquinate vorgezeichnet hat. Die Darstellungsweise mit ihren Lehrsätzen, Beweisen und Folgerungen legt eine Auffassung der Philosophie zugrunde, als wäre sie ein System von ein- für allemal feststehenden Wahrheiten und nicht der lebendige Prozeß des Geistes selbst. Einen modernern Zug haben Lehrbücher wie die Bände, die in der Philosophischen Handbibliothek /Kempten, Josef Kösel & Friedrich Pustet/ veröffentlicht wurden, und die bedeutende katholische Denker zu Bearbeitern der einzelnen Bände haben. Nimmt man zum Beispiel den von Ludwig Baur bearbeiteten Band der Metaphysik zur Hand, so bemerkt man bald die an Leibniz und der modernen Gegenstandstheorie geschulte Haltung im Aufbau der Ontologie. Manchem, was man bei Nicolai Hartmann finden könnte, begegnet man hier. Eine ganz andere, noch weit modernere Haltung trifft man bei katholischen Denkern an, die von Max Scheler beeinflusst sind. Hier ist eine platonisierende Phänomenologie die philosophische Grundlage. Katholisch ist daran der all-gemeinste weltanschauliche Hintergrund, der in religions- oder geschichtsphilosophischen Erörterungen hindurchschimmert und die Verwurzeltheit des betreffenden Denkers tiefer als in seiner subjektiven Reflexion zeigt, nämlich als verwurzelt in der großen Tradition und Kulturgemeinschaft der katholischen Kirche. Als beispielhaft hierfür kann ein Werk *Aurel Kolnais* Der ethische

Wert und die Wirklichkeit /Freiburg, Herder & Co./ gelten. Der Verfasser ist durch mehrere bedeutende Beiträge zur Psychoanalyse bekannt, die er auch heute noch als Therapie und als psychologische Forschungsmethode hoch einschätzt. Wenn er die von der Psychoanalyse gelehrt durchgängige kausale Determiniertheit des Psychischen annimmt und dennoch auf dem Boden katholischer Philosophie stehen kann, so darf man eine ganz außerordentlich weitgespannte Gedankenkonstruktion erwarten. Die Abhandlung Kolnais stellt sich die Aufgabe »die Werte in ihrer Wirklichkeit, die Wirklichkeit in ihrer Wirklichkeit« darzustellen. Für den Verfasser ist die Hinwendung zur katholischen Philosophie damit zu rechtfertigen, daß bei ihr »die gleichzeitige Selbständigkeit und Wirklichkeitsbezogenheit des Guten samt aller urchristlichen Distanz der Welt gegenüber und aller realistischen Verantwortung vor den Dingen, seit jeher am feinsten und sichersten erfaßt, wirklichkeitsgleichgültiger Wertformalismus und lebensanbetender Naturalismus aber unter all ihren offenen und verkappten Formen am strengsten ausgeschlossen« ist. Das ist zweifellos richtig. Kein ethisches System der neuzeitlichen Philosophie hat die hier erhobene Forderung so rein erfüllt wie die Scholastik auf ihrer Höhe. So stellt sich denn Kolnai ganz auf den Boden der thomistischen Zielethik, die die reale Wirklichkeit durchflochten sieht von objektiven Wertigkeiten, woraus sich dann Allgemeinregeln und Einzelzwecke ableiten lassen. Damit wird nun die neue phänomenologische Wertlehre verbunden. Diese, für sich allein, leidet bei ihrer Bearbeitung fast immer an dem Fehler, daß mit der Versenkung in die Werte in ihrem reinen Gegebensein das Problem der Verwirklichung der Werte aus dem Auge verloren wird. Man kann dem Verfasser zugeben, daß die Verbindung von Zielethik mit phänomenologischer Wertethik der Untersuchung viel größere Fülle und Fruchtbarkeit gibt. Es ist tatsächlich äußerst interessant zu sehen, in wie reichem Maß es Kolnai gelingt die Ergebnisse einer sehr feinsinnig durchgeführten Wertphänomenologie für die mannigfachsten konkreten Moralprobleme auszuwerten.

Platonismus Der Führer der Schweizer Religionssozialen *Hermann Kutter* hat unter dem Titel *Plato und wir* ein Werk erscheinen lassen /München, Chr. Kaiser/, das die

größte Aufmerksamkeit und das lebendigste Interesse aller derer verdient, denen die Philosophie nicht nur eine höchst lebensferne Wissenschaft sondern eine Macht bedeutet, die auf die Gestaltung des Lebens richtunggebend einwirken will. In einer ungeheuer zupackenden Sprache, die frisch und ganz unmittelbar ist, wird die Lehre Platons durch alle Dialoge verfolgt und dargestellt. Gute Platondarstellungen haben wir viele; solche, die mit höchster philologischer und philosophiegeschichtlicher Akribie jede Gedankenentwicklung nachzeichnen und mit größter Genauigkeit den tieferen Unter- und Hintergründen seiner Lehre nachgehen, und solche, die ein künstlerisches Gesamtbild der geistigen Gestalt Platons zeichnen. Hier aber wird etwas ganz Neues versucht. Die Lehre Platons wird Zug um Zug in Beziehung zum persönlichen geistigen Leben des modernen Menschen, seinem Streben und Ringen, seinem Irren und Fehlen gesetzt. Man lernt vieles an dem großen Begründer der Ideenlehre neu sehen, und sehr viel an ihm, was für die meisten von uns bisher nur philosophiegeschichtliches Wissen war, gewinnt Blut und Leben von einer ungeheuren, durchdringenden und aufrüttelnden Kraft. Das sind gewiß starke Worte, ich weiß, Aber niemand, der das Buch zur Hand nimmt, kann sich der starken Persönlichkeit des Verfassers entziehen, die hier einen Stoff erfaßt und mit ihrer Eigenart durchdringt, der von anderen bisher so noch nicht erfaßt und gestaltet worden ist.

Christentum und Philosophie Es scheint, als wäre jener Teil des philosophischen Schrifttums wieder im Wachsen, der auf die geistige Haltung des Menschen einwirken will. Daß diese unter dem Ansturm der verschiedensten Ideenmächte sehr problematisch geworden ist, wissen wir seit langem, und so kann es nicht wundernehmen, daß die Philosophie, die so viel zur geistigen Krisis der Gegenwart beigetragen hat, auch den Versuch macht neue Wege zu ihrer Überwindung zu zeigen. Ein Schüler Natorps, *Hinrich Knittermeyer*, hat unter dem Titel *Die Philosophie und das Christentum* /Jena, Eugen Diederichs/ ein Buch erscheinen lassen, das einen Gedankengang in eigenartiger und höchst selbständiger Weise durchführt. Die Idee der Philosophie wird mit der Idee des Christentums in Beziehung gesetzt, und die lebendige Kraft der einen und der andern aufgezeigt. Dabei ergibt

sich, daß die eine in der andern und umgekehrt erst ihre volle Erfüllung erfährt. Hier wird die Philosophie selbst in einen höhern Zusammenhang eingeordnet; denn sie ist ihrer Idee nach gewissermaßen überphilosophisch. Was hier geleistet wird, ist die äußerste Weiterführung des Marburger Neukantianismus bis zu jenem Punkt, wo er sich mit der dialektischen Theologie Barths und Gogartens berührt. Hohes philosophisches Ethos trägt die Untersuchung.

Kurze Chronik Am 5. Januar wurde das *Rudolf-Eucken-Haus* in Jena, das sich die Aufgabe gesetzt hat als Mittelpunkt für das Studium der Philosophie Euckens zu dienen, feierlich eröffnet. Den Festvortrag hielt der Jenaer Professor Max Wundt über Kants Gestalt im Wandel deutscher Weltanschauung. \diamond Die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden überwies der *Kantgesellschaft* einen Betrag von 5000 Mark, der zur Hälfte zur Neubegründung der Kantstiftung verwandt wurde, die durch die Inflation vernichtet war. \diamond In der Philosophischen Fakultät wurde für Preußen eine Verlängerung der *Studienzeit* auf 8 Semester angeordnet, die sich auf sämtliche Disziplinen dieser Fakultät erstreckt. \diamond Als Dozentin für angewandte Mathematik *habilitierte* sich in Berlin Hilda Pollaczek-Geiringer aus Wien, die eine Reihe von Arbeiten über Wahrscheinlichkeitsrechnung und Mechanik veröffentlicht hat; sie liest über die geometrischen Grundlagen der Mechanik starrer Körper.

Literatur Zu der großen Sammlung der Geschichte der Philosophie in Einzeldarstellungen /München, Ernst Reinhardt/ steuerte der Amsterdamer Sinologe *Heinrich Hackmann* eine geschichtliche Darstellung der chinesischen Philosophie bei. Nach einer guten Einleitung über die Eigenart der chinesischen Philosophie und der chinesischen Sprache geht die Darstellung in großer Ausführlichkeit von der ältesten philosophischen Literatur, den kanonischen Schriften, bis zu dem letzten großen originellen Denker Jang Ming /1472 bis 1527/. Die Darstellung ist klar, auch bei den unserm abendländischen Denken doch sehr entlegenen Gegenständen. Soweit es heute schon möglich ist, werden überall geschichtliche Zusammenhänge dargestellt. Man kann sagen: Es ist bis jetzt die beste Darstellung der chinesischen Philosophie, die wir, wenigstens in Deutschland, haben.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Rationalistischer Sozialismus Die bessere Sicherheit, Ketzerien eines revolutionären Revisionisten /Stuttgart, Verlag Öffentliches Leben/; unter diesem Titel veröffentlichte vor Jahresfrist Leonard Nelson, der Göttinger Philosoph und Parteigenosse, den nun im besten Mannesalter und inmitten intensivster Tätigkeit der Tod ereilt hat, ein Schriftchen, das in gedrängter Kürze seine Stellung dem Sozialismus gegenüber klarlegen soll. Nelson war des unerschütterlichen Glaubens, daß philosophische Besinnung zur Erkenntnis gewisser evidenten und begrifflich sicher formulierbarer Obersätze führen müsse, die dann zugleich den allgemeinsten Maßstab ergeben, nach dem die ethische Beurteilung aller sozialen Strebungen und Tendenzen zu erfolgen habe; er glaubte weiter von diesem rein abstrakten prinzipiellen Standpunkt aus die Marxsche Begründung des Sozialismus, die sich auf das Klasseninteresse der Arbeiterschaft stützt, ganz einfach aus den Angeln heben zu können.

Jene Weltfremdheit, die Nelson auf seinem Entwicklungsweg zum Sozialismus zu ganz utopischen Plänen (wie der sogenannten Führerschule) und zu einer ziellosen Kritik an der Demokratie getrieben hatte, tritt hier vor allem in der stillschweigend vorausgesetzten Annahme hervor: es sei im Ernst an die Möglichkeit zu denken die Ableitung des Sozialismus aus dem Klasseninteresse der Arbeiter, wodurch die ganz unbestimmte Idee des Sozialismus doch überhaupt erst bestimmtere Konturen und Gestalt erhält, diese Marxsche Begründung, die Nerv und Triebkraft der Bewegung so treffend bloßlegt, durch eine wesensandere zu verdrängen, die, statt sich an Konkretes und Kontrollierbares zu halten, ihren Ausgang von einer bloßen Idee nimmt; einer Idee, die Nelson als objektives Recht bezeichnet, die aber, wie doch in Wirklichkeit die ganze Geschichte der Rechtsphilosophie zeigt, immer wieder in den Nebel endlos verschiedener Deutungen und Streitereien ausgelaufen ist. Wo liegen da irgendwelche denkbaren Motive vor, die jene Marxsche Auffassung von dem Begründetsein des Sozialismus auf Tendenzen der gegebenen ökonomischen Gesellschaftsstruktur und das durch sie den Arbeitern vorgeschriebene Klasseninteresse ins Wanken bringen, zu einem Umschwung nach der von Nelson gewünschten Richtung führen könnten? Zumal,

wenn man sich einmal klar macht, daß jene Auffassungsweise, die Marxsche, die so helles Licht auf den wirklichen Zusammenhang der Tatbestände wirft, mit dem, was Nelson Materialismus nennt und verdammt, gar nicht in denotwendigem Zusammenhang steht, vielmehr den allerverschiedensten Weltanschauungen Raum gibt.

Der schlimmste Fehlgriff sei gewesen, so heißt es gleich in Nelsons ersten Sätzen, daß Marx, in Übereinstimmung mit der öffentlichen, auch im Bürgertum herrschenden Ansicht, die Existenz eines »objektiven, nicht bloß ausgedachten Rechts« bestreite und den Sozialismus als »rechtliche Forderung« nicht anerkenne sondern ihn auf das »materielle Interesse« gründe. »Im Heiligtum des Marxismus gilt diese Lehre als das Allerheiligste. Mit ihr steht und fällt, wie man felsenfest überzeugt ist, das Kernstück der marxistischen Praxis, der Klassenkampf. Wer sich über ihn Gedanken macht, verfällt damit dem Fluch der Ketzerei. Wer diesen Fluch fürchtet, der lese mich nicht weiter.«

Doch wer von dieser pathetischen Ankündigung gespannt und überrascht weiter liest, wird bald gewahr, daß Nelsons kritisch-rationalistischer Feldzug, der in jener Begründung des Sozialismus auf das Klasseninteresse innere Widersprüche, logische Seitensprünge und Willkürlichkeiten aufdecken will, einfach im Sand verläuft. Die Argumente, mit deren Hilfe er das festzustellen sucht, treffen gar nicht das Wesen jener Grundanschauung, der doch sein Kampf gilt. »Was wird mit jener Lehre, die den Sozialismus, statt auf die Rechtsidee aufs Klasseninteresse, das materielle Interesse des Proletariats, begründet behauptet?«, fragt er. Und er antwortet: »Ganz offenbar dies, daß ein Arbeiter, der sein materielles Interesse recht versteht, Sozialist und damit Klassenkämpfer ist. Wohlverstanden Kämpfer und also ein Mensch, der sich für seine Sache einsetzt und dieser Opfer bringt.« Eine Definition, die Nelson mit der höhrenden Bemerkung glossiert: »Ein seltsames materielles Interesse, das befriedigt wird durch die freiwillige Zahlung von Mitgliederbeiträgen, Ausharren im Streik, Kleinarbeiten der Partei, Gefängnisstrafe, ja Verbannung und Tod.« Nun werde freilich die Partei erwidern, so sei es nicht gemeint. Wenn sie an das materielle Interesse der Arbeiter appelliere, so doch dann nicht an die Bequemlichkeit der einzelnen, von denen doch eben Kampf und damit

Opfer verlangt werden, sondern an das gemeinsame historisch begründete Interesse der Arbeiterklasse als solcher, der doch die einzelnen als Glieder eingeordnet sind. Doch diese Unterscheidung von individuellem und von Klasseninteresse, deren Sinn und Bedeutung so offenkundig auf der Hand liegt, die sich andererseits, wie die Arbeiter in Hunderttausenden von Fällen immer wieder erfahren, durch das enge Hineinverflochtensein ihres Einzelinteresses in ihr Klasseninteresse so augenfällig ergänzt, wird von Nelson für eine Einbildung und Illusion erklärt. Denn er leugnet am Ende, daß ein Klasseninteresse überhaupt möglich sei. Als ob, weil nur der einzelne ein physisches Lebewesen ist, er darum keine über seine physische Vereinzelung hinausgehende Kollektivinteressen haben könnte. Darin stecke, dekretiert Nelson einfach, ein Widerspruch. Und damit nicht genug, konstruiert er sich einen "materialistischen" Standpunkt der Partei zurecht, wonach sich diese mit ihrem Appell an die Arbeiter: sich aus der Enge rein egoistischer Interessen zum Kampf für etwas Höheres zu erheben, das ihnen als ihr Klasseninteresse bezeichnet werde, in einem neuen Widerspruch verfangen. Denn der Materialismus kenne keine anderen und höheren Interessen menschlichen Handelns als das Eigeninteresse der einzelnen. Aber wenn es überhaupt einen Materialismus solcher Art als philosophische Doktrin gibt, was hat dieser außer dem Wortklang mit dem Materialismus gemein, zu dem sich Marx und, in seinem Gefolge, so viele Wortführer der Partei bekannten, oder gar mit der Auffassung der Partei als solcher zu schaffen? Wie mißtrauisch auch das heutige sozialistische Denken, und zwar aus guten, durch die ganze Geschichte der Moral und Rechtsphilosophie bestätigten Gründen, jedem Versuch einen absoluten, für alle Zeiten gültigen Rechtsbegriff zu formulieren gegenübersteht, als so selbstverständlich gilt ihm, daß die sozialistische Propaganda sich die ganze konkrete menschliche Natur, nicht irgendeine abstrakte Schablone, vor Augen halten muß. Nur ein weltabgewandtes, in sich eingesponnenes Reflektieren kann sich in die Vorstellung verrennen, jene Fundamentierung des Sozialismus auf das proletarische Klasseninteresse bedeute so etwas wie eine prinzipielle Absage an das menschliche ethische Empfinden und Rechtsgefühl, das doch als Anlage und Moment in der menschlichen Natur mitenthalten ist. Der Appell an das

Klasseninteresse der Arbeiterschaft, der den einzelnen aus der Enge dumpfer Isoliertheit zum Kampf für höhere Ziele aufruft, geht in der wirklichen Parteiaktion Hand in Hand mit dem Hinweis, daß und warum der Kampf für dieses Klassenziel zugleich ein Kampf für eine menschenwürdige Ordnung des Gesellschaftslebens, gegen Unrecht und Bedrückung ist. Der Idealismus, der Glaube an den Aufstieg des menschlichen Geschlechts, und der Wille an diesem endlos Großen mitzuwirken erhalten dadurch, daß sie sich auf den realen Boden des Klassenkampfes begeben, einen neuen Sinn.

Wie abwegig auch Nelsons Polemik gegen die Begründung des Sozialismus auf proletarisches Klasseninteresse und proletarischen Klassenkampf erscheint, so darf das natürlich kein Grund sein sich der Anerkennung anderer Einwände, die seine Kritik erhebt, voreilig zu verschließen. Manches verdient Beachtung. So seine insbesondere gegen Engels' Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft gerichtete Polemik, daß bei der Unübersehbarkeit der Komplikationen, die das gesellschaftliche Leben zuläßt, ein strikter, wissenschaftlich zwingender Vorausbeweis der unentrinnbaren historischen Notwendigkeit des Sozialismus nicht zu erbringen sei, daß eine sogenannte dialektische Methode darüber nicht hinweghelfe. Wer wird die Grenzen, die menschlicher Erkenntnis der Zukunft gesetzt sind, leugnen wollen? Aber der Geist des Marxismus, jene Grundauffassung, gegen die Nelsons Kampf geht, wird durch derartige Reflexionen überhaupt nicht berührt. Ebenso wird auch das Schwergewicht der Gründe, auf die Marx seine Erwartung einer sozialistischen Zukunft stützt, durch eine solche ganz allgemein gehaltene Reflexion nicht erschüttert. Um so weniger, als gerade Marx in der lebendigen Empfindung des ständigen Flusses der gesellschaftlichen Verhältnisse jede nähere Ausmalung der organisatorischen Gestalt, die der Sozialismus tragen werde, alle »Rezepte für die Garküche der Zukunft« aufs entschiedenste ablehnt. Gerade seine Begründung des Sozialismus auf ökonomische Bedingungen und den Klassenkampf der Arbeiter ist von der Illusion, als lasse sich der künftigen gesellschaftlichen Bewegung etwas wie eine feste Marschroute voraussagen, durchaus entfernt. In dem Schlußkapitel läßt Nelson seine "Widerlegungen" Revue passieren. Da heißt es unter anderm: »Wir haben uns

überzeugen müssen, daß irgendeine stichhaltige Begründung für die praktische Notwendigkeit des Klassenkampfes weder durch Berufung auf das Klasseninteresse noch durch Berufung auf die ökonomische oder auch dialektische Notwendigkeit erreicht wird; durch Berufung auf das Klasseninteresse nicht, weil das Klasseninteresse nicht existiert [1], und weil, wenn es existierte, auch der Kampf eine Sache der Klasse wäre, um die sich kein einzelner mehr zu kümmern brauchte [1].« Durch die kritischen Ergebnisse, heißt es dann weiter, ist die »Denkfessel, die den Klassenkampf an die Theorie des historischen Materialismus kettete, zerbrochen« und Bahn geschaffen zu einer »Theorie, die den Klassenkampf auf eine wirklich wissenschaftliche [1], von allen ökonomischen und dialektischen Spiegelfechtereien unabhängige Grundlage stellt«. Es sei dazu nur nötig, daß die Partei den Sozialismus als eine Forderung des objektiven Rechts proklamiere und ihrem Klassenkampf dadurch die nötige philosophische Weihe gebe. Das heißt, daß sie, in Anbetracht der Ohnmacht jenes "objektiven Rechts" sich selber durchzusetzen, die Verpflichtung übernimmt den Klassenkampf in seinem Namen zu führen.

Die Erinnerung an Nelson als Marxkritiker, der die Partei auf einen andern Boden stellen wollte, wird, allem Vermuten nach, bald verblaßt sein. Nicht so die Erinnerung an ihn als Menschen, der in lauterster Wahrheitsliebe und unbestechlichem Verantwortungsgefühl für das, was er als recht erkannt zu haben glaubte, mit rückhaltlosem Einsatz aller Kräfte eintrat, und der auf die Jugendkreise der Partei, zu denen er Beziehung hatte, in diesem Sinn einzuwirken suchte. Der Internationale Sozialistische Kampfbund, zu dessen Gründern er gehörte, brachte im Dezember Nachrufe aus diesen Kreisen, die, durch Zitate aus Nelsons Schriften und Artikeln ergänzt, ein überaus lebendiges Bild dieser eigenartigen hochragenden Persönlichkeit vermitteln, das sich dem Gedächtnis unauslöschlich einprägt.

Soziologie Dem hier seinerzeit angezeigten 1. Sammelband von *Ferdinand Tönnies'* Soziologischen Studien und Kritiken /Jena, Gustav Fischer/ ist nunmehr ein sehr inhaltreicher 2. gefolgt. Er beginnt mit einer Anzahl farbiger Einzelskizzen über das Wandern, das Reisen, Verkehr und Transport, das Vagieren, die Ent-

wicklung der Technik und wendet sich dann unter den verschiedensten Gesichtspunkten der Behandlung allgemeiner Fragen der Soziologie zu. Das Interesse an diesen Aufsätzen wird sich bei der zunehmenden Bedeutung, die die Soziologie im geistigen Leben gewonnen hat, seit dem ersten Erscheinen noch erheblich gesteigert haben.

Der 3. Band des von Gottfried Salomon herausgegebenen *Jahrbuchs für Soziologie* /Karlsruhe, G. Braun/ bietet eine vielgestaltige Reihe internationaler Arbeiten. Darunter insbesondere solche, die von den aktuellen Nationalitätsproblemen in Europa handeln. Robert Michels /Basel/ schreibt über den »nationalen Elitegedanken« in Europa, Adolf Günther /Innsbruck/ über die Soziologie des Grenzvolks, erläutert an den Alpenländern, Jacob Rappaport /Wien/ über die Nationalitätenfrage in Polen. Andere Artikel beziehen sich auf außer-europäische Zustände, so in Indien, bei den Kabylen und in der Gesellschaftsstruktur Chinas. Ein Beitrag Max Schipfels erörtert die kolonialen Arbeiterverhältnisse. Ein Drittel des Bands ist allgemeinen Fragen der Soziologie und ihrer Methodenlehre gewidmet. Leopold von Wiese /Köln/ entwickelt da Grundzüge zu einer Theorie der Gruppe, Georg Mehlis /Chiavari/ hebt gewisse Parallelismen in der sonst so gegensätzlich eingestellten Hegelschen und Comteschen Geschichtsphilosophie hervor.

Neuausgaben Von der durch die Friedrich-List-Gesellschaft angekündigten Gesamtausgabe der Werke *Friedrich Lists* liegt ein 1. starker Band, buchhändlerisch vorzüglich ausgestattet, vor /Berlin, Reimar Hobbing/. Er bringt den französischen Text wie die deutsche Übersetzung einer größeren Arbeit, die List im Jahr 1837 zu einem Preisausschreiben der Académie des Séances Morales et Politiques eingesandt hatte. Sie erhielt den Preis nicht und blieb ungedruckt. Bereitwilligst wurde einem der Herausgeber des Sammelwerks die Einsicht in das Manuskript, das sich in den Archiven der Gesellschaft noch vorfand, gestattet. Das Thema bildet die Frage des Freihandels. Die Hauptgedanken, die List dann später in seinem berühmten System der nationalen Politik entwickelt hat, vor allem der Hinweis, daß bei dem mächtigen Vorsprung des damaligen Englands für die zurückgebliebenen Länder zur Entfaltung eigener Manufakturen industrielle Schutzzölle un-

entbehrlich seien, treten hier schon hervor. Am Schluß bezeichnet List die Idee einer mit solchen industriellen Erziehungszöllen arbeitenden Handelspolitik als das »natürliche« System der Ökonomie schlechthin, da wir »mit dessen Hilfe, wie ich glaube, die Irrtümer entdeckt, die Widersprüche gelöst und die Harmonie zwischen Theorie und Praxis gestiftet haben«.

Paul Frölich gibt *Rosa Luxemburgs* Gesammelte Werke heraus /Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten/. Der vorliegende 3. Band bringt die Artikel, in denen die Verfasserin vom Beginn der neunziger Jahre an bis zur Kriegszeit hin gegen den Reformismus loszog; er wird durch einen von eben diesem Luxemburgischen Standpunkt aus verfaßten Rückblick des Herausgebers auf die damalige Parteigeschichte eingeleitet.

Kurze Chronik Dem Reichsverband der Deutschen Volkswirte ist, zur Feier seines 25jährigen Bestehens, von der *Friedrich-List-Gesellschaft* eine besondere Festschrift gewidmet worden, die neben größeren Arbeiten Berichte über die Gründung und die bisherigen Tagungen dieser neuen Gesellschaft enthält. ◊ Der Privatdozent an der Universität Köln *Wilhelm Vleugels* vertritt in diesem Wintersemester das Fach der Nationalökonomie an der Universität Königsberg. Vleugels ist ein Schüler Leopold von Wieses, er promovierte 1921 in Köln mit einer Schrift *Massen und Führer* und habilitierte sich 1923 auf Grund einer Arbeit über die Bedeutung der Freudschen Psychoanalyse für die Soziologie. ◊ Zum außerordentlichen Professor in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock wurde der Assistent am Breslauer Staatswissenschaftlichen Seminar *Hans Jürgen Seraphim* ernannt. Seraphim, dessen Spezialarbeitsgebiet russische Wirtschaftstheorie und Politik bilden, bleibt Mitarbeiter am Osteuropainstitut in Breslau.

Literatur In den Sozialwissenschaftlichen Forschungen, die die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft herausgibt /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, erschien eine Abhandlung Reinhold Zehrfelds über *Hermann Conrings* Staatenkunde, die in den Schriften des eine Zeitlang viel beachteten Gelehrten des 17. Jahrhunderts Anläufe aufzuzeigen sucht, die für die Entwicklung der Statistik und der Bevölkerungstheorie ihre Bedeutung hatten.

Hygiene / Hans Kollwitz

Arzteschaft und Fürsorge Die sozialhygienische Fürsorge hat sich mit der Zeit ganz weite Kreise der Bevölkerung erobert. Die Gründe sind für die einzelnen Bevölkerungskreise und Lebensalter verschieden. Bei den Säuglingen ist es die Höhe der Sterblichkeit und die Gefährdung, die durch jeden kleinen Infekt, jede Verdauungsstörung dem noch nicht widerstandsfähigen Lebewesen droht. Bei den Kindern im Spielalter ist es die Rachitis und auch die Milieugefährdung, aus der heraus man den meist nicht völlig gelungenen Versuch gemacht hat sie in die Fürsorge hereinanzuziehen. Was wiederum die Schulkinder anlangt, die sich in einem weniger gefährdeten Alter befinden, so ist es besonders wichtig, daß man sie 8 Jahre hindurch in ihrer Gesamtheit erfaßt, ohne daß sich eins von ihnen der Beobachtung und eventuellen Fürsorge entziehen kann. Die Fürsorge für die Jugendlichen im Berufsalter ist wegen der dort beginnenden stärkern Tuberkulosegefährdung und Erkrankung an Geschlechtskrankheiten sowie durch die plötzliche Mehrbelastung mit der Berufsarbeit dringend erforderlich, ist aber bisher nur stellenweise durchgeführt, obwohl in neuerer Zeit gerade ihre Notwendigkeit erkannt wird. Die Schwangerenfürsorge geht davon aus, daß Schwangerschaft, obwohl ein natürlicher Zustand, für die jetzigen Frauen manche Gefahren birgt, die durch dauernde Beobachtung vermieden werden können, sowie daß wirtschaftlich dem zu erwartenden Kind, wenigstens, wenn es ein außerordentliches ist, der Weg geebnet werden muß, um es nicht, vielleicht in ungeeigneten Pflegestellen, ein frühes Ende finden zu lassen. Die Tuberkulosefürsorge versucht durch frühzeitige Erfassung die Heilung der Tuberkulösen zu erreichen respektive durch Besserung der häuslichen und Arbeitsverhältnisse die Ansteckungsgefahr für die anderen einzudämmen. Die Geschlechtskrankenfürsorge hat durch das jüngste sozialhygienische Gesetz die Aufgabe bekommen die Geschlechtskrankheiten, die von eminenter Bedeutung für die Sterblichkeits-, Erkrankungs- und Arbeitsverhältnisse der Bevölkerung sind, zu überwachen und ihre Ausheilung zu kontrollieren. In der Krüppelfürsorge geht man von der Erfahrung aus, daß ein großer Teil der Erkrankungen an schwerer Rachitis, Knochentuberkulose, Kinderlähmung bei rechtzeitiger Erkennung und

Behandlung nicht zu der dauernden Arbeitsunfähigkeit und Verkrüppelung hätte zu führen brauchen. Einen Teil dieser Fürsorgezweige hat die Gesetzgebung festgelegt, so im preußischen Tuberkulose- und Krüppelgesetz oder im Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, oder wie die Überwachung unehelicher und Pflegekinder durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz; ein anderer Teil der Fürsorge ist freiwillige Arbeit der Selbstverwaltungskörper, die niemanden zu dieser Fürsorge zwingen können.

Die Leistung des Fürsorgearztes besteht darin mittels seiner diagnostischen medizinischen Kenntnisse das Krankhafte in der Entwicklung der von ihm betreuten Einzelindividuen und Kreise möglichst frühzeitig zu erkennen, so daß dessen Beseitigung mit einem Minimum von Aufwand erfolgen kann. Dazu braucht er eine möglichst vollständige Erfassung und häufige Musterung der von ihm zu sanierenden Kreise. Außerdem ist er darin anders eingestellt als der praktische Arzt, der die Einzelkrankung als solche medikamentös behandelt, daß er besonders *das* an der Krankheit sieht und aufs Korn nimmt, was an ihr ein Symptom sozialer Verhältnisse ist, und daß er versucht durch Beeinflussung dieser Verhältnisse, der Häuslichkeit, der Wohnungs-, Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse die krankhafte Entwicklung wieder ins Gesunde umzubiegen. In dieser Tendenz, die schon an sich von der des praktischen Arztes abweicht, wird er noch durch den Einfluß bestärkt, den er in seiner Eigenschaft als Fürsorgearzt auf die Behörden, öffentlichen Körperschaften, Wohlfahrtsämter usw., im Sinn der Aufbesserung der sozialen Verhältnisse, hat. Außerdem ist die Beeinflussung des Individuums nur ein Teil seiner Aufgabe. Der andere besteht darin die Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf das Individuum und damit auf Bevölkerungsschichten zu klären und aus der Summierung dieser Erfahrungen auf Abstellung allgemeiner Schäden hinarbeiten und der Gesundheitswächter seines Bezirks zu sein.

Die Erkenntnis nun, daß 1. der Augenblick, da sich der einzelne, sich als krank empfindend, zum behandelnden Arzt begibt, häufig schon hinter dem Zeitpunkt des günstigen Eingreifens liegt, 2. die Behandlung von Volkskrankheiten nicht allein individualmedizinisch sondern in erster Linie entsprechend ihrem Charakter als Sozialkrankheiten und den sich daraus ergebenden Konsequenzen

erfolgen muß, führt die sozialhygienisch interessierten Stellen dazu die Fürsorge immer weiter auszubauen. Diese Erweiterung der Fürsorge findet aber, von Jahr zu Jahr mehr, als Gegner die freie Ärzteschaft, die sich darüber beklagt, daß der Fürsorgearzt häufig nicht mehr der reine Berater bleibt sondern in einzelnen Fürsorgezweigen stark, in anderen gering behandelnd wirkt. Wo der Fürsorgearzt diese Grenze überschreitet, tut er es zum Teil aus psychischen Gründen, weil es ihm nämlich eine Unmöglichkeit ist als helfenwollender Arzt nicht einzugreifen, wenn er es durch einen Handgriff, durch ein Rezept vermag, oder wenn ihm die Behandlung nicht ausreichend sichergestellt scheint; zum Teil darum, weil ihm größere Mittel zur Verfügung stehen als dem einzelnen Arzt oft in seinem Zwergbetrieb. Dann aber rührt die Gegnerschaft der Ärzte gegen die Fürsorge, größtenteils vielleicht unbewußt, daher, daß sie den Arzt schließlich überflüssig macht. Es ist ja die Tragik in der Existenz der freien Ärzte als Stand, daß sie materiell nicht an der Gesundheit sondern an der Krankheit der Bevölkerung interessiert sind. Daß die Ärzte praktisch im allgemeinen gegen diese ihre Grundinteressen handeln, hindert nicht, daß man sich, besonders als Marxist, der Bedeutung dieser wirtschaftlichen Grundlagen einer Berufsgruppe bewußt wird. Infolgedessen führt wohl die weitere Ausbreitung der ärztlichen Fürsorgearbeit über kurz oder lang dazu sich mit der Stellung des ärztlichen Standes zum Volksganzen zu beschäftigen und vielleicht über Theorien hinaus einer praktischen Lösung näher zu kommen. Nicht freilich so, wie sie sich der letzte Ärztetag in Würzburg gedacht hat. Dort beschäftigte man sich mit der schwierigen Lage, in die die freie Ärzteschaft gerade durch die Entwicklung der Fürsorge geraten ist. Man sprach aber nicht über die allgemeinen Grundlagen dieses Konflikts sondern nur über eine Erscheinung, gegen die die Ärzteschaft besonders empfindlich ist: die Behandlungstätigkeit der Fürsorge, man versuchte, um es medizinisch auszudrücken, sich nicht mit ursächlicher sondern mit symptomatischer Therapie, die in diesem Fall versagen muß. Der Berichterstatter, der Führer des Großberliner Ärztebundes, Alfred Scheyer, versuchte, durch einen Appell an das Standes- und Kollegialitätsbewußtsein der Fürsorgeärzte, die Entwicklung der Fürsorge rückwärtszuevidieren. Doch wenn schon der Ausgang des

Kampfes gegen die Krankenkassen für die Ärzteschaft, die damals doch die zugkräftige Forderung der Freien Arztwahl hatte, ungünstig war, so scheinen die Aussichten eines Kampfs, den die Ärzteschaft unter der Parole "Gegen die Krankheitsvorbeugung und Verhütung!" führen müßte, wesentlich ungünstiger.

Geschlechtskrankheiten: Bekämpfung Am 1. Oktober 1927 trat für Deutschland das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft. Es hat, da das Gesetz nun einmal besteht, zurzeit keine Bedeutung seine Gesamttendenz oder den Sinn einiger Paragraphen zu werten, auch ist es natürlich noch zu früh von einem Erfolg oder Mißerfolg des Gesetzes zu sprechen. Die Gegner freilich, die schon vorher das Gesetz ganz oder teilweise ablehnten, sammeln Material, um seine Untauglichkeit auch beweisen zu können. Es seien deshalb hier die wesentlichsten Punkte des Gesetzes zusammengefaßt:

1. Die ungleiche Behandlung Männern und Frauen gegenüber als Träger der Geschlechtskrankheiten verschwindet, der Begriff der Prostitution ist vor dem Gesetz, wenigstens pro forma, abgeschafft. Sofern Personen infolge Geschlechtskrankheit und häufig wechselnden Geschlechtsverkehrs eine besondere Gefahr für die Umgebung bilden, kann ihnen gegenüber eine verschärfte Kontrolle stattfinden, aber immer nur von der Seite des Gesundheitsamts und des Jugend- respektive Wohlfahrtsamts, nicht der Polizei. Doch hat die Polizei einen Schlüssel zu einer Hintertür, durch die sie jederzeit wieder eintreten kann, sobald sie Interesse daran hat, und zwar durch den veränderten § 361 des Strafgesetzbuches, wonach bestraft wird, »wer öffentlich in einer Sitte oder Anstand verletzenden oder andere belästigenden Weise zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet«.

2. Das Gesetz statuiert die Pflicht sich behandeln zu lassen, sofern man an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet, stellt aber die Unterlassung der Behandlung nicht ohne weiteres unter Strafe. Minderbemittelte sollen kostenlose Behandlung erhalten, ebenso Kassenangehörige, die berechtigtes Interesse daran haben ihre Krankheit nicht der Kasse mitzuteilen. Der Behandlungspflicht steht also nicht das uneingeschränkte Recht auf kostenlose Behandlung gegenüber. 3. Pflicht zur Meldung Geschlechtskranker besteht nur dann, wenn diese sich

der Behandlung entziehen, solange sie selber noch ansteckungsfähig sind, oder wenn sie andere infolge ihres Berufs, also zum Beispiel als Prostituierte, Friseur, Kindermädchen usw., gefährden. Die Beschränkung der Meldepflicht wird nach wie vor von Heinz Dreuw (so in seinem neuen Buch: Die Völkervernichtung /Berlin, Ritterverlag/) scharf angegriffen. Dreuw hält eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nur für möglich bei allgemeiner, aber freilich diskreter, das heißt nur mit Anfangsbuchstaben versehener Meldung *aller* Geschlechtskranken, ganz gleich, ob sie zu einem Arzt oder einem Laienbehandler in Behandlung kommen. Da aber nach Dreuws eigener Angabe etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung geschlechtskrank ist, würde die Meldung dieser 15 Millionen und ihre Kontrolle, sobald die wöchentlichen Anzeigen darüber, daß sie in Behandlung sind, unterbleiben, wohl wesentlich höhere Kosten und vielleicht nicht höhern Erfolg bringen als das jetzige System.

4. Zur Behandlung nicht nur von Geschlechtskrankheiten sondern auch von allen Leiden der Geschlechtsorgane sind allein die approbierten Ärzte berechtigt, Laienbehandler auf diesem Gebiet machen sich strafbar. Der Arzt hat außer der Behandlung die Aufgabe der Aufklärung der erkrankten Person über ihr Leiden.

5. Wer sich fortdauernd der Behandlung entzieht, kann einer Zwangsbehandlung unterworfen werden. Doch darf die Behandlung mit Salvarsan, Wismut, und Quecksilber nicht gegen den Willen des Patienten erfolgen.

6. Wer trotz ansteckender Geschlechtskrankheit den Geschlechtsverkehr ausübt, wird strafrechtlich verfolgt.

7. Gegenseitige Ansteckung von Säuglingen und Ammen soll durch vorher vorzunehmende Untersuchung von Amme und Säugling verhütet werden.

Gemeinverständliche Schriften

Max Hodanns selbstverständlicher Art die Dinge darzustellen wird es vielleicht gelingen durch das Heft *Elternhygiene* /Rudolstadt, Greifenverlag/ das spröde Gebiet der Eugenik weiten Kreisen nahezubringen. Von geistiger und körperlicher Hygiene des Kindes von der Geburt bis zur Pubertät weiß man heute genug oder könnte man wenigstens genug wissen, denn an allen Ecken wird sie verkündet. Aber die mindestens ebenso wichtige Lehre von der Beeinflussung des Kindes vor der Erzeugung,

also von der elterlichen Keimanlage und ihrer Hygiene, ist bisher innerhalb der Mauern der Wissenschaft geblieben. Deshalb ist es recht, daß Hodann sie an die jetzige junge Generation herusträgt, die Eltern werden wollen, und die das auch von Hodann zitierte Goethesche Verschen beherzigen möchten: »Man könnte erzogene Kinder gebären, wenn nur die Eltern erzogen wären.«

Das Heftchen Christian Bruhns *Vom gesunden und vom kranken Tuberkulösen* /Hamburg, Verlag Parus/ verdient seine 25. Auflage mit Recht, weil es in frischem Ton eine Menge fast durchweg guter und auch verwendbarer Ratschläge gibt. Die Grundtendenz ist optimistisch, was gerade für den Tuberkulosekranken sehr wichtig ist.

In seinem lebendig geschriebenen Büchlein über *Kurierfreiheit* /München, J. F. Lehmann/ reitet A. A. Friedländer eine Attacke dagegen, daß jeder an dem fein abgestimmten menschlichen Organismus herumkurieren darf, während man sonst für viel weniger diffizile Tätigkeiten einen Befähigungsnachweis verlangt. Wenn die Friedländerschen Argumente für die Notwendigkeit kausaler ärztlicher Therapie und gegen die oft gefährliche symptomatische der Kurfuscher auch richtig sind, so beruht die in den Massen vorhandene Neigung zur Abwendung von der Schulmedizin ja weniger auf einer Verkennung dieser Tatsachen oder in einer Unterschätzung der Großtaten und Großerfolge der medizinischen Wissenschaft als vielmehr auf Umständen, die Friedländer in dieser seiner Schrift gar nicht erwähnt hat.

Totenliste Im Alter von 74 Jahren starb im September 1927 *Max von Gruber* in München. Er hatte große Bedeutung für die Entwicklung der Bakteriologie durch die Entdeckung der theoretisch und praktisch wichtigen Bakterienagglutination. Außerdem veröffentlichte er zahlreiche Arbeiten aus dem Gebiet der allgemeinen Hygiene sowie aus den Gebieten der Erb- und Rasseforschung.

Am 18. Oktober starb in Berlin der Chirurg *Otto Hildebrand*, 69 Jahre alt. Seit 1904 war er Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik der Charité, und er hat in dieser Funktion als Lehrer wie als Arzt erfolgreich gewirkt. Seine wissenschaftlichen Arbeiten behandeln Tuberkulose und Skrophulose wie allgemeine Chirurgie.

Im November starb der Direktor des Petersburger Staatlichen Tuberkuloseinsti-

tuts *Alexander Sternberg*, im Alter von 54 Jahren. Ihm überstand die Leitung der Tuberkulosebekämpfung für ganz Rußland. Sein Institut war zugleich Forschungsanstalt, Krankenhaus und Fürsorgestelle. Seine wissenschaftlichen Arbeiten haben einen Ruf weit über Rußland hinaus. Das Neue, das er einführte, war: den Grad der Tuberkulose nicht an dem Untersuchungsbefund sondern an der Arbeitsfähigkeit des Tuberkulösen festzustellen. Noch vor kurzem wurde in der von Lydia Rabinowitsch herausgegebenen Tuberkulosebibliothek /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ ein Heft mit einer Abhandlung Sternbergs über die Klassifikation der chronischen Lungentuberkulose veröffentlicht.

Ende Dezember starb in Bad Soden im Taunus der älteste der deutschen Badeärzte, *Otto Thilenius*, im Alter von 85 Jahren. Er hat sich auch wissenschaftlich vielfach betätigt; vor allem aber war er als Leiter des wissenschaftlichen Teils des Bäderalmanachs bekannt.

Am 30. Dezember starb in Prag der Vorstand des Hygienischen Instituts der Deutschen Universität dort *Oskar Bail*, kurz nach Vollendung seines 58. Lebensjahrs. In den Fachzeitschriften erschienen als Frucht seiner Forschertätigkeit 144 Abhandlungen aus den verschiedensten Gebieten der Hygiene, der Bakteriologie und der Serumforschung sowie Vererbungs- und Krebsstudien.

Kurze Chronik Durch das Hygienekomitee des Völkerbunds wird eine *internationale Zusammenarbeit* im Sanitätswesen ermöglicht. Von großer Bedeutung ist dabei der Austausch von Sanitätspersonal sowohl für die Sanitätsbehörden aller Länder als auch für die beteiligten Ärzte. Deutsches Mitglied des Komitees ist der Präsident des Reichsgesundheitsamts Carl Hamel. ◊ Vom Reichsgesundheitsamt wird durch eine Umfrage bei allen deutschen Ärzten eine *Zählung der Geschlechtskranken* veranstaltet. ◊ Wegen *Trunksucht* wurden in deutschen Anstalten im Jahr 1925 17 auf 100 000 Einwohner behandelt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 33 %. 1913 waren es 18 bis 19. ◊ Die Errichtung eines eigenen *Forschungsinstituts für Innere Medizin* in Heidelberg unter Mitwirkung des Landes und der Stadt ist gesichert. ◊ Der Marburger Professor *Arthur Löwen* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl für Chirurgie in Königsberg, als Nachfolger Martin Kirschners. ◊ Die Dozentin für Kinderheilkunde an der

Medizinischen Akademie in Düsseldorf *Selma Meyer* wurde dort außerordentlicher Professor. Ihre zahlreichen Arbeiten behandeln Fragen der Kinderheilkunde sowie der Hämatologie. ◊ An der Universität Frankfurt *habilitierte* sich *Heinrich Eufinger* für Gynäkologie. *Joachim Brock* *habilitierte* sich in Marburg für Kinderheilkunde, *Erwin Baß* in Greifswald für Innere Medizin.

Literatur Als 7. Heft des 24. Bandes der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ erschien der Jahresbericht der *preussischen Gewerbemedizinalräte* über das Kalenderjahr 1925. In dieser sehr interessanten und an Material reichen Veröffentlichung sind die Berichte der 4 preussischen Gewerbeärzte einheitlich verarbeitet. Es wird berichtet über die Fabrikhygiene im allgemeinen und über Beobachtungen nach Gewerbebezügen geordnet sowie über die Wirkungen der Ausdehnung der Reichsunfallversicherung auf die gewerblichen Berufserkrankungen. Die Meldungen erfolgten viel spärlicher als es der wirklichen Zahl der gewerblichen Erkrankungen entspricht. Fabrikhygienisch einwandfrei waren am ehesten die Großbetriebe, während sich bei Mittel- und Kleinbetrieben und vor allem natürlich in der Heimarbeit sehr viel Beanstandungen ergaben. Übrigens wird bei der Vernachlässigung der Arbeiterschutzbestimmungen nicht nur über die Arbeitgeber sondern häufig auch über die Arbeiter selbst geklagt. Die Schlußforderung nach einer Mehreinstellung von Gewerbeärzten, da zurzeit nur je 1 Gewerbearzt für 30 bis 35 Gewerbeaufsichtsämter zur Verfügung steht, erscheint nach den Ergebnissen dieses Berichts durchaus berechtigt. ◊ Durch das Jahrbuch 1925 der Ambulatorien des *Verbandes der Krankenkassen Berlin* bekommt man den Eindruck, was für sozialhygienische Erkenntnisse bei großzügiger und sorgfältiger Verarbeitung des Krankenmaterials gewonnen werden könnten. ◊ In einem umfangreichen Buch *Mutterschaft und Gesellschaft* /Osterwieck, Elwin Staude/ gibt *Erwin Schlieben* einen Überblick über die Wandlung und die Entwicklung der sozialen und medizinischen Auffassungen von Schwangerschaft, Wochenbett und Säuglingsleben von der assyrischen bis in unsere Zeit. Sehr viele zeitgenössische Zitate und Abbildungen, teilweise zum erstenmal veröffentlicht, machen den Inhalt anschaulich.

KUNST

Musik / Max Bulling

Lieder Die Zahl der Werke für Gesang ist in der neuen Musikkultur außerordentlich gering, und die Gründe dafür sind verständlich. Neue Musik ist uns heute ein Sammelname für einige, stilistisch unter einander verschiedene Richtungen, die sich zur Verwirklichung ihrer künstlerischen Absichten neuer oder neuartig wirkender Mittel bedienen. Doch so groß die stilistischen Gegensätze unter ihnen sind, keine dieser neuen Richtungen hat im Lied oder Gesang vollendeten Ausdruck gefunden. Soll das Lied für einen Stil wesentliche Bedeutung haben, dann muß auch dem Rechnung getragen sein, was für die menschliche Stimme wesentlich ist; man kann für ein Instrument nicht gegen seinen Charakter komponieren, nicht für Violine wie für Posaune, nicht für Gesang wie für irgendein Instrument.

Mit dem Problem die Charakteristika des Stils mit den Forderungen der Stimme zu vereinen setzt sich am schwersten, aber auch am konsequentesten, die Wiener Schule auseinander. Es sind in dieser Art wenige Werke geschaffen worden, in letzter Zeit eigentlich nur von *Hanns Eisler*. Eislers Lieder sind stark beeinflusst von Werken seiner Lehrer *Schönberg* und *Webern*, an dessen prachtvolle 4 Lieder Opus 12 in diesem Zusammenhang erinnert sei. Die Musik Eislers ist in beiden bisher veröffentlichten Liedzyklen: 6 Lieder und Zeitungsausschnitte Opus 2 /Wien, Universaledition/ interessant und klug. Die Zeitungsausschnitte fesseln noch besonders durch die Wahl der Texte; es sind einfache Annoncen, kleine Zeitungsberichte, ein Kinderlied aus dem *Wedding* und anderes. Ein wenig gewaltsam erscheint der Versuch auf diese Weise Anschluss an die Zeit zu finden allerdings; im Grunde fehlt das Unmittelbare, ein Kontrast zwischen Natürlichkeit und Künstlichkeit offenbart sich beim Anhören, der Ausdruck der Gesangstimme ist einmal Ausdruck des textlichen Details, einmal stimmungsgemäß. Der Kontrast findet sich auch in der Behandlung der Stimme. Es gibt Stellen, die unmittelbar vom Gesang aus erfunden sind, und ebenso andere, in denen die Stimme gezwungen wird in einer ihr innerlich fremden Weise zu musizieren. Das wird aber für jedes Lied entscheidend bleiben, ob die Schwierigkeiten wirklich sängerischer Art sind, oder ob sie darin bestehen, daß man aus der

Stimme ein ganz anderes Instrument machen will. Dieser zweitgenannte Weg erscheint auf den ersten Blick unsachlich vom Gesang her, und doch ist er äußerst konsequent von der stilistischen Diktion aus gesehen. Es folgt daraus, daß dieser Stil im ganzen wenig für Gesangswerke geeignet ist. Zu bedauern ist, daß die Lieder Eislers so außerordentliche Anforderungen an Gesangstechnik und Treffsicherheit stellen; denn diesen interessanten Experimenten wäre zu wünschen, daß sich nicht nur ganz wenige Interpreten mit ihnen auseinandersetzen könnten.

Im größten Gegensatz zu den vorwiegend auf klanglichen Ausdruck gestellten Werken Schönbergs, Weberns und Eislers finden wir die Kompositionen der Musiker, die ein Schwergewicht auf polyphon-horizontale Führung der Instrumente legen. Man sollte annehmen, daß diese Komponisten viel für Gesang schreiben. Aber auch das ist nicht der Fall. Hier scheint der Text ein meist unüberwindliches Hindernis zu sein. Die stimmlich geführte Musik verlangt eine Entwicklung, die nur in Ausnahmefällen mit einem unterlegten Text zusammenpaßt. Und dazu: Das textliche Detail ganz außer acht zu lassen oder den Text im ganzen lediglich als notwendiges Übel zu betrachten können sich die Komponisten wohl kaum verstehen. Das ist verständlich, wenn man an die Bedeutung denkt, die das Lied in den letzten 100 Jahren hatte. Konsequenter wäre es, wenn diese Autoren wenigstens irgendeinen Versuch machten. Aber die Scheu oder die Ratlosigkeit geht so weit, daß einige unserer begabtesten jungen Komponisten noch nicht ein Lied veröffentlicht haben. Diese Feststellung ist übrigens auch historisch interessant, denn noch vor 25 Jahren wäre das eventuell bei einem Dramatiker, nie aber bei einem Kammermusikkomponisten möglich gewesen. Der einzige Versuch, der hier tatsächlich unternommen wurde, ist *Paul Hindemiths* Marienleben, nach Gedichten Rainer Maria Rilkes /Mainz, B. Schotts Söhne/; sicher eines der schönsten Werke Hindemiths überhaupt.

Groß ist nun freilich die Zahl der Autoren, die direkt auf der Tradition weiterbauen oder die gewohnten Bahnen nicht verlassen, die das Experiment um einer reifen vollendeten Form willen vermeiden. Die von ihnen komponierten Lieder sind überwiegend romantischen Charakters. Da sei vor allem an *Philipp Jarnachs* 5 Lieder Opus 15 erinnert: prachtvolle, ausdrucksstarke Stücke.

Auch die Lieder *Karol Szymanowskis* (6 Lieder der Märchenprinzessin Opus 31 und 3 Berceuses Opus 48 /Wien, Universal-edition/) sind sehr eindrucksvoll, in mancher Beziehung stärker als die Instrumentalwerke Szymanowskis. Eigenartig und charaktervoll sind die Lieder *Boleslav Vomackas*, fein und abgerundet die Kreidekreislieder des Bulgaren *Pantscho Wladigerow* Opus 19 /Wien, Universal-edition/. Von den russischen Autoren sei besonders auf *A. Schenschins* Lieder Opus 11 und 12 /Wien, Universal-edition/ aufmerksam gemacht; ernste problemerefüllte Musik. Von den französischen Liedern stehen uns die *Maurice Ravel's* sicher am nächsten; zum Beispiel die viel zu wenig bekannten *Histoires naturelles* /Paris, A. Durand & Fils/. Die Bevorzugung eines Italieners fällt schwerer. Die italienischen Komponisten wollen vor allem die Stimme singen lassen. Daher, wenn man auch den Werken *Francesco Malipieros* (zum Beispiel *Le stagioni italiane* /London, J. & W. Chester/ oder den 3 Gesängen der *Philomela* /Wien, Universal-edition/) aus musikalischen Gründen bei weitem den Vorzug geben möchte, so begrüßt man doch auch andererseits die Lieder *Ottorino Respighis*, der vor allem den Sängern schön singen lassen will (4 *liriche per canto* /Mailand, G. Ricordi & Co./, *Nebel* /Berlin, Ed. Bote & G. Bock/). In Deutschland werden viele gute Lieder geschrieben, deren Bedeutung aber doch nicht so groß ist, daß sie unbedingt genannt werden müßten. Es gibt indessen auch feine echte Lieder, die aktualitätsfremd sind, nicht ganz und gar in unsere Zeit passen und doch jedem Sänger Freude machen werden. Da sind die Michelangelolieder *Edmund Schröders*, die schon häufig gesungenen, leider auch noch nicht gedruckten Lieder *Karl Wieners*, manches feine Stück *Arthur Perlebergs* (Tagorelieder, /Leipzig, N. Simrock/), zarte neue Gesänge *Georg Sterns* (4 Lieder für eine Singstimme /Leipzig, N. Simrock/), Lieder von *Clemens Schmalstich* (Opus 78 und 82 /Berlin, Ed. Bote & G. Bock/), *Erich Wolfgang Korngolds* Opus 14 und 18 /Mainz, B. Schotts Söhne/, besonders auch *Clemens von Franckensteins* Opus 46 /Wien, Universal-edition/ und *Lothar Windspergers* Opus 25 /Mainz, B. Schotts Söhne/. Besonders hinweisen möchte man aber noch auf die Lieder *Joseph Haas'*, deren feines zartes Empfinden und unmittelbare Musikalität immer wieder tiefste Freude bereitet; sie erschienen bei Schott in Mainz und Fischer & Jagenberg in Köln.

Russische Oper Vor etwa 100 Jahren existierten wertvolle russische Opern, soweit uns heute bekannt ist, überhaupt noch nicht. Was damals in Rußland aufgeführt wurde, waren vorwiegend italienische oder in italienischer Manier komponierte Werke. Die erste Bewegung zur Schaffung einer russischen Oper ging um die Mitte des 19. Jahrhunderts von Dilettantenkreisen aus und schuf Werke, in denen das nationale Element in jeder Hinsicht betont wurde. Michael Glinka, der "Vater der russischen Oper", verarbeitete russische Volksmusik, altrussische Melodien, rhythmisierte seine Musik in typischer Art, wählte national russische Libretti, kurz, schuf die ersten echt russischen Werke, und das Material nahm er aus vorhandenen Beständen der Volkskunst. Das ahmten ein paar weniger bedeutende Musiker nach, bis die stärkere schöpferische Kraft eines Borodin, eines Musorgskij, eines Rimskij-Korssakow dem musikalischen Gehalt individuelles Ansehen gab. Im Literarischen blieb die Oper allerdings vorwiegend auf national volkstümliche Vorgänge gestellt.

Der erste von diesen Männern, der es wagte Musiker von Beruf zu werden, war Nikolaj Rimskij-Korssakow. Und so wurde er auch der erste, der es lernte das musikalische Handwerk überlegen zu beherrschen. Er war, auch im akademischen Sinn, der erste Meister unter seinen Kollegen, die in eigenartiger Weise ihr Genie mit handwerklichem Dilettantismus vereinigten. Daher erklärt sich auch, daß viele ihrer Werke von Rimskij-Korssakow bearbeitet wurden, wobei freilich manch Geniales dem Akademischen weichen mußte. Denn an Genie stand der Meister seinen weniger erfahrenen Kollegen wohl nach. Diesen echt russischen Musikern traten dann 2 Männer gegenüber, die ihr Handwerk durchaus meisterten, aber der französischen Schule nahestanden: Anton Rubinstein und Peter Tschaikowskij. Mit ihnen verschwindet schließlich die charakteristische, rein russische Oper; der Einfluß westeuropäischer Kultur wird intensiver, bis er zu dem eigenartigen, aus französischen und russischen Elementen verschmolzenen Stil Sergej Prokowjows und Igor Strawinskij führt.

In Deutschland waren vor dem Krieg von russischen Opern eigentlich nur Tschaikowskij's Eugen Oegin und Pikkame weiteren Kreisen bekannt. Es sind freilich hier und da auch einige andere Werke aufgeführt worden, auch Musorgskij's Boris Godunow; aber sie

hatten wenig Erfolg und verschwanden bald von den Bühnen. Allgemein wurde erst in den letzten Jahren vor dem Krieg das Interesse für russische Bühnenkunst sehr stark. Dafür gibt es mancherlei Gründe, es mag nicht zuletzt den großen europäischen Erfolgen des Petersburger Balletts und des Moskauer Künstlertheaters zuzuschreiben sein.

Anders lagen die Verhältnisse in Frankreich. Dort war seit der Jahrhundertwende eine ständig wachsende Anerkennung der künstlerischen Persönlichkeit Modest Mussorgskij's, besonders seiner Lieder, zu verzeichnen. In Paris errang nun der Boris Godunow, in der Bearbeitung Rimskij-Korssakow's, ungeheuren Erfolg. Damit war der russischen Oper allgemein der Zugang zu den Bühnen in aller Welt verschafft. Frankreich war Vorkämpfer, zögernd und gar nicht verständnisvoll folgte Deutschland. Dann machte der Krieg die Aufführung russischer Werke unmöglich. Schließlich fanden die ersten Aufführungen des Boris 1923 in Breslau und Berlin mit dem gleich großen Erfolg wie vor Jahren in Paris statt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Erfolg zu einem Teil auch auf die russischen Emigranten zurückführt. Nicht daß ihre Begeisterung ihn entschied; sie hatten aber seit einigen Jahren Interesse und Verständnis für russische Art hervorgerufen, und so standen die deutschen Musikfreunde kulturell weit besser vorbereitet als ehemals dem Werk gegenüber.

Boris Godunow ist heute Repertoirestück fast aller großen Bühnen Europas und Amerikas geworden. Es lag nahe auch andere russische Werke aufzuführen. Aber kein anderes Werk hat ähnlichen Erfolg gehabt. So hat Mussorgskij's komische Oper Der Jahrmarkt von Sorotschintzij, in der Bearbeitung Nikolaj Tscherepnin's /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, in 3 Jahren seit der deutschen Erstaufführung nur 4 Bühnen mit insgesamt 16 Aufführungen aufzuweisen. In der Berliner Städtischen Oper wurde das Werk im Sommer 1927 zwar sehr frisch herausgebracht, aber nach wenigen Wiederholungen wieder abgesetzt, da es kein besonderes Interesse wachrief. Ähnlich ergab es an dem selben Institut jetzt Strawinskij's Nachtigall. In beiden Fällen versagte, trotz Bemühung der Leitung, das Publikum. Auch Prokowjows Liebe zu den 3 Orangen konnte sich, trotz relativ vorzüglichen Aufführungen, zuerst in Köln, dann in der Berliner Staatsoper, nicht halten. Das besagt nichts gegen diese

Werke, die man später wieder hervorholen wird. Dabei sind diese Autoren noch als moderne Musiker Berühmtheiten, deren Uraufführungen eventuell gesellschaftliche Ereignisse bedeuten. Mit Spannung sieht man jetzt dem angekündigten König Ödipus von Strawinskij in der Berliner Staatsoper und dem Feuigen Engel Prokowjows in der Berliner Städtischen Oper entgegen. Außer den beiden bekannten Opern Tschaikowskij's Pikdame und Eugen Onegin, deren Erfolge eher auf die erstaunliche alte Liebe zu ihrem Autor als auf das in ihnen verhältnismäßig zurücktretende russische Element zurückzuführen sind, haben sonst russische Opern ein dauerndes Interesse in Deutschland noch nicht zu erwecken vermocht. Von Rimskij-Korssakow wurden in Berlin 1923 von der Großen Volksoper Die Zarenbraut und Schneeflöckchen, in der Berliner Staatsoper auch Der goldene Hahn aufgeführt, in Kiel 1926 Strawinskij's Mawra; im September 1927 erfolgte die deutsche Erstaufführung von Mussorgskij's Chowantschina. Wie diese Opern sehr bald wieder vom Spielplan abgesetzt wurden, so erging es auch Rimskij-Korssakow's Sadko und Glinka's Rustan in Antwerpen. Mit anderen Werken, die zum Teil in Rußland sehr beliebt waren, hat man bei uns gar keine oder kaum bekannt gewordene Versuche gewagt. So fehlt vor allem eine gute Aufführung von Alexander Borodins Oper Fürst Igor, deren Klavierauszug schon seit Jahren in der Edition M. P. Belajew in Leipzig vorliegt. Glinka's Leben für den Zaren würde vielleicht nur mehr historisch interessieren. Aber Das Mädchen von Pskow oder irgendeine der anderen großen repräsentativen Opern Rimskij-Korssakow's, deren Klavierauszüge bei Breitkopf & Härtel in Leipzig erschienen, sollte sich bei angemessener Darstellung doch halten können. Die angemessene Darstellung scheint freilich in Deutschland schwer zu erreichen. Ein wenig von der eigenartigen Mischung von Genie und Dilettantismus ist in fast all den rein russischen Werken, und das scheint man in Deutschland weder richtig darstellen noch vertragen zu können. Es ist schon die Mächtigkeit eines Boris Godunow nötig, um uns trotzdem zu fesseln. Die glatte, flachere Art Tschaikowskij's ist dem deutschen Publikum sympathischer. Auch an einem andern Punkt scheitern meist Darstellung und Publikumsinteresse. In all den russischen Werken spielt das Volk, die Masse eine sehr wichtige, wenn nicht gar die Hauptrolle. In Rußland konnten sich

Werke, in denen das nicht der Fall war, nur durch überragende Darstellungskunst eines einzelnen Interpreten halten; so wurde Rubinsteins Dämon nur durch Schaljapin berühmt. In Deutschland ist die Rolle der Masse ein Hindernis für den Erfolg. Unsere Chöre auf der Bühne sind steif und langweilig (zum mindesten im Vergleich zu dem, was wir von den Aufführungen des Moskauer Künstlertheaters unter Nemirowitsch-Dantschenko her kennen), und mit ihnen kann kein starker Eindruck erzielt werden. Und ebenso ist das Interesse des Publikums stärker für Individualitäten als für Massen. Eine echt russische Oper mit der Besetzung des Tristan ist undenkbar, in jeder deutschen Oper dagegen ist das Schicksal der einzelnen Hauptpersonen das interessierende Moment.

In Rußland ist die Oper durch die große soziale Umwälzung nicht vertrieben worden. Die alten beliebten Werke halten sich auf dem Spielplan. Ja, 1926 wurde in Petersburg wieder Rimskij-Korssakow's Kitesch aufgeführt; man mußte dazu einen Kapellmeister der alten Kaiserlichen Oper zurückberufen, und trotz allen Zensurhemmungen wurde diese alte religiöse Legende so stürmisch verlangt, daß man sie auf dem Repertoire halten mußte. Seitdem kann man sie auch in vielen anderen Städten wieder hören. Die neue Zeit findet ihren Ausdruck allgemein nur in der Interpretation, einen Komponisten von Rang hat sie noch nicht ersehen lassen. Die Regierung, die die Möglichkeiten einer Beeinflussung des neuen Publikums durch die Oper hoch einschätzt, hat aber zum Teil auf alte Opern neue Texte schreiben lassen. Neue Opern, zum Beispiel Für das rote Petrograd von Gladkowskij oder Spartacus von Dudkiewitsch, verwenden unbedenklich alte Melodien, Zitate aus Rimskij-Korssakow und anderen, verbleiben aber nicht lange im Spielplan. So steht heute die theatralische Formung der alten Werke im neuen Sinn im Mittelpunkt. Eine gute neue Produktion gibt es nicht.

Kurze Chronik Eine amerikanische Schallplattenfirma hatte einen Preis von 20 000 Dollars für die Vollendung von Schuberts H-Moll-Symphonie ausgesetzt. Der Genossenschaft deutscher Tonsetzer ist es gelungen eine vernünftige Änderung dieses Preisausschreibens zu erwirken. Die Preise sollen jetzt den besten eingereichten symphonischen Originalkompositionen zugeteilt werden, die modern sind und doch starke melodische Ausdruckskraft be-

sitzen. ◊ Aus Anlaß des 100. Todestags Beethovens beschloß die Stadt Berlin jährlich 10 000 Mark als *Stipendien* für ausübende Musiker in den Haushaltsplan einzusetzen, die zur Unterstützung begabter und bedürftiger Schüler von Berliner Orchesterschulen und der Dirigenten- und Kompositionsklassen der Berliner Staatlichen Hochschule für Musik dienen sollen. ◊ Das von Bernhard Sekles geleitete Hochschule Konservatorium in Frankfurt hat eine besondere *Jazzklasse* eingerichtet. In der ausführlichen Begründung dieser Maßnahme wird gesagt: »Nicht nur aus opportunistischen Gründen sondern auch aus erzieherischen kann der Jugend der gepflegte Jazz nur von Nutzen sein. Im Schaffen unserer Tage tritt immer mehr ein abstrakt-spekulatives Moment zutage. Hier kann eine von einem taktvollen Musiker vermittelte Transfusion unverbrauchten Niggerblutes wirklich nur nützen, denn eine Musik ohne jede Triebhaftigkeit verdient den Namen Musik nicht mehr.« ◊ In dem Museum des oberbayrischen Städtchens Burghausen wurde ein unbekanntes *Requiem Haydns* aufgefunden, in einer bis auf die Violastimme fertigen Abschrift. Ihre Herausgabe hat der Verlag Chr. Friedrich Vieweg in Berlin übernommen. ◊ In Schanghai wurde eine chinesische Bearbeitung der *Carmen* aufgeführt. Da das spanische Stierkämpfermilieu den Chinesen unverständlich bleiben mußte, wurde *Carmen* zu einem Wäscher mädchen, José zu einem Straßenhändler und Escamillo zu einem Schwertschlucker, der am Schluß am Verschlucken eines Schwertes stirbt. ◊ In Paris findet ein *Schönbergfest* statt. Es bringt außer Aufführungen älterer Werke die Uraufführung der neuen Suite Opus 29 für Kammerorchester. Kurz darauf wird Schönberg die erste englische Aufführung der Gurrelieder im Londoner Rundfunk dirigieren. ◊ Von anderen *Musikfesten* ist für den Sommer 1928 jetzt schon eine größere Anzahl in Aussicht genommen. In Berlin sollen vom 12. bis zum 15. Juli Festspiele der Oper und Konzerte in den staatlichen Schlössern stattfinden. In Dresden plant man eine Festwoche der Staatstheater mit der Uraufführung der *Agyptischen Helena* von Richard Strauß. In Karlsruhe wird das 75jährige Bestehen des Badischen Landestheaters im Mai gefeiert. Das 16. Deutsche Bachfest wird in Kassel im September, das 2. Deutsche Händelfest im Juni in Kiel stattfinden. Heidelberg veranstaltet für Mai ein Musikfest mit den Berliner Philharmonikern. Die Bayreuther Festspiele

sind auf die Zeit vom 19. Juli bis zum 19. August festgesetzt. Zu alledem kommen die Feste in Baden-Baden und das Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins. Das nächste Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik soll im September in Siena stattfinden. ◊ Die Gattin Max Regers hat sich entschlossen die *Briefe Regers* herauszugeben und bittet alle, die Briefe oder Karten Max Regers besitzen sollten, sich mit Else von Hase-Koehler, Sternwartenstraße 79 in Leipzig, in Verbindung zu setzen und der Genannten dann die Schriftstücke für einige Zeit zur Verfügung zu stellen. ◊ In Weimar wurde, unter dem Vorsitz eines Ministers, ein *Franz-Liszt-Bund* gegründet; der Direktor der Landesbibliothek Werner Deetjen wurde 2. Vorsitzender. ◊ In Leipzig wurde eine *Brucknergesellschaft* gegründet; ihrem Ehrenausschuß gehören Friedrich von Hausegger, Friedrich Klose, Karl Muck und Franz Schalk an. ◊ Der *Erksche Gesangverein* in Berlin feierte sein 75jähriges Bestehen. ◊ Die *Musikberatungsstelle* im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin macht es sich zur Aufgabe der Öffentlichkeit auf musikalischem Gebiet beratend zur Seite zu stehen. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf alle Fragen, die mit der musikalischen Ausbildung zusammenhängen. ◊ In Essen wurden am 1. Oktober die neuen Fachschulen für Musik, Tanz und Sprache eröffnet. Sie unterstehen der Leitung Max Fiedlers und Rudolf Schulz-Dornburgs. ◊ Als Nachfolger Karl Thiels wurde *Hans Joachim Moser* Direktor der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin. ◊ Das Ordinariat für Musikgeschichte an der Berliner Universität, das seit dem Tod Hermann Aberts verwaist war, wurde *Arnold Schering* /Halle/ übertragen, der als Musikforscher in vorderster Reihe steht. Schering hatte das Glück 1908 in Upsala die geschriebenen Stimmen des lange verloren geglaubten Weihnachtsoratoriums von Heinrich Schütz aufzufinden, das dann 1909 als Supplement zu der Spittagesamtausgabe erschien. Seit 1904 gibt er das Bachjahrbuch der Neuen Bachgesellschaft heraus.

Literatur

Es ist für ein musiktheoretisches Werk ein außerordentlich gutes Zeichen, wenn 6 Jahre nach dem Erscheinen der 2. Auflage bereits die 3. nötig wird, und *Hugo Leichtentritt* hat sicher recht getan, wenn er seine *Musikalische Formenlehre* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ in neuer Auf-

lage beträchtlich erweiterte. Der Kern des Buches ist exakte Betrachtung der vorhandenen strengen Kunstformen der Musik. Leichtentritt (dessen Art die Leser der Sozialistischen Monatshefte besonders auch aus seiner Bearbeitung dieser Rundschau in den Jahren 1908 bis 1912 kennen) ist selbst ein hochstehender schaffender Musiker, als solcher hat er Ehrfurcht und Bescheidenheit vor dem bestehenden Kunstwerk, und so verfolgt er sein Ziel: die Gestalt des vorhandenen Kunstwerks aufzudecken, mit dem Verantwortungsgefühl, das er nicht nur sich selbst sondern auch dem Werk gegenüber hat. Wenn die Formenlehre Leichtentritts nun nicht ein nur analytisches Werk geworden ist, so verdankt sie das hauptsächlich dem nach allen Seiten weit ausschauenden Blick des Autors. Leichtentritt geht den Prinzipien der alten Formen so gründlich und vielseitig nach, daß er auf primäre Dinge stößt, die zweifellos für jeden von höchstem Interesse sind, der sich mit musikalischen Formen überhaupt beschäftigen wird. Was dem Lernenden hierbei offenbart wird, kann für den Schaffenden wertvolle Anregung sein, um so mehr, als der ganze Wille unserer neuen Musik dahin geht sich eigene strenge Formen zu schaffen. Das Wichtige an dem Buch Leichtentritts ist, daß es aus der Betrachtung der von Künstlern in früherer Zeit geschaffenen Formen die theoretischen Prinzipien herauszuschälen versteht, die für die Gestaltung dieser alten Formen primäre Bedeutung haben. Und ein ganz besonderer Wert ist der, daß Leichtentritt auch strenge Werke der jüngsten Vergangenheit zur Analyse herangezogen hat. Auch der beständige Hinblick auf neuere Werke ist wertvoll; an dem uns zeitlich näherstehenden Anschauungsmaterial können wir theoretische Grundzüge in ihrem Verhältnis zur lebendigen gestalteten Kunstform eingehend prüfen. In Verbindung mit den grundlegenden Betrachtungen des 2. Teils, in dem besonders die Kapitel über Logik und Zusammenhang in der Musik und die Formen der Einstimmigkeit durch ihre interessanten originalen Gedanken auffallen, führt dieses im Grunde analytisch angelegte Werk Leichtentritts dicht an die Grenzen heran, wo jede theoretische Erörterung aufhören muß, und an ihre Stelle praktisches Schaffen des Künstlers tritt. So ist Leichtentritts Formenlehre auf der einen Seite ein Buch zum Lernen, auf der andern eine ganz seltene Anregung für den nach strenger Form suchenden Künstler.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Ibsendrama Werner Krauß als Peer Gynt ist ein nicht alltägliches Ereignis. So ist diese Rolle wohl noch nie gegeben worden. An ihn reichte niemand heran, seine Kunst ist Gnade. Vergleichbar ist ihm nur noch Käthe Dorsch. Diese ganze *Peer-Gynt*-Aufführung im Deutschen Theater in Berlin war eigentlich zur ein wunderbarer großer Monolog Werner Krauß', ohne daß man dabei den Eindruck einer "Starleistung" hatte. Erfüllt bis in die Fingerspitzen von seiner Aufgabe, beherrscht Krauß immer überlegen den Raum durch Wort und Geste, eine immer spürbare Kraft. Er bringt uns den Peer Gynt, den wir sonst bis zur Unerträglichkeit verkleinert sahen (dieses Schauspiel ist heute noch das Zugstück sämtlicher Provinzbühnen, weil die Musik so "schön" ist!), in eine wirklich greifbare und bedeutungsvolle Nähe, als einen Menschen, dessen Dasein auch für uns Gültigkeit hat. Träumer und Kind bleibt er sein ganzes Leben hindurch, aber nicht ein biederer Naturbursche, als der er sonst immer zu sehen ist; daß Krauß den Peer Gynt als einen geistigen Menschen gibt, vertieft die Tragik der Figur, ist die einzige uns heute erträgliche Darstellungsweise. Die gefährlichen Afrika-szenen rettet er durch eine überlegene heitere Ironie, der Ulk hat einen ersten Hintergrund, je spielerischer die Dinge genommen werden, desto furchtbarer sind sie. Die Irrenhausszene war nie so grausig. Überwältigend gestaltet er aber den Tod der Mutter und die Rückkehr zu Solveig, die innersten Gefühle treffend. Wunderbar auch Frida Richard als Aase, zart Johanna Hofer als Solveig, Erwin Faber als Passagier und Knopfgießer scharf und eindringlich. Die Regie Berthold Viertel brachte ein frisches dauerndes Tempo in die Aufführung; die Musik nur angedeutet, wodurch die Einheitlichkeit des Spiels besser als sonst meist gewahrt wurde.

Modernes Vor- Frank Wedekinds *Schloß*
stückerdrama *Wetterstein* ist eines von den Stücken, die vielleicht notwendigerweise einmal geschrieben werden mußten, die aber heute schon ihre Bedeutung verloren haben. Ein Fall, wie er hier demonstriert wird, ist eine reichlich künstliche Konstruktion und verdient sein Interesse nur in der Opposition gegen die unechte und arrogante Moral der bürgerlichen Gesellschaft. Das Verdienst einer der wenigen gewesen zu

sein, die die Scheinkultur der jüngst vergangenen Epoche erkannt haben, und die mit allen Kräften Sturm dagegen liefen, kann man Wedekind niemals absprechen. Er hat den banalen und kleintlichen Lebensstil einer satten und selbstgefälligen Bürgerlichkeit aufs gründlichste entlarvt und damit neuen Werten, neuen Menschen, neuem Leben den Weg gebahnt. Er gab den Anstoß, wir schätzen ihn drum, aber wir gehen weiter, müssen weiter gehen. Diese Dinge, die es da in dem Schauspiel gibt, beschäftigen uns heute nicht mehr. Daß sie einen gewissen Reiz ausüben, liegt an den exotischen Vorgängen des Stücks und an der radikalen Durchführung des Themas. Die Aufführung im Theater in der Königgrätzer Straße in Berlin, unter der Regie Victor Barnowskys, konnte uns diese unmittelbare Beziehung zu der Dichtung auch nicht verschaffen. Sie war sauber und gut abgestimmt, aber nicht besonders eindringlich. In Paul Bildt als Rüdiger von Wetterstein entdeckt man immer wieder seine vielseitige große mimische Begabung; hierin ist er Werner Krauß am verwandtesten. Pamela Wedekind brachte für die Effie die nötige Schärfe und den Intellekt auf, sonst war ihre Darstellung ziemlich spröde. Fritz Kortner, der am gleichen Abend stets im Staatsschauspielhaus den Scheilock spielte (seine Gestaltung des Scheilock, die dem ganzen Stück vom Kaufmann von Venedig eine grundsätzlich neue, vielleicht zum erstenmal die richtige Bedeutung gab, soll in dieser Rundschau ein andermal, bei einer Betrachtung der Leistung der Berliner Staatstheater überhaupt, gewürdigt werden), bestätigte als Tschamper das Phänomen seiner zurzeit auf der deutschen Bühne einzigartigen Kraft der Erfassung und Darstellung. Große Phantasie zeigte wieder der Bühnenmaler Caspar Neher, der leider jetzt nur noch als Gast in Berlin tätig ist.

Piscatorbühne Die erste *Studio*veranstaltung der Piscatorbühne am 8. Januar hinterließ keinen hervorragenden Eindruck. Nach den prinzipiellen Bemerkungen über Ziel und Aufgabe eines Studios, die Erwin Piscator am Tag vorher im Berliner Tageblatt veröffentlicht hatte, durfte man auf mehr, auf die wirklich künstlerische Arbeit dieser Bühne gefaßt sein. Piscator hatte zwar seine eigenen Bedenken gegen das Schauspiel Franz Jungs Heimweh, das als Eröffnungsstück erkoren war, in diesen Erklärungen ge-

äußert; aber er hätte ja das Stück nicht zu bringen brauchen. Versagt hat vor allem die szenische Gestaltung, die schließlich bei einem Studio nicht ganz unwichtig ist; damit wäre schon etwas zu beweisen gewesen. Die Verantwortung trägt trotz der Regie Leonhard Steckels natürlich Piscator selbst. Das Stück Jungs ist im ganzen dürftig; einige hübsche Stimmungsmomente sind freilich drin, so das Gespräch der beiden Frauen. Aber es war kümmerlich das Piscatorische Inszenierungssystem (das als System allmählich sich als unzulänglich erweist, jetzt schon starr zu werden beginnt) einfach auf eine Sache zu übertragen, auf die es jedenfalls nicht im mindesten paßt. Was gab es Neues in dieser Aufführung? Das war Normalregie, zweifach erprobt, Plakatierung um jeden Preis. Politik, Propaganda, Aufklärung sind freilich die wirklich wichtigen und richtigen Sachen. Aber was wird hier denn aufgeklärt? Wo wird hier das Richtige propagiert? Und gerade darum: Wo bleibt hier die Kunst? Bisher sahen wir nur eine Propaganda, die schon darum nie zur Kunst führen konnte, weil sie selber verfehlt war, weil die Dinge selber nicht begriffen waren, also auch nicht gestaltet werden konnten. Wenn nun auch das Studio versagt? Von 3 Schauspielern wissen wir auch sonst, daß sie etwas darzustellen haben: Renée Stobrawa (diesmal die beste), Leonhard Steckel und Karl Hannemann. Wir müssen also bei Piscator weiter warten. Sollen wir zu fürchten beginnen, daß wir ganz vergeblich warten?

Oldenburg Es ist immer wieder erstaunlich, wenn man eine Theateraufführung in der Provinz sieht, mit wie wenigen Mitteln dort oft hervorragende Kunst geschaffen wird. Eine Aufführung des *Schinderhannes* von Carl Zuckmayer am Oldenburger Landestheater (von dessen Arbeit schon in dieser Rundschau, 1927 II Seite 1047, einmal die Rede war) unter der Regie des Intendanten Hellmuth Götze könnte es mit jeder Berliner Aufführung aufnehmen. Die erschwerte Situation, die zu einer außerordentlich präzisen und schnellen Arbeitsweise zwingt, scheint sich besonders produktiv auf die Phantasie und Leistungsfähigkeit auszuwirken; wenn man auf das Urteil des anwesenden Dichters etwas geben darf, war die Aufführung in Oldenburg die beste und einheitlichste, die das Stück überhaupt gefunden hat. Die Regie Götzes bewältigte den nicht ganz leichten

szensischen Apparat in einer vorbildlichen Weise und verstand es vor allem das Tempo über das theatralisch sehr starke 4. Bild hinaus bis zur letzten Szene durch zu steigern. In dem Schauspieler Walther Süßenguth, der den Schinderhannes spielte, besitzt das Theater eine außerordentlich große Schauspielerkraft, der wir bald auch in Berlin begegnen dürften. Für das Julchen fand Margarete Rie echte mütterliche Töne. Einen besondern Eindruck hinterließ auch Alfred Noller, dem es gelang gleich 3 verschiedene Rollen in feinsten Charakteristik zu zeichnen.

Kurze Chronik Eine ganz neue und sehr bemerkenswerte Entwicklung nimmt das *Opernwesen Berlins*. Die Staatsoper hat jetzt 2 von einander getrennte Ensembles: das alte, zum Teil auf hohem Niveau stehende, unter Erich Kleiber und Leo Blech, das nach der Wiedereröffnung des alten Opernhauses Unter den Linden nur dort spielen wird, und ein von Otto Klemperer neu zusammengestelltes, das sich bisher, aus mißverständlicher Ablehnung des "Starprinzips", nur auf einer mittlern Höhe hält und wahrscheinlich erst durch Hinzuziehung neuer lebendiger Kräfte aus einem von außen gehandhabten Mechanismus zu einem selbstschaffenden Organismus kollektiver Kunst werden kann. Neben beiden arbeitet in der Städtischen Oper das Ensemble Bruno Walters. Alle 3 Opernbühnen versuchen durch Neueinstudierungen dem sonst sich müde hinschleppenden Opernrepertoire frisches Blut einzupumpfen. Entscheidend werden die neuen Werke sein, die vorläufig allerdings zum größten Teil nur angekündigt sind. Jedenfalls verspricht die Arbeit der Berliner Opernhäuser, die seit dem Ende der Großen Volksoper (die durch ihre beständig auf das Neue gerichtete Arbeit sich so große Verdienste erwarb, aber gerade darin nicht den genügenden Boden im Publikum fand, daher, zum Schaden der Opernkunst, nach ganz kurzer Zeit wieder einging) ziemlich stagnierte, nun wieder ordentlich in Fluß zu kommen. Man kann also dieser Entwicklung mit größten Erwartungen entgegensehen. ◊ Unter dem Namen Die Spielbühne haben Reinhard Goering, Gerhart Scherler (der Bearbeiter dieser Rundschau) und Karl Vogt eine neue *Versuchsbühne* in Berlin gegründet. Die erste ihrer Aufführungen soll Anfang Februar stattfinden. Die 3 genannten Leiter wenden sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem sie »Schauspieler und Laien, die aktiv oder passiv sich an dieser Spielbühne beteiligen wollen«, sich bei Gerhart Scherler zu melden bitten. »Auf dem Theater soll und muß wieder gespielt werden.« Auch einen Sprechchor will die Spielbühne bilden. <> Eine *Gymnasiastenaufführung*, die in Berlin veranstaltet wurde, war bemerkenswert. Schüler des Friedenauer Gymnasiums, in Zusammenarbeit mit einem Lehrer und 2 Studenten, führten einen Hymnus mit Sprechchören auf: Der Lobgesang von Bruno Goetz. Das Ganze war als kultischer Vorgang gedacht, mystische Vermählung von Mensch und Gottheit im Opfer darstellend. Das Wichtige an dieser Aufführung war, daß durch die bloße Hingabe der jungen Menschen an das Werk ein Eindruck zustande kam, der reifer Kunst nicht immer gelingt. ◊ Der künstlerische Direktor der *Berliner Volksbühne* Fritz Holl ist aus seinem Amt ausgeschieden; als Gastregisseur wird er aber auch noch weiter an dieser Bühne mitwirken. Die Leitung hat der Geschäftsführende Direktor der Volksbühne Heinrich Neft übernommen. Die hervorragenden Verdienste Nefts um die stete Aufwärtsentwicklung der Neuen Freien Volksbühne und später der vereinigten beiden Volksbühnen sind nicht zu bezweifeln. Wie er sich in der künstlerischen Leitung bewähren wird, bleibt abzuwarten.

Literatur Die bereits in 2. Auflage vorliegende Schrift des Leipziger Professors *Levin L. Schücking* Die Charakterprobleme bei Shakespeare, eine Einführung in das Verständnis des Dramatikers /Leipzig, Bernhard Tauchnitz/ ist ein tiefeschürfendes Werk, das kein Literarhistoriker und auch kein Theaterfachmann ungelesen lassen sollte. Die Aufschlüsse, die das Buch über die Charaktere bei Shakespeare (Hamlet, Troilus usw.) gibt, bieten eine vortreffliche Einführung in die Welt Shakespeares und das Theater seiner Zeit. ◊ Ein durchaus nicht unwichtiges Problem des Theaterrechts wird vom Referendar *Kurt Ribbecke* in einer Tübinger Dissertation Der Theaterbesuchsvertrag behandelt. Die Schrift, die in erster Linie eine rein wissenschaftliche Untersuchung ist, hat nicht nur für den Theaterrechtler sondern auch für den Theaterunternehmer eine besondere Bedeutung und ist auch für den Theaterbesucher von Interesse, da sie über die mannigfachen Beziehungen, die Rechte und Pflichten, die sich aus einem Theaterbesuch ergeben, informiert.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Schweinepreis-
prognose

Kein anderer Wirtschaftszweig hat mit so vielen Überraschungen zu rechnen und ist so mit Risiko belastet wie die Landwirtschaft. Einmal sind es die natürlichen Verhältnisse, besonders das Wetter, die einen großen Teil der Ernte vernichten und dadurch den Landwirt um seinen Verdienst bringen können. Ist ihm aber das Wetter günstig, und erzielt er eine gute Ernte, so ist es immer noch möglich, daß die Preise für seine Produkte fallen, und er von dieser Seite her in seinem Verdienst geschmälert wird. Ähnlich liegen die Dinge bei den Preisen für Vieh und Vieherzeugnisse. Da der Landwirt fast durchweg bereits ein Jahr oder noch länger vor dem Verkauf seine Dispositionen für die Produktion treffen muß, sind diese enormen Schwankungen der Preisgestaltung, auf die der einzelne so gut wie keinen Einfluß hat, und die er auch nur in den seltensten Fällen voraussehen kann, außerordentlich schädlich. Preisveränderungen, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, wo zum Beispiel eine Tonne Roggen im November 1925 145 Mark, im Juni 1927 280 Mark, wo Schweine im September 1925 90 Mark, im Mai 1927 55 Mark per Zentner Lebendgewicht kosteten, führen jede Kalkulation und jede Überlegung, ob extensiv oder intensiv gewirtschaftet, oder ob mehr oder weniger Vieh gehalten werden soll, ad absurdum. Es ist daher, solange die Preise der Agrarprodukte nicht durch staatliche Maßnahmen stabilisiert sind, für den einzelnen Landwirt von größter Bedeutung die Faktoren, die die Preisentwicklung der einzelnen Produkte bestimmen, nach Möglichkeit zu erkennen und so wenigstens ungefähr die Preise vor auszusehen, die er dann erhält, wenn er seine Produkte auf den Markt bringt. Einen bahnbrechenden Versuch in dieser Richtung unternahm Arthur Hanau in seiner ausgezeichneten Arbeit Die Prognose der Schweinepreise, die als 2. Sonderheft der Vierteljahrshäfte zur Konjunkturforschung /Berlin, Reimar Hobbing/ erschien. Es war schon lange bekannt, daß die Schweinepreise der Vorkriegszeit ziemlich regelmäßige zyklische Bewegungen aufweisen. Auf ungefähr 2 Jahre mit hohen Preisen folgten 2 Jahre mit niederen Preisen, die dann wieder von 2 Jahren mit hohen Preisen abgelöst wurden. Hanau hat nun diese Preiskurve für die

14 letzten Vorkriegsjahre nach den von der Harvarduniversität aufgestellten Methoden untersucht und zerlegt. Das Hauptproblem hierbei bildete die Herauserschälung und kausale Erforschung der reinen Konjunkturbewegung der Schweinepreise, zu deren Freilegung jedoch zuerst die Berechnung und Ausschaltung der langfristigen Entwicklungstendenz und der Saisonschwankungen nötig war. Die Untersuchung der ersten ergab ein langsames, aber stetiges Ansteigen der Schweinepreise vor dem Krieg. Im Durchschnitt betrug diese Verteuerung jährlich 1,87 Mark für einen Zentner Lebendgewicht. Die jährlich wiederkehrenden Saisonschwankungen, deren Errechnung nach Ausschaltung der säkularen Bewegung aus der Preiskurve vorgenommen werden konnte, zeigten, daß die Preise im Herbst am höchsten stehen, dann um Weihnachten bis zum Juni etwas absinken, um dann wieder auf ihren herbstlichen Höchststand zu steigen. Das Ausmaß dieser Saisonschwankungen beträgt etwa 14%. Hervorgerufen wird diese Bewegung durch den verschiedenen starken Fleischkonsum im Sommer und Winter, durch das Einschlagen und die Herstellung von Dauerwaren einerseits und durch ein in den einzelnen Jahreszeiten verschieden starkes Angebot an Schweinen auf der andern Seite. Nach Ausschaltung der Saisonschwankungen ergibt sich die reine Konjunkturkurve der Schweinepreise. Da hier alle die eben genannten Einflüsse wegfallen, zeigt sich in noch reinerer Form die regelmäßige zyklische Bewegung der Preise. Die Konjunkturschwankungen der Schweinepreise betragen 40 bis 60%. Hanau fand nun, daß die Schweine-Futter-Preisrelation, das heißt das Verhältnis der Schweinepreise zu einem Futtereinheitspreis, in dem Gerste- und Kartoffelpreise zusammengefaßt sind, den größten Einfluß auf die Bewegung dieser Kurve hat. Die Schweinepreise folgen den Veränderungen der Schweine-Futter-Preisrelation in Abständen von 18 Monaten. Diese zeitliche Verschiebung erklärt sich dadurch, daß die Landwirte, wenn das Verhältnis der Schweinepreise zu den Futterpreisen günstig ist, nach 2 bis 3 Monaten, das heißt, wenn sie annehmen, daß diese Preisrelation auch weiterhin günstig bleiben wird, Muttersauen ansetzen, deren Ferkel dann nach zirka 15 Monaten als Mastschweine auf den Markt kommen. Die Landwirte bedenken dabei jedoch nicht, daß 1½ Jahre nach dieser

günstigen Preisrelation sich die Schweinepreise durch das von ihnen selbst hervorgerufene stärkere Angebot stark abwärts bewegen müssen. Umgekehrt veranlaßt eine schlechte Preisrelation die Landwirte ihren Schweinebestand zu verringern, was dann ebenfalls nach 18 Monaten eine starke Preissteigerung auf dem Schweinemarkt hervorruft. Neben dieser Preisrelation hat Hanau zu seiner Preisvorhersage noch die Bewegung der Futtereinheitspreise und die Bewegungstendenz des Muttersauenbestands herangezogen. Insbesondere diese stellt eine gewisse Versicherung für die Richtigkeit der Preisprognose dar. Einer Zunahme des Muttersauenbestands (in % des Vorjahrs ausgedrückt) folgt im nächsten Jahr ein Sinken der Preise; nimmt der Muttersauenbestand jedoch ab, so steigen die Preise im nächsten Jahr. Alle diese 3 Faktoren faßt Hanau in einer komplizierten mathematischen Prognosenformel zusammen. Die für die Vorkriegszeit auf diese Art vorhergesagten Preise zeigen eine geradezu verblüffende Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Verlauf der Preise. In der Nachkriegszeit stimmen die vorhergesagten und die wirklichen Preise, was ja bei den vollständig veränderten Verhältnissen nicht anders zu erwarten ist, nicht so gut überein. Immerhin geht die Tendenz der vorhergesagten und der wirklichen Preise parallel. Die für dieses Jahr vorausgesagte Baisse ist, obwohl die Schweineschlachtungen im 2. Vierteljahr 1927 um 38 % höher waren als zur selben Zeit des Vorjahrs, nicht so stark gewesen wie Hanau sie berechnet hat. Dieser geringere Preisfall ist wohl der Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland zuzuschreiben.

Nach Hanaus Methode ist es möglich die Schweinepreise für etwa ein Jahr vorauszusagen. Da bis jetzt Viehzählungen nur am 1. Dezember vorgenommen werden, kann die Prognose nur im Januar aufgestellt werden. Es wäre jedoch außerordentlich wichtig, wenn die Landwirtschaft im Herbst nach der Kartoffelernte die im nächsten Jahr zu erwartende Preisbewegung wissen könnte. Dazu wäre eine 2. Schweinezählung etwa am 1. August erwünscht.

Die Vorhersage der Schweinepreise kann natürlich nur so lange richtig bleiben, als die Landwirtschaft trotz Veröffentlichung der Arbeit Hanaus an ihren alten Mastgewohnheiten festhält. Wenn die Anzahl derjenigen Landwirte, die sich in ihrer Schweinehaltung nach Hanaus Prognose richten und ihre Schweine

so mästen, daß sie sie zu Zeiten der hohen Preise auf den Markt bringen, sehr groß wird, muß natürlich durch die Ausgleichung des Schweineangebots die zyklische Bewegung der Schweinepreise abflauen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist aber vorläufig gering, denn von 3,2 Millionen schweinehaltenden landwirtschaftlichen Betrieben (ganz abgesehen von der nicht unbeträchtlichen Schweinehaltung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung) entfallen 93 % auf Kleinbetriebe mit einer Größe bis zu 20 Hektar. Welche Schwierigkeiten die Aufklärung dieser 3 Millionen Kleinlandwirte in jeder Beziehung macht, ist zur Genüge bekannt. Es ist daher, trotz Hanaus Analyse der Schweinepreisbildung, solange nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden, kaum anzunehmen, daß die Schweinepreise, deren Stabilisierung im Interesse der Erzeuger und Verbraucher dringend zu wünschen wäre, in den nächsten Jahren weniger schwanken werden als vor dem Krieg.

Zuckervereinbarungen

Der Krieg hat auf dem Gebiet der internationalen Zuckerwirtschaft vor allem 2 bedeutungsvolle Umwälzungen gebracht: einmal die Verschiebung des Schweregewichts der Produktion vom europäischen Rübenzucker zum überseeischen Rohrzucker und dann die Aufhebung der 1902 geschlossenen Brüsseler Zuckerkonvention, die eine allgemeine Beschränkung des Zuckersolls und die Abschaffung der bis dahin in den europäischen Zuckerexportländern gewährten Zuckerausfuhrprämien bewirkt hatte. Nachdem der starke Rückgang der europäischen Zuckerproduktion während und infolge des Krieges durch überseeische Mehrerzeugung ausgeglichen worden war, nahm in den letzten Jahren die europäische Zuckererzeugung wieder so stark zu, daß der Export auch für die europäischen Hauptproduktionsländer Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei erneut steigende Bedeutung gewann. Zur Forcierung dieses Zuckerexports auf den mit Zucker überladenen Weltmarkt bildete sich dabei wieder eine Unterstützung der Zuckerausfuhr heraus, die dem Exportprämienystem der Zeit vor der Brüsseler Zuckerkonvention im Prinzip sehr ähnlich ist. Die mit dem wachsenden Angebot zeitweise verbundene, besonders für die großen Zuckerexportländer Cuba und Java unbefriedigende Preisentwicklung führte in Cuba bereits vor 2 Jahren zu einem Valorisationsversuch durch Produktionseinschränkung. Wenn diese

Valorisation auch vollen Erfolg hatte, so war es doch von Anfang an klar, daß eine dauernde Gesundung der Weltzuckerwirtschaft nur durch internationale, in ihrer Wirkung den Brüsseler Abmachungen ähnliche Vereinbarungen herbeigeführt werden könne. Den Anfang hierzu bilden die Vereinbarungen, die zwischen den Vertretern der europäischen Zuckereportländer Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei und den Rohrzuckerinteressenten Cubas, allerdings nur für 1 Jahr, in Paris, Amsterdam und Berlin getroffen wurden. Nach den sehr spärlichen Nachrichten über die Ergebnisse der Besprechungen werden die Cubaner ihre Zuckererzeugung auf 4 Millionen Tonnen im Jahr, das heißt um zirka 15 %, beschränken, während sich die Vertreter der europäischen Zuckerindustrie verpflichtet haben ihren Export nicht weiter auszudehnen. Wenn die Wirksamkeit dieser Konvention auch noch von manchen bezweifelt wird, da große Produktionsländer ihr nicht beigetreten sind, so kann sie doch als erster Schritt zur internationalen Zuckerverständigung angesehen werden. Die Abmachungen wurden unter dem Leitgedanken der Anpassung der Zuckerproduktion an den Verbrauch getroffen, das heißt, sie sollen, da der Zuckerkonsum keine feststehende Größe ist, in dieser Form nicht für die Dauer gelten sondern je nach der Entwicklung des in den einzelnen Ländern der Welt noch außerordentlich steigerungsfähigen Zuckerverbrauchs abgeändert werden. Für die deutsche Land- und Volkswirtschaft kann diese und können aus ihr entstehende weitere ähnliche Vereinbarungen von Nutzen werden, wenn sie nicht zu einer Einschränkung des für die Landwirtschaft so förderlichen Rübenbaus sondern zu einer Steigerung des deutschen Zuckerverbrauchs führen. Gegen eine Verminderung der Rübenbaufläche würde die rübenbauende Landwirtschaft mit Recht energisch protestieren, denn es ist im Interesse der landwirtschaftlichen Intensivierung wünschenswert, daß der Rübenanbau allmählich weiter ausgedehnt wird. Für den Absatz einer steigenden Zuckererzeugung kann jedoch, da die Ausfuhr beschränkt ist und vermutlich auch bleiben wird, nur der Inlandsmarkt in Frage kommen. Daß der deutsche Zuckerverbrauch noch stark gesteigert werden kann, zeigt allein schon die Tatsache, daß pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland viel weniger Zucker verbraucht wird als in fast allen europäischen Ländern. Die mit der steigenden Produktion verbundene bessere Aus-

nutzung der Zuckerfabriken und vor allem der Wegfall der großen Exportverluste, die bisher auf den deutschen Zuckerpreis draufgeschlagen wurden, werden auch eine Zuckerpreissenkung ermöglichen, die immer der beste Anreiz zu steigendem Zuckerkonsum gewesen ist.

Jüdische Agrararbeit

Bereits vor dem Krieg war in Rußland ein nicht unbeträchtlicher Teil der jüdischen Bevölkerung in Handwerk und Landwirtschaft tätig. Durch die russischen Umwälzungen ist nicht nur die jüdische Händlerschaft aus ihrem Beruf herausgerissen, sondern überhaupt alle nicht werktätigen Juden sind ihrer bürgerlichen Rechte beraubt worden, denn diese sind mit dem Beruf des Arbeiters, Bauern oder Handwerkers verbunden. Man nimmt an, daß zirka 1 Million Juden auf diese Art deklassiert worden sind. Sie sind, wenn sie nicht untergehen wollen, gezwungen eine neue Existenz als Arbeiter, Bauer oder Handwerker zu gründen; denn auch die Auswanderung, früher das große Ventil, ist heute nur in ganz geringem Umfang möglich. Den meisten dieser verarmten Menschen wäre die Ergriffung eines bäuerlichen oder handwerklichen Berufs kaum möglich, wenn sie nicht durch Hilfe von außen, in erster Linie durch die Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden, Ort genannt, die bereits seit 50 Jahren in Rußland kolonisationsartig wirkt, tatkräftig unterstützt würden (siehe über diese Gesellschaft den Artikel Seligmanns Eine produktive Aufgabe, 1921 II Seite 883 und folgende). In der ganzen Welt, besonders in Amerika, wurden und werden Gelder für diese jüdische Aufbauarbeit in Rußland gesammelt. Es ist ein Plan aufgestellt worden, nach dem von 1922 bis 1930 100 000 jüdische Familien angesiedelt werden sollen. Tatsächlich ist es in den letzten beiden Jahren gelungen zirka 23 000 Familien anzusiedeln. Wenn man diese Zahlen mit den kümmerlichen Ergebnissen der deutschen Innenkolonisation, der es kaum gelingt jährlich 2000 Neusiedler aufs Land zu bringen, vergleicht, so erkennt man erst die Bedeutung dieses Siedlungswerks. In erster Linie ist dieser Erfolg wohl der klugen Ansiedlungsorganisation zuzuschreiben. Die Ort verteilt grundsätzlich keine Almosen sondern wacht über die produktive Verwendung ihrer Darlehen. Die Juden werden dort angesiedelt, wo die einheimische Bevölkerung keinen Anspruch auf das Land erhebt, und den Juden von

ihrer Organisation zur Verfügung gestellte Maschinen, Saatgut usw. werden von diesen auch den umliegenden nicht-jüdischen Landwirten zur Mitbenutzung überlassen oder mit diesen geteilt. Diese weitsichtigen Maßnahmen haben nicht nur die Entstehung antisemitischer Bewegungen verhindert sondern auch zur vollen Anerkennung der jüdischen durch die nichtjüdischen Bauern geführt. Auf diese Art trägt die jüdische Kolonisation, die unter fachmännischer Leitung eines Russischamerikaners, der amerikanische Agrartechnik nach Rußland bringt, durchgeführt wird, auch zur Hebung der russischen Landwirtschaft bei.

Kurze Chronik Zur Förderung der *Leistungszucht* hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ein Deutsches Rinderleistungsbuch angelegt, in das nur höchstqualifizierte Rinder mit einer Fettproduktion im Alter von 3 Jahren von mindestens 250 Kilo aufgenommen werden können. In dieses Buch wurden nun die beiden ersten Kühe, die Kuh Aurikel mit einer Jahresleistung von 9020 Kilo Milch und 395,6 Kilo Fett, und die Kuh Fanny mit 9438 Kilo Milch und 376,3 Kilo Fett, beide aus Ostpreußen, eingetragen. ◊ In Ebstorf im Kreis Uelzen ist nach dem Muster der Lehrwirtschaft Ruhlsdorf bei Berlin eine neue *Lehrwirtschaft für Schweinezucht* eingerichtet worden. Es ist zu hoffen, daß auch diese neue Anstalt so viel zur Hebung der Schweinezucht und zur Verbreitung rationeller Mastmethoden beitragen wird, wie es die Ruhlsdorfer, besonders durch ihre Kurse, bisher schon getan hat. ◊ Der durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Landarbeitslehre bekannte Göttinger Betriebswissenschaftler Wilhelm Seedorf wurde zum Mitglied der Technischen Kommission für die wissenschaftliche Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit am *Internationalen Landwirtschaftsinstitut* in Rom gewählt. Ein anderer namhafter Landarbeitsforscher Georg Derlitzki-Pommritz, wurde Ständiges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Internationalen Landwirtschaftsinstituts. Beide Ernennungen sind von besonderem Wert für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landarbeitsforschung. ◊ Der *Reichslandbund* hielt am 7. November 1927 in Berlin eine Führertagung ab. Im Vordergrund der Diskussion standen politische Fragen. Es wurden verschiedene Referate über den künftigen Ausbau des Reichs und die Weiterentwicklung der Verfassung gehalten, in denen

sich die Redner und der Reichslandbund zum Einheitsstaat bekannten. Im Anschluß daran sprach der Präsident Hepp über landwirtschaftliche Verschuldung und die Lage der Landwirtschaft. ◊ Der Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin *Kurt Ritter* wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Literatur

Die von der Carnegiestiftung herausgegebene große *Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges*, von der mehrere wertvolle Bände bereits in den verschiedenen Rundschau hier angezeigt wurden, brachte jetzt in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart, in der ihre deutschen Publikationen erscheinen, 2 Bände über Agrar- und Ernährungsfragen in *Deutschland* heraus, die sich in ausgezeichneter Weise ergänzen: Friedrich Aereboe *Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland* und August Skalweit *Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft*. Skalweit behandelt vor allem die öffentlichen Maßnahmen der Kriegswirtschaft, ihre Organisationsprobleme und die Schwierigkeiten der deutschen Nahrungsmittelversorgung bis zum Ende des Krieges, während Aereboe nach einleitenden Ausführungen über die Struktur der deutschen Landwirtschaft die betriebswirtschaftlichen Einwirkungen dieser Maßnahmen auf die landwirtschaftliche Produktion einer sehr scharfen Kritik unterzieht, ohne die enormen Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft zu verkennen. Das völlige Versagen der Ernährungsorganisation, die immer wieder die Produktion lähmende falsche Höchstpreisfestsetzung und die systemlosen Versuche der Zwangsbewirtschaftung sind noch nirgends in so guter Zusammenfassung dargestellt worden. Auch die direkten und indirekten Nachwirkungen des Krieges werden besprochen. ◊ Über die Landwirtschaft in *Frankreich* während des Krieges unterrichtet ein Band in englischer Sprache, der 2 Arbeiten enthält: Michel Augé-Laribé *Agriculture* und Pierre Pinot *Food Supply* /New Haven, Yale University Press/. Außerdem erschien in französischer Sprache *Les bois d'oeuvre pendant la guerre*, vom General Chevalier /Paris, Les Presses Universitaires de France/. In Frankreich sind teilweise die selben Fehler gemacht worden wie bei uns: sie haben aber dort nicht so katastrophal auf die Ernährung wirken können, weil Frankreich nie von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten war.

Außenkolonisation / Herman KranoldIndische Milch-
wirtschaft

In einem Gutachten des Professors B. S. Patel von der Landwirtschaftlichen Hochschule in der Präsidentschaft Bombay, abgedruckt im 2. Band des 1. Teils der Protokolle der Kommission über Landwirtschaft in Indien /London, H. M. Stationary Office/, wird über die Viehzucht in der Präsidentschaft Bombay, deren größerer Teil unter direkter britischindischer Kolonialverwaltung steht, während der kleinere Teil auf eine ziemlich große Anzahl starker selbständiger indischer Staaten entfällt, ausführlich berichtet. Die hier folgenden Darlegungen folgen hauptsächlich diesem Gutachten, ziehen aber die Verhandlungsergebnisse des 1. und 2. Bandes, auch soweit andere Auskunftspersonen dabei in Frage kommen, zur Ergänzung mit heran.

Das große Problem der indischen Rindviehzucht ist: eine Rasse Rinder zu züchten, die sich gleichzeitig für Arbeit und für Milchproduktion eignet. Bisher dienen die Rinder (das Wort im europäischen Sinn verstanden, wenn es sich auch um andere Rassen, indischen Ursprungs, handelt) nur zur Arbeit. Die Produktion tierischen Düngers fällt für die Landwirtschaft kaum ins Gewicht. Das hat seinen Grund einmal darin, daß das Rindvieh meist auf Rainen und Wegen geweidet, dagegen weder im Stall gefüttert noch auf Feldern oder Wiesen zum Weidegang zugelassen wird; dann aber darin, daß die Exkremente der Kühe, wie im größten Teil des Orients alle tierischen Exkremente, vorwiegend als Brennstoff benutzt werden; nicht nur wegen des vielfach gerade auch in Indien bestehenden großen Mangels an Brennholz sondern auch, weil der Kuhdung ohne Rauchentwicklung brennt, während Holzfeuer raucht und angeblich den Speisen beim Kochen einen unerwünschten Beigeschmack gibt. Daher besteht Düngung im größten Teil der indischen Landwirtschaft, wo sie überhaupt vorkommt, nur in Verwendung von menschlichen Exkrementen, tierischen Knochen oder Gründüngung. Die allgemeine Anwendung tierischen Düngs wäre aber für die indische Landwirtschaft ein entscheidender Fortschritt. Beim Baumwollbau zum Beispiel steigt nach Patel der Ertrag durch Düngung mit Kuhmist um 100 %. Dabei sind allerdings stallgefütterte Kühe, die Kraftfutter als Zuschuß zum Gras erhalten, vorausgesetzt. Stallfütterung und

Kraftfutterzusatz zum Futter sind aber bisher so gut wie unbekannt. Auch die Milchproduktion ist Nebensache und wird hauptsächlich von den Büffelkühen geleistet, während die Büffel (Zebus) wieder zur Arbeit wenig geeignet sind. Ein Grund hierfür liegt darin, daß den Hindus ihre religiösen Anschauungen das Kastrieren des Viehs verbieten; ohne diesen Eingriff sind aber die riesigen Büffel und die Stiere des Rindviehs zum Arbeiten unbrauchbar; nur die eigentlichen Kühe und sonst nur noch besonders schwächliche Stiere sind auch ohne Kastration als Zugtiere verwendbar. Die selben Gründe und der Umstand, daß die Rinderbullen, da sie unwirtschaftlich sind und deshalb nicht gefüttert werden, nicht eingesperrt gehalten werden dürfen, damit sie sich im Freien Futter suchen können, führen in Verbindung mit der Tatsache, daß es in den meisten Teilen Indiens eingezäuntes Grasland kaum gibt, zu völlig ungeordneten Paarungen der Rinder, die für die Qualität der Rasse ebenso verderblich sind wie die weitere Tatsache, daß, ebenfalls in Konsequenz dieser Anschauungen, keine Rinder getötet werden dürfen, also weder überalterte Bullen noch für die Fortpflanzung unerwünschte Stierkälber auf diesem Weg vom Decken ausgeschlossen werden können. Die Folge ist eine fortschreitende Degeneration der einheimischen Rinder- und Zeburassen. Nun sind zwar die religiösen Motive im Schwinden, aber doch nur sehr langsam. Solange man mit ihnen rechnen muß (und die agrartechnisch fortschrittliche Propaganda der Kolonialinstanzen darf gegen sie kaum auftreten, wenn sie sich nicht jedes Wirken unmöglich machen will), gibt es daher nur folgenden Weg zur Verbesserung der Rindviehzucht: Man muß dafür sorgen, daß alle Stiere und alle Kühe, deren Fortpflanzung unerwünscht ist, durch Isolierung auf eingezäunten Weideplätzen, sobald sie nicht arbeiten, von einander und von zur Fortpflanzung geeigneten Stieren und Kühen streng und ohne Unterbrechung getrennt gehalten werden. So einfach dies klingt, so ist es doch in Indien nur mit außerordentlich großen Schwierigkeiten und heute kaum mit wirklich lückenloser Sicherheit durchzuführen. Das Einzäunen ist sehr kostspielig. Draht ist durch Schutzzölle zugunsten der indischen Eisenindustrie stark verteuert, Pfähle sind in einem Land, das außerhalb der geschlossenen Waldungen fast baumlos ist, weil der Schattenwurf die winzigen Parzellen,

von denen der einzelne Bauer leben muß, zu sehr im Ertrag beeinträchtigen würde, nur aus diesen Wäldern zu haben, müssen also auf ganz schlechten Wegen mit schwachen Zugtieren über große Entfernungen hin transportiert werden. Die Drähte rosten in dem feuchtwarmen Klima leicht und schnell durch, müssen demgemäß häufig geflickt oder ersetzt werden; außerdem müssen die Zäune sehr hoch und sehr stark sein, damit sie von den Schädlingen nicht übersprungen oder gesprengt werden. Ökonomisch eher möglich ist deshalb trotzdem immer noch der Zaunbau aus Findlingssteinmaterial; aber auch damit ist natürlich eine bedeutende Arbeitslast verbunden. Bei der ungeheuren Zersplitterung des Grundbesitzes in Indien, soweit es sich um landwirtschaftlich genutzten Boden handelt, und der phantastischen Gemengelage der winzigen Parzellen ist es überhaupt nur möglich dieser Anforderung zu entsprechen, wenn viele Besitzer sich zur Einzäunung ihrer Landstücke mit einem gemeinsamen Zaun bereitfinden, das heißt, wenn sie die Sache genossenschaftlich betreiben. Nun ist solche Einigkeit meist schon schwer herzustellen; sie ist aber vor allem schwer aufrechtzuerhalten, sobald diejenigen Eigentümer zu Leistungen herangezogen werden sollen, deren Grundstücke an den Zaun nicht grenzen. Daher ist selbst bei Gewährung billiger Regierungsdarlehen zur Herstellung der Zäune nur ganz langsam und unter Überwindung beständiger, unendlich ermüdender und vielfach entmutigender Schwierigkeiten etwas zu erreichen. Daß trotzdem aus verschiedenen Gegenden Indiens greifbare Erfolge gemeldet werden, daß zum Beispiel aus dem Distrikt Gujarat der Präsidentschaft Bombay berichtet wird, es seien überall ausreichend Zäune vorhanden, und infolgedessen stehe die Qualität des Rindviehs weit über dem Durchschnitt, zeigt, daß die Arbeit für diese Fortschritte wirklich außerordentlich groß ist.

In dem Maß nun, in dem man dieses Problems Herr wird, treten andere Probleme bei der Arbeit für die Verbesserung der Rindviehrassen in den Vordergrund. Namentlich erhebt sich die Frage, welche Tiere man zur Fortpflanzung benutzen soll. Versuche mit genossenschaftlicher Bullenhaltung sind gemacht worden und haben auch gelegentlich etwas geleistet. Aber was wollen ein paar hundert ausgewählte einheimische Bullen besagen in einem Land, in dem etwa

150 Millionen Stück oder mehr Rindvieh und 38 Millionen Stück Büffel vorhanden sind, das heißt pro Kopf der Bevölkerung zusammen von beiden Arten 0,59 Stück gegen 0,27 Stück in Deutschland? Will man einigermaßen im Tempo vorwärts kommen, so bleibt nur übrig den einzelnen Landwirt selbst zur Weiterzucht instand zu setzen oder besser gesagt die Rindviehbesitzer eines Dorfs zusammenzufassen und zu bestimmen, daß sie nur ihre besten Kühe und ihre besten Stiere zu Paarungen zulassen und sich gegenseitig die Kälber abtreten, die auf diese Weise gezüchtet werden. Voraussetzung dafür ist aber das Vertrauen aller Beteiligten; bei der Ausschließung des eigenen Viehs von der Fortpflanzung und bei der Übernahme der so gezüchteten Kälber, die sie natürlich bezahlen müssen, nicht geschädigt zu werden. Dieses Vertrauen kann der Bauer nur haben, wenn er sich leicht ein einigermaßen sicheres Urteil über die Erbqualitäten des Viehs der Gemeinde bilden kann. Dabei kann man praktisch von der Annahme ausgehen, daß kräftiger Knochenbau, Muskelstärke und gute Milchleistung vererbliche Merkmale sind, wenn sie bei Kuh und Stier zusammentreffen. Sicherlich wird diese Faustregel nur mit vielen Ausnahmen gelten, aber sie wird doch bei der nun einmal gegebenen Lage der Dinge die besten Chancen für baldige Verbesserung der Rindviehrassen bieten. Am schwierigsten ist die Beurteilung der Leistung in der Milcherzeugung. Ihre Menge und ihr Fettgehalt müssen dauernd festgestellt und registriert, womöglich auch in Verhältnis zu den verbrauchten Futterwerten gesetzt werden. Aus Europa (auch aus Deutschland, wo es im Osten an dieser Leistungskontrolle meistens noch fehlt) wissen wir, daß der einfache Bauer im allgemeinen nicht fähig ist diese Kontrolle so auszuüben, daß andere zu ihr Vertrauen haben; daher muß sie durch genossenschaftlich besoldete Fachleute vorgenommen werden. Gerade so steht es auch in Indien. Daher hat man sich in Poona für das Gebiet der Präsidentschaft Bombay ganz besonders auf den Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens nach dieser Richtung geworfen. Wie groß die Schwierigkeiten sind, geht aus Patels Satz hervor: »Wenn wir im selben Tempo wie bisher Fortschritte machen, so vergehen 100 Jahre oder mehr, bis wir gute Kühe für Arbeit und Milcherzeugung zugleich haben.« Daher soll nicht nur der Kuh sondern auch

dem Zebu die Aufmerksamkeit des Züchters gewidmet sein, damit beide in Konkurrenz mit einander stehen und sich dadurch gegenseitig vorwärts treiben. Diese Meinung Patels wird von einer Reihe anderer Sachverständiger nicht geteilt; sie versprechen sich, wohl mit gutem Grund, von der Entwicklungsfähigkeit des Zebus wenig und sehen insbesondere nicht, wie sich diese Konkurrenz eigentlich abspielen sollte. Immerhin darf man nicht übersehen, daß heute die Kuh in der Milchversorgung, zum Beispiel in der Präsidentschaft Bombay, überhaupt keine Rolle spielt, während dort 849 000 Büffelkühe zur Milchgewinnung gehalten werden. Die Milcherträge pro Tier sind freilich recht gering. Deshalb rentiert sich diese Milchwirtschaft vorläufig noch nicht besonders. Demgegenüber steht allerdings der starke Milchbedarf der Vegetarierbevölkerung, namentlich der indischen Riesenstädte. Der Preis der Milch ist etwa ebenso hoch wie in englischen Städten, aber der Viehhalter wird vom Zwischenhändler, der die Milch fälscht und verunreinigt, um einen großen Teil des Preises gebracht. Daher ist die genossenschaftliche Organisation des Milchbetriebs ökonomisch angezeigt.

Indien: Genossenschaftsarbeit Alle Betrachtung der indischen Landwirtschaft läuft mehr oder weniger darauf hinaus, daß eine entscheidende Besserung der Verhältnisse nur erwartet werden kann, wenn in größtem Umfang eine Organisation des Genossenschaftswesens zustande gebracht wird. Unter diesen Umständen ist es interessant über den Stand des Genossenschaftswesens in Indien etwas zu erfahren. Im Gebiet der Provinzen gab es nach den Registern für das Verwaltungsjahr 1924-1925 im ganzen 62 894 Genossenschaften mit 2,6 Millionen Mitgliedern, 2 Millionen davon entfielen auf landwirtschaftliche Genossenschaften, das ist noch nicht 1 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung oder, wenn man annimmt, daß aus jeder Familie nur 1 Mitglied bei der Genossenschaft gezählt werden kann, noch nicht 5 % der vorhandenen Familien in der indischen Landwirtschaft. Dabei sind aber sehr viele Personen, die verschiedenen Genossenschaften angehören, doppelt gezählt. Diese Doppelzählungen auszuscheiden bietet das statistische Material keine Unterlage; gewisse Anhaltspunkte sprechen aber dafür, daß mindestens 40 % zu diesem Zweck würden abgezogen

werden müssen, so daß man also auf einen Satz von etwa 3 % aller in der Landwirtschaft tätigen Familien kommt, wenn man jede genossenschaftlich erfaßte Familie nur einmal zählt. Das ist selbst für ein noch nicht sehr tief in die kapitalistische Wirtschaft eingedrungenes Land recht wenig, um so weniger, als auch in Indien genossenschaftliches Zusammenarbeiten der kleinen Landwirte altes Kulturgut ist, das an vielen Stellen einfach den neuen Zwecken dienstbar gemacht werden konnte.

Das von privater Seite angeliehene Betriebskapital der landwirtschaftlichen und der übrigen Genossenschaften betrug zu dem genannten Zeitpunkt rund 600 Millionen Mark, das Kapital der Genossenschaftsanteile 110 Millionen, die Depositen der Mitglieder 60 Millionen, die Reserven 75 Millionen. Die Staatsbeihilfen hatten bis dahin bloß den Betrag von 14 Millionen Mark erreicht, spielten also in der Gesamtfinanzierung der Genossenschaften so gut wie gar keine Rolle. Ausgeliehen waren an Mitglieder Kredite im Gesamtbetrag von 540 Millionen Mark. Alle diese Zahlen sind für ein so großes Land wie Indien zweifellos sehr gering. Immerhin zeigt der zeitliche Vergleich ein bedeutendes Wachstum; denn im Jahr 1915-1916 betrug die Anzahl der Genossenschaften erst 18 552, die Anzahl der Mitglieder 842 959, der Gesamtbetrag der Kredite 90 Millionen Mark.

Um ganz Indien zu erfassen, muß man noch die sogenannten Indischen Staaten hinzunehmen. Hier betrug 1924-1925 die Anzahl der Genossenschaften 8714 (1915-1916 1123), die Anzahl der Mitglieder 253 000 (75 477), die Summe der an Mitglieder gegebenen Kredite 35 (11) Millionen Mark, und auch an Staatsbeihilfen waren erst 6,8 Millionen Mark vorhanden. Von der Bevölkerung Indiens entfallen auf die Provinzen 77 %, auf die Staaten 23 %. Daraus ergibt sich also, daß in den Staaten die genossenschaftliche Entwicklung, an der Anzahl der Mitglieder und an der Summe der an die Mitglieder gegebenen Kredite gemessen, sehr stark hinter den Provinzen zurücksteht. Dagegen ist sehr bemerkenswert, daß die Staatsbeihilfen in den Staaten verhältnismäßig reichlicher gegeben worden sind als in den unter direkter englischer Verwaltung stehenden Provinzen. Die Zahlen zeigen also ein recht erhebliches Wachstum in den letzten Jahren, aber allerdings auch, daß auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun bleibt; wie ja überhaupt Indien trotz

seiner alten Kultur in der Betätigung der Bevölkerungsmassen in der Landwirtschaft nicht entfernt jenen Grad von bäuerlicher Selbsttätigkeit und Ergiebigkeit erkennen läßt, wie wir ihn in den englischen Kolonien an der Westküste Afrikas so großartig entfaltet sehen. Über die Leistungen der Genossenschaften im einzelnen etwas zu erfahren ist recht schwierig. Von Patel erfährt man folgende Einzelheit: Der Milchvertrieb wird in der Nähe einzelner Großstädte hier und da schon erfolgreich von Molkereigenossenschaften betrieben. So gab es zum Beispiel in der Gegend von Calcutta im Jahr 1925 bereits 64 Molkereigenossenschaften. Die älteste dieser Genossenschaften besteht seit 8 Jahren. Sie liefert unverfälschte Milch billiger in die Stadt als der mit ihr konkurrierende Zwischenhändler und zahlt für den Liter 10 Pfennig mehr als der Händler an die der Genossenschaft angeschlossenen Produzenten. Dieser Erfolg erscheint enorm, wenn man bedenkt, daß der deutsche Milchproduzent pro Liter ab Stall etwa höchstens 12 bis 14 Pfennig bekommt. Es ist klar, daß ein verhältnismäßig so großer Gewinn auf die Milchviehhaltung anspornend wirkt und eine starke Propaganda für die Genossenschaftsbildung darstellt. Ebenso wichtig ist, daß das auf diese Weise in die Hand des Bauern kommende Bargeld ihm Mittel zur Intensivierung seines Betriebs an die Hand gibt. Auch der skeptische Beurteiler wird nach solchen Proben dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Indien ein ganz erhebliches Wachstum voraussagen.

Kurze Chronik In Palästina ist durch den letzten zionistischen Kongreß eine neue, den rechten und linken Flügel der zionistischen Bewegung nicht umfassende Exekutive an die Spitze der jüdischen Kolonisationsarbeit gekommen. Sie will "konsolidieren", das heißt vor der Inangriffnahme neuer Siedlungen die großen noch ausstehenden Restzahlungen auf die bisherigen Siedlungen leisten. Da man an der Methode der Siedlungsarbeit nichts ändern will, so bedeutet dies, daß, wenn die Absicht wirklich durchgeführt wird, in den nächsten Jahren mit einer Ausweitung der jüdischen Kolonisation in Palästina nicht gerechnet werden kann. ◊ Wie ganz anders Wirtschaftsdinge in kolonialen Gebieten liegen können als in "Mutterländern", davon zeugt die Tatsache, daß die Notenbank von *Britisch Indien* bei der indischen Regie-

rung eine Anleihe von 10 Millionen Rupien kurzfristig zur Verstärkung ihrer ausleihbaren Mittel aufgenommen hat, um die Baumwoll- und Juteernte finanzieren zu können. ◊ In der italienischen Kolonie *Tripolitanien* wurden bisher 369 Kolonisationskonzessionen an Italiener, in einer Gesamtausdehnung von 65 000 Hektar, vergeben. Bis Ende 1926 waren 283 Häuser, 298 Brunnen, 118 Wasserbassins errichtet, 200 000 Olivenbäume und 80 000 andere Fruchtbäume angebaut, außerdem erhebliche Strecken Weinpflanzungen angelegt, 600 Rinder, 3000 Schafe und Ziegen und 150 Schweine, 47 arabische Wasserhebwerke, 17 Windmotoren, 11 Motorpumpen und 223 andere Wasserhebwerke wurden gezählt. Die Sparkasse hatte 3 Millionen Lire Kredite gegeben, die Regierung für Meliorationen 1,4 Millionen Lire.

Literatur Zu einer Art Propagandaliteratur, die eine Erneuerung deutscher Kolonialarbeit nicht fördern kann, gehört *Arthur Dix'* Schrift *Was Deutschland an seinen Kolonien verlor* /Berlin, Reimar Hobbing/. Wenn da zum Beispiel Deutschland nachgerühmt wird, daß es, im Gegensatz zu allen anderen Kolonialmächten, »jede Raubwirtschaft abgelehnt« habe, so ist die Geschichte der Ent-eignung der Dualas, der Kolonialgesellschaften in Südwest usw. einfach vergessen; und ebenso, was andere Völker, von denen wir das Kolonisieren erst nach und nach lernten, geleistet haben. In Wirklichkeit haben wir im ganzen einen sehr guten Ansatz zum Kolonisieren gemacht, aber wir waren doch noch im Stadium des ersten ernsthaften Anlaufs. ◊ Dagegen ist *Hans Oelhafens* *Die Besiedlung Deutsch Südwestafrikas bis zum Weltkrieg* /Berlin, Dietrich Reimer/, trotz einzelnen ähnlichen Schönheitsfehlern, als eine ernsthafte und förderliche Arbeit zu bezeichnen, wenn man auch gut tun wird sie kritisch zu lesen. Sehr schön sind die 3 Besitzstandskarten für die Jahre 1897, 1902 und 1911. Das ungeheure Schrupfen der Eingeborenengebiete von der 2. zur 3. Karte spricht Bände. ◊ Eine sehr instruktive Geschichte Madagascars schrieb *S. Chapus* (*Histoire de Madagascar* /Tananarive, Imprimerie L. M. S./). Das Werk ist in erster Linie für französische und madagassische Schüler geschrieben, aber auch für deutsche Kolonialinteressenten gut und nützlich zu lesen. Leider sind weder Karte noch Register beigegeben.